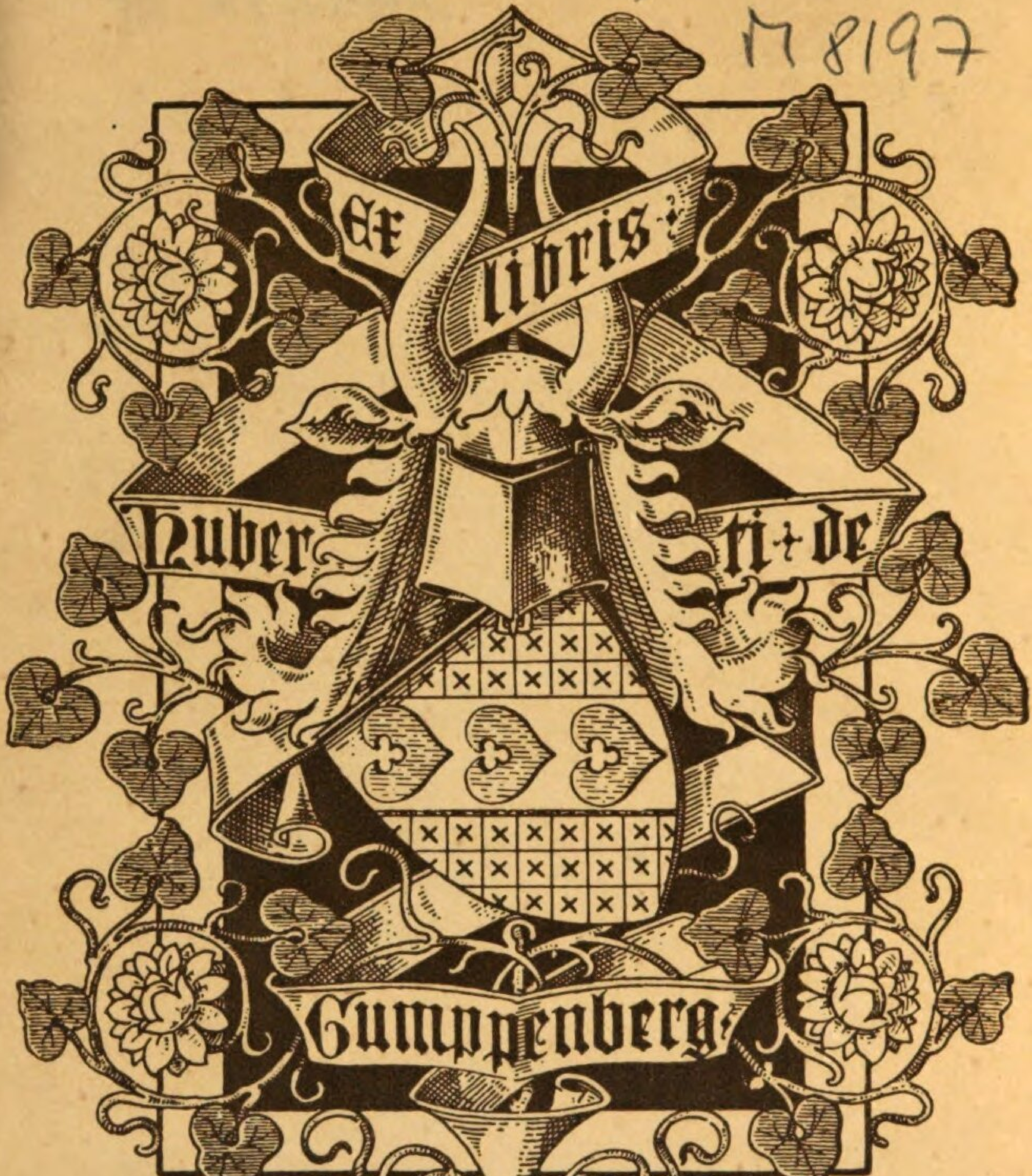
XVI, 2 Bl. mit Titel u. Inh. verz.
432 S.S. coll. kompl. Ohne.

M 8197



Cam 549 s

Herbert Frhr. v. Gumppenberg

Cam. 549 b

<36603928840017

<36603928840017

Bayer. Staatsbibliothek

Alwens.

Elemente
der
Nationalökonomie

von

[James] Jakob Mill,

Verfasser der Geschichte des Britischen Indiens;

aus dem Englischen übersetzt

von

Dr. Adolph Ludwig von Jakob,

Königl. Preuß. Regierungs-Assessor und
Oberzoll-Inspector.

Mit Zusätzen
vom
Staatsrathe von Jakob.

Halle,
bei C. A. Kümmel.
1824.

T 67/92

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede des Uebersetzers.

Die Nationalökonomie ist in den letzten zwanzig Jahren auch in Deutschland von so vielen Seiten und durch so scharfsinnige Köpfe angebauet worden, daß man selbst in den Schriften der Engländer, die sich ohne Zweifel die größten Verdienste um jene Wis-

senschaft erworben haben, nicht viel Neues erwarten darf. Indessen ist bekannt, daß es immer noch viel wesentliche Punkte in derselben giebt, über welche die besten Köpfe uneins sind. Dieser Zwiespalt rührt aber größtentheils mehr von der Unbestimmtheit in den Begriffen und dem Vortrage derselben, als von den Gegenständen selbst her, und man darf daher hoffen, daß derselbe durch die Bemühungen, diese Gegenstände durch verschiedene Methoden darzustellen, gehoben, und man endlich zur vollkommnen Uebereinstimmung in den Hauptgrundsä-

tzen und Folgerungen aus demselben gelangen werde. In dieser Hinsicht scheint mir das Millsche Werk große Aufmerksamkeit zu verdienen und vorzüglich werth zu sein, in unsre Litteratur aufgenommen zu werden. Durch das Zusammenrücken der Begriffe, durch die Kürze und Deutlichkeit, womit sie vorgetragen werden, erhält das System der Wissenschaft eine ungemeine Klarheit und erscheint in einem wirklich neuen Lichte. Einige Folgerungen scheinen allerdings mehr kühn als wahr, aber auch die Irrthümer eines scharfdenkenden Mannes sind belehrend und

für die Vervollkommnung der Wissenschaft nützlich. Die Zusätze, welche mein Vater die Güte gehabt hat, meiner Uebersetzung beizufügen, können dienen, dergleichen Folgerungen theils zu würdigen, theils tiefer zu untersuchen.

Langensalze den 17. Mai 1824.

Inhaltsverzeichniß.

Vorrede des Verfassers. . . Seite XIII.

Einleitung. Bestimmung und Eintheilung des Gegenstandes. . . . . — 3

Erstes Kapitel. Production. . — 9

Zweites Kapitel. Vertheilung. . — 17

Erster Abschnitt. Grundrente. . — 18

Zweiter Abschnitt. Arbeitslohn. . — 39

I. Der Satz des Arbeitslohns wird durch das Verhältniß zwi-

schen der Bevölkerung und der Arbeit, die sie sich verschaffen kann, oder mit andern Worten: zwischen der Bevölkerung und dem vorhandenen Kapital bestimmt. . . . Seite 41
II. Beweis der Tendenz der Volksmenge zu einer schnellen Vermehrung. . . . — 51
III. Beweis, daß die Kapitale weniger zu einer schnellen Vermehrnng geneigt sind, als die Volksmenge. . . . — 59
IV. Die Mittel, welche man anwenden möchte, um eine schnellere Vermehrung der Kapitale zu erzwingen, als vom natürlichen Laufe der Dinge zu erwarten ist, dürften keine vortheilhaften Wirkungen hervorbringen. . . . — 74
Dritter Abschnitt. Kapitalgewinn. — 96
Drittes Kapitel. Tausch. . . — 113
Erster Abschnitt. Art des Vortheils, welcher aus dem Tausch der Producte erwächst; und Per-

sonen, welche dabei vorzüglich beschäftigt sind. . . . . Seite 113

Zweiter Abschnitt. Regel, welche die im Tausch für eine gewisse Quantität irgend eines Products zu gebende Menge eines andern Products bestimmt. . . — 117

Dritter Abschnitt. Wirkung, welche ein Schwanken im Satze des Arbeitslohns und des Kapitalgewinns auf den Tauschwerth der Dinge hervorbringt. . . — 133

Vierter Abschnitt. Umstände, unter welchen es für die Völker nützlich ist, ihre Producte gegen einander zu vertauschen. . . — 148

Fünfter Abschnitt. Der Gewinn von dem auswärtigen Handel entspringt aus den eingeführten Gütern. . . . . — 158

Sechster Abschnitt. Vortheil eines allgemeinen Tauschmittels. . — 162

Siebenter Abschnitt. Was den Werth der Münze bestimmt. . — 166

Achter Abschnitt. Was die Menge der Münze bestimmt. . . — 173

Neunter Abschnitt. Stellvertreter der Münze. . . . . Seite 181
Zehnter Abschnitt. Vortheile, welche der Gebrauch der Papiermünze gewährt. . . . — 188
Eilfter Abschnitt. Uebelstände, welche mit dem Gebrauche der Papiermünze verbunden sind. . — 192
Zwölfter Abschnitt. Der Werth der edeln Metalle bestimmt, ob ein Land aus- oder einführen soll. . — 226
Dreizehnter Abschnitt. Der Werth der edeln Metalle oder des Tauschmittels ist nicht in allen Ländern derselbe. . . . . — 230
Vierzehnter Abschnitt. Art und Weise, wie die edeln Metalle oder das Tauschmittel sich unter die Völker der Erde vertheilt. . — 235
Funfzehnter Abschnitt. Münzverkehr zwischen den Völkern. — Wechselbriefe. . . . — 244
Sechzehnter Abschnitt. Prämien und Verbote. . . . — 274
Siebzehnter Abschnitt. Kolonieen. — 298

Viertes Kapitel. Konsumtion. . Seite 310
Erster Abschnitt. Von productiver und unproductiver Konsumtion. . . — 311
Zweiter Abschnitt. Was jährlich producirt wird, wird auch jährlich konsumirt. . . . — 320
Dritter Abschnitt. Die Konsumtion dehnt sich immer gleichmäßig mit der Production aus. . . — 323
Vierter Abschnitt. Auf welche Weise die Regierung konsumirt. . — 339
Fünfter Abschnitt. Auflage auf die Grundrente. . . . — 342
Sechster Abschnitt. Auflage auf den Kapitalgewinn. . . — 352
Siebenter Abschnitt. Auflage auf den Arbeitslohn. . . . — 354
Achter Abschnitt. Auflagen auf Waaren, entweder auf einige oder gleichmäßig auf alle Waaren. . — 364
Neunter Abschnitt. Eine Auflage auf das Product des Bodens. . — 368
Zehnter Abschnitt. Zehnten und Armentaxen. . . . — 371
Eilfter Abschnitt. Eine Auflage auf den Grund und Boden nach dem Maaßstabe des Flächeninhalts. . — 374

Zwölfter Abschnitt. Auflagen auf die Uebertragungen des Eigenthums. . . . . Seite 380
Dreizehnter Abschnitt. Besteuerung des gerichtlichen Verfahrens. . — 381
Vierzehnter Abschnitt. Auflagen auf die Münze und die edeln Metalle. . . . . — 383
Funfzehnter Abschnitt. Wirkungen der Auflagen auf den Werth der Münze und auf die Anwendung der Kapitale. . . . — 392

Zusätze I—X. . . . . — 401

Vorrede des Verfassers.

Nur Weniges habe ich dem Leser zu sagen, ehe er sich mit vorliegendem Werke beschäftigt.

Mein Zweck war, ein Elementarbuch der Nationalökonomie abzufassen, die wesentlichen Grundsätze der Wissenschaft von allem Fremdartigen zu sondern, die Sätze klar und in logischer Ordnung vorzutragen, und jedem derselben den Beweis beizufügen.

Ich bin überzeugt, daß dieses Buch in allen seinen Theilen verstanden werden müsse, sobald man es nur mit Aufmerksamkeit durchliest; ich meine denjenigen Grad von Aufmerksamkeit, den alle mit gewöhnlichen Verstandeskräften begabte Personen beiderlei Geschlechts anzuwenden fähig sind.

Wer eine Wissenschaft zu studiren anfängt, muß langsam zu Werke gehen, und sich die neuen Ideen und deren Verbindung, wie sie ihm nach und nach vorgetragen werden, vollständig aneignen. Wenn man zu einem Satze fortschreitet, ohne den ihm vorhergehenden genau zu kennen; so findet sich natürlich eine Schwierigkeit, welche aber lediglich dadurch ent-

steht, daß die zu deren Beseitigung geeignete Wahrheit dem Lernenden noch nicht geläufig ist. Wenn Jemand, der Mathematik zu studiren anfängt, sich begnügen wollte, die Beweise zu lesen und zu begreifen; so würde er bald auf Folgerungen stoßen, die ihm dunkel bleiben müßten, weil die hier anzuwendenden Sätze noch nicht durch ein oft wiederholtes Studium seinem Gedächtnisse eingeprägt waren.

Ich habe es einem Werke dieser Art angemessen gehalten, keine Autoritäten zu citiren, weil ich vorzüglich wünsche, daß der Geist des Lesers sich lediglich mit den Sätzen und ihren Beweisen beschäftige, ohne durch seitwärts liegende

Betrachtungen abgezogen zu werden. Weil ich bekenne, keine neuen Entdeckungen gemacht zu haben, darf ich nicht fürchten, eines Plagiats beschuldigt zu werden; und überdieß hängt der Ruf der Männer, welche die Wissenschaft gefördert haben, nicht von dem Zeugnisse ab, das ich für ihr Verdienst ablegen könnte.

Ele-

Elemente der Nationalökonomie.

Bayerische Staatsbibliothek München

Einleitung.

Bestimmung und Eintheilung des Gegenstandes.

Die Nationalökonomie ist für den Staat das, was die Privatökonomie für die Familie ist.

Die Familie consumirt; aber um consumiren zu können, muß sie durch die Production mit Bedürfnißmitteln versehen worden sein.

Die Privatökonomie hat also zwei Hauptgesichtspuncte: die Consumtion und die An-

schaffung der Bedürfnißmittel der Familie. Da der Wunsch nach Genüssen, mithin die Möglichkeit der Consumtion, gränzenlos ist; so kömmt es hauptsächlich darauf an, die Summe der Bedürfnißmittel zu vermehren. Diejenigen Dinge, welche in solchem Ueberfluß vorhanden sind, daß das Bedürfniß Aller, ohne Anwendung menschlicher Arbeit, damit befriedigt werden kann, wie die Luft, das Sonnenlicht, und in den meisten Fällen das Wasser, erfordern keine Sorgfalt, und bilden daher, genau genommen, keinen Theil des Gegenstandes der Privatökonomie. Die Kunst dessen, der einer Familie vorsteht, ist: die Anschaffung und die Consumtion derjenigen Dinge zu leiten, welche nicht ohne Kosten, d. h. mit andern Worten: nicht ohne menschliche Arbeit, den ursprünglichen Kaufpreis jeder Sache, erlangt werden können.

Das Gesagte findet gleichfalls Anwendung auf die Nationalökonomie. Auch sie hat zwei Hauptgegenstände: die Consumtion der Gesellschaft, und die Anschaffung der Bedürfnißmittel, von welcher die Consumtion abhängt. Diejenigen Dinge, welche man sich ohne Anwendung menschlicher Arbeit verschafft, können, da ihre Erlangung nichts kostet, nicht in Betracht kommen. Wenn alle Bedürfnißmittel zu dieser Klasse von Dingen gehörten, so würde die Wissenschaft der Nationalökonomie nicht existiren. Denn man bedarf keiner Wissenschaft, um die Hand auszustrecken und eine Sache zu gebrauchen. Aber sobald Arbeit angewendet werden muß, und sobald die Gegenstände unserer Wünsche nur in Gemäßheit eines im Voraus bedachten Operationsplans erlangt werden können, ist es wichtig, die Mittel kennen zu lernen, durch welche jene Gegenstände mit größt-

möglicher Leichtigkeit und in größtmöglicher Menge beschafft werden können; und demnächst, wenn diese erst entdeckt sind, die zweckmäßig befundenen Regeln in ein System zu bringen.

Hiermit soll nicht gesagt sein, daß die Schriftsteller, welche über Nationalökonomie geschrieben haben, ihre Untersuchungen immer auf diese Klasse von Gegenständen beschränkt hätten. Es scheint indessen wichtig, diese Wissenschaft von allen solchen Betrachtungen zu sondern, welche nicht ganz wesentlich ihr angehören. Wir erklären daher, daß im Folgenden lediglich zu untersuchen beabsichtigt wird: nach welchen Gesetzen die Production und Consumtion solcher Gegenstände geschieht, zu deren Beschaffung die Anwendung menschlicher Arbeit erforderlich ist.

Obwohl hiernach die Wissenschaft der Nationalökonomie in zwei Haupttheile zerfällt, deren einer die Production, deren anderer die Consumtion betrifft; so ist doch einleuchtend, daß die producirten Dinge, bevor sie consumirt werden können, erst vertheilt sein müssen. Die Gesetze, nach welchen diese Vertheilung geschieht, bilden also einen dritten, zwischen beiden obengenannten abzuhandelnden, Haupttheil. Wenn die Güter producirt und vertheilt sind; so ist es für die Reproduction und für die Consumtion sehr vortheilhaft, daß diese Güter theilweise gegen einander ausgetauscht werden. Die Untersuchung, nach welchen Gesetzen die Güter gegen einander vertauscht werden, bildet daher eine andere, dem großen Gegenstande der Nationalökonomie: der Consumtion, vorauszuschickende Abhandlung.

Diese Wissenschaft dürfte also in vier Hauptuntersuchungen zerfallen:

1. Welches sind die Gesetze der Production der Güter;
2. Nach welchen Gesetzen geschieht die Vertheilung der durch die Arbeit der Gesellschaft producirten Güter;
3. Nach welchen Gesetzen werden die Güter gegen einander vertauscht;
4. Welches sind die Gesetze der Consumtion?

Erstes Kapitel.

Production.

Die Gränzlinie zwischen dem, was durch menschliche Arbeit, und dem, was von der Natur hervorgebracht worden, ist oft nicht leicht sichtbar. Wir halten es daher für nöthig, die Bedeutung jener Ausdrücke mit einigen Worten näher zu bestimmen.

Die Arbeit leistet die verlangten Wirkungen nur, in sofern sie den Gesetzen der Natur gemäß angewendet wird. Es giebt keinen zur Consumtion bestimmten Gegenstand, der durch die Arbeit anders als in Gemeinschaft mit den Naturkräften hervorgebracht würde.

Es ist anerkannt, daß die menschlichen Handlungen auf sehr einfache Elemente zurückgeführt werden können. In der That besteht das ganze Wirken des Menschen darin, daß er Bewegung hervorbringt; er kann die Dinge bewegen, um sie einander zu nähern oder sie von einander zu entfernen; die Eigenthümlichkeiten des Gegenstandes bewirken alles Uebrige. Er bewegt ein glühendes Eisen zu einer Quantität Schießpulver hin, und es erfolgt eine Explosion. Er legt Saamen in die Erde, und die Vegetation beginnt. Er trennt die Pflanze von der Erde, und die Vegetation hört auf. Aber er weiß nicht, wie und weshalb diese Wirkungen statt finden. Die Erfahrung hat ihn nur gelehrt, daß, wenn er diese oder jene Bewegung vornimmt, diese oder jene Wirkung daraus folgt. Genau genommen, ist es der Stoff selbst, welcher die Wirkung hervorbringt. Alles, was der Mensch thun kann, besteht darin,

daß er die von der Natur geschaffenen Gegenstände in eine gewisse Lage bringt. Der Schneider, indem er ein Kleid macht; der Landbauer, indem er Getraide bauet, thun genau dasselbe; jeder von ihnen macht Bewegungen, und die Eigenthümlichkeiten der Stoffe thun das Uebrige. Es würde unsinnig sein, untersuchen zu wollen, bei welcher von zwei Operationen die Eigenthümlichkeiten des Stoffs das Meiste thun; denn sie thun jederzeit Alles, sobald gewisse Quantitäten des Stoffs in eine gewisse Lage gebracht worden sind.

Die meisten von Menschen begehrten Gegenstände sind nicht das Ergebniß einer einzigen Operation, sondern einer Reihe von Operationen, deren Vollbringung einen gewissen Zeitraum verlangt. Die hierzu erforderliche Arbeit ist bedingt durch eine gewisse Menge von Nahrungsmitteln und andern, im Verlauf jenes Zeitraums für die

arbeitenden Menschen nöthigen, Dingen. Zur Production ist also nicht nur die Arbeit, sondern es sind auch die zum Unterhalt der Arbeiter erforderlichen Mittel unumgänglich nothwendig.

Oft ist es der Fall, daß die Arbeit auf gewisse Stoffe angewendet wird, deren Beschaffung mehr oder weniger kostet. Der Fabrikant in wollenen Zeugen braucht Wolle, der Zimmermann braucht Holz, der Schmidt Eisen, und so die übrigen Producenten jeder die rohen Stoffe desjenigen Gegenstandes, mit dessen Production er sich beschäftigt.

In vielen Fällen kann auch die Arbeit durch Anwendung gewisser Werkzeuge sehr kräftig unterstützt werden. Die Arbeit dessen, der die Erde mit seinen Nägeln oder mit einem Stocke aufkratzte, wurde durch Anwendung des Spatens bedeutend erleichtert; und der Mensch, der mit dem Spaten arbeitete,

erhielt am Pfluge einen nicht weniger wirksamen Beistand. Der Gebrauch der Werkzeuge ist bei den Manufacturarbeiten viel weiter getrieben, als bei den Arbeiten des Landbaues. Der Abstand von der Spindel und dem Spinnrocken bis zu den zusammengesetzten und thätigen Maschinen einer neuern Manufactur ist unermeßlich.

Die Nahrungsmittel und die übrigen von den Arbeitern consumirten Gegenstände, die rohen Stoffe, welche sie verarbeiten, und die Werkzeuge aller Art, welche zur Erleichterung ihrer Arbeit angewendet werden, nennt man Kapital. Zwei Dinge sind demnach zur Production unumgänglich nöthig: Arbeit und Kapital.

Sehr häufig sind die Personen, welche arbeiten wollen, arm, und nicht einmal im Besitz der nöthigen Mittel, um sich während der Reihe von Operationen, die zur Vollendung des zu producirenden Gegenstandes er-

forderlich sind, zu unterhalten. Noch seltner sind sie im Besitz der kostbaren Werkzeuge, welche dienen, die zu fertigenden Gegenstände in großen Massen zu produciren.

Hieraus ergiebt sich, daß zwei Klassen von Menschen an der Production Theil nehmen: Arbeiter und Kapitalisten. Erstere liefern die Arbeit; letztere die Unterhaltsmittel, die rohen Stoffe, und die sämmtlichen, zur Erreichung der beabsichtigten Wirkung anzuwendenden, Werkzeuge aller Art, lebendige oder leblose, einfache oder zusammengesetzte.

Bei Anwendung der Arbeit und der Maschinen findet sich oft, daß die Wirkungen derselben durch eine geschickte Vertheilung vermehrt werden können, d. h. dadurch, daß man alle diejenigen Operationen, welche einander hinderlich sein könnten, von einander sondert; und dagegen solche in Verbindung

mit einander bringt, welche sich auf irgend eine Weise gegenseitig unterstützen können.

Da im Allgemeinen ein mit vielen verschiedenen Operationen beschäftigter Arbeiter nicht dieselbe Behendigkeit und Geschicklichkeit in seinem Geschäft erwerben kann, zu welcher er durch Uebung gelangt, sobald er deren nur eine geringe Anzahl auszuführen hat; so ist es allezeit vortheilhaft, jedem Arbeiter so wenige verschiedene Operationen als möglich zu überweisen.

Um den höchsten Grad von Theilung der Arbeit, und die vortheilhafteste Verwendung der menschlichen und der Maschinenkräfte erreichen zu können, ist es in sehr vielen Fällen nothwendig, das Geschäft nach einem großen Maaßstabe zu betreiben, oder mit andern Worten, die Güter in großen Massen zu produciren. Diesem Vortheile haben die

großen Manufacturen ihre Entstehung zu verdanken. Eine kleine Anzahl dieser Manufacturen, an den zweckmäßigsten Stellen angelegt, ist zuweilen im Stande, nicht nur ein, sondern mehrere Länder mit den betreffenden Gegenständen hinreichend zu versehen.

Zweites Kapitel.

Vertheilung.

Wir haben schon gesehen, daß zwei Klassen von Personen bei der Production beschäftigt sind, nämlich die Arbeiter und die Kapitalisten. Jede dieser Klassen von Producenten muß ihren Antheil an den producirten Gütern, oder was dasselbe ist, an dem daraus erwachsenen Gewinne haben. Wenn die Erde eins von den Werkzeugen der Production ist, so nimmt noch eine dritte Klasse, nämlich die der Grundeigenthümer, einen Theil des Gewinnes in Anspruch. Diese drei Klassen bilden die Gesammtheit der Personen, welche die Masse

der jährlichen Producte des Landes unter sich theilen oder unmittelbare Antheile davon ziehen.

Sobald bestimmt ist, unter welche Personen die Masse der Producte sich vertheilt, bleibt noch zu untersuchen, welche Gesetze das Verhältniß der Theilung reguliren. Wir wollen den Anfang damit machen, das, was die Grundrente oder den Antheil der Grundeigenthümer betrifft, aus einander zu setzen, weil dieß das Einfachere ist, auch so die Darstellung der Gesetze, welche den Antheil der Arbeiter und den der Kapitalisten bestimmen, erleichtert wird.

Erster Abschnitt.

Grundrente.

Der Boden hat sehr verschiedene Grade von Erträglichkeit. Es giebt eine Art Boden,

welche man als gänzlich unfruchtbar ansehen kann, z. B. die hohen und steinichten Gegenden der höheren Gebirge, den Triebsand und gewisse Morastgegenden. Zwischen solchem Boden, und dem von der fruchtbarsten Art, giebt es welchen von allen dazwischen liegenden Graden der Erträglichkeit. Ländereien von der größten Fruchtbarkeit geben das, was sie hervorzubringen vermögen, nicht Alles mit gleicher Leichtigkeit. Ein Stück Land z. B. kann jährlich zehn Quarter Getraide liefern, oder zwei oder drei Mal soviel. Die ersten zehn Quarter giebt es in Folge einer gewissen Menge darauf gewendeter Arbeit; die zweiten zehn nur in Folge einer andern größern Menge Arbeit; die dritten zehn nur in Folge einer noch größern Menge und so fort, so daß jede neue zehn Quarter zu ihrer Hervorbringung größere Kosten erfordern, als die vorhergehenden zehn. Bekanntlich ist dieß die Regel, nach welcher Kapitale an-

gewendet werden können, um von demselben Stück Land nach und nach einen immer höhern Ertrag zu erlangen.

Bevor die Gesammtheit der Ländereien von der besten Art angebauet und eine gewisse Menge von Kapital auf deren Anbau verwendet worden, giebt alles auf den Landbau angelegte Kapital gleichen Ertrag. Indessen muß, sobald man einmal bis zu einem gewissen Puncte gekommen ist, jedes neue, auf dasselbe Stück Land angelegte, dem vorhergehenden gleiche, Kapital einen geringern Ertrag liefern. Sobald man daher in einem Lande dem Boden eine gewisse Menge Getraide abgewinnt, kann eine größere Menge desselben nur durch Aufwendung verhältnißmäßig größerer Kosten erlangt werden. Findet ein solcher neugewonnener Ertrag statt, so wird ein Theil des auf den Landbau angelegten Kapitals verhältnißmäßig weniger produciren, als der andere.

Die Anwendung dieses weniger producirenden Kapitals auf den Landbau kann auf zwiefache Weise geschehen: theils dadurch, daß Ländereien von geringerer Fruchtbarkeit damit zum ersten Male in Kultur gesetzt werden; theils indem es auf Ländereien von der ersten Klasse der Fruchtbarkeit angelegt wird, auf welche schon soviel Kapital verwendet worden war, als ohne Verminderung des Ertrags darauf angelegt werden konnte.

Ob ein Kapital auf Ländereien von geringerer Fruchtbarkeit oder als zweites Kapital auf Ländereien erster Klasse angelegt werden solle — das hängt in jedem einzelnen Falle von der Natur und den Eigenschaften der beiden fraglichen Ländereien ab. Wenn dasselbe Kapital auf Ländereien, von geringerer Fruchtbarkeit angelegt, neun Quarter Getraide producirt, während es, als zweites Kapital auf beste Ländereien verwendet, nur acht Quarter liefert; so ist die

erstere Anlegung vorzuziehen; und so umgekehrt.

Der Bequemlichkeit wegen wollen wir die Ländereien vom ersten, vom zweiten Grade der Ergiebigkeit u. s. w., Ländereien erster, zweiter, dritter Güte u. s. w. nennen. Desgleichen die verschiedenen, nach und nach auf dasselbe Stück Land mit immer abnehmender Wirksamkeit angelegten Kapitale: erstes, zweites, drittes Kapital u. s. w.

So lange der Boden nichts hervorbringt, lohnt es nicht der Mühe, sich denselben zuzueignen. So lange nur ein Theil des besten Landes zum Anbau begehrt wird, bringt alles übrige nicht kultivirte nichts hervor, oder doch nichts, was einigen Werth hätte. Dieser letztere Theil des Bodens bleibt deswegen herrenlos, und wer es unternimmt, ihm etwas abzugewinnen, kann sich denselben zueignen.

Während dieser Zeit geben die Ländereien, genau genommen, keine Grundrente. Ohne allen Zweifel findet ein Unterschied statt zwischen kultivirten Ländereien, und solchen, die noch nicht urbar gemacht sind. Ehe man es unternimmt, ein Stück Neuland urbar zu machen, zahlt man lieber jährlich, oder auf irgend eine andere Weise, eine Vergeltung der Kosten der Urbarmachung, aber natürlich nicht mehr. Hier wird also nicht die schaffende Kraft des Bodens, sondern lediglich das auf diesen Boden verwendete Kapital bezahlt; keine Grundrente, sondern ein Kapitalzins.

Indessen kommt die Zeit heran, wo die Nothwendigkeit eintritt, entweder Ländereien zweiter Güte anzubauen, oder auf Ländereien erster Güte ein zweites Kapital weniger productiv anzulegen.

Wenn Jemand vermittelst der Anwendung eines gewissen Kapitals einem Stück Landes zweiter Güte nur einen Ertrag von acht Quar-

ter Getraide abgewinnen kann, während das=selbe Kapital, auf ein Stück Landes erster Güte verwendet, zehn Quarter liefern würde; so ist es für ihn völlig gleich, ob er für die Erlaubniß, das Land erster Güte zu bauen, den Werth von zwei Quarter abgiebt, oder ob er das Land zweiter Güte, ohne etwas abzugeben, bebauet. Er wird sich also dazu verstehen, die Erlaubniß, sein Kapital auf das Land erster Güte anzulegen, mit zwei Quarter zu bezahlen. Diese Bezahlung ist das, was man Grundrente nennt.

Setzt man hingegen voraus, daß es angemessener gefunden würde, ein zweites Kapital auf Ländereien erster Güte anzulegen, als Ländereien zweiter Güte damit zu kultiviren, und daß, während das erste Kapital auf jenem Grundstücke zehn Quarter producirt hat, dieses zweite, jenem ersten gleiche, Kapital nur acht Quarter producire; so versteht es sich gleichfalls in diesem Falle wie

in dem vorhergehenden, daß, da es nicht mehr möglich ist, ein neues Kapital so anzulegen, daß damit ein so großes Product, als die oben angenommenen zehn Quarter, erzielt werden könnte, sich Personen finden werden, welche mit einer Anwendung, die nur acht Quarter erzeugt, zufrieden sind. Aber wenn sich in der That hierzu geneigte Personen finden, so können die Grundeigenthümer ihre Bedingungen dergestalt machen, daß sie alles erhalten, was ihr Grundstück mehr als acht Quarter hervorbringt. Die Wirkung in Bezug auf die Grundrente wird demnach in beiden Fällen die nämliche sein.

Die Grundrente steigt daher in dem Verhältniß, als die Wirksamkeit der nach und nach auf ein Grundstück angelegten Kapitale geringer wird. Ist die Bevölkerung auf den Punct gekommen, wo alle Ländereien zweiter Güte angebauet sind, und es wird nun nothwendig, die Ländereien dritter Güte heranzu-

ziehen, welche, anstatt acht Quarter, nur sechs erzeugen; so ist es in Folge der vorher gemachten Schlüsse klar, daß Ländereien zweiter Güte dann eine Grundrente von zwei Quarter, und Ländereien erster Güte eine um noch zwei Quarter höher geben werden. Der Fall bleibt derselbe, wenn man, anstatt ein Grundstück von geringerer Ergiebigkeit zu kultiviren, ein zweites und drittes Kapital, mit verminderter Wirksamkeit auf ein Stück Land erster Güte anlegt.

Wir können nun den Begriff der Grundrente im Allgemeinen angeben. Wenn man Kapitale entweder auf Grundstücke von verschiedenen Graden der Fruchtbarkeit, oder auf dasselbe Grundstück nach und nach, anlegt; so geben einige dieser Kapitale einen größeren Ertrag, als die anderen. Diejenigen, welche am wenigsten produciren, geben doch soviel, als nöthig ist, um die Auslagen des Kapitalisten zu erstatten, und ihn für

dieselben zu belohnen. Mehr als diese billige Vergeltung erhält der Kapitalist von keinem seiner andern angelegten Kapitale, wegen der Concurrenz der übrigen Besitzer von Kapitalen. Alles, was diese Vergeltung übersteigt, wird also der Grundeigenthümer fordern können. Die Grundrente ist demnach der Unterschied zwischen dem Erzeugniß desjenigen Kapitals, welches mit der geringsten Wirksamkeit auf Ländereien angelegt ist, und dem Erzeugniß aller andern mit größerer Wirksamkeit auf Ländereien angelegten Kapitale.

Man nehme als Beispiel die drei oben angeführten Grade der Production, zu zehn, acht und sechs Quarter Getraide; so wird die Grundrente bei dem Kapitale, welches nur acht Quarter producirt, dem Unterschiede zwischen sechs und acht Quarter, bei dem Kapitale aber, welches zehn Quarter producirt, der Unterschied zwischen sechs und zehn Quarter gleich sein. Und wenn nach und nach

auf dasselbe Stück Land drei Kapitale angelegt sind, deren eines zehn, das andere acht und das letzte sechs Quarter producirt, so wird die Grundrente desselben für das erste Kapital vier, und für das zweite Kapital zwei, zusammen sechs Quarter betragen.

Sind diese Schlüsse wohlbegründet; so ist die Lehre von der Grundrente einfach, und die daraus zu ziehenden Folgerungen sind ungemein wichtig, wie wir nachher sehen werden. Nur Ein Einwurf scheint dieser Lehre möglicher Weise gemacht werden zu können. Man könnte sagen, daß, sobald der Grund und Boden Jemandes Eigenthum geworden ist, jeder Theil desselben einige Grundrente zahlen müsse, indem kein Grundeigenthümer geneigt sei, die Benutzung seiner Ländereien umsonst zu gestatten. Dieser Einwurf ist wirklich gemacht worden; und man hat behaupten wollen, daß selbst für die unfrucht=

barsten Gegenden der schottischen Gebirge einige Grundrente bezahlt würde.

In sofern ein Einwurf überhaupt zulässig ist, kann er den Satz in wichtigen oder in unwichtigen Puncten anfechten. Wenn die als Einwurf aufgestellte Behauptung, selbst unter Voraussetzung ihrer Richtigkeit, den Satz im Wesentlichen und in allen seinen anwendbaren Folgerungen bestehen läßt; so muß der Einwurf in einem Geistesfehler dessen, der ihn macht, begründet sein: es sei nun, daß eine Unklarheit des Urtheils ihn verhindere, zu sehen, wie wenig seine Behauptung den von ihm in Abrede gestellten Satz angreift; oder daß eine Neigung vorhanden sei, die Wahrheit der Lehre, selbst wenn ihr nichts Gründliches entgegengestellt werden kann, dennoch nicht anerkennen zu wollen.

Die im obigen Einwurf angeführte Thatsache würde, selbst wenn sie als wahr an-

erkannt wäre, demohneracht͏et unsere Lehre in allen ihren anwendbaren Folgerungen ungestört lassen. Eine nähere Darstellung der Umstände wird dieß unverkennlich darthun. Man kann behaupten, daß die für die unfruchtbaren Gegenden der schottischen Gebirge gezahlte Grundrente nur eine Kleinigkeit ist, eine ausnehmend unbedeutende, und bei jeder Berechnung, wenn es sich dabei auch nur um sehr mäßige Summen handelt, gar nicht zu beachtende Größe. Betrüge sie zwanzig Pfund Sterling für tausend Acres, also etwa einen Penny für den Acre; so würde diese Kleinigkeit, im Vergleich mit den Kulturkosten, die mindestens auf einige Pfunde Sterling für den Acre angeschlagen werden müßten, so unbedeutend sein, daß die Lehre, mit deren Begründung wir uns beschäftigt haben, dadurch nicht wankend gemacht werden könnte.

Setzen wir, um diese Schlußfolge zu unterstützen, daß das schlechteste benutzte Land einen Penny vom Acre bezahle; so würde in diesem Falle die Grundrente dem Unterschiede zwischen den Erzeugnissen der verschiedenen Kapitale gleich sein, wie oben gesagt worden; nur mit der einzigen Modification, daß auf den Acre des schlechtesten benutzten Landes ein Penny in Rechnung gebracht werden müßte. Gewiß, wenn unsere Lehre bis auf diesen Punct richtig ist, so wird sie dadurch, daß der in Rede stehende Penny unberücksichtigt gelassen worden, nicht unrichtig. Schon die Beförderung der Einfachheit des Ausdrucks allein würde hinreichend sein, diese Weglassung zu rechtfertigen.

Indessen bedarf unsere Schlußfolge einer solchen Hülfe gar nicht, selbst nicht, um ihre metaphysische Genauigkeit zu retten. Es giebt Ländereien, wie die arabischen Sandwüsten, welche gar nichts produciren. Von

ihnen an findet man welche von allen Gra- den, bis zu dem der höchsten Ergiebigkeit. Es giebt Ländereien, welche, ohne daß sie gänzlich unfähig wären, etwas für Men- schen Brauchbares hervorzubringen, doch nie dahin gebracht werden können, daß sie ein zum Unterhalte der nöthigen Arbeiter hinläng- liches Erzeugniß lieferten. Diese Grundstücke müssen ewig unbenutzt bleiben. Es giebt andere, deren jährliches Product gerade nur hinreicht, die zu ihrer Kultur nöthige Arbeit zu bezahlen. Diese Ländereien werden zwar noch benutzt werden können, sind aber offen- bar unfähig, einige Grundrente zu tragen. Der angeführte Einwurf ist demnach nicht nur in der Anwendung wirkungslos, sondern sogar ohne metaphysischen Werth.

Man kann behaupten, daß es kein Land von einigermaaßen beträchtlicher Ausdehnung giebt, wo sich nicht Ländereien fänden, die außer Stande, eine Grundrente zu tragen,

d. h.

d. h. unfähig sind, vermittelst darauf gewendeter menschlicher Arbeit mehr zu produciren, als zur Bezahlung eben dieser Arbeit erforderlich ist. Wenigstens wird wohl niemand bestreiten wollen, daß dieß in unserm Lande (Großbrittannien) der Fall ist. In unsern Gebirgen giebt es Gegenden, wo nur Moos und Haidekraut fortkommen. Will man behaupten, daß alle Ländereien in den schottischen Gebirgen Grundrente tragen; so beruhet dieß auf einer schiefen Ansicht der Sache. Richtig ist nur, daß Jeder, der irgend ein Grundstück in Schottland nutzt, Grundrente zahlt. Dieß kommt daher, daß selbst mitten in den schottischen Gebirgen in den Thälern Stücke Landes von erheblicher Fruchtbarkeit befindlich sind. Wenn es nun geschieht, daß eine Pachtung außer solchen ergiebigen Thalgründen auch einige Hundert Acker Gebirgsland begreift; so folgt daraus nicht, daß für die letzteren

Grundrente gezahlt werde. Vielmehr ist gewiß, daß viele dortige Gegenden keine zahlen, und keine zahlen können.

Selbst in dem Falle, wo das Land nicht gänzlich unfruchtbar ist, sondern den abgehärtetsten Hausthieren noch einige kümmerliche Weide darbietet, läßt sich nicht sagen, daß die Zahlung einer Grundrente nothwendig folge. Man bedenke, daß das Vieh einen Theil des Kapitals ausmacht, und daß das Land nicht nur genug produciren muß, um die Erstattung dieses Kapitals zu bewirken, sondern auch um das zu decken, was die Pflege des Viehes kostet — eine in solchen Gegenden, vorzüglich im Winter, nicht unbeträchtliche Ausgabe. Nun ist aber klar, daß das Grundstück nur dann Grundrente tragen kann, wenn es, außer dem zur Deckung aller dieser Kosten Nöthigen, noch einen Ueberschuß liefert.

Wir halten für ausgemacht, daß im größten Theile unserer Insel keine einigermaaßen beträchtliche Pachtung zu finden ist, welche in ihrem Umfange nicht mehr oder weniger fruchtbare Ländereien enthalte, von einem höhern oder mittlern Grade der Ergiebigkeit an, bis herab zu solchen, deren Ertrag so gering ist, daß davon keine Grundrente gezahlt werden kann. Wir verlangen natürlich nicht, daß diese Behauptung auf unsere Autorität allein für richtig angenommen werde, sondern beziehen uns deßhalb auf die Erfahrung solcher Männer, welche über den vorliegenden Gegenstand die meisten Kenntnisse haben. Findet sich unser aufgestellter Satz bestätigt, so bleibt es bewiesen, daß die geringste Klasse des kultivirten Landes keine Grundrente zahlt. Bei den Pachtungen, deren wir erwähnt haben, schließt der Pächter mit dem Grundeigenthümer über eine gewisse Summe ab. Natürlich

ist die Berechnung dieser Summe auf den Ertrag derjenigen Bodenklassen gegründet, welche nicht nur einen angemessenen Gewinn für das auf ihre Bebauung gewendete Kapital, sondern auch noch einen Ueberschuß produciren. Da der Pächter lediglich durch die Hoffnung, sein Kapital mit Nutzen anzulegen, geleitet wird, so ist, wenn unter den erpachteten Grundstücken sich einige finden, welche gerade nur den nöthigen Kapitalgewinn einbringen, aber nichts zur Grundrente beitragen, schon dieß ein hinreichender Beweggrund für ihn, deren Anbau zu betreiben. Es kann unmöglich geleugnet werden, daß unter den verschiedenen Arten von Grundstücken, deren Fruchtbarkeit so unmerkliche Abstufungen, von der höchsten bis zur geringsten, zuläßt, nicht im Allgemeinen in jeder größeren Pachtung Stücke Landes von dem eben erwähnten Grade der Ergiebigkeit vorhanden sein soll.

ten; dieser ist hinreichend, ihre Bebauung zu veranlassen.

Uebrigens kann unsere Schlußfolge durch die deutlichsten Beweise gerechtfertigt werden, ohne auf die Frage: ob alle Arten von Ländereien Grundrente bezahlen, oder nicht, Rücksicht zu nehmen. Wir haben gesehen, daß Kapitale, welche nach und nach zu verschiedenen Malen auf solches Land, das die höchste Grundrente trägt, angelegt worden sind, nicht gleich viel produciren. Das erste Kapital giebt mehr, wahrscheinlich viel mehr, als den üblichen Kapitalgewinn; das zweite kann auch noch mehr geben u. s. w. Ist die Grundrente richtig berechnet, so muß sie der Summe dessen gleich sein, was die verschiedenen Kapitale außer dem üblichen Kapitalgewinn produciren. Der Landbauer legt natürlich alle diejenigen Kapitale an, rücksichtlich deren er Grundrente zahlen muß; aber das Kapital, wel-

ches er außer jenem anlegt, kann noch den nöthigen Kapitalgewinn geben, wenn es gleich keine Grundrente mehr zu tragen im Stande ist. Dieses letztere Kapital operirt also lediglich für den Gewinn des Pächters. Demnach wird dieser so lange fortfahren, neue Kapitale auf die Kultur seiner erpachteten Ländereien anzulegen, als sie ihm den üblichen Kapitalgewinn bringen. Man darf daher mit Sicherheit schließen, daß im natürlichen Zustande der Dinge ein Theil des auf den Landbau gewendeten Kapitals keine Grundrente hervorbringt. Letztere besteht daher lediglich in dem, was die übrigen Theile jedes Kapitals außer dem nöthigen Kapitalgewinn produciren.*)

*) Siehe Zusatz I.

Zweiter Abschnitt.

Arbeitslohn.

Die Production ist das Ergebniß der Arbeit. Aber der Arbeiter erhält durch das Kapital die rohen Stoffe, welche er verarbeite, und die Werkzeuge, welche ihn bei seinen Operationen unterstützen sollen; hierdurch sind Gegenstände dieses Kapitals angedeutet.

Zuweilen ist der Arbeiter selbst Eigenthümer des ganzen zu seinem Geschäft nöthigen Kapitals. Schuster und Schneider besitzen zuweilen nicht nur die Werkzeuge, deren sie sich bedienen, sondern auch das Leder oder das Tuch, welches sie verarbeiten, eigenthümlich. In allen ähnlichen Fällen gehört das ganze Erzeugniß demjenigen, durch dessen Arbeit es producirt worden ist.

In den meisten Fällen, vorzüglich aber, wenn die Gesellschaft auf einer höheren

Stufe der Civilisation steht, sind der Arbeiter und der Eigenthümer des Kapitals verschiedene Personen. Der Arbeiter hat weder die rohen Stoffe, noch die nöthigen Werkzeuge: beides liefert ihm der Kapitalist, welcher natürlich auf eine Belohnung für diesen Vorschuß rechnet. Eben sowohl wie dem Schuhmacher, der mit eigenem Kapitale arbeitet, der Schuh, den er gemacht hat, vollständig gehört, und der Werth desselben ihn als Arbeiter und als Kapitalisten belohnt; eben so gehört in dem angeführten Falle das Erzeugniß der Arbeit dem Arbeiter und dem Kapitalisten gemeinschaftlich, und muß entweder selbst, oder seinem Werthe nach, unter Beide vertheilt werden. Beide müssen aus diesem Erzeugniß schadlos gehalten und belohnt, und hierdurch der ganze Werth desselben erschöpft werden.

Indessen hat man es für die Arbeiter vortheilhafter befunden, wenn sie, anstatt die Vollendung des Erzeugnisses und die Realisation des Werthes abzuwarten, ihren Antheil an demselben voraus erhalten, und so aller Verzögerung und Ungewißheit überhoben werden. Es hat sich am Angemessensten gezeigt, ihnen denselben als Arbeitslohn zukommen zu lassen. Sobald der Arbeiter den ihm gebührenden Antheil des Products als Arbeitslohn erhoben hat, gehört natürlich das ganze Product ausschließlich dem Kapitalisten, welcher des Arbeiters Antheil gekauft und ihm voraus bezahlt hat.

I. Der Satz des Arbeitslohns wird durch das Verhältniß zwischen der Bevölkerung und der Masse ihrer Beschäftigung, oder mit andern Worten: zwischen der Bevölkerung und dem vorhandenen Kapital bestimmt.

Wir kommen nun zu der Frage, wodurch der Antheil des Arbeiters oder das

Verhältniß bestimmt wird, nach welchem die Producte oder deren Werth unter ihn und den Kapitalisten vertheilt werden. So groß der Antheil des Arbeiters ist, so groß ist der Satz des Arbeitslohns, und ebenso umgekehrt: so groß der Satz des Arbeitslohns ist, so groß ist der Antheil, welchen der Arbeiter von dem Producte oder dessen Werthe erhält.

Natürlich ist die Regulirung der Antheile des Arbeiters und des Kapitalisten der Gegenstand eines Handels zwischen beiden. Ist aber dieß der Fall, so kann man leicht erachten, was die Bedingungen desselben machen wird. Die Bedingungen jedes Handels, sobald er frei und ungehindert vor sich geht, werden durch die Concurrenz angegeben und wechseln, je nachdem das Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage sich ändert.

Man nehme an, es sei eine gewisse Anzahl Arbeiter, und ebenso eine gewisse Anzahl Kapitalisten vorhanden, welche letztere eine gewisse Menge von Lebensmitteln, rohen Stoffen, und Werkzeugen oder Maschinen besäßen; und das Verhältniß, nach welchem die Erzeugnisse unter diese beiden Klassen von Producenten vertheilt werden, sei gleichfalls auf irgend eine Weise regulirt worden.

In der Folge geschähe es, daß die Anzahl der Arbeiter sich um die Hälfte vermehrt habe, ohne daß die Masse der Kapitale angewachsen sei. Die zur Beschäftigung der Arbeiter nöthigen Gegenstände, d.h. Lebensmittel, Werkzeuge und rohe Stoffe, sind in derselben Menge als bisher vorhanden; aber anstatt hundert Arbeitern, finden sich hundert und funfzig. Es sind also funfzig derselben in Gefahr, ohne Ar-

beit zu bleiben. Um dieß zu vermeiden, haben sie kein anderes Mittel, als daß sie suchen, diejenigen, welche schon vor ihnen Beschäftigung erhalten haben, daraus zu verdrängen; indem sie nämlich sich erbieten, für eine geringere Belohnung zu arbeiten. Hierdurch wird der Satz des Arbeitslohns nothwendig erniedrigt.

Setzen wir dagegen voraus, daß die Masse der Kapitale vergrößert worden, die Anzahl der Arbeiter aber dieselbe geblieben sei; so muß eine entgegengesetzte Wirkung statt haben. Die Kapitalisten besitzen eine größere Menge von Mitteln, Arbeiter zu beschäftigen, d. h. einen Ueberfluß an Kapital, welches sie nutzbar anzulegen wünschen. Hierzu bedürfen sie einer größeren Anzahl Arbeiter. Diese sind aber schon sämmtlich von andern Kapitalisten beschäftigt, und es giebt, um sie an sich zu locken, nur ein Mittel:

das Anbieten eines größeren Arbeitslohns. Aber die Herren, welche diese Arbeiter bisher beschäftigt haben, befinden sich in derselben Verlegenheit, und werden dadurch veranlaßt werden, ihnen noch vortheilhaftere Anerbietungen zu machen, um sie für sich zu behalten. Diese Concurrenz ist unvermeidlich, und muß nothwendig eine Erhöhung des Satzes des Arbeitslohns herbeiführen.

Es erhellet also, daß, wenn die Volksmenge sich vergrößert, ohne daß gleichzeitig die Masse der Kapitale anwächst, der Arbeitslohn sinkt; und daß im Gegentheil, wenn die Masse der Kapitale anwächst, ohne daß die Volksmenge sich vergrößert, der Arbeitslohn steigt. Es ist ebenfalls klar, daß, wenn rücksichtlich des Einen und des Andern ein Wachsthum aber in ungleichem Verhältniß statt findet, die Wirkung gerade

so sein muß, als wenn das Eine gar nicht, und das Andere nur um soviel als die Differenz beträgt, gewachsen wäre. Man nehme z. B. an, die Volksmenge habe sich um ein Achttheil vermehrt, und die Masse der Kapitale gleichfalls um ein Achttheil; so würde dieß Wachsthum gar keine Wirkung auf die Höhe des Arbeitslohns äußern. Hätte sich aber außer dem angeführten Achttheil die Volksmenge noch um ein anderes Achttheil vermehrt; so würde dieß auf den Satz des Arbeitslohns von eben der Wirkung sein, als wenn die Masse der Kapitale gar nicht, und die Volksmenge überhaupt nur um ein Achttheil gewachsen wäre.

Im Allgemeinen läßt sich also behaupten, daß, bei einem sonst unveränderten Zustande der Dinge, der Satz des Arbeitslohns derselbe bleiben wird, so lange das Verhältniß zwischen der Volksmenge und der Masse der Kapitale dasselbe bleibt; daß der Satz

des Arbeitslohns steigen wird, sobald die Masse der Kapitale im Verhältniß gegen die Volksmenge anwächst, und daß im Gegentheile der Satz des Arbeitslohns fallen wird, sobald die Volksmenge im Verhältniß gegen die Masse der Kapitale zunimmt.

Hat man sich mit dieser Regel einmal vertraut gemacht, so ist es leicht, die Umstände aufzufinden, durch welche in irgend einem Lande die Lage der großen Masse des Volks bestimmt wird. Ist letztere in einem wohlhabenden und behaglichen Zustande, so kommt es, um sie darin zu erhalten, nur darauf an, solche Maaßregeln zu ergreifen, durch welche die Vermehrung der Kapitale in gleichem Verhältnisse als die der Volksmenge befördert wird, oder aber zu verhindern, daß die Volksmenge in schnellerem Maaße als die Kapitale anwachse. Ist der Zustand des Volks nicht so erwünscht, so kann man nur auf zwei Wegen dahin gelan-

gen, ihn zu verbessern: entweder durch Beschleunigung des Anwachses der Kapitale, oder dadurch, daß man die Vermehrung der Volksmenge aufhält; d. h. man muß das Verhältniß der Mittel, dem Volke Arbeit zu verschaffen, nach der Proportion der vermehrten Personenzahl dieses Volks vergrößern.

Hätten die Kapitale eine natürliche Tendenz, schneller zu wachsen, als die Volksmenge, so würde es keiner Schwierigkeit unterworfen sein, das Volk in einem glücklichen Zustande zu erhalten. Hätte im Gegentheile die Volksmenge eine natürliche Tendenz, sich schneller zu vermehren, als die Masse der Kapitale; so würde dieß die größte Schwierigkeit verursachen; eine fortwährende Tendenz des Arbeitslohns, zu sinken, müßte die Folge davon sein. Das Fallen des Arbeitslohns würde unter dem Volke eine immer zunehmende Armuth, und mit ihr deren unvermeidliche Folgen: Elend

und

und Laster, herbeiführen. In gleichem Maaße wie das Elend würde sich auch die Sterblichkeit vergrößern. Der Mangel der zum Wohlbefinden unentbehrlichsten Dinge würde von den zahlreichen neugebornen Kindern nur wenige zu reiferen Jahren kommen lassen. Wie groß auch das Streben der Bevölkerung sein möchte, schneller als die Kapitale zuzunehmen; so würde doch der Abgang durch die vermehrte Sterblichkeit eben so groß sein; das Verhältniß zwischen dem Wachsthum der Kapitale und dem der Volksmenge würde auf diese Art ins Gleichgewicht gebracht werden, und der Satz des Arbeitslohns müssen aufhören zu sinken.

Daß die Volksmenge geneigt sei, sich schneller zu vermehren, als dieß rücksichtlich der Masse der Kapitale in den meisten Länder statt gefunden hat — das ist durch den Zustand der Völker fast des ganzen Erdbodens unwidersprechlich bewiesen. Bei=

nahe in allen Ländern ist die Lage der großen Masse des Volks sehr bedauernswürdig. Dieß wäre nicht möglich, wenn die Kapitale schneller gewachsen wären, als die Bevölkerung. In letzterem Falle würde der Arbeitslohn nothwendig gestiegen, und so die arbeitende Klasse in einen wohlhabenden Zustand versetzt worden sein.

Diese allgemeine Dürftigkeit der Menschen ist eine Thatsache, welche nur auf zweierlei Weise erklärt werden kann: entweder hat die Volksmenge eine Tendenz, schneller zuzunehmen, als die Kapitale; oder aber die den Kapitalen sonst eigene Tendenz zur Vergrößerung ist durch irgend etwas verhindert worden, ihre volle Wirkung zu äußern. Dieses giebt uns Stoff zu einer Untersuchung von der höchsten Wichtigkeit.

II. Beweis der Tendenz der Volksmenge zu einer schnellen Vermehrung.

Die natürliche Tendenz der Volksmenge zur Vermehrung läßt sich aus zweierlei Thatsachen schließen: 1) aus der natürlichen Beschaffenheit des Weibes, und 2) aus den Ergebnissen der in verschiedenen Ländern gemachten Beobachtungen über das Verhältniß der Geburten.

Die Thatsachen, welche sich auf die natürliche Beschaffenheit des Weibes beziehen, sind völlig ausgemacht, und können daher für weitere Schlüsse eine sehr sichere Grundlage abgeben. Was hingegen die in mehreren Ländern gemachten Beobachtungen über das Verhältniß der Geburten betrifft, so wird man finden, daß sie theils auf Annahmen beruhen, deren Uebereinstimmung mit dem wirklichen Zustande der Dinge wenig zuverlässig ist; theils aber solche Thatsachen

liefern, welche rücksichtlich der hier abgehandelten Gegenstände von keiner Wichtigkeit sind.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Grad der Vermehrung des menschlichen Geschlechts von der Beschaffenheit des Weibes abhänge. Die in dieser Beziehung vollkommen gewissen Thatsachen, und die Hülfskenntnisse, welche die Physiologie und die vergleichende Anatomie aus der Aehnlichkeit einiger Thierarten mit dem Menschen entnehmen können, liefern vollkommen hinreichende Mittel, um hierüber zu einem sichern Schlusse zu gelangen.

Die weiblichen Thiere, welche rücksichtlich der Dauer und Art der Schwangerschaft mit dem menschlichen Weibe fast übereinkommen, und welche nur Ein Junges auf einmal zur Welt bringen, sind, unter sonst günstigen Umständen, im Stande, von der Zeit an, wo ihre Fähigkeit sich fortzupflanzen be-

ginnt, bis dahin, wo sie aufhört, jährlich einmal zu gebähren; allenfalls mit Ueberspringung eines Jahres von Zeit zu Zeit, welches jedoch im Ganzen nicht viel austrägt.

Eine länger als drei Monate hindurch fortgesetzte Säugung des Kindes schiebt die Epoche der Empfängniß über den jährlichen Zeitraum hinaus. Dieß muß als die einzige physiologische Abweichung bemerkt werden, welche einen Unterschied in der Häufigkeit der Geburten des menschlichen Weibes im Vergleich mit den weiblichen Thierarten, deren wir erwähnten, verursachen könnte.

Um mit strenger Genauigkeit zu schließen, muß diese Abweichung mit zur Berechnung kommen. Wir wollen, um alle mögliche Unterbrechungen darunter mit zu begreifen, viel zugeben, und annehmen, daß die Natur des Weibes es fähig mache, regelmäßig jedes zweite Jahr ein Kind zur Welt zu bringen. In Europa, dem Welttheil, auf

welchen wir für jetzt unsere Betrachtungen beschränken können, erstreckt sich der Zeitraum, während dessen die Weiber Kinder zu gebähren fähig sind, vom sechzehnten oder siebzehnten bis zum fünfundvierzigsten Jahre. Wir wollen abermals viel zugeben, und diesen Zeitraum auf den vom zwanzigsten bis zum vierzigsten Jahre einschränken. Er giebt also, nach dem sehr geringen Satze von Einer Geburt in zwei Jahren, überhaupt zehn Geburten; eine Anzahl, welche man, als der Natur des Weibes angemessen, annehmen kann.

Unter günstigen Verhältnissen ist die Sterblichkeit der Kinder nur unbedeutend. Bei den Kindern sehr armer Leute ist sie wegen des Mangels der zur Erhaltung der Gesundheit nöthigen Dinge unvermeidlich am stärksten. Aber unter den Kindern wohlhabender Personen, welche die Regeln einer vernünftigen Diätetik kennen und beobachten, ist die Sterblich-

keit gering; und es ist keinem Zweifel unterworfen, daß sie noch beträchtlich vermindert werden könnte, wenn man rücksichtlich der Nahrung, Kleidung, des Genusses der freien Luft, der körperlichen Uebungen, und der Erziehung der Kinder verständigere Methoden als bisher befolgte.

Man kann demnach den Schluß machen, daß unter den günstigsten Umständen zehn Geburten das mittlere Maaß der Fruchtbarkeit eines Weibes sei, und daß von den in diesem Verhältniß gebornen Kindern nur ein sehr kleiner Theil vor der Gelangung zum reiferen Alter sterben müsse. Wir wollen in Bezug auf die vorkommenden Fälle von Unfruchtbarkeit, und auf diese geringe Sterblichkeit viel mehr, als nothwendig ist, zugeben, und die Hälfte der Geburten in Abzug bringen. Hiernach würde jedes Ehepaar fünf Kinder auferziehen; insofern es nämlich zu rechter Zeit verheirathet und, ohne zu über-

mäßiger Arbeit genöthigt zu sein, im Stande wäre, sich die zum physischen Wohlsein erforderlichen Gegenstände in gehöriger Menge zu verschaffen — auch Einsicht genug besäße, seine Lage in der Art zu benutzen, um Krankheiten und Sterblichkeit gehörig zu vermeiden. Verhält sich dieß wirklich so, so bedarf es keiner weitern genauen Berechnungen, um zu beweisen, daß die Volksmenge binnen wenigen Jahren sich verdoppeln müsse. Dieß ergiebt schon die geringste Ueberlegung.

Man hat, um eine so wohlbegründete Schlußfolge als diese zu bestreiten, sich auf die in verschiedenen Ländern bekannt gemachten Bevölkerungstabellen, vorzüglich über Geburten und Sterbefälle, bezogen. Indem man auf dergleichen Tabellen Schlüsse gründen will, umgeht man aber den Punct, auf den es hier ankommt. Ich kenne keine solche Tabellen, welche etwas Anderes als das Faktische über die Vermehrung der Volks-

menge darthäten, wenn man ihnen auch das Verdienst der Genauigkeit, welches sie doch niemals besitzen, zugestehen wollte. Sie zeigen, oder sollen vielmehr zeigen, ob die Bevölkerung zunimmt oder nicht, und nach welchem Maaßstabe. Aber wenn es auch nach diesen Tabellen scheinen sollte, daß die Volksmenge jedes Landes der Welt unverändert blieb; so würde doch kein Vernünftiger daraus schließen wollen, daß das Menschengeschlecht unfähig sei, der Zahl nach mehr zuzunehmen. Jedermann weiß, daß die Bevölkerung der meisten Länder stillstehend oder doch fast stillstehend ist; aber was beweist dieß, sobald man nicht zugleich die Ursachen angiebt, welche deren Wachsthum hindern? Wir wissen wohl, daß es zwei Dinge giebt, welche ihrer Vermehrung im Wege sind, wie groß auch immer das natürliche Streben dazu sein mag. Das eine ist die Armuth, deren Wirkung so stark ist, daß alle Personen, die in die-

sem Zustande geboren werden, wie groß deren Menge auch sein möge, bis auf eine gewisse Anzahl eines frühzeitigen Todes sterben müssen. Das andere ist die Vorsicht, welche entweder wenig Ehen schließen läßt, oder doch bewirkt, daß die aus ihnen gebornen Kinder eine bestimmte Anzahl nicht übersteigen. Es ist unnöthig, uns zu belehren, daß die Volksmenge in gewissen Ländern wenig oder gar nicht zunimmt, sobald man nicht zugleich genau angiebt, in wiefern Armuth, Vorsicht oder andere Ursachen dem Anwachsen der Bevölkerung im Wege stehen.

Wenn wir also behaupten, daß die Volksmenge von Natur zu solcher Vermehrung geneigt sei, daß sie in wenigen Jahren verdoppelt werden könnte; so ist dieß ein auf die stärksten Beweise gegründeter Satz, dem nichts, was einigermaaßen den Namen eines Beweises verdiente, entgegengestellt ist.

III. Beweis, daß die Kapitale weniger zu einer schnellen Vermehrung geneigt sind, als die Volksmenge.

Wir haben jetzt die etwanige Tendenz der Kapitale zur Vermehrung näher zu betrachten. Vermehrten sich dieselben eben so schnell, als die Volksmenge, so müßten für jeden neu entstandenen Arbeiter zugleich die Mittel, ihn zu nähren und zu beschäftigen, mit entstehen, und so würde keine Verminderung des Wohlbefindens der großen Masse des Volks zu befürchten sein.

Sobald man aber einsieht, aus welcher Quelle jede Vergrößerung des vorhandenen Kapitals fließen muß, kann man nicht mehr an ein schnelles Anwachsen desselben glauben. Jede Vergrößerung des Kapitals muß durch Ersparniß bewirkt werden. Dieser Satz leidet schlechterdings keine Ausnahme. Der

Beweis davon ist so klar, daß es kaum nöthig ist, ihn zu führen. Jedes Kapital ist natürlich das Ergebniß der Production; es ist ein nach und nach gesammelter Theil des jährlichen Products der Erde und der Arbeit. Um aber irgend einen Theil dieses jährlichen Products bei Seite legen zu können, muß nothwendig der, dem derselbe gehört, sich die Konsumtion desselben entziehen; denn aus dem, was verzehrt ist, läßt sich kein Kapital bilden. Also ist jedes Kapital aus dem Theil des jährlichen Products entstanden, den man erspart hat, anstatt ihn der Konsumtion und dem Genusse zu widmen.

Obwohl nun überall, wo das Eigenthum gesichert ist, der Mensch im Allgemeinen eine große Neigung zum Sparen zeigt, und dieses hinreichend ist, ein fortschreitendes Wachsen der Kapitale hervorzubringen, sobald die Regierung nicht häufige Gelegenheit zur Konsumtion giebt, und der Produ-

ction nicht allzugroße Schwierigkeiten in den Weg gestellt sind; so ist doch jene Neigung zum Sparen in fast allen Lagen, in welchen sich menschliche Wesen bis jetzt befunden haben, zu schwach gewesen, um einen raschen Fortschritt im Wachsthum der Kapitale zu bewirken.

Und nach den am besten begründeten Erfahrungssätzen über die Natur des Menschen scheint es ausgemacht, daß dieses auch in der Zukunft nie anders werden wird.

Das gesammte jährliche Product vertheilt sich immer so, daß eins von beiden statt findet: entweder ist die große Masse des Volks reichlich mit Allem versehen, was zu ihrem Unterhalte nothwendig und zu ihren Genüssen dienlich ist, und in diesem Falle fließt nur ein kleiner Theil des jährlichen Products den Kassen der Reichen zu; oder aber die große Masse des Volks ist auf das eben Nothdürftige beschränkt, und

dann giebt es natürlich eine Klasse mit sehr bedeutenden Einkünften. Die Lage jeder Gesellschaft nähert sich einem der beiden angeführten Fälle. Wir wollen die Beweggründe zum Sparen untersuchen, welche in jedem derselben vorhanden sein können.

1. In dem Falle, wo es eine auf das eben Nothdürftige beschränkte Klasse, und eine Klasse von Reichen giebt, leuchtet von selbst ein, daß die erstere nicht im Stande ist, Ersparnisse zu machen; und wir finden daher nicht nöthig, von ihr ein Mehreres zu sagen. Daß eine Klasse von Reichen, mitten unter einem armen Volke, nicht zum Sparen geneigt sei, ist hinlänglich bekannt. Der Besitz eines großen Vermögens steigert im Allgemeinen den Reiz zu unmittelbaren Genüssen; und wer schon Herr eines Vermögens ist, welches ihn in den Stand setzt, sich alles zu verschaffen, was Reichthum irgend gewähren kann, hat eben keinen Antrieb zum

Sparen. Was sollte ihn bewegen, sich gegenwärtiger Genüsse zu berauben, um etwas zu sammeln, das er schon im Ueberflusse besitzt. Selbst jener Einfluß auf die Meinungen Anderer, welchen der Reiche ausübt — der einzige Vorzug, den ein übermäßiges Vermögen gewährt — pflegt bei einem gewissen Grade von Reichthum schon in hinreichendem Maaße vorhanden zu sein, wenn auch nicht um der Eitelkeit der meisten Menschen zu genügen, doch wenigstens um zu bewirken, daß die mächtige Begierde nach gegenwärtigen Genüssen durch den Wunsch, Reichthümer anzuhäufen und so jenen Einfluß zu erlangen, nicht unterdrückt werden kann. Bei einem solchen Zustande der Gesellschaft muß jedes schnelle Anwachsen der Kapitale als moralisch unmöglich angesehen werden.

2. Betrachten wir jetzt den Zustand der Gesellschaft, in welchem ein bedeutender Theil

des jährlichen Products der großen Masse des Volks zu Theil wird; so finden wir in demselben weder für die arbeitende Klasse, noch für die, welche, ohne zu arbeiten, lebt, einen mächtigen Antrieb zum Sparen. Wenn Jemand (wie hier rücksichtlich der großen Masse des Volks vorausgesetzt wird) Nahrung, Kleidung, Wohnung und alles Uebrige besitzt, was nicht nur zu den Bequemlichkeiten, sondern selbst zu den Annehmlichkeiten des Daseins gehört; so ist er im Stande, sich alle wesentlichen Genüsse des menschlichen Lebens zu verschaffen; alles Uebrige beruhet großentheils nur in der Einbildung. Die Ergötzlichkeiten, welche zu denen, deren er schon theilhaftig ist, etwa noch hinzukommen könnten, sind im Vergleich mit diesen weder sehr zahlreich, noch sehr reizend. Die über die menschliche Natur gemachten Erfahrungen lassen die Voraussetzung nicht zu, daß ein beträchtlicher Theil des Menschengeschlechts

der Versuchung zu gegenwärtigen Genüssen widerstehen, und geneigt sein sollte, mit Aufopferung eines bedeutenden Theils der wirklichen Annehmlichkeiten des Lebens, durch langwierige Ersparnisse Mittel zu sammeln, um in einem entfernten Zeitraume sich einige eingebildete Annehmlichkeiten verschaffen zu können. Es giebt zwei Klassen von Menschen: bei der Einen ist die Gewalt der Ueberlegung stark, und macht sie fähig, einem gegenwärtigen Vergnügen zu entsagen, um so in der Folge ein größeres zu erlangen; bei der andern ist die Vernunft schwach, und diese können selten dem Reiz eines unmittelbaren Genusses widerstehen. Natürlich darf man nicht erwarten, unter dieser letzteren Klasse einen Hang zum Sparen zu finden. Von der andern Seite wird denjenigen, deren Vernunft stark genug ist, um ihnen einen richtigen Begriff von den Annehmlichkeiten des Lebens zu geben, die Be-

merkung nicht entgehen, daß die Annehmlichkeiten, welche sie sich nach Befriedigung aller vernünftigen Wünsche durch langwierige Ersparnisse zu verschaffen im Stande sind, doch diejenigen nicht aufwiegen, denen sie, unserer Voraussetzung nach, würden entsagen müssen, um zu jenem Zwecke zu gelangen. Unter diesen Umständen wirkt also jede in der menschlichen Natur gegründete Rücksicht der Ansammlung der Kapitale entgegen; sie kann demnach nicht Statt haben. Selbst die Liebe zur Ruhe, eine der mächtigsten Triebfedern des Menschen, steht dieser Ansammlung auf das Entschiedenste entgegen. Denn in der That, wenn jemand sich einmal entschließt, einer gewissen Menge nützlicher oder angenehmer Gegenstände, die er sich mittelst seiner Arbeit verschaffen kann, zu entsagen; so kann er auch in demselben Maaße seine Arbeit vermindern und desto länger die Süßigkeiten der Ruhe schmecken. Was den

Einfluß auf die Meinung anderer Menschen betrifft, den der Besitz von Reichthümern verleihet; so kann er hier nicht in Betracht kommen, indem alles das, was ein Arbeiter durch seine Ersparnisse etwa beschaffen könnte, ihm doch schwerlich die Aussicht eröffnet, auf diesem Wege zu glänzen.

Soviel über die Stärke der Triebfedern, welche unter den vorausgesetzten Umständen auf die arbeitende Klasse wirken könnten. Was von dem jährlichen Product, nach Abzug des Antheils jener Klasse, übrig bleibt, wird entweder in großen Portionen an eine kleine Anzahl sehr reicher Personen, oder in kleinen Portionen an eine große Anzahl mittelmäßig begüterter Personen vertheilt.

Wir haben schon untersucht, welche Beweggründe zum Sparen da statt finden können, wo bereits großes Vermögen vorhanden ist, und es hat sich gezeigt, daß dieselben

nie von solcher Art sein werden, daß sich bedeutende Wirkungen davon erwarten ließen.

Jetzt müssen wir untersuchen, welche Beweggründe zum Sparen sich in einer Gesellschaft finden, die eine große Anzahl Personen von mittlerem Vermögen, aber keine von beträchtlichen Reichthümern in sich faßt. Was die physischen Bedürfnisse betrifft; so bietet ein Vermögen mittlerer Größe nicht weniger die Mittel zu deren vollständiger Befriedigung dar, als ein sehr großes. In dem erwähnten Zustande der Gesellschaft giebt es also nur zwei Beweggründe, welche dem so mächtigen Hange zu unmittelbaren Genüssen entgegenarbeiten könnten: nämlich den Wunsch, sich Einfluß auf die Meinung Anderer zu verschaffen, oder den, für seine Kinder zu sorgen.

Die Gesellschaft besteht in einem solchen Zustande nur aus zwei Klassen von Menschen: Personen mit einem unabhängigen, aber

mäßigen Vermögen, und gutbezahlte Arbeiter und Handwerker.

Die Personen der erstern Klasse, im Besitz eines Vermögens, das ihnen vollständige Unabhängigkeit sichert, alle physischen Genüsse verschafft, und selbst einen gewissen Aufwand, Geschmack und Eleganz zu zeigen gestattet, machen den wichtigsten Theil der Gesellschaft aus. Sie herrschen in derselben, bestimmen ihren Ton, ihre Meinungen und Vergnügungen, und sind daher nicht in der Lage, durch den Glanz großer Reichthümer geblendet zu werden, auch wahrscheinlich wenig geneigt, den Besitzern dieser letztern merkliche Ehrfurcht zu beweisen. Die Menschen aus der arbeitenden Klasse sind da, wo der Zorn des Reichen furchtbar und seine geringste Gunstbezeigung folgenreich ist, kriechend und knechtisch; befinden sie sich aber in einer Lage, welche in ihnen das Gefühl der Unabhängigkeit erweckt und eine gewisse geistige

Bildung gestattet, so wirkt das Gepränge der Reichen wenig auf sie. In diesem Zustande der Gesellschaft verleihet also der Besitz großer Reichthümer geringen Einfluß auf die Meinungen Anderer, und es können demnach darin keine starken Beweggründe zum Sparen statt finden.

Was den Wunsch für seine Kinder zu sorgen betrifft, so wird Jemand, der für sich selbst mit mäßigen Glücksumständen zufrieden ist, auch für seine Kinder ein Mehreres nicht verlangen. Das Vermögen, welches er für sie wünscht, braucht daher nicht beträchtlicher zu sein, als erforderlich ist, sie in die Lage zu bringen, in der er selbst sich befindet. Er wird sich also bemühen, ihnen zum Anfang ihrer Laufbahn diejenigen Mittel zu verschaffen, die er beim Beginnen der seinigen hatte oder zu haben wünschte. Dieses sollte im Allgemeinen als das Maaß des Wunsches, für seine Kin-

der zu sorgen, angesehen werden, und hierdurch würde ein mäßiger Anwachs der Kapitale gesichert sein. Man könnte also diesen Zustand der Gesellschaft als den für die Vermehrung der Kapitale geeignetsten ansehen; mit alleiniger Ausnahme der Fälle, wo Menschen, mit allen Kenntnissen und aller Ueberlegenheit der Civilisation ausgerüstet, in ein ganz oder fast ganz unbewohntes Land versetzt werden, und hier im Stande sind, die fruchtbarsten Landesstrecken ohne Beschränkung anzubauen. Dergleichen kommt so selten vor, daß die Erwähnung dieses Falles bei Untersuchung der Regeln, welche den Lauf der Dinge in der menschlichen Gesellschaft im Allgemeinen bestimmen, bloß deshalb nöthig ist, daß man sieht, er sey nicht vergessen worden.

Dieß sind die schwachen Wirkungen, welche sich von den Beweggründen zum Anhäufen der Kapitale erwarten lassen.

Allein der Beweis der Tendenz der Volksmenge, schneller als die Kapitale zu wachsen, hängt nicht von dieser, obgleich sehr festen, Grundlage ab. Die Tendenz der Volksmenge zur Vermehrung ist jederzeit gleichförmig, sie möge nun groß oder klein gefunden werden. Nach welchem Maaßstabe sie auch in einem gewissen Zeitraume zugenommen habe, man kann darauf rechnen, daß sie in jedem andern Zeitraume, unter Voraussetzung eben so günstiger Umstände, in demselben Verhältniß zunehmen werde. Rücksichtlich der Kapitale aber findet das Gegentheil statt. Je mehr sie anwachsen, desto schwieriger wird ihre künftige Vermehrung, bis am Ende jede weitere unmöglich ist. Die Richtigkeit dieser Behauptung erhellet unmittelbar aus dem oben erläuterten Gesetze, nach welchem die Anwendung der Kapitale auf den Landbau statt findet.

Wenn man, nachdem alles Land erster Güte angebauet ist, ein Kapital auf ein neues Stück Land geringerer Güte oder auch als zweites Kapital auf Ländereien erster Güte anlegt, u. s. w.; so liefert jede neue Anwendung von Kapital ein minderes Product, Wird aber der Kapitalgewinn nach und nach geringer, so nimmt auch der jährliche Fond, an welchem die Ersparnisse gemacht wurden, in demselben Maaße ab. Die Möglichkeit zu sparen vermindert sich also fortwährend, und verschwindet am Ende ganz.

Es ist also hinreichend bewiesen, daß die Volksmenge zu schnellerer Vermehrung geneigt sei, als die Kapitale. Steht dieser Grundsatz einmal fest, so kommt für unsern jetzigen Zweck gar nichts darauf an, das Maaß der Schnelligkeit dieser Vermehrung zu erforschen. Wie langsam auch die Volksmenge anwachsen möge, so muß doch, unter der Voraussetzung, daß die Kapitale noch

langsamer anwachsen, der Arbeitslohn nach und nach soweit herunter sinken, daß ein Theil der Volksmenge regelmäßig Hungers stirbt; und dieser fürchterlichen Folge kann nur dadurch vorgebeugt werden, daß man Mittel auffindet, welche die Kapitale verhindern, in ihrem Wachsthum hinter dem der Volksmenge zurückzubleiben.*)

IV. Die Mittel, welche man anwenden möchte, um eine schnellere Vermehrung der Kapitale zu erzwingen, als vom natürlichen Laufe der Dinge zu erwarten ist, dürften keine vortheilhaften Wirkungen hervorbringen.

Es giebt zwei Wege, auf denen man durch Anwendung künstlicher Mittel dahin streben kann, die Volksmenge und die Ka-

---

*) Siehe Zusatz II.

pitale zu einem gleichmäßigen Gange zu bringen. Man kann entweder suchen, das rasche Fortschreiten der Volksmenge aufzuhalten, oder auf Beschleunigung des natürlichen Wachsthums der Kapitale sein Augenmerk richten.

Die vorzüglichsten Mittel, mit Hilfe deren die Gesetzgebung die Leitung der menschlichen Handlungen auszuüben vermag, sind Strafen und Belohnungen. Weder die einen noch die andern sind einigermaaßen geeignet, das Streben des menschlichen Geschlechts, zu wachsen und sich zu vermehren, in Schranken zu halten. Wollte man zu diesem Zwecke ein Gesetz vorschlagen, vermöge dessen Eltern bestraft werden sollten, wenn sie zu einer Zeit ein Kind erzeugten, wo ihnen die Mittel zu dessen Auferziehung fehlten; so würde es schwer sein, eine Strafart zu ersinnen, die der Absicht entsprechend, und nicht für die Gesellschaft

eben so beunruhigend wäre, als die Sache, der dadurch entgegen gewirkt werden sollte. Eben so würde es nicht leicht sein, die Mittel zu bestimmen, welche zur Auferziehung eines, zweier oder mehrerer Kinder erforderlich sind. Noch schwieriger wäre es, Belohnungen für diejenigen Personen, welche keine Kinder gehabt haben, auszusetzen und so einzurichten, daß dadurch ein zweckmäßiger Einfluß auf die Vermehrung der Volksmenge ausgeübt würde.

Zuweilen kann die Gesetzgebung in den Fällen, welche ihrem directen Einflusse nicht unterworfen sind, durch ein indirectes Verfahren bedeutende Wirkungen hervorbringen. Wenn z.B. eine Begierde ihre Befriedigung auf eine schädliche Weise erlangt, und doch durch Strafen oder Belohnungen nicht wohl unterdrückt werden kann; so ist die Gesetzgebung bisweilen im Stande, sie zu einer weniger schädlichen Befriedigung zu leiten

und ihr so eine unschuldige Richtung zu geben. Haben Gesetzgebungen Maaßregeln ergriffen, um das Anwachsen der Volksmenge zu beschleunigen — was sehr oft, zuweilen durch directe, häufiger durch indirecte Mittel geschehen ist — so müssen dergleichen verderbliche Einrichtungen abgeschafft werden.

Der mächtige Einfluß der öffentlichen Meinung könnte in diesem, wie in vielen andern Fällen, mit großem Nutzen angewendet werden. Es würde vielleicht schon hinreichen, daß öffentlicher Tadel mit aller seiner Stärke diejenigen träfe, welche durch ihre unvorsichtige Erzeugung einer zahlreichen Familie in Armuth und Abhängigkeit gekommen sind, während öffentliche Billigung die belohnte, welche durch weise Mäßigung sich vor dem Elend und dem Herabsinken zu bewahren gewußt haben.

Das, worauf man seine Absicht hierbei richten muß, ist: dadurch, daß man den

Uebeln vorbeugt, welche ein allzuschnelles Anwachsen der Volksmenge mit sich bringt, der großen Masse des Volks alles Glück zu sichern, welches das eheliche Leben irgend verschaffen kann. Man darf hoffen, daß den Fortschritten der Gesetzgebung, der Vervollkommnung der Erziehung des Volks, und dem Abnehmen des Aberglaubens das Schwierige gelingen wird, jene wichtigen Zwecke zu erreichen.

Soviel über die Weise, wie die Gesetzgebung das Streben der Volksmenge, sich zu vermehren, in Schranken halten kann. Es ist noch zu untersuchen, welche Mittel sie in den Händen hat, das Entgegengesetzte rücksichtlich der Kapitale zu bewirken. Auch diese Mittel sind theils direct, theils indirect. Da eine geschickte Gesetzgebung einen bedeutenden Einfluß auf den Geschmack des Volks ausübt, so kann sie eine mäßige Lebensart zur Sitte machen und Verschwendung mit

Schande belegen. Sie kann auch jene Vertheilung des Vermögens herbeiführen, welche die Erfahrung als die geeignetste für das Ansammeln der Kapitale erwiesen hat; aber wir haben gesehen, daß selbst bei einem solchen Zustande der Gesellschaft von den Beweggründen zum Sparen sich keine bedeutenden Wirkungen erwarten lassen. In mehreren Ländern hat man Aufwandsgesetze erlassen. Auf solche Art hat die Gesetzgebung direct auf die Vermehrung der Ersparnisse zu wirken gesucht. Jedenfalls würde es nicht leicht sein, Aufwandsgesetze zu machen, welche eines Theils sehr bedeutende Wirkungen hervorbrächten, und andern Theils sich einer kleinlichen und peinigenden Einmischung in die einfachsten Angelegenheiten des häuslichen Lebens enthielten.

Ohne Zweifel giebt es einen Weg, mittelst dessen die Gesetzgebung dahin gelangen könnte, die Anhäufung der Kapitale sehr

merklich zu befördern. Sie müßten einen gewissen Theil vom jährlichen reinen Ertrage nehmen und ihn in Kapital verwandeln. Wir haben daher zu untersuchen, wie dieß ausgeführt werden könnte, und was die Wirkung davon sein würde.

Das Mittel, einen solchen Theil des jährlichen Products, als man für dienlich halten würde, zu erheben, ist ganz leicht gefunden. Eine, nach einem beliebigen Satze, auf das Einkommen gelegte Steuer würde diesen Zweck vollständig erfüllen.

Die Regierung könnte das auf diese Weise gewaltsam erschaffene Kapital auf zweierlei Art benutzen: entweder, indem sie es an gewisse Personen verliehe, oder, indem sie sich selbst mit der Anlegung desselben beschäftigte.

Die einfachste Weise würde vielleicht sein, es an solche Fabrikanten und Kapitalisten auszuthun, welche es begehren, und im Stande sein würden, für die Wiederbezahlung

gehö-

gehörige Sicherheit zu geben. Die Zinsen von dem, was so in einem Jahre ausgeliehen wäre, könnten dann im folgenden Jahre als Kapital angelegt werden. Auf diese Art gäbe jeder Jahresantheil Zins vom Zins, und könnte, wenn anders der Zinsfuß einigermaaßen hoch bliebe, sich in weniger Zeit verdoppeln. Zeigte der Arbeitslohn Neigung zu sinken, so müßte jene Steuer vom Einkommen erhöhet werden. Würde dagegen der Arbeitslohn höher steigen, als nöthig wäre, um die arbeitende Klasse in der für sie wünschenswerth erachteten Lage zu erhalten, so könnte man jene Steuer ermäßigen.

Ohne mit der Untersuchung über die Ausführbarkeit einer zu Hervorbringung jener Wirkungen fähigen Einrichtung Zeit zu verlieren, wollen wir zu einer andern Betrachtung übergehen, welche geeignet scheint, über die Nützlichkeit dieses Plans zu entscheiden.

Zufolge der oben vorausgesetzten Progression würde die Vermehrung der Volksmenge sehr schnell fortschreiten. Eben so schnell würde die Nothwendigkeit steigen, Kapitale auf immer weniger ergiebige Ländereien, oder nach und nach auf dieselben Grundstücke mit immer abnehmendem Erfolg anzulegen.

In demselben Maaße, als der jährliche Ertrag der Kapitale sich verminderte, würde auch das Einkommen der Kapitalisten abnehmen. Nach Verlauf eines gewissen Zeitraums würde der Kapitalzins so weit heruntergesunken sein, daß nur die Eigenthümer sehr großer Massen von Kapital von demselben würden leben können. Dieser Zustand der Dinge wäre das äußerste Ziel, bis zu welchem der in Rede stehende Plan verfolgt werden könnte, wenn man ihn überhaupt für ausführbar halten will.

Es ist nun zu untersuchen, in wiefern die Wirkungen desselben als wohlthätig angesehen werden können.

Man setze voraus, daß der Satz des Arbeitslohns unverändert bleibe. Jedermann lebt entweder vom Ertrage seiner Arbeit, oder von den Zinsen eines Kapitals, oder von der Rente eines Grundstücks. In dem vorausgesetzten Falle wirkt, wie wir gesehen haben, der Zustand der Dinge dahin, diejenigen Personen, welche vom Kapitalzins leben, arm zu machen, und dagegen die Grundrente zu erhöhen. Mit Ausnahme der Grundeigenthümer, würde also die ganze übrige Gesellschaft, Arbeiter und Kapitalisten, bald auf fast gleicher Stufe der Armuth stehen. Sobald Grundstücke zum Verkauf kämen, würde man, um sie erwerben zu können, große Kapitale aufwenden müssen, so daß demnach Niemand andere, als sehr beschränkte, Ankäufe darin machen könnte.

Bei diesem Zustande der Dinge würden entweder oft oder nur selten Verkäufe von Grundstücken statt finden. Es wird zweckmäßig sein, die Wirkungen zu betrachten, welche dieß in dem einen oder in dem andern Fall haben würde.

Fänden häufig Verkäufe statt, wie denn Ländereien sowohl, als andere Gegenstände des Eigenthums ihrer Natur nach fortwährend ihre Besitzer ändern; so käme es am Ende dahin, daß sämmtliche Grundstücke in sehr kleine Antheile zersplittert, und von einer zahlreichen Volksmenge bewohnt würden, deren keine Klasse sich in einer Lage befände, welche viel besser als die eines Arbeiters wäre. Könnte ein solcher Zustand der Gesellschaft seiner selbst wegen wünschenswerth sein? oder ist diejenige Lage der Dinge, die ihm vorhergeht oder die ihm folgt, wünschenswerth?

Wenn ein Ereigniß eintritt, durch welches das jährliche Product des Landes für

ein oder mehrere Jahre gegen den gewöhnlichen Satz desselben beträchtlich verringert wird; so können in einem Lande, wo ein ansehnlicher Theil des Volks stärkeres Einkommen hat, als die Personen, welche vom Arbeitslohn leben, bedeutende Ersparnisse an den Ausgaben jener reichern Klasse gemacht, und so die Wirkungen des Ausfalls gemildert werden. Dahingegen würde in einem Lande, wo das ganze Volk vom Arbeitslohne leben müßte, jeder Ausfall am jährlichen Product eine allgemeine und unabhülfliche Noth verursachen.

Alle Vortheile der Vervollkommnungsfähigkeit oder des Vermögens, fortwährend von einer Stufe des Wissens und des Glücks zu einer höhern emporzusteigen — dieser unschätzbaren Eigenschaft unserer Natur, des unterscheidenden Characters des menschlichen Geschlechts — scheinen großentheils davon abzuhängen, daß eine Klasse von Personen

vorhanden sei, welche Herren ihrer Zeit sind, d. h. deren äußere Glücksumstände sie über die kleinlichen Sorgen, rücksichtlich der Mittel in einer gewissen Behaglichkeit zu leben, hinwegsetzen. Männer in dieser Lage sind es, welche den Kreis unseres Wissens ausbilden und erweitern, und welche die Resultate ihrer Forschungen unter das übrige Volk verbreiten; ihre Kinder erhalten die sorgfältigste Erziehung, und werden zu den wichtigsten und schwierigsten Geschäften in der Gesellschaft vorbereitet; sie werden Gesetzgeber, Richter, Regenten, Lehrer, Erfinder in allen Fächern, und Leiter aller großen und nützlichen Unternehmungen, durch welche der Mensch die Naturkräfte seiner Herrschaft unterwirft.

Will man erforschen, auf welchem Wege das menschliche Glück auf den höchsten Gipfel zu bringen sei; so muß man sich darnach umsehen, welche Klasse von Menschen, nach der Erfahrung, der höchsten Glückseligkeit

genießt. Wahrscheinlich wird Niemand bezweifeln, daß dieß bei solchen Menschen der Fall sei, welche, rücksichtlich der Mittel, anständig zu leben, über alle Sorgen erhaben sind, ohne gerade der Gefahr ausgesetzt zu sein, in die Laster und Thorheiten des übermäßigen Reichthums zu verfallen — mit einem Worte: bei Menschen von mittlern Vermögensumständen, denen die Gesellschaft im Allgemeinen die meisten ihrer Fortschritte zu verdanken hat. In der That können solche Personen, Herren ihrer Zeit, von der Nothwendigkeit, durch Handarbeit zu erwerben, befreiet, und Niemandes Gewalt unterworfen, sich den anziehendsten Beschäftigungen widmen, und müssen nothwendig der größten, dem Menschen gestatteten, Summe von Genüssen theilhaftig werden. Es erscheint demnach als besonders wünschenswerth, daß sowohl zum Glück als zur Zierde des Menschengeschlechts eine solche Klasse den mög-

lichst größten Theil jeder Gesellschaft ausmache. Hierzu wird unumgänglich erfordert, daß der Zustand der Bevölkerung nicht durch eine gezwungene Anhäufung von Kapitalen dahin gebracht sei, daß der Gewinn von dem auf den Landbau verwendeten Kapital sehr niedrig ist. Um einen beträchtlichen Theil der Gesellschaft in den Stand zu setzen, die Vortheile der Muße genießen zu können, muß nothwendig der Kapitalgewinn hoch sein. Es giebt ein gewisses Maaß der Bevölkerung, welches sowohl den gesellschaftlichen Verhältnissen zuträglich, als der zur Vermehrung des Products wünschenswerthen Theilung der Arbeit angemessen ist. Ist dieser Punct erreicht, und sind jene Vortheile erlangt; so kann kein Grund mehr vorhanden sein, ein größeres Steigen der Bevölkerung zu wünschen. Wächst sie noch ferner, so wird dadurch nicht mehr das reine Einkommen von Grund und Boden und von der Arbeit, d. h.

derjenige Theil des jährlichen Products, welcher nach Erstattung des aufgewendeten Kapitals und nach Abzug des Unterhalts der Arbeiter übrig bleibt, vermehrt; sondern vielmehr jene Summe von Wohlhabenheit vermindert, von welcher das Glück der Gesellschaft großentheils abhängt.

Es scheint also durchaus klar, daß der Zustand der Gesellschaft seiner selbst wegen nicht wünschenswerth sein kann, in welchem das gesammte oder fast gesammte Personal derselben durch den Anwachs der Volksmenge in eine gleiche Lage, wie die vom Arbeitslohn lebende Klasse, gebracht ist, wie hoch dieser Arbeitslohn auch sein möchte.

Aus dem Beweise, daß dieser Zustand der Dinge dem Glücke der Menschen nicht förderlich ist, erhellet schon, daß der Zustand, welcher jenem vorhergehet, es eben so wenig sein kann. Wie groß auch die Nachtheile sein mögen, welche aus einem

Zustande der Gesellschaft erfolgen, in welchem die Einkünfte eines Jeden, mit Ausnahme der Grundeigenthümer, auf gleicher Stufe mit dem Arbeitslosen stehen; so müssen ihnen doch die Nachtheile des Zustandes, welcher jenem unmittelbar vorhergehet, ungefähr gleich kommen.

Die dritte und letzte, zu diesem Theile unserer Untersuchungen gehörige, Frage ist: Welcher Stand der Dinge folgt auf den, wo das Einkommen eines Jeden, mit Ausnahme einiger Wenigen, den Satz des höchsten Arbeitslohns nicht übersteigt? Wird die gezwungene Anhäufung der Kapitale, mittelst einer Steuer vom Einkommen, über diesen Punct hinausgetrieben; so müssen die Einkünfte derer, welche vom Kapitalgewinn leben, eine Verminderung erleiden, welche sie unter den höchsten Satz des Arbeitslohns herabdrückt, und von allen übeln Folgen einer solchen Verarmung begleitet wird. Unterläßt

man die fernere gezwungene Anhäufung der Kapitale, so müßte die Zahl der Geburten abnehmen, sonst würde die Volksmenge sich schneller als die Kapitale vermehren, der Satz des Arbeitslohns heruntergehen, und so würden alle Uebel, welche aus zu geringem Arbeitslohne folgen, über die arbeitende Klasse hereinbrechen.

Diese Entwickelung ist langwierig und unangenehm gewesen. Indessen hat sie gezeigt, daß das Glück des Menschengeschlechts nicht dadurch gesichert werden kann, daß man, vermöge künstlicher Mittel, die Kapitale zwingt, in ihrer Vermehrung gleichen Schritt mit der Bevölkerung zu halten. Andererseits haben wir gesehen, daß die öffentliche Wohlfahrt unmittelbar beeinträchtigt wird, sobald die Geburten zahlreicher sind, als erforderlich ist, um die Volksmenge in einem, dem Zustande der Kapitale angemessenen, Verhältnisse zu erhalten. Die große practische Auf-

gabe ist also, ein Mittel zu erfinden, durch welches die Zahl der Geburten in Schranken gehalten werden könnte. Es ist ausgemacht, daß ein Anwachsen der Bevölkerung über dasjenige Maaß, welches den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Beförderung der verschiedenen Zweige der Arbeit am angemessensten ist, nicht wünschenswerth sey. Es kommt also hauptsächlich darauf an: ein Mittel zu finden, durch welches die Zahl der Geburten so weit eingeschränkt werden könnte, daß die Volksmenge nur dieselbe bliebe, nicht aber vergrößert würde. Fände man ein solches, so lange noch der Gewinn von dem, auf den Landbau gewendeten, Kapitale ziemlich beträchtlich ist; so würde der Arbeitslohn reichlich seyn, und über denselben ein starker Ueberschuß statt finden. Ließe man die natürlichen Gesetze der Vertheilung ihre Wirkungen ungehindert äußern, so würde der größte Theil dieses reinen Ertrages in mäßigen

Antheilen in die Hände einer zahlreichen Klasse von Personen gelangen, welche dadurch von der Nothwendigkeit, sich mit Handarbeit zu beschäftigen, befreiet, und in der günstigsten Lage sein würden, ihr Glück genießen, und ihre moralischen und intellectuellen Fähigkeiten möglichst vervollkommnen zu können. Die Gesellschaft würde dann den höchsten Gipfel der Glückseligkeit erreicht haben.

Wir müssen noch des Falles erwähnen, wo die Regierung, anstatt die durch künstliche Mittel geschaffenen Kapitale auszuleihen, sich selbst mit deren Anwendung beschäftigt. Jedoch ist leicht einzusehen, daß die oben ausgeführten nothwendigen Folgen einer solchen künstlichen Anhäufung der Kapitale durchaus dieselben sein werden, die Regierung mag diese Kapitale selbst anwenden, oder sie an Andere, um dieselben anzuwenden, verleihen. Wollte eine Regierung einen Theil des jährlichen Products, welchen sie von den Privat-

personen erhebt, selbst anwenden, um das Anwachsen des Nationalkapitals zu beschleunigen; so würde sie vielleicht keinen zweckmäßigern Weg dazu wählen können, als den vom Herrn Owen von Neu Lanark der Aufmerksamkeit des Publikums so lebhaft empfohlenen. Herr Owen will nämlich, daß der auf jene Weise zu Kapital gemachte Antheil des jährlichen Products von der Regierung dazu verwendet werden soll, gewisse Etablissements vermischter Art, d. h. theils für den Landbau, theils für die Manufacturarbeit bestimmt, zu gründen, die Gebäude aufzuführen, die Werkzeuge und Maschinen, so wie die etwa nöthigen Unterhaltsmittel und rohen Stoffe anzuschaffen. Herr Owen glaubt, daß solche Etablissements große Vortheile für die Arbeit und außerordentliche Mittel zum Glück der darin beschäftigten Personen darbieten würden. Indessen wird Herr Owen doch immer eins von beiden

annehmen müssen: entweder daß die Volksmenge sich vermehrt, oder daß sie bei gleicher Zahl stehen bleibt. Im ersten Falle, wo man doch voraussetzen müßte, daß die Kapitale mit ihr in demselben Verhältnisse sich vermehren, würden alle Uebel, welche, wie wir oben gesehen haben, aus einer gezwungenen Anhäufung der Kapitale folgen, wenn die Regierung letztere ausleihet, auch dann sich zeigen, wenn man die Kapitale auf die in Rede stehenden Etablissements verwendete. Nimmt Herr Owen an, daß die Volksmenge sich nicht vermehre, und könnten also Mittel aufgefunden werden, um die Zahl der Geburten hinlänglich zu beschränken; so bedürfte man weder jener Etablissements, noch überhaupt der Maaßregel, durch welche den Privatleuten ein Theil ihres Einkommens abgenommen würde. Die Beschränkung der Anzahl der Geburten wird, indem sie den Satz des Arbeitslohns hebt, alles erfüllen, was wir

wünschen, ohne Störung und ohne Dazwischenkunft der Regierung. Diese Beschränkung, vorausgesetzt, daß man ein Mittel fände, sie zu bewirken, könnte man so weit treiben, daß nicht nur die Lage der arbeitenden Klasse so behaglich und glücklich, als wünschenswerth wäre, gemacht, sondern auch der Anhäufung der Kapitale ganz vorgebeugt werden könnte.

Dritter Abschnitt.

Kapitalgewinn.

Ist einmal ausgemacht, daß das gesammte jährliche Product sich in Grundrente, Arbeitslohn und Kapitalgewinn vertheilt, und hat man erst die Regeln gefunden, welche das Maaß der Grundrente und des Arbeitslohns bestimmen; so ist auch schon, rücksichtlich des Kapitalgewinns, dieselbe Aufgabe gelöst; denn natürlich muß alles, was

jene

jene beiden übrig lassen, zu diesem letzteren gehören.

Dem zufolge, was schon früher über die Grundrente gesagt worden, scheint sie ihrer Natur nach durchaus von demjenigen abzuweichen, was als Schadloshaltung für die productive Anwendung des Kapitals und der Arbeit angesehen werden kann. Sobald es nöthig wird, Kapital auf ein Grundstück geringerer Güte, oder auf dasselbe Grundstück, aber mit geringerem Erfolge, anzulegen; so ist alles dasjenige, was diesen letzteren Ertrag übersteigt, für den Kapitalisten und den Arbeiter so gut als nicht vorhanden. Alles, was der Boden mehr hervorbringt, könnte im Augenblicke der Production vernichtet werden, ohne daß die Antheile dieser beiden Klassen von Producenten dadurch einigermaßen vermindert würden. Sobald ein neues Kapital mit geringerem Ertrage angelegt werden muß; so hat dieß

Bayerische
Staatsbibliothek
München

eben die Wirkung, als ob die Productivkraft aller übrigen, auf den Landbau gewendeten, Kapitale auf denselben Satz reducirt wäre; als ob kein Unterschied zwischen dem Ertrage eines Grundstücks oder eines Kapitals, und dem eines andern Grundstücks oder eines andern Kapitals statt fände, dagegen aber eine dem Mehrertrage der ersten Kapitale gleichkommende Summe von Producten, wie durch ein Wunder vom Himmel, und den Eigenthümern derjenigen Grundstücke zugefallen wäre, auf welche jene einträglicheren Kapitale angelegt sind. In der That wird der Antheil des Products, welcher als Grundrente dem Grundeigenthümer zufällt, und den Ueberschuß des Ertrags über die Schadloshaltung für das Kapital und die Arbeit, welche auf das Grundstück gewendet sind, ausmacht, lediglich durch den Zufall bestimmt. Man nehme an, daß alle kultivirten Grundstücke eines Landes von gleicher Güte wären,

und daß jedes darauf angelegte Kapital dieselbe Menge von Producten hervorbrächte, mit alleiniger Ausnahme Eines Morgens, welcher sechs Mal soviel producirte, als einer der andern. In diesem Falle würde der Ertrag eines jeden der andern Morgen gerade als die Schadloshaltung für die Arbeit und das Kapital, welche auf dessen Anbau verwendet worden, angesehen werden können, und zwar als volle Schadloshaltung. Die übrigen von jenem ergiebigeren Morgen hervorgebrachten fünf Sechstheile würden nicht zur Schadloshaltung für aufgewendete Arbeit und Kapital zu rechnen, sondern als das zufällige Product einer besondern Kraft dieses Grundstücks anzusehen sein. Was aber rücksichtlich eines einzigen Morgens gilt, das muß auch rücksichtlich einer beliebigen Anzahl von Morgen gelten, sobald ein Ereigniß eintritt, welches den Ertrag eines gewissen Kapitals vermindert, und alle Eigenthümer von

Kapitalen veranlaßt, sich ebenfalls mit dem Satze dieses verminderten Ertrages zu begnügen.

Es ist demnach einleuchtend, daß nur das als Product der Thätigkeit des Kapitals und der Arbeit betrachtet werden darf, was dasjenige Kapital hervorbringt, welches, ohne Grundrente zu bezahlen, angelegt ist. Dieses letztere giebt das Maaß ab, welcher Antheil am Product nach Bestreitung der Grundrente als Schadloshaltung für alle übrigen, auf den Landbau gewendeten, Arbeiten und Kapitale übrig bleiben soll. Alles, was man als wirkliches Product der Arbeit und des Kapitals ansehen kann, bleibt also nach Abzug der Grundrente übrig, um zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten vertheilt zu werden. Hieraus folgt, daß bei Erforschung der Regeln, welche das Verhältniß des Arbeitslohns und des Kapitalgewinnes zu einander bestimmen, die Grundrente nicht beach-

tet zu werden braucht. Sie ist die Wirkung und nicht die Ursache der Verminderung des Products, welches die Kapitalisten und die Arbeiter unter sich zu theilen haben.

Soll etwas unter zwei Personen getheilt werden, so ist klar, daß das, was den Antheil der Einen bestimmt, auch zugleich den der andern festsetzt. Denn was der Einen genommen wird, das erhält die andere. Folglich vermehrt alles den Einen Antheil, was den andern vermindert, und so umgekehrt. Es scheint also gleich viel zu sein, ob wir sagen: daß der Arbeitslohn den Kapitalgewinn, oder: daß der Kapitalgewinn den Arbeitslohn bestimme; und es wird sich nach Willkühr der Satz des Einen oder des andern zum Maaßstabe nehmen lassen.

Da wir indessen gesehen haben, daß das Verhältniß zwischen diesen Antheilen des Kapitalisten und des Arbeiters von dem Verhältnisse zwischen der Volksmenge und der

Masse der Kapitale abhängt, und daß erstere geneigt ist, schneller als letztere anzuwachsen; so befindet sich das wirkende Princip der Veränderung jenes Verhältnisses auf der Seite der Volksmenge, und dieß giebt Veranlassung, den Zustand der Bevölkerung, folglich den Satz des Arbeitslohns, als Regulator desselben zu betrachten.

Da nun der Kapitalgewinn vom Antheil abhängt, welchen der Besitzer des Kapitals von dem gemeinschaftlichen Product der Arbeit und des Kapitals erhält; so hängt demnach dieser Gewinn vom Arbeitslohne ab; er steigt, wenn letzterer fällt, und so umgekehrt.

Man kann indessen sagen, daß der Kapitalgewinn nicht allein von dem Antheil abhänge, welchen der Kapitalist von dem, was vertheilt wird, empfängt, sondern auch von der Größe des ganzen zu vertheilenden Gegenstandes; der Kapitalgewinn wird also

durch zwei Dinge bestimmt: durch den Antheil, welchen der Kapitalist vom gemeinschaftlichen Product des Kapitals und der Arbeit erhält; und durch die Größe dieses ganzen Products.

Um uns über diesen Punct deutlich erklären zu können, muß zuvor eine gewisse Zweideutigkeit des Wortes: Gewinn, beseitigt werden. Man kann darunter die Menge von Producten verstehen; z. B. die Zahl von Scheffeln Getraide oder von Ellen Tuch, welche der Kapitalist als Schadloshaltung für eine gewisse, von ihm gelieferte, Menge von Unterhaltsmitteln, rohen Stoffen und Werkzeugen empfängt; oder man kann auch, wie sehr gewöhnlich geschieht, das Wort: Gewinn, nicht auf diese Producte selbst, sondern auf ihren relativen Werth beziehen. In diesem letzteren Sinne ist es zu nehmen, wenn wir vom Satze des Kapitalgewinnes reden, oder wenn wir sagen, daß der Ge-

winn so und so viel vom Hundert beträgt. Wenn wir uns so ausdrücken, wollen wir nur sagen, daß der Werth des dem Kapitalisten zufallenden Antheils am Product in dem angegebenen Verhältnisse zu dem Werthe aller derjenigen Dinge stehe, welche als Kapital zur Hervorbringung des Products verwendet sind. Sagen wir z. B., daß der Gewinn zehn vom Hundert betrage; so verstehen wir darunter, daß der Antheil des Products, welcher dem Kapitalisten zufällt, gegen den zehnten Theil aller derjenigen Dinge, welche als Kapital zur Hervorbringung des Products angewendet sind, vertauscht werden könne.

Gebrauchen wir nun das Wort: Gewinn, im ersteren Sinne, wo es nur eine gewisse Menge von Producten bedeuten soll; so läßt sich nicht bezweifeln, daß z. B. dieselbe Menge von Unterhaltsmitteln und Ackerinstrumenten, als Kapital angewendet, eine

größere Anzahl von Scheffeln Getraide für jeden Antheil am Product, (es falle nun die Hälfte, ein Drittel oder irgend eine andere Quote dem Kapitalisten zu,) eintragen muß, wenn das ganze Product beträchtlich, als wenn es geringfügig ist. In diesem Sinne genommen, hängt der Gewinn also von zwei Dingen ab: von der Größe des Products und vom Satze des Arbeitslohns. Nehmen wir das Wort: Gewinn, aber in dem gewöhnlichen Sinne, um ein Werthverhältniß zu bezeichnen; so sieht man leicht, daß der Gewinn nur durch den Satz des Arbeitslohns bestimmt werden kann.

Wenn dieselbe Menge Arbeit und Kapital auf die Hervorbringung zweier Gegenstände verwendet worden ist; so können sie gegen einander vertauscht werden, oder mit andern Worten: der Tauschwerth der Einen ist dem der andern gleich. Es ist dasselbe, als wenn wir sagten: zwei Producte, welche

gleichviel Kosten erfordert haben, können gegen einander vertauscht werden. Aus welchem Grunde ist sonst die Hälfte irgend eines Products der andern Hälfte desselben am Werthe gleich, als weil die Hervorbringung jeder von beiden einen gleichen Aufwand von Arbeit und Kapital nöthig gemacht hat. *)

Der Werth der Producte wird also durch die zu ihrer Hervorbringung nöthige Menge von Arbeit und Kapital bestimmt. Wird dieselbe Summe von Arbeit und Kapital, welche bisher erforderlich war, eine gewisse Menge irgend eines Products hervorzubringen, in Folge einer neuen Erfindung fähig

*) Man hat für zweckmäßig gehalten, hier einen Theil dessen vorauszuschicken, was in dem Kapitel von den Regeln, welche den Tauschwerth der Producte bestimmen, ausführlich abgehandelt ist. Das Weitere über diesen Gegenstand muß dort nachgelesen werden.

(Anmerkung des Originals.)

gemacht, noch einmal so viel zu produciren; so hat nun diese doppelte Menge keinen größern Werth, als vorher jene erste Menge; der Werth jeder Unze oder jeder Elle des in Rede stehenden Products vermindert sich um die Hälfte. Ebenso findet auch das Umgekehrte statt: wenn z. B. dieselbe Menge von Arbeit und Kapital durch ihre Anlegung auf Grundstücke ein geringeres Product als vorher liefert; so bleibt dennoch der Werth dieses geringern Products eben so groß, als bisher der Werth des früher erhaltenen größern Products war. Bleibt aber der Werth dessen, was unter den Arbeiter und den Kapitalisten vertheilt wird, unverändert; so ist auch klar, daß der Werth des auf den Kapitalisten kommenden Antheils, der Kapitalgewinn, lediglich durch den Werth des auf die Arbeiter kommenden Antheils, des Arbeitslohnes, bestimmt wird. Der Satz des Kapitalgewinnes, oder das Verhältniß des

Werths dessen, was der Kapitalist zu seinem Antheil erhält, zu dem Werthe des Kapitals, hängt also ganz allein vom Satze des Arbeitslohnes ab.

Die Verringerung des Gewinnes von dem auf den Landbau gewendeten Kapitale, welche aus der Nothwendigkeit, weniger ergiebige Ländereien zu bebauen, oder nach und nach neue Kapitale auf dieselben Ländereien anzulegen, entspringt, wirkt auch auf Verringerung des Gewinnes von dem auf Manufacturen oder irgend andere Industriezweige angelegten Kapitale.

Wir haben gesehen, daß die Verringerung des Gewinnes von dem auf den Landbau gewendeten Kapitale unvermeidlich ist; und der Satz des Gewinnes von einem auf irgend eine Weise angelegten Kapitale muß den Satz des Gewinnes von jedem Kapitale bestimmen, es sei auf irgend eine beliebige Weise angelegt. Denn Niemand würde fort-

fahren, sein Kapital auf den Landbau zu wenden, sobald er vermittelst einer andern Anwendung größere Vortheile von demselben ziehen könnte. Jeder Kapitalgewinn, wie er auch immer erlangt werde, muß also bis zum Satze des beim Landbau zu erhaltenden herabsinken. Es bleibt noch, zu zeigen, wie diese Wirkung stufenweise statt findet.

Sobald Nachfrage nach einer größeren Menge Getraide entsteht, welche nur dadurch producirt werden kann, daß man Ländereien geringerer Güte in Kultur setzt, oder daß man auf die schon bebaueten Grundstücke neue Kapitale mit geringerem Gewinne anlegt; so entschließen sich die Landbauer natürlich nicht sogleich, ihr Kapital auf eine weniger gewinnvolle Weise als bisher zu verwenden; und die Nachfrage nach Getraide vermehrt sich, ohne daß zugleich eine verhältnißmäßig vergrößerte Production dieser Waare statt fände. Die natürliche Folge hiervon ist, daß der Tausch-

werth des Getraides steigt, und sobald er auf eine gewisse Höhe gelangt ist, der Landbauer dadurch in den Stand gesetzt wird, von seinem Kapitale, wenn er gleich nur eine geringere Quantität Getraide als bisher damit producirt, doch eben so hohen Gewinn zu ziehen, als andere Kapitalisten von den ihrigen.

Durch diesen Gang der Sache wird zwar sein Gewinn nicht auf der ursprünglichen Höhe erhalten, aber jeder andere Gewinn auf demselben niedrigeren Satz, auf den der seinige gefallen ist, herunter gebracht. Durch Erhöhung des Getraidewerths sind auch die Arbeitskosten erhöhet worden. Der Arbeiter verbraucht eine gewisse Menge von nothwendigen Unterhaltsmitteln, sie mögen mehr oder weniger kosten. Sind dieselben nur mit größern Kosten als bisher zu beschaffen; so kostet auch seine Arbeit mehr, wenn gleich die Menge der von ihm consumirten Lebens- und andern Bedürfnißmittel genau dieselbe

bleibt. Dieß kann demnach als eine Erhöhung des Arbeitslohns angesehen werden, obwohl die eigentliche Belohnung des Arbeiters nicht erhöhet worden ist.

Diese Veränderung der Productionskosten und des Getraidewerths nöthigt alle Kapitalisten, ihren Arbeitern stärkeren Lohn zu geben; ihr Gewinn wird also, wie wir gesehen haben, verringert. Auch der Pächter ist aus demselben Grunde gezwungen, stärkeren Arbeitslohn zu geben. Er muß von dem Product der Arbeit und des Kapitals, welche er in Thätigkeit gesetzt hat, seinen Arbeitern einen größern Theil abgeben; sein Gewinn wird also ebenso und in demselben Verhältniß wie der anderer Kapitalisten verringert. Der Preis seiner Erzeugnisse hat sich zwar vermehrt, aber nur soviel, als nöthig ist, um den Ausfall zu ersetzen, der ihn besonders betroffen hat. Die Masse der durch sein Kapital erzeugten Producte hat abgenom-

men; dieß ist, rücksichtlich der anderweitig angelegten Kapitale, nicht der Fall gewesen. Nun steigt zwar der Werth seiner Erzeugnisse gerade um so viel, als nöthig ist, um den durch Verminderung ihrer Quantität erlittenen Verlust, welcher diesen Zweig der Kapitalsanlegung allein trifft, zu ersetzen; was aber die aus der Erhöhung des Arbeitslohns entstandene Verringerung des Gewinns betrifft, so theilt er das Schicksal aller andern Kapitalisten. Es findet keine Werthsvermehrung statt, wodurch diese Erhöhung der Kosten gedeckt würde.

Man sieht also, daß in dem Maaße, wie die Bevölkerung zunimmt und die Nothwendigkeit eintritt, die Kapitale auf immer weniger ergiebige Ländereien anzulegen, auch der Gewinn von diesen Kapitalen nach und nach abnimmt. *)

*) S. Zusatz III.

Drit-

Drittes Kapitel.

Tausch.

Erster Abschnitt.

Art des Vortheils, welcher aus dem Tausch der Producte erwächst; und Personen, welche dabei vorzüglich beschäftigt sind.

Nehmen wir an, zwei Menschen hätten Jeder von einem gewissen Producte mehr, als sie davon bedürfen, der eine z. B. mehr Lebensmittel, der andere mehr Tuch; und der erste wünsche mehr Tuch, der andere mehr Lebensmittel, als er besitzt, zu haben; so würde es für beide sehr vortheilhaft sein, einen Theil der Lebensmittel des Einen, gegen einen Theil

des Tuchs des Andern zu vertauschen. Dasselbe findet in jedem andern Falle statt.

Bei der Operation des Tauschens gewährt die Dazwischenkunft zweier Klassen von Personen große Erleichterung, nämlich der Fuhrleute und der Kaufleute.

Findet die Theilung der Arbeit in gewissem Maaße statt; so geschieht es oft, daß Gegenstände des Bedürfnisses oder des Luxus in beträchtlicher Entfernung von dem Orte, wo man sie zur Konsumtion verlangt, producirt werden. Es ist also erforderlich, sie vom Orte der Production dahin zu schaffen, wo sie gesucht werden. Es giebt zwei Arten des Transports: zu Lande und zu Wasser. Die Ausführung beider erfordert Arbeit und Kapital. Zum Behuf des Landtransports müssen Fuhrwerke, Pferde oder andere Zugthiere, und der für dieselben, so wie für ihre Führer, nöthige Unterhalt da sein. Beim Wassertransport besteht das erforderliche Kapital in

den Schiffsfahrzeugen und dem Unterhalt der zu ihrer Leitung nöthigen Menschen.

Es würde sehr unbequem sein, wenn man, um sich die zur Konsumtion verlangten Gegenstände zu verschaffen, jedes Mal die verschiedenen Fabrikanten und Producenten der einzelnen Artikel, oft an weit von einander entfernten Orten, aufsuchen müßte. Dadurch, daß an Einem Orte alle, oder doch ein großer Theil, der zur Konsumtion verlangten Gegenstände sich beisammen finden, wird den Konsumenten viel Mühe und Verlegenheit erspart. Diesem Umstande verdankt die Klasse der Kaufleute ihr Entstehen, welche alle Artikel, von denen sie einen gewinnbringenden Absatz hoffen können, von dem Fabrikanten kaufen und zum Gebrauche bereit halten.

In kleinen Ortschaften, wo einige Kaufleute, ja oft schon ein einziger, die Bedürfnisse aller Einwohner befriedigen können, enthält der Laden oder das Magazin eines Kaufmanns

alle oder die meisten Artikel, welche gewöhnlich gesucht zu werden pflegen. An solchen Orten aber, wo die Volksmenge einigermaaßen beträchtlich ist, findet man es vortheilhafter, das Geschäft nach den verschiedenen Artikeln zu theilen, als eine große Anzahl Läden, jeden mit Gegenständen aller Art versehen, zu halten; so daß jeder Laden nur Artikel derselben Gattung enthält: der Eine z. B. nur Hüte, der Andere nur Strumpfwaaren, dieser nur Glaswaaren, jener nur Eisenwaaren u. s. w.

Regel, welche die im Tausch für eine gewisse Quantität irgend eines Products zu gebende Menge eines andern Products bestimmt.

Wird eine gewisse Menge eines Products gegen eine gewisse Menge eines andern Products, z. B. eine gewisse Menge Tuch gegen eine gewisse Menge Getraide, vertauscht; so muß irgend ein Grund vorhanden sein, welcher den Eigenthümer des Tuchs bestimmt, es gegen jene Quantität Getraide, und den Eigenthümer des Getraides, es gegen jene Quantität Tuch zu vertauschen.

Dieser ist offenbar zunächst das Verhältniß der Nachfrage und des Angebots. Wenn eine große Menge Getraide auf den Markt gebracht wird, um dagegen Tuch einzutauschen, und nur eine geringe Menge Tuch, um es gegen Getraide zu vertauschen; so wird

man eine große Quantität Getraide für eine kleine Quantität Tuch hingeben. Vermehrte sich die feilgebotene Menge Tuch, ohne daß zugleich eine Vermehrung der feilgebotenen Menge Getraide statt fände; so würde die, für eine gewisse Quantität Tuch tauschweise zu gebende, Quantität Getraide verhältnißmäßig geringer werden.

Indessen ist hierdurch noch nicht die ganze Aufgabe gelöſ't. Hängt die, im Tausch für eine gewisse Quantität irgend eines Products zu gebende, Menge eines andern Products von dem Verhältniß zwischen der Nachfrage und dem Angebot ab; so muß nothwendig untersucht werden, wodurch dieses Verhältniß bestimmt wird.

Die Nachfrage erzeugt Production, folglich Angebot, und das Ende der erstern ist auch das Ende des letztern. Vermehrt sich die Nachfrage nach einem Artikel; so vermehrt sich auch die Production desselben in gleichem

Verhältniß, in sofern sie überhaupt der Vermehrung fähig ist; dieß ist eine regelmäßige Wirkung. Hört die Nachfrage nach einem Artikel auf; so wird auch sofort die Production desselben eingestellt.

Das Verhältniß, welches hier zwischen Ursach und Wirkung statt findet, ist sehr leicht zu erklären. Die Productions- und Transportkosten des zu Markte gebrachten Getraides betragen eine gewisse Summe, die des Tuchs ebenfalls eine gewisse Summe. Größerer Einfachheit wegen wollen wir annehmen, es würden nur diese beiden Artikel auf den Markt gebracht; in Bezug auf das Resultat unserer Untersuchung kommt nichts darauf an, ob viele oder wenige Artikel den Gegenstand des Umsatzes ausmachen.

Das, was es gekostet hat, um das Getraide bis zum Markte zu liefern, ist dem, was das Tuch bis dahin gekostet hat, entweder gleich oder nicht. Im erstern Falle ist

gar keine Veranlassung, die Quantitäten, welche man zu Markte bringt, zu ändern; denn der Eigenthümer des einen dieser beiden Artikel würde keine größere Menge vom andern Artikel erhalten, wenn er sein Geschäft veränderte und seine Arbeit auf Hervorbringung dieses Artikels anwendete. Sind die Kosten nicht gleich gewesen; so entsteht daraus sofort eine Veranlassung, das Verhältniß zwischen den Quantitäten Tuch und Getraide, welche auf den Markt gebracht werden, zu ändern. Nehmen wir an, die Kosten der Herbeischaffung des Getraides seien größer gewesen, als die der Herbeischaffung des Tuchs; und die Gesammtheit des Einen dieser Artikel sei gegen die Gesammtheit des Andern ausgetauscht worden, entweder im Ganzen oder in einzelnen Antheilen; so sind die Personen, welche das Tuch auf den Markt gebracht haben, nun zum Besitz einer gewissen Menge Getraides mit geringern Kosten ge-

langt, als die Producenten desselben aufgewendet hatten, um es bis zum Markte zu liefern. Diese letztern dagegen haben für eine gewisse Menge Tuchs mehr gegeben, als dasselbe zu verfertigen und bis zum Markte zu schaffen gekostet hatte.

Hieraus entsteht ein Beweggrund, weniger Getraide und mehr Tuch auf den Markt zu bringen; indem diejenigen Personen, welche Tuch für Getraide eingetauscht haben, von ersterem Artikel mehr erhalten können, wenn sie ihr Gewerbe ändern, und ihre Arbeit und ihr Kapital anwenden, Tuch zu produciren. Sobald aber derjenige, welcher seine Arbeit und sein Kapital anwendet, um Tuch zu produciren, auf diesem Wege sich keine größere Quantität dieses Artikels verschaffen kann, als der, welcher eine gleiche Menge Arbeit und Kapital der Getraideproduction widmet, und dann gegen das producirte Getraide Tuch eintauscht; so fällt jeder

Reiz weg, von einem dieser beiden Artikel mehr oder weniger als bisher zu Markte zu bringen. Es wird dann weder bei der Getraideproduction ein größerer Gewinn, als bei der Tuchproduction, noch bei letzterer ein größerer Gewinn als bei ersterer zu hoffen sein; die Productionskosten werden auf beiden Seiten in gleichem Verhältnisse stehen.

Es scheint also klar, daß der relative Werth der Dinge, oder mit andern Worten, die im Tausch für eine bestimmte Menge eines Products zu gebende Menge eines andern, zunächst von der Nachfrage und dem Vorrathe, in letzter Instanz aber von den Productionskosten abhänge. Und hiernach muß man, um genau zu reden, sagen, daß dieser Werth gänzlich durch die Productionskosten bestimmt werde. Eine Vermehrung oder Verminderung der Nachfrage oder des feilgebotenen Vorraths können den Tauschwerth einer Sache für den Augenblick über die Pro-

ductionskosten erheben oder unter dieselben herabdrücken; aber die Konkurrenz, sofern sie nicht gehemmt ist, strebt unaufhörlich, denselben wieder auf jenen Standpunct zurückzuführen und darauf zu erhalten.

Die Productionskosten der Dinge reguliren also den Tauschwerth derselben. Indessen ist der Ausdruck: Productionskosten, nicht ganz frei von Zweideutigkeit; und wahrscheinlich verbinden verschiedene Personen auch oft verschiedene Begriffe damit.

Zweierlei kommt gewöhnlich bei der Production zur Anwendung: Arbeit und Kapital. Der Arbeiter ist Eigenthümer der erstern; derjenige, welcher ihm die Werkzeuge und die rohen Stoffe liefert, ist Eigenthümer des zweiten.

Offenbar entstehen also entweder die Productionskosten aus der angewendeten Arbeit und dem angewendeten Kapital zusammengenommen, oder eins dieser beiden Elemente

kann unter dem andern begriffen werden. In letzterem Falle würden also die Productionskosten nicht aus beiden zusammengenommen bestehen.

Unleugbar ist man beim ersten Anblick zu der Meinung geneigt, daß die Productionskosten durch das Kapital allein gebildet werden. Der Kapitalist zahlt dem Arbeiter seinen Arbeitslohn, kauft die rohen Stoffe, und rechnet darauf, den Werth dessen, was er ausgegeben hat, nebst dem üblichen Gewinn vom ganzen angewendeten Kapitale, demnächst wieder zu erhalten. Aus diesem Gesichtspuncte würde es scheinen, als ob die Productionskosten lediglich aus dem ausgegebenen Theile des Kapitals und dem auf das ganze zur Production angewendete Kapital gemachten Gewinn beständen.

Es ist indessen leicht einzusehen, daß der Ausdruck: Kapital, in diesem Sinne genommen, eine Zweideutigkeit, mithin eine Täuschung

enthält. Sagen wir, daß die beiden Instrumente der Production: Arbeit und Kapital, zwei Klassen von Personen zugehören; so soll dieß heißen: der Arbeiter hat für soviel, der Kapitalist für soviel zur Production beigetragen, und das zu Stande gebrachte Product gehört beiden nach einem gewissen Verhältnisse. Demohnerachtet kann es geschehen, daß einer dieser beiden Producenten den Antheil des andern an sich gekauft hat, noch ehe die Production vor sich gegangen ist. In diesem Falle gehört das ganze Product demjenigen Producenten, der den Antheil des andern erkauft hat. In der That kauft jeder Kapitalist, der Arbeiter beschäftigt, ihren Antheil am Product an sich, indem er ihnen Arbeitslohn bezahlt. Sobald ein Arbeiter Lohn für seine Arbeit empfängt, ohne abzuwarten, daß ihm ein Theil des Products gegeben werde, so verkauft er offenbar seinen Anspruch an diesem Theil. Dadurch wird

der Kapitalist Eigenthümer nicht nur des Kapitals, sondern auch der Arbeit. Ist das, was er an Arbeitslohn bezahlt hat, wie gewöhnlich, unter der Benennung: Kapital, mit begriffen; so würde es widersinnig sein, von der Arbeit, als von etwas vom Kapital Getrennten zu reden. Das Wort: Kapital, in diesem Sinne gebraucht, begreift beide, zur Production nöthigen, Instrumente. Sagt man folglich, daß der Tauschwerth der Producte durch das Kapital, in dem letzterwähnten Sinne des Worts genommen, bestimmt werde; so ist dieß eben soviel, als ob man sagte, daß jener Werth durch Arbeit und Kapital zusammen bestimmt werde. Sich so ausdrücken, heißt aber, dahin zurückkommen, von wo wir ausgegangen sind. Es ist zwecklos, die Arbeit unter dem Worte: Kapital, mit zu begreifen, und dann zu sagen, daß das Kapital allein, ohne die Arbeit, den Tauschwerth der Dinge regulire. Nimmt man das Wort:

Kapital, in dem Sinne, daß der für die Arbeit bezahlte Kaufpreis, mithin die Arbeit selbst, nicht mit darunter verstanden wird; so ist es offenbar auch nicht das Kapital, welches den Tauschwerth der Producte bestimmt.

Wäre die Arbeit das einzige zur Production Nöthige, und bedürfte es dazu gar keines Kapitals; so würde das Product einer, in irgend einem Geschäftszweige angewendeten, Tagesarbeit gegen das Product einer, in einem andern Zweige gethanen, Tagesarbeit vertauscht werden können. Wenn in dem rohesten Zustande der Gesellschaft, der Jäger und der Fischer Mannichfaltigkeit in ihre Nahrung bringen, und Wildpret gegen Fische vertauschen wollten; so würde das, was im Durchschnitte Jeder in einem Tage fangen kann, den Tauschwerth dieser Gegenstände bestimmen. Wäre dieß nicht der Fall; so befände sich der Eine in einer nachtheiligeren Lage als der Andere, und würde natürlich

von der Möglichkeit, seine Beschäftigung zu ändern, Gebrauch machen.

Vergleicht man gleiche Quantitäten Arbeit mit einander; so muß man begreiflicher Weise die verschiedenen Grade von Anstrengung und Geschicklichkeit, welche sie erfordern, in Anschlag bringen. Wenn die Producte von zwei Arbeitstagen, welche gleiche Anstrengung und gleiche Geschicklichkeit erfordert haben, gegen einander vertauscht werden können; so muß für das Product eines Arbeitstages, zu welchem mehr Anstrengung, und ein höherer Grad von Geschicklichkeit erfordert wurde, im Tausche etwas mehr gegeben werden.

Jedes Kapital besteht, der Wirklichkeit nach, aus Producten. Das Kapital des Landbauers ist nicht das Geld, welches er im Vermögen hat, denn mit diesem kann er keine Production bewirken. Sein Kapital besteht

in

in seinen Wirthschaftsgebäuden, seinen Ackerwerkzeugen und seinem Viehstande.

Weil jedes Kapital in Producten besteht, so folgt natürlich, daß das erste Kapital das Ergebniß der Arbeit allein gewesen sein muß. Die ersten Producte konnten nicht mit Hülfe anderer Producte, welche vor ihnen noch nicht existirten, gewonnen werden.

Wenn die ersten Producte, und mithin das erste Kapital, das Ergebniß der Arbeit allein gewesen sind; so müßte der Werth dieses Kapitals, d. h. die Menge anderer Producte, für welche man es hätte eintauschen können, nach der Arbeit abgemessen werden. Dieß ist eine unmittelbare Folgerung aus dem Satze, den wir oben festgestellt haben, nämlich daß in dem Falle, wo die Arbeit das einzige zur Production Nöthige wäre, sich der Tauschwerth der Dinge nach der zu ihrer Production erforderlich gewesenen Arbeit reguliren müsse.

Steht dieß einmal fest, so folgt daraus nothwendig, daß der Tauschwerth aller Producte durch die Quantität Arbeit, welche zu ihrer Hervorbringung erforderlich gewesen, bestimmt werde.

Das erste Kapital, welches, wie eben gezeigt worden, das Ergebniß der Arbeit allein ist, hat einen dieser Arbeit angemessenen Werth. Dieses Kapital wirkt mit zur Production, und sobald dieß geschieht, nimmt man als Regel an, daß der Werth des Products durch den des Kapitals bestimmt wird. Wir haben aber nur eben gesehen, daß der Werth dieses Kapitals selbst von der Quantität der darauf gewendeten Arbeit abhängt. Es ist also unnöthig, zu sagen, daß der Werth eines Products durch den des Kapitals bestimmt wird, da man weiter gehen und fragen muß: wodurch dieser letztere Werth selbst bestimmt wird. Sagt man, daß der Werth der Producte durch den des Kapitals, und

der des Kapitals durch die Quantität der Arbeit bestimmt wird; so heißt dieß nichts anders, als daß der Werth der Producte durch die Quantität der Arbeit bestimmt wird.

Es ist demnach nicht in Abrede zu stellen, daß nicht nur der Werth des ersten Kapitals, sondern auch der Werth der durch Anwendung dieses ersten Kapitals erzeugten Producte, sich nach der Quantität der Arbeit bestimmt. Das zweite Kapital besteht in Producten, welche ein Ergebniß der Anwendung des ersten Kapitals sind; man muß daher seinen Werth ebenfalls nach der Quantität der Arbeit abmessen. Dieselbe Schlußfolge findet rücksichtlich jedes später gewonnenen Kapitals statt. Der Werth des ersten Kapitals ist nach der Quantität der Arbeit, der Werth des Products des ersten Kapitals nach dem Werthe dieses ersten Kapitals abgemessen; da letzteres aber nach Arbeit geschätzt worden, so ist auch der Werth seines Products nach Ar-

beit angeschlagen. Diese Schlußfolge kann soweit fortgesetzt werden, als man nach und nach spätere Productionen annehmen will. Muß aber der Werth jedes Kapitals nach Arbeit berechnet werden; so folgt auch, daß am Ende in allen Fällen Arbeit der Maaßstab des Werths aller Dinge sein muß.

Es ist also offenbar widersinnig, zu sagen, daß der Werth der Producte absolut durch das Kapital regulirt werde. Das Kapital besteht in Producten. Würde also der Werth der Producte durch den des Kapitals bestimmt; so würde er durch den Werth der Producte, d. h. durch sich selbst, bestimmt. Dieß heißt aber nicht, die Aufgabe lösen, sondern einen offenbar und völlig fruchtlosen Versuch dazu machen.

Wir haben also ganz deutlich gezeigt, daß in letzter Instanz die Quantität der Arbeit be-

stimmt, nach welchem Maaßstabe die Producte gegen einander vertauscht werden.

Dritter Abschnitt.

Wirkung, welche ein Schwanken im Satze des Arbeitslohns und des Kapitalgewinnes auf den Tauschwerth der Dinge hervorbringt.

Wenn wir sagen, daß die Producte mit Hülfe zweier Werkzeuge gewonnen werden: der Arbeit und des Kapitals, deren letzteres selbst wieder ein Erzeugniß der Arbeit ist; so wollen wir damit ausdrücken, daß die Dinge vermittelst zweier verschiedenartiger Quantitäten Arbeit producirt werden: die eine derselben, die man *unmittelbare* Arbeit nennen kann, ist die, welche der Arbeiter eben zur Zeit der Production liefert; die an-

dere, aufgesammelte (hoarded) Arbeit genannt, ist das Ergebniß früherer Arbeit, und dient entweder zur Unterstützung der unmittelbaren Arbeit, oder ist der Stoff, auf welchen diese angewendet wird.

Rücksichtlich dieser beiden Arten von Arbeit ist zweierlei zu bemerken: 1. daß nicht immer beide nach demselben Satze bezahlt werden, d. h. daß das Steigen und Sinken des Preises der einen nicht vom Steigen und Sinken des Preises der andern abhängt; 2. daß sie nicht immer in gleichem Verhältnisse zur Production aller Artikel beitragen.

Gäbe es irgend zwei Arten von Arbeit, deren Preise dem Steigen und Sinken in ungleichem Verhältniß unterworfen wären, und welche zwar zur Production aller Artikel überhaupt, aber nicht in gleichem Maaße beitrügen; so müßte dieses letzteren Umstandes wegen jedes Mal, wenn ein Schwanken im Satze des Arbeitslohns statt fände, eine

Aenderung des Tauschwerths der Dinge eintreten.

Wenn bei der Production jedes Gegenstandes eine Portion künstlicher Arbeit und eine Portion gemeiner Handarbeit vorkäme, das Verhältniß beider aber bei Production verschiedener Artikel auch verschieden wäre, und wenn jedes Mal, sobald der Lohn für künstliche Arbeit um Eins stiege, der Lohn für gemeine Handarbeit um zwei steigen würde; so ist ganz klar, daß bei jeder Erhöhung des Arbeitslohns diejenigen Artikel, deren Production durch eine verhältnißmäßig größere Quantität gemeiner Handarbeit bewirkt würde, an Werth gegen solche gewinnen müßten, zu deren Hervorbringung eine geringere Menge dieser Art Arbeit erforderlich wäre. Obwohl nun aber die Verschiedenheit im Steigen und Fallen des Lohnes für die beiden Arten von Arbeit, und das ungleiche Verhältniß der Wirksamkeit letzterer bei Hervorbringung

der verschiedenen Dinge, im Fall einer Erhöhung oder Erniedrigung des Arbeitslohnes zugleich eine Aenderung in dem relativen Werthe der Producte herbeiführen müßte; so ist doch leicht einzusehen, daß hierdurch die Wahrheit des vorher aufgestellten Satzes: daß nämlich die Quantität der Arbeit den Tauschwerth der Dinge regulire, durchaus nicht gefährdet werden kann.

Der Fall bleibt genau derselbe, wenn man annimmt, daß die beiden in ungleichem Verhältniß bei der Production vorkommenden Arten von Arbeit diejenigen seien, welche wir vorher durch die Benennung: unmittelbare und aufgesammelte Arbeit, unterschieden haben.

Drei Fälle werden die verschiedenen Grade des Verhältnisses, in welchem Arbeit und Kapital bei der Production wirksam sein können, hinreichend erklären. Dieß sind die beiden äußersten Fälle, und der in der Mitte

liegende. Der erste ist der, wo unmittelbare Arbeit allein, ohne alle Hülfe eines Kapitals, producirt; der zweite der, wo das Product halb durch Anwendung von Kapital, halb durch Anwendung unmittelbarer Arbeit; und der dritte endlich der, wo es allein durch Anwendung von Kapital, ohne alle Hülfe von unmittelbarer Arbeit, gewonnen wird. Vielleicht giebt es kein Product, auf welches einer der beiden äußersten Fälle vollkommen paßte; indessen giebt es doch welche, die einem von beiden nahe kommen; und hat man ein Mal die einfachsten Fälle beispielsweise erläutert; so läßt sich der Einfluß, welchen die Abweichungen der übrigen Fälle ausüben, sehr leicht und genau berechnen.

Sobald zwei Arten von Arbeit bei der Production vorgekommen sind, und der Preis der einen fällt, wenn der der andern steigt; so muß derjenige Artikel, bei dessen Production eine größere Quantität Arbeit von der

letzteren Art zur Anwendung gekommen, bei einer Erhöhung des Preises dieser Art von Arbeit, auch im Tauschwerthe steigen, im Vergleich gegen einen Artikel, bei dessen Production eine geringere Quantität Arbeit dieser Art zur Anwendung gekommen ist. Indessen hängt der Grad, in welchem diese Steigerung des Werthes statt findet, von zwei Umständen ab: 1. von dem Verhältniß, nach welchem der Preis der einen Art Arbeit sinkt, wenn der der andern steigt; 2. von dem Grade, in welchem das Verhältniß der bei dem fraglichen Artikel zur Anwendung gekommenen Arbeit von der letzten Art größer ist, als das Verhältniß der bei dem andern Artikel angewendeten Arbeit derselben Art.

Die erste Frage ist also: in welchem Verhältniß fällt der Kapitalgewinn, wenn der Arbeitslohn steigt? und dieß ist zugleich der einzige allgemeine Punct, auf den es hier ankommt. Denn das Verhältniß, in wel-

chem beide Arten von Arbeit an der Production der verschiedenen Dinge Theil nehmen, hängt in jedem einzelnen Falle von den Umständen ab.

Befänden sich alle Artikel in dem ersten der drei Fälle, welche wir oben als Beispiele angeführt haben (und welche wir, der Kürze halber, mit No. 1, 2 und 3 bezeichnen wollen), oder mit andern Worten: würden alle Artikel nur durch unmittelbare Arbeit hervorgebracht, und würde das Kapital nur allein zur Bezahlung des Arbeitslohns angewendet; so müßte der Kapitalgewinn gerade in demselben Verhältniß heruntergehen, als der Arbeitslohn stiege.

Man nehme an, ein Kapital von 1000 Pfund Sterling sei auf diese Weise und mit einem Gewinn von 10 vom Hundert angelegt; so würde der Werth des Products 1100 Pfund betragen; denn diese Summe wäre hinreichend, das Kapital nebst Gewinn

zu erstatten Dieses Product könnte so angesehen werden, als bestände es aus 1100 Theilen, deren 1000 den Arbeitern und 100 dem Kapitalisten zugehörten. Nimmt man nun ferner an, daß der Arbeitslohn um 5 vom Hundert gestiegen sei; so ist offenbar, daß alsdann von den 1100 Theilen dem Kapitalisten nicht mehr 100, wie vorher, sondern nur 50 zufallen werden. Sein Gewinn, der bisher 10 aufs Hundert betrug, wäre nun auf 5 gesunken, da seine Auslage, anstatt 1000 Pfund, jetzt 1050 Pfund betragen würde. Auch könnte er nicht durch einen erhöheten Werth des Products schadlos gehalten werden, da wir angenommen haben, daß alle Artikel in demselben Falle sind. Dieses Product würde nach wie vor 1100 Pfund gelten, wovon jetzt aber nur 50 Pfund auf des Kapitalisten Antheil kämen.

Wenn alle Artikel in dem Falle No. 2 wären; so würde der Satz des Kapitalgewin-

nes nur um halb soviel sinken, als der Satz des Arbeitslohnes stiege. Nehmen wir an, daß bei einer Unternehmung 1000 Pfund Sterling auf Bezahlung des Arbeitslohns, und 1000 Pfund als stehendes Kapital angelegt seien, und daß der Profitsatz wie oben 10 vom Hundert des ganzen angelegten Kapitals betrage; so würde der Werth des Products 1200 Pfund sein. Denn diese Summe erstattet das verzehrte Kapital, und giebt obigen Gewinn vom ganzen Kapital. Man könnte hier das Product als aus 1200 Theilen bestehend ansehen, davon 200 dem Kapitalisten angehörten. Träte nun eine Erhöhung des Arbeitslohns um 5 aufs Hundert ein, und müßte er anstatt 1000 Pfund künftig 1050 Arbeitslohn zahlen; so würde sein Gewinn noch 150 betragen, und also nur eine Verminderung von $2\frac{1}{2}$ vom Hundert erlitten haben.

Der Fall bleibt genau derselbe, wenn man annimmt, daß die 1000 Pfund des Kapitals, welche nicht zur Bezahlung des Arbeitslohns verwendet werden, zum Theil ein umlaufendes Kapital seien, welches während der Dauer der Production verzehrt und nachher durch das Product ersetzt wird. So könnten z. B. außer den 1000 Pfund zum Arbeitslohn, 500 Pfund als stehendes Kapital in Maschinen von längerer Dauer angelegt, 500 Pfund aber auf den Ankauf der rohen Stoffe und dergleichen verwendet werden. Fände dieß statt; so wäre der Werth des Products 1700 Pfund, als wie hoch nämlich sich das zu erstattende Kapital und der Gewinn zu 10 vom Hundert des ganzen Kapitals belaufen würde. Von 1700 Theilen des Products kämen dann 1000 auf die Arbeiter (welche aber schon im Voraus deswegen abgefunden worden) und auf den Kapitalisten 700; davon 200 als Gewinn. Trä=

te nun, in dieser Lage der Dinge, eine Erhöhung des Arbeitslohns um 5 vom Hundert ein; so würde der Antheil der Arbeiter 1050 von obigen 1700 Theilen betragen, und dem Kapitalisten würden 650 zufallen, welcher zuerst seine, auf das umlaufende Kapital gemachte, Auslage von 500 Pfund davon entnähme, und dann nur 150 Pfund als Gewinn übrig behielte. Dieser Gewinn würde also hier, wie vorher, eine Verminderung von $2\frac{1}{2}$ aufs Hundert erlitten haben.

Wären alle Artikel in dem dritten Falle; so könnte, da gar kein Arbeitslohn zu zahlen wäre, dessen Steigerung den Profitsatz nicht ändern. Es ist leicht einzusehen, daß, je mehr ein Artikel diesem äußersten Falle nahe kommt, desto weniger eine solche Steigerung Einfluß auf den Profitsatz haben könne.

Nimmt man an — und damit wird die Wahrscheinlichkeit ziemlich erreicht werden — daß in der Wirklichkeit etwa eben so viele Fälle

auf der einen Seite der Mitte liegen, als auf der andern; so läßt sich, in Folge der hierbei statt findenden Ausgleichung, schließen, daß der Satz des Kapitalgewinnes genau um halb soviel sinken wird, als der Satz des Arbeitslohns gestiegen ist.

Die Grade können folgender Gestalt dargestellt werden:

Sobald der Arbeitslohn steigt und der Kapitalgewinn fällt, müssen offenbar alle Producte, welche weniger durch Arbeit als durch Kapital hervorgebracht sind, im Werthe sinken, in Vergleich mit denjenigen, an deren Hervorbringung die Arbeit einen größeren Theil hat. Nimmt man z. B. den Fall No. 1, in welchem die ganze Production allein durch Arbeit bewirkt wird, als Maaßstab an; so würden alle Artikel, die unter diesen Fall passen, ihren Werth unverändert beibehalten; alle aber, die unter einen andern gehören, an Werth verlieren.

Nimmt man den Fall No. 2, den mittlern, als Regel an; so würden alle unter diesen Fall passende Artikel ihren unveränderten Werth behalten; alle aber, die unter einen Fall gehören, der zum ersten äußersten hinneigt, einen höheren; alle, die unter einen gehören, der zum letzten äußersten hinneigt, einen niedrigern Werth erhalten.

Die Kapitalisten, welche Artikel produciren, die unter den Fall No. 1 gehören, haben eine Mehrausgabe von 5 aufs Hundert gehabt; indessen vertauschen sie ihre Producte gegen andere Dinge. Vertauschen sie sie gegen Artikel, die unter den Fall No. 2 gehören, wo die Kapitalisten nur eine Mehrausgabe von $2\frac{1}{2}$ aufs Hundert zu tragen hatten; so werden sie $2\frac{1}{2}$ aufs Hundert mehr erhalten. Indem sie also Artikel, die zu dem Fall No. 2 gehören, eintauschen, wird der erlittene Ausfall am Gewinn einigermaaßen ausgeglichen, und die Erhöhung des Ar-

beitslohns vermindert ihren Gewinn nur um $2\frac{1}{2}$ vom Hundert. Andererseits liefert dieser Tausch ein ganz entgegengesetztes Resultat für die Kapitalisten, welche die unter den Fall No. 2 gehörigen Artikel producirt haben. Schon bei der Production ihrer Artikel haben sie eine Mehrausgabe von $2\frac{1}{2}$ vom Hundert tragen müssen, und bei Vertauschung ihrer Producte gegen solche, die unter den Fall No. 1 gehören, erleiden sie eine abermalige Schmälerung ihres Gewinnes um $2\frac{1}{2}$ vom Hundert.

Im Allgemeinen ist also das Resultat, daß alle Producenten, welche durch eigene Production oder durch Tausch Besitzer solcher Artikel werden, auf die der Fall No. 2 Anwendung findet, einen Verlust von $2\frac{1}{2}$ vom Hundert erleiden; daß die, welche Besitzer von Producten werden, die mehr zum Fall No. 1 hinneigen, einen größern, und daß die, welche Besitzer von Producten werden,

die mehr zum Fall No. 3 hinneigen, einen kleinern Verlust erleiden; daß endlich, wenn der Fälle auf der einen Seite der Mitte eben so viele sind, als auf der andern, ein Verlust von $2\frac{1}{2}$ aufs Hundert allgemein, aber auch der höchste Verlust sein wird, welcher in der Praxis den Kapitalgewinn treffen kann.

Nach diesen Grundsätzen kann man nun die Wirkung einer Erhöhung des Arbeitslohns auf den Preis der Dinge leicht berechnen. Alle werden in der Regel mit der Münze oder den edeln Metallen verglichen. Nimmt man an, daß die Münze zu dem Fall No. 2 gehöre, d. h. daß Arbeit und Kapital an ihrer Production gleichen Antheil habe (und damit wird man sich wohl nicht weit von der Wahrheit entfernen); so behalten bei einer Erhöhung des Arbeitslohns alle Producte, welche unter denselben Fall passen, ihren vorigen Preis; diejenigen, welche zu dem Fall No. 1 hinneigen, d. h. bei deren Production mehr

Arbeit als Kapital wirksam ist, steigen im Preise; und die, welche zu dem Fall No. 3 hinneigen, d. h. deren Production mehr durch Kapital als durch Arbeit bewirkt wird, fallen im Preise, und rücksichtlich aller Waarenartikel zusammen genommen endlich, findet eine solche Ausgleichung statt, daß weder ein Steigen noch ein Fallen eintritt.

Vierter Abschnitt

Umstände, unter welchen es für die Völker nützlich ist, ihre Producte gegen einander zu vertauschen.

Wir haben schon gesehen, daß ein Theil der Bewegsgründe zum Vertauschen der Producte in den Vortheilen einer zweckmäßigen Theilung der Arbeit beruhet. Niemand würde sich darauf beschränken wollen, nur eine einzige Gattung der verschiedenen, zum

menschlichen Wohlsein erforderlichen, Artikel zu verfertigen, wenn er sich nicht vermittelst desselben die übrigen verschaffen könnte.

Außerdem giebt noch ein anderer Umstand offenbar einen Bewegsgrund zum Vertauschen der Producte ab. Manche Dinge nämlich können nur an gewissen Orten erzeugt werden. Metalle, Kohlen und verschiedene andere Gegenstände von der größten Wichtigkeit sind das Product einzelner Landstriche. Dasselbe ist der Fall rücksichtlich gewisser Erzeugnisse des Pflanzenreichs, denen nicht jeder Boden und jedes Klima zusagt. Andere Dinge, wenn gleich nicht auf einzelne Gegenden beschränkt, können doch an gewissen Orten weit wohlfeiler und bequemer producirt werden, als an andern; so z. B. Gegenstände, deren Hervorbringung einen großen Aufwand von Feuerung erfordert, in kohlenreichen Gegenden; Gegenstände, zu deren Verfertigung eine bedeutende bewegende Kraft nöthig

ist, da, wo ein hinreichendes Gefälle des Wassers bewirkt werden kann; solche, deren Hervorbringung viel Handarbeit verlangt, da, wo die Lebensmittel wohlfeil sind, mithin der Arbeitslohn niedrig ist.

Diese Ursachen liegen sämmtlich am Tage. Es giebt noch eine andere, welche versteckter ist, und daher einiger Erläuterung bedarf. Wenn jedes von zwei Ländern zwei Bedürfnißmittel, z. B. Getraide und Tuch, producirt, aber nicht mit gleicher Leichtigkeit; so werden beide Länder ihren Vortheil dabei finden, wenn jedes sich auf eins jener beiden Producte beschränkt und demnächst das andere eintauscht. Ist es der Fall, daß das eine Land das eine Bedürfnißmittel, das andere Land aber das andere mit besonderem Vortheil producirt; so liegt der Bewegsgrund offenbar am Tage, weshalb jedes Land sich auf das Product beschränken solle, welches es mit besonderem Vortheil erzeugen kann.

Es kann aber auch eine eben so entschiedene Ursache sich auf die Production des einen Artikels zu beschränken vorhanden sein, wenn auch gleich das eine Land beide Artikel mit größerer Leichtigkeit als das andere zu produciren im Stande ist.

Unter größerer Leichtigkeit verstehen wir die Fähigkeit, dieselbe Wirkung mit weniger Arbeit hervorzubringen. Die Schlußfolge bleibt unverändert, wir mögen eine mehr oder weniger hohe Bezahlung der Arbeit dabei annehmen. Setzen wir z. B. voraus, daß Pohlen Getraide und Tuch mit weniger Arbeit als England erzeugen kann; so folgt daraus noch nicht, daß es dem Vortheile Pohlens nicht angemessen sei, einen dieser beiden Artikel aus England einzuführen. Wenn rücksichtlich beider Artikel das Verhältniß, in welchem weniger Arbeit angewendet zu werden braucht, dasselbe ist; wenn z. B. dieselbe Menge Tuch oder Getraide, welche in Eng-

land jede 150 Arbeitstage erfordert, in Pohlen jede mit 100 Arbeitstagen hervorgebracht werden kann; so hat Pohlen keine Ursache, eins von beiden aus England zu beziehen. Aber wenn dieselbe Menge Tuch, welche in Pohlen mit 100 Arbeitstagen erzeugt wird, in England 150 Arbeitstage, dagegen das Getraide, welches Pohlen mit 100 Arbeitstagen hervorbringt, in England 200 Arbeitstage erfordert; so wird es in diesem Falle dem Vortheile Pohlens gemäß sein, sein Tuch aus England einzuführen. Daß diese Behauptungen richtig sind, wird aus dem Folgenden erhellen.

Wenn das Tuch und das Getraide, deren jedes 100 Arbeitstage in Pohlen erfordert, in England jedes 150 Arbeitstage bedarf; so folgt, daß das Tuch von 150 Arbeitstagen in England, wenn man es nach Pohlen sendete, dem Tuche von 100 Arbeitstagen in Pohlen gleich wäre; sollte es nun gegen Ge-

traide vertauscht werden, so würde man nur Getraide von 100 Arbeitstagen dafür geben. Es ist aber vorausgesetzt, daß das Getraide von 100 Arbeitstagen in Pohlen eben soviel ist, als das von 150 Arbeitstagen in England. England könnte demnach mit 150 Arbeitstagen in Tuch nicht mehr Getraide in Pohlen kaufen, als es selbst mit 150 Arbeitstagen zu Hause produciren kann; und überdieß würden bei der Einfuhr desselben noch die Transportkosten dazu kommen. Unter solchen Umständen wird also kein Tausch statt finden.

Wenn dagegen das in Pohlen mit 100 Arbeitstagen producirte Tuch zwar mit 150 Arbeitstagen in England gewonnen werden könnte, aber in England 200 Arbeitstage nöthig wären, um dieselbe Menge Getraide zu erzeugen, zu welcher in Pohlen nur 100 Arbeitstage erfordert würden; so müßte hieraus offenbar ein Bewegsgrund zu tauschen

entspringen. Mit einer, in England vermittelst 150 Arbeitstagen verfertigten, Quantität Tuch würde in Pohlen soviel Getraide gekauft werden können, als dort mit 100 Arbeitstagen producirt worden, d. h. eine solche Menge, zu deren Production in England 200 Arbeitstage nöthig wären. England würde also auf diese Weise vermittelst seines Tuchs seinen Getraidebedarf mit wenigerer Arbeit erlangen können.

Pohlen wird aber dabei gleichfalls gewinnen. Eine Quantität Getraide, welche ihm 100 Arbeitstage kostet, ist einer, in England mit 200 Arbeitstagen producirten, Quantität gleich, und man kann damit in England das Product von 200 Arbeitstagen in irgend einem andern Artikel, z. B. in Tuch, kaufen. Aber schon die Quantität Tuch, welche in England 150 Arbeitstage gekostet hat, ist dem Product von 100 Arbeitstagen in Pohlen gleich. Wenn letzteres Land daher mit

100 Arbeitstagen (in Getraide) nicht nur das Product von 150, sondern sogar das von 200 Arbeitstagen (in Tuch) kaufen kann; so gewinnt es dabei offenbar den Betrag von 50 Arbeitstagen, also ein Dritttheil.

Soll ein Tausch statt finden; so müssen zwei Länder und zwei Bedürfnißmittel vorhanden sein.

Wenn beide Länder beide Bedürfnißmittel produciren können; so ist es nicht die absolut-größere, sondern die relativ-größere Leichtigkeit, welche eins von beiden Ländern veranlaßt, sich auf die Production des einen Artikels zu beschränken und den andern einzuführen.

Kann ein Land einen Gegenstand entweder einführen oder ihn selbst produciren; so vergleicht es die Kosten der eignen Production mit dem, was es kostet, sich denselben von auswärts zu verschaffen. Ist letzteres wohlfeiler, so wird er eingeführt.

Die Kosten, mit welchen ein Land irgend eine Sache von Außen einführen kann, hängen nicht davon ab, mit welchen Kosten das fremde Land dieselbe producirt; sondern davon, was der Artikel kostet, vermittelst dessen jene Sache eingetauscht wird, im Vergleich mit dem, was es kosten würde, die fragliche Sache, wenn man sie nicht einführen wollte, selbst zu produciren.

Wenn ein Quarter Getraide in England mit 50 Arbeitstagen erzeugt wird; so kann es vortheilhaft sein, Getraide aus Pohlen einzuführen, die Production eines Quarters mag dort 50, oder 60, oder 40, oder irgend eine andere Summe von Arbeitstagen gekostet haben. Die einzige Rücksicht hierbei ist, ob die Quantität Tuch, vermittelst deren England einen Quarter einführen kann, in diesem Lande weniger als 50 Arbeitstage gekostet hat.

Werden also in Pohlen mit der Arbeit, die einen Quarter Getraide hervorbringt, acht Yards Tuch, in England aber mit der Arbeit, die einen Quarter Getraide erzeugt, zehn Yards Tuch producirt; so wird ein vortheilhafter Tausch statt finden können.

Ueberhaupt kann man sagen, daß dann, wenn das Verhältniß, in welchem dieselbe Quantität Arbeit von einem von zwei Artikeln mehr als von dem andern producirt, in einem Lande größer als in einem andern ist, das Interesse beider Länder erfordert, einen Tausch statt finden zu lassen.

Der Gewinn vom auswärtigen Handel entspringt aus den eingeführten Gütern.

Aus dem, was im vorhergehenden Kapitel dargethan worden, läßt sich ein genereller, oder vielmehr universeller Satz folgern. Der Gewinn, welcher durch das Vertauschen einer Sache gegen eine andere gemacht wird, hat allemal seinen Grund in der empfangenen, nie in der weggegebenen Sache. Tauscht ein Land, oder mit andern Worten, handelt es mit einem andern; so besteht sein ganzer Vortheil jederzeit in den eingeführten Gütern. Es gewinnt durch die Einfuhr, und durch nichts anderes.

Diese Behauptung scheint an und für sich selbst so einleuchtend zu sein, daß man kaum hoffen kann, sie durch Erläuterungen noch klarer zu machen. Dessen ohngeachtet stimmt

sie mit den allgemein verbreiteten Ansichten so wenig überein, daß es nicht leicht sein möchte, durch irgend eine Auseinandersetzung gewisse Personen zur Einräumung ihrer Richtigkeit zu vermögen.

Besitzt Jemand ein gewisses Gut; so kann er dadurch, daß er es weggiebt, nichts gewinnen. Es scheint daher aus der Thatsache, daß er dasselbe weggiebt, um ein anderes zu erlangen, nothwendig zu folgen, daß er in dem, was er empfängt, seinen Gewinn findet. Er würde das Ding, was er ursprünglich hatte, behalten haben, wenn es für ihn mehr Werth gehabt hätte, als das, was er dafür eingetauscht hat. Daß er die letztere Sache lieber als die erstere haben wollte, beweiset hinlänglich, daß jene ihm mehr werth ist, als diese.

Der Fall ist ganz derselbe, und eben so klar, wenn man, statt der einzelnen Menschen, Nationen annimmt. Vertauscht ein Volk

einen Theil seiner Güter gegen einen Theil der Güter eines andern Volks; so kann es dadurch, daß es seine Güter los wird, nichts gewinnen; der ganze Gewinn muß in dem, was es dafür wieder bekommt, bestehen. Will man den Einwurf machen, daß der Gewinn darin bestehe, daß es Münze empfängt; so wird die sogleich folgende Lehre von der Münze darthun, daß einem Volke nicht Vortheil, sondern Nachtheil aus einem unverhältnißmäßigen Besitze edler Metalle erwachsen muß.

Was die Einfuhr solcher Dinge betrifft, welche ein Land selbst hervorzubringen im Stande ist, wie in dem oben vorausgesetzten Falle des Handels mit Pohlen; so haben wir gesehen, daß England sein Getraide aus Pohlen einführen wird, wenn es auf diesem Wege, mittelst eines Products von 150 Arbeitstagen in Tuch, soviel Getraide erhalten kann, als in England nur mit 200 Arbeitstagen hätte producirt werden können. Trüge es

sich

sich zu, daß man in Pohlen, mittelst jenes Tuchs, sich nur soviel Getraide verschaffen könnte, als in England mit derselben Quantität Arbeit producirt würde; so hätte England bei diesem Tausche keinen Vortheil. Sein Gewinn kann nicht von dem, was es ausführt, sondern allein von dem, was es einführt, erwartet werden.

Der Fall, wo ein Land Güter einführt, die es selbst nicht produciren kann, ist noch weit einfacher. Ein Land, oder genauer zu reden, das Volk eines Landes, besitzt gewisse Dinge eigenthümlich, entschließt sich aber, dieselben für gewisse Producte anderer Länder hinzugeben. Es findet seinen Bedürfnissen angemessener, diese letzteren zu besitzen. Es gewinnt also nicht durch das, was es weggiebt — dieß wäre eine absurde Behauptung — sondern durch das, was es empfängt.

Sechster Abschnitt.

Vortheil eines allgemeinen Tauschmittels.

Beim directen Tausch der Waaren gegen einander wird es oft mit Schwierigkeiten verbunden sein, die Bedürfnisse der einzelnen Personen zu befriedigen. Wünscht Jemand z. B. Brod oder ein Kleidungsstück einzutauschen, hat aber nichts als Schaafe dagegen anzubieten; so kann ihm eine von folgenden beiden Schwierigkeiten im Wege stehen: entweder der Besitzer der von ihm gewünschten Waare wäre nicht geneigt, sie gegen Schaafe abzutreten; oder ein Schaaf wäre mehr werth, als der gewünschte Artikel, und könnte doch nicht getheilt werden.

Diese Schwierigkeiten würden glücklich gehoben werden, wenn sich eine Waare fände, die Jedermann, der Güter zu vertauschen hätte, anzunehmen geneigt wäre, und

die zugleich in beliebige, dem Werthe des Artikels, den man eben zu erlangen wünschte, angemessene Theile zerlegt werden könnte. In diesem Falle würde der Besitzer des Schaafs, wenn er dafür Brod oder Kleidungsstücke zu haben wünschte, anstatt den Eigenthümern dieser Waaren sein Schaaf anzubieten, letzteres zuvörderst gegen eine gleichgeltende Menge jenes erwähnten Artikels vertauschen, und demnächst, mittelst dieses letztern, das Brod oder die andern Dinge, deren er benöthigt wäre, einkaufen.

Dieß ist der eigentliche Begriff eines Tauschmittels. Es ist irgend eine Waare, welche, in der Absicht, den Tausch zweier andern Waaren zu befördern, zuerst für die eine derselben eingetauscht, und demnächst gegen die andere wieder vertauscht wird.

Man hat gefunden, daß gewisse Metalle, z. B. Gold und Silber, die sämmtlichen, zu

einem Tauschmittel erforderlichen, Eigenschaften in vorzüglichem Grade in sich vereinigen. Es sind Waaren, welche Jedermann, der Güter zu vertauschen hat, für dieselben anzunehmen geneigt ist. Sie lassen sich in beliebige, und jeder vom Käufer eben gewünschten Quantität anderer Waaren angemessene, Theile zerlegen. Sie gewähren überdieß den Vortheil eines leichten Transports, indem eine kleine Masse derselben einen hohen Werth in sich schließt. Endlich sind sie sehr dauerhaft, und dem Schwanken des Werths weniger als irgend eine andere Waare unterworfen. Dieß sind die Ursachen, welche Gold und Silber zum vornehmsten Tauschmittel in allen Theilen der Erde gemacht haben.

Die edlen Metalle können mit geringeren Metallen dergestalt vermischt werden, daß dieß schwer zu entdecken ist; und so wäre es möglich, daß man in der That einen geringe-

ren Werth empfinge, als man zu empfangen glaubte. Auch fand man unbequem, jedesmal, wenn ein Kauf vollzogen wurde, das Gold oder Silber wirklich abzuwägen. Man erdachte daher ein Mittel, welches beiden erwähnten Mängeln abzuhelfen geeignet ist. Die Metalle lassen sich in einem bestimmten Grade der Feinheit darstellen und in Stücke theilen, mit welchen alle Arten von Käufen gemacht werden können; und es läßt sich auf jedem Stücke ein Stempel anbringen, der zugleich das Gewicht desselben und die Feinheit des angewendeten Metalls bezeichnet. Natürlich konnte das Aufdrücken dieses Stempels nur einer Autorität anvertraut werden, welche das Vertrauen des Volks genoß. Im Allgemeinen haben die Regierungen dieses Geschäft übernommen und sich das ausschließliche Recht dazu vorbehalten. Die Operation, durch welche den edlen Metallen die zweckmäßigste Form, um als Tauschmittel

zu dienen, gegeben wird, heißt: Münzen; und die Stücke, in welche diese Metalle getheilt sind: Münze.

Siebenter Abschnitt.

Was den Werth der Münze bestimmt.

Unter Werth der Münze muß hier das Verhältniß verstanden werden, nach welchem man dieselbe gegen andere Waaren vertauscht; oder die Quantität derselben, welche im Tausch für eine gewisse Quantität anderer Gegenstände gegeben wird.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es von der in einem Lande vorhandenen Menge der Münze abhängt, welcher Theil dieser Menge für einen gewissen Theil der Güter oder Waaren dieses Landes im Tausch gegeben werden soll.

Setzt man voraus, daß alle Güter eines Landes auf der einen, und alle Münze auf der andern Seite sich befänden, und daß beide Massen auf einmal gegen einander vertauscht würden; so ist klar, daß ein Zehntheil, oder ein Hunderttheil, oder irgend eine andere Quote der Güter gegen ein Zehntheil, ein Hunderttheil oder eine andere Quote der gesammten Menge der Münze vertauscht wird; und daß dieß Zehntheil u. s. w. genau in demselben Verhältniß in einer großen oder kleinen Quantität bestehen muß, als die ganze im Lande vorhandene Menge der Münze groß oder klein ist. Fände dieser Zustand der Dinge wirklich statt; so müßte offenbar der Werth der Münze lediglich von der vorhandenen Menge derselben abhängen.

Es wird sich zeigen, daß in dem wirklichen Zustande der Dinge der Fall ganz derselbe ist. Die gesammte Masse der Güter

eines Landes wird nicht mit einem Male gegen die gesammte Masse der Münze vertauscht; die Güter werden theilweise umgetauscht, oft in sehr kleinen Theilen, und zu verschiedenen Zeiten, während dem Laufe des ganzen Jahres. Dasselbe Stück Münze, welches heute in einem Tausche ausgezahlt wird, kann morgen in einem andern Tausche ausgezahlt werden. Einige Stücke mögen bei sehr vielen, andere bei sehr wenigen Tauschhandlungen, einige endlich, die zurückgelegt worden, bei gar keinen gebraucht werden. Es wird indessen bei dieser verschiedenen Thätigkeit der einzelnen Stücke eine gewisse mittlere Zahl statt finden, welche angiebt, bei wieviel Tauschhandlungen jedes Stück hätte gebraucht werden müssen, wenn alle gleich oft angewendet worden wären. Diesen Durchschnitt können wir zu irgend einer beliebigen Zahl, z. B. zu Zehn, annehmen. Wenn mit jedem Stück Münze eines

Landes zehnmal gekauft wird; so ist dieß genau dasselbe, als wenn die Summe der Stücke mit zehn multiplicirt, und dann mit jedem nur einmal gekauft würde. Der Werth aller Güter des Landes ist gleich dem zehnfachen Werthe aller Münze, indem jedes Stück Münze dem, was dafür eingetauscht wird, an Werth gleich ist, und im Laufe des Jahres zu zehn verschiedenen Tauschhandlungen gebraucht wird.

Wäre die Menge der Münze, anstatt daß mit jedem Stücke zehn Käufe jährlich gemacht werden, zehnmal so groß, und es würde damit nur Ein Kauf jährlich gemacht; so müßte offenbar jede Vergrößerung der ganzen Masse eine verhältnißmäßige Verringerung des Werths eines jeden einzelnen, abgesondert betrachteten Theils derselben hervorbringen. Da wir voraussetzen, daß die Menge der Güter, gegen welche die ganze Masse der

Münze mit einem Male vertauscht wird, unverändert bleibt; so hat auch die gesammte Menge der Münze nach ihrer Vergrößerung nicht mehr Werth, als vor derselben. Nehmen wir an, sie sei um ein Zehntheil vergrößert; so muß der Werth jedes einzelnen Theils, z. B. einer Unze, um ein Zehntheil vermindert sein. Man setze, die ganze Masse betrage eine Million Unzen, und würde um ein Zehntheil vermehrt; die Werthsverringerung des Ganzen, wie groß sie auch sein mag, wirkt immer verhältnißmäßig auf jeden einzelnen Theil; und was ein Zehntheil einer Million für eine Million ist, das ist ein Zehntheil einer Unze für eine Unze.

Ist die Gesammtmasse der Münze nur ein Zehntheil der obigen Summe, und werden zehn Käufe jährlich damit gemacht; so wird sie folglich jedesmal gegen den zehnten Theil der Güter vertauscht. Wird aber das Zehn-

theil, womit man ein Zehntheil kauft, in irgend einem Verhältniß vergrößert; so ist dieß dasselbe, als ob das Ganze, womit man ein Ganzes kauft, in jenem Verhältniß vergrößert wäre. In welchem Grade also die Menge der Münze vergrößert oder verringert wird, während die Menge der andern Gegenstände unverändert bleibt; in demselben Grade wird umgekehrt der Werth der ganzen Masse oder jedes einzelnen Theils derselben verringert oder vergrößert. Dieser Satz muß offenbar ganz allgemein wahr sein. So oft der Werth der Münze entweder gestiegen oder gefallen ist, (und sofern die Menge der Güter, welche dafür eingetauscht wird, und die Geschwindigkeit des Umsatzes dieselbe geblieben,) kann diese Veränderung nur einer entsprechenden Verminderung oder Vermehrung der vorhandenen Menge, und keiner andern Ursache, zugeschrieben werden. Vermindert sich die Menge der Güter, während

die Menge der Münze dieselbe bleibt; so hat dieß dieselbe Wirkung, als wenn die Menge der Münze vermehrt worden wäre. Vermehrt sich dagegen die Menge der Güter, während die Menge der Münze unverändert bleibt; so ist dieß dasselbe, als wenn die Menge der Münze vermindert worden wäre.

Aehnliche Wirkungen werden durch eine Veränderung in der Geschwindigkeit des Umlaufs hervorgebracht. Unter Geschwindigkeit des Umlaufs verstehen wir die Zahl der Käufe in einem gegebenen Zeitraume. Eine Vermehrung dieser Zahl der Käufe hat dieselbe Wirkung, als eine Vermehrung der Menge der Münze; und ebenso umgekehrt eine Verminderung.

Wenn ein Theil des jährlichen Products überhaupt nicht vertauscht wird, wie das, was der Producent selbst konsumirt, oder doch nicht gegen Münze vertauscht wird; so ist derselbe hier außer Betracht gelassen, weil

das, was nicht gegen Münze vertauscht wird, in Bezug auf diese letztere so gut als nicht vorhanden ist.

Achter Abschnitt.
Was die Menge der Münze bestimmt.

Wenn wir ausgemacht haben, daß der Werth der Münze durch deren Menge bestimmt werde; so ist damit wenig geschehen, bevor nicht ferner ausgemacht worden, wodurch jene Menge bestimmt wird.

Beim ersten Anblick könnte es scheinen, als hänge die Menge der Münze von dem Willen der Regierungen ab, welche sich das Recht, dieselbe zu verfertigen, vorbehalten haben, und also soviel davon machen können, als ihnen beliebt.

Die Fabrikation der Münze kann unter zweierlei Umständen statt finden: entweder

läßt die Regierung der Vermehrung oder Verminderung derselben freien Lauf; oder sie bemüht sich, die Menge derselben zu kontrolliren und nach ihrem Belieben groß oder klein zu machen.

Ist die Vermehrung oder Verminderung der Münze frei gelassen; so öffnet die Regierung die Münzstätten dem Publikum, und verwandelt Barren in Münze für Jeden, der es verlangt.

Es ist klar, daß Personen, welche Barren besitzen, nur dann deren Verwandlung in Münze nachsuchen werden, wenn sie ihren Nutzen dabei finden; d. h., wenn ihnen die Barren, in Münze verwandelt, mehr werth sind, als in ihrer ursprünglichen Gestalt.

Dieß kann nur dann der Fall sein, wenn die Münze einen besondern Werth hat, und wenn für dieselbe Quantität Metall im Tausche mehr gegeben wird, wenn sie gemünzt, als wenn sie in Barren ist.

Da der Werth der Münze von ihrer Menge abhängt; so wird sie jenen besondern Werth nur dann haben, wenn sie in geringer Menge vorhanden ist. Steht sie nun in so hohem Werthe; so ist es dem Nutzen der Besitzer von Barren angemessen, letztere nach der Münzstätte zu bringen und in Münze verwandeln zu lassen. Jede Vermehrung der Menge der Münze vermindert aber den Werth derselben; und zuletzt wird der Unterschied zwischen dem Werthe des gemünzten Metalls und dem Werthe des Metalls in Barren so gering, daß darin kein Reiz mehr liegt, Barren zum Ausmünzen herbeizubringen. Sollte also irgend ein Mal die vorhandene Menge der Münze so gering sein, daß dadurch der Werth derselben über den Werth des Metalls, aus dem sie besteht, erhoben würde; so wirkt das Interesse der Einzelnen, in wiefern ihre Freiheit nicht beschränkt ist, unmittelbar dahin, jene Menge zu vermehren.

Es ist auch möglich, daß die Menge der Münze so groß wäre, daß dadurch der Werth des gemünzten Metalls unter den Werth des Metalls in Barren herabgedrückt würde. In diesem Falle wirkt das Interesse der Einzelnen unmittelbar dahin, jene Menge zu vermindern. Besitzt Jemand z. B. eine Unze Metall in Münzen, und diese Münzen haben einen geringern Werth, als dasselbe Metall in Barren; so hat er eine bestimmte Veranlassung, die Münzen einzuschmelzen und in Barren zu verwandeln; und dieselbe Veranlassung fährt fort zu existiren, bis durch Verminderung der Menge der Münze der Werth des Metalls in diesem Zustande dem Werthe des Metalls in Barren so nahe gebracht ist, daß hierin kein Bewegsgrund zum Einschmelzen liegen kann.

Ist also das Ausmünzen des Metalls der Willkühr des Publikums überlassen; so wird die Menge der Münze durch den Werth

des Metalls bestimmt, indem der Vortheil der Einzelnen erheischt, jene Menge in demselben Verhältnisse zu vergrößern oder zu vermindern, in welchem der Werth des gemünzten Metalls höher oder geringer ist, als der Werth des Metalls in Barren.

Wird aber die Menge der Münze durch den Werth des Metalls bestimmt; so kommt es darauf an, zu untersuchen, wovon der Werth des Metalls abhängt. Diese Aufgabe können wir indessen als schon gelöst betrachten. Gold und Silber sind eigentlich Waaren, Producte, deren Gewinnung durch Anwendung von Arbeit und Kapital bewirkt worden ist. Der Werth dieser, wie aller andern gewöhnlichen Waaren, wird demnach durch die Productionskosten derselben bestimmt.

Wir haben nun die Wirkungen zu erforschen, welche durch die Bestrebungen der Regierung: die Vermehrung oder Verminde-

rung der Münze zu leiten, und die Menge derselben nach Belieben zu bestimmen, hervorgebracht werden. Sind ihre Bemühungen darauf gerichtet, die Menge der Münze geringer zu erhalten, als dieselbe im freien Zustande der Dinge sein würde; so ist die Folge davon, daß der Werth des gemünzten Metalls steigt, und daß Jedermann es vortheilhaft findet, seine Barren in Münze zu verwandeln, sobald er kann. Der Voraussetzung gemäß will die Regierung diese Verwandlung nicht bewirken. Man wird daher zu Privat-Münzstätten seine Zuflucht nehmen. Beharrt die Regierung bei ihrem Systeme; so muß sie dieß durch Strafen verhindern.

Wäre es andrerseits die Absicht der Regierung, die Menge der Münze größer zu erhalten, als dieselbe sein würde, wenn man sie sich selbst überließe; so würde dadurch der Werth des gemünzten Metalls gegen das in

Barren herabgesetzt, und Jedermann fände nun seinen Vortheil darin, Münzen einzuschmelzen. Auch dieß kann die Regierung nur auf Eine Weise, nämlich durch Strafen, verhindern.

Die Furcht vor der Strafe wird aber die Hoffnung des Gewinns nur so lange überwiegen, als letzterer unbedeutend ist. Man weiß allgemein, daß da, wo die Versuchung stark ist, aller Bemühungen der Regierung ohnerachtet, heimliche Münzfabrikation fortwährend statt findet. Da das Einschmelzen weniger umständlich ist, und leichter verheimlicht werden kann, als das Münzen; so bedarf es dazu auch nur einer geringen Versuchung.

Es erhellet also, daß die Menge der Münze, dem natürlichen Gange der Dinge nach, in jedem Lande durch den Werth, oder mit andern Worten: durch die Productionskosten der Metalle, aus welchen sie besteht,

regulirt wird; daß die Regierung durch Zwangsmittel diese Menge unter ihren natürlichen Stand, aber nur um ein weniges, verringern kann; und daß sie dieselbe auch, aber nur in noch minderem Verhältnisse, über ihren natürlichen Stand vermehren kann.

Erhält sie die Menge der vorhandenen Münze unter ihrem natürlichen Stande, oder mit andern Worten: erhebt sie den Werth des gemünzten Metalls über den Werth des Metalls in Barren; so nimmt sie in der That einen Schlagschatz. In der Praxis wird letzterer gewöhnlich dadurch genommen, daß man Münzen ausgiebt, welche weniger Metall enthalten, als ihre Benennung andeutet; oder weniger als diejenige Quantität, für welche sie ein Aequivalent darbieten sollen. Durch das Ausprägen nach diesem Grundsatze gewinnt die Regierung den Unterschied zwischen dem Werthe des gemünzten Metalls und dem des Metalls in Barren. Gesetzt,

dieser Unterschied betrüge fünf vom Hundert; so kaufte die Regierung die Barren zu dem Marktpreise, und prägte Münzen daraus, welche fünf aufs Hundert mehr werth sind, als die Barren. Indessen werden die Münzen diesen höhern Werth nur unter der Bedingung behalten, daß ihre Menge in gewissen Schranken bleibt, wie in dem vorhergehenden Abschnitt gezeigt ist. Um dieß zu bewirken, darf der Schlagschatz nicht hoch genug sein, um die Gefahren des Nachmachens der Münzen aufzuwiegen; d. h. er darf die Prägekosten nicht bedeutend übersteigen.

Neunter Abschnitt.

Stellvertreter der Münze.

Der einzige Stellvertreter der Münze von hinreichender Wichtigkeit, um auf eine Stelle in diesem Grundriß der Wissenschaft Anspruch

machen zu können, ist diejenige Art von schriftlichen Obligationen, welche auf Auszahlung einer gewissen Quantität Münze lauten und welche den Namen: Papiergeld (oder Papiermünze) erhalten hat.

Der Gebrauch dieser Art von Obligationen als Stellvertreter der Münze scheint seinen Ursprung in der Erfindung der Wechselbriefe zu haben, welche man den Juden in den Zeitaltern des Lehnswesens und der Barbarei zuschreibt.

Wenn zwei Länder, z. B. England und Holland, mit einander handelten; und wenn England holländische Waaren, und Holland englische Waaren einführte; so mußte alsbald die Frage entstehen, wie die Zahlung für dieselben zu leisten sei. Wäre England genöthigt, für die Waaren, welche es aus Holland bezogen hatte, Gold und Silber dahin zu senden; so würden dadurch bedeutende Kosten entstehen. Wäre andererseits Holland

genöthigt, Gold und Silber nach England zu schicken; so würde dieß ebenfalls beträchtliche Kosten verursachen. Es war indessen handgreiflich, daß, wenn zwei Personen jede der andern hundert Pfund Sterling schuldig wäre, sich nicht jede derselben die Mühe nehmen würde, der andern wirklich hundert Pf. St. hinzuzählen, sondern daß sie nur ihre gegenseitigen Verbindlichkeiten gegen einander auszutauschen brauchen. Dasselbe Verhältniß fand zwischen England und Holland statt. Wenn England eine Million an Holland zu bezahlen und eine gleiche Summe von dort zu empfangen hat; so wird es, anstatt seine Münze von England nach Holland zu schicken, Kosten und Mühe ersparen, indem es seinen Gläubigern in Holland die Summe anweiset, welche es in Holland zu fordern hat; und die holländischen Kaufleute, welche an England schuldig sind und die Kosten des Transports der Münze dahin hät-

ten tragen müssen, werden sehr wohl damit zufrieden sein, wenn sie diese Kosten dadurch ersparen können, daß sie einer Anweisung Folge leisten, welcher gemäß sie das, was sie englischen Kaufleuten schuldig sind, in Holland auszuzahlen haben. Ein Wechselbrief war buchstäblich eine solche Anweisung. Der Kaufmann in England schrieb an den Kaufmann in Holland, der ihm eine gewisse Summe schuldig war: „Zahle die und die Summe an die und die Person;" und dieß nannte man, einen Wechsel auf Jemand ziehen. Die Kaufleute in Holland verfuhren auf dieselbe Weise in Bezug auf die Personen in England, von welchen sie Münze zu empfangen und an welche sie Münze zu bezahlen hatten. Ereignete es sich, daß das eine der beiden Länder dem andern eben soviel schuldig war, als dieses jenem; so balancirten die Zahlungen mit einander, und jedes Land bezahlte die empfangenen Waaren, ohne daß durch Ueber-

sendung von Münze einige Kosten erwachsen wären. War es aber der Fall, daß eines der beiden Länder mehr schuldete, als es zu empfangen hatte; so mußte es nur diesen Unterschied baar übersenden, und ersparte alle übrigen Kosten.

Der Vortheil, welcher aus der Erfindung und dem Gebrauche der Wechselbriefe entsprang, war also sehr bedeutend. Dieser Gebrauch wurde aber zur Zeit der Erfindung durch eine noch größere Nothwendigkeit empfohlen, indem die beschränkte Politik jener Zeiten die Ausfuhr der edlen Metalle verbot und jede Verletzung dieses barbarischen Gesetzes mit der größten Strenge ahndete.

Wechselbriefe erfüllten nicht nur den Zweck: die Schulden der verschiedenen Länder an einander zu bezahlen; sie dienten auch oft als Stellvertreter der Münze in dem Lande, in welches man sie geschickt hatte. Wurde ein Wechsel gezogen, zahlbar nach einer

gewissen Zeit; so zahlte der Kaufmann, welchem er übersandt war, mit diesem Wechsel, anstatt der Münze, wenn er eine Schuld bezahlen oder Einkäufe machen mußte, ohne Münze zu diesem Behufe vorräthig zu haben. Ein solcher Wechselbrief konnte öfters durch mehrere Hände laufen und in einer großen Anzahl von Geschäften als Zahlungsmittel dienen, bevor er von demjenigen, auf den er gezogen war, endlich realisirt wurde. In dieser Art angewendet, verrichtete er vollkommen die Stelle des Papiergeldes und zeigte den Weg zum ferneren Gebrauche dieses wichtigen Stellvertreters der Münze.

Es zeigte sich also, daß der schriftlichen Verpflichtung eines Kaufmanns von Kredit, eine gewisse Quantität Münze zu bezahlen, wegen der Sicherheit, daß sie, sobald man es verlangte, realisirt werden würde, ein gleicher Werth, wie der Münze selbst, beigelegt, und daß sie im Tausch ohne Schwie-

rigkeit angenommen wurde, ebenso wie man die Münze selbst angenommen haben würde. Dieß war ein hinreichender Bewegsgrund, den Gebrauch dieses Stellvertreters der Münze weiter auszudehnen. Diejenigen Personen, welche Bankiers-Geschäfte trieben, d. h. die Münze der Privatpersonen verwahrten und die Münzen der verschiedenen Länder gegen einander auswechselten, fingen zuerst an, Zettel auszugeben, durch welche sie sich anheischig machten, gewisse Summen Münze zu bezahlen, in der Erwartung, daß bei Handelsgeschäften diese Zettel als Stellvertreter der Münze dienen würden. Sobald der Gebrauch solcher Stellvertreter der Münze begonnen hat, bedarf es nur der Freiheit und des Vertrauens des Publikums auf diese schriftlichen Versprechungen, um zu bewirken, daß das Papier den Gebrauch der edlen Metalle verdrängt und fast ausschließlich als Tauschmittel dient.

Es bleibt noch zu untersuchen, welche Vortheile der Gebrauch dieses Stellvertreters der Münze gewährt und welchen Unbequemlichkeiten derselbe unterworfen ist.

Zehnter Abschnitt.

Vortheile, welche der Gebrauch der Papiermünze gewährt.

Die edlen Metalle, welche erforderlich sind, um als Tauschmittel zu dienen, werden für Landesproducte eingekauft. Die Erzeugnisse des Bodens und der Manufacturen werden ausgeführt, und für dieselben wird, anstatt anderer nutzbarer Waaren, Gold und Silber eingeführt, um sich derselben als Tauschmittel zu bedienen. Sind es diese edeln Metalle allein, welche als Tauschmittel dienen; so steht ihr Werth immer in ansehnlichem Verhältnisse gegen den Werth der Sa-

chen, die dagegen vertauscht werden. Jedoch ist dieses Verhältniß in verschiedenen Ländern verschieden, je nachdem ein und dasselbe Stück Geld mehr oder weniger Male im Laufe eines Jahres zum Tausche angewandt wird. In Ländern, die in der Kunst des Tausches noch nicht weit vorgeschritten sind, steht das Metallgeld in sehr großem Verhältniß zu dem ganzen jährlichen Product des Landes. Dient jedes Stück Münze zu hundert Käufen im Laufe eines Jahres; so beträgt der Werth der erforderlichen Münze den hundertsten Theil des Werths des ganzen jährlichen Products. In den Ländern dagegen, in welchen die Münzen nicht schnell von Hand zu Hand gehen, kann ihr Gesammtwerth sich wohl auf ein Zehntheil des ganzen jährlichen Products belaufen.

Wie groß aber auch der Theil des Nationalvermögens sein mag, welcher dazu verwendet wird, als Tauschmittel zu die-

nen; so erhellet, daß er in Bezug auf die Production ganz unwirksam ist. Nur die unmittelbaren Werkzeuge der Production produciren: die Nahrungsmittel des Arbeiters, die Geräthe oder Maschinen, mit welchen er arbeitet, und die rohen Stoffe, welche er verarbeitet. Könnte mithin der ganze Theil des Nationalvermögens, welcher dazu verwendet wird, als Tauschmittel zu dienen, er betrage ein Zehntheil oder ein Hunderttheil des jährlichen Products, anderweitig verwendet, und in Nahrungsmittel, Werkzeuge und zu verarbeitende rohe Stoffe verwandelt werden; so würden die productiven Kräfte des Landes einen eben so großen Zuwachs erhalten.

Erwägt man nun, daß das jährliche Product nicht nur dem ganzen reinen Einkommen des Landes, sondern außerdem noch dem gesammten Kapital gleich ist, mit alleiniger Ausnahme des verhältnißmäßig kleinen

Theils, welcher auf langdauernde Anlagen verwendet ist; so erkennt man leicht, welche ausgedehnte Erwerbung an Productionsmitteln durch eine Stellvertretung der edeln Metalle in ihrer Function als Tauschmittel gemacht werden muß.

Ueberdem ist Papier ein weit bequemeres Tauschmittel. Eine große Summe in Gold oder Silber ist ein lästiges Besitzthum; und bei Handelsgeschäften von einigem Umfange ist das wirkliche Zählen des Goldes und Silbers eine sehr unangenehme Arbeit. Vermittelst einer Banknote dagegen läßt sich die größte Summe mit derselben Leichtigkeit auszahlen, als die kleinste.

Eilfter Abschnitt.

Uebelstände, welche mit dem Gebrauche der Papiermünze verbunden sind.

Die mit dem Gebrauche der Papiermünze verbundenen Uebelstände scheinen sich unter drei Puncte zusammenfassen zu lassen:

1. Die Personen, welche Zettel ausgestellt haben, können außer Stand gerathen, ihre Verbindlichkeit zu erfüllen;

2. Die Zettel können verfälscht werden;

3. Das Schwanken des Kurswerthes derselben.

I.

Gegen die Gefahr: daß die Aussteller von Zetteln außer Stand gerathen, ihre Verbindlichkeit zu erfüllen, ist, bei sonst zweckmäßigen Einrichtungen, der höchste Grad von Sicherheit mehrfach vorhanden.

Findet hierbei eine freie Konkurrenz, und keine Beschränkung rücksichtlich der Zahl der

Theil=

Theilnehmer an einer Bank statt; so wird das Geschäft, Banken zu halten und Zettel auszustellen, ganz von selbst auf einen Fuß kommen, welcher den kursirenden Papieren eine große Sicherheit gewährt.

Eine Folge davon wird sein, daß die Zahl der Banken sich vervielfältigt, und keine derselben im Stande ist, mit ihren Zetteln mehr als einen gewissen District anzufüllen.

Bei einer größern Anzahl von Theilnehmern wird die Gefahr des Geschäfts für Jeden derselben unbedeutend. Dieser Umstand, die große Sicherheit des Gewinns, und die allgemein fühlbare Wichtigkeit eines guten Cirkulationsmittels werden hinreichende Bewegsgründe sein, um die Angesehensten und Reichsten unter den Einwohnern des Landes zu vermögen, Theilnehmer an der Bank ihrer Gegend zu werden, und auf diese Weise die Sicherheit des Publikums zu erhöhen.

Bei solcher Konkurrenz würde eine Bank von zweifelhaftem Kredit sich vergebens bemühen, ihre Zettel in Umlauf zu bringen. Die Sorge für den eigenen Nutzen erhält in dergleichen Fällen die Aufmerksamkeit wach genug; und wo Erziehung und Bildung nur leidliche Fortschritte gemacht haben, und die Presse frei ist, wird selbst der Unwissendste gehörig über den Kredit der verschiedenen Banken belehrt. Man kann dem Volke wohl zutrauen, daß es die Noten einer verdächtigen Bank nicht annehmen wird, wenn es solche haben kann, die das allgemeine Vertrauen genießen.

Einen andern großen Vortheil gewährt das Vorhandensein vieler Banken dadurch, daß jede derselben, unter dem Schutze der Freiheit und der Konkurrenz, ihre Wirksamkeit nur über einen beschränkten District erstrecken kann. Stellt eine dieser kleinen Banken ihre Zahlungen ein; so ist das dar-

aus entstehende Uebel beschränkt und trifft nur einen geringen Theil der Gesammtheit.

Da, wo viele Banken neben einander bestehen, haben sie ein Interesse, sich einander den Rang abzugewinnen; dieß bewirkt, daß jede derselben ihre Nebenbuhler aufs schärfste beobachtet, und bereit ist, deren bemerkte Schwächen sofort ans Licht zu bringen. Das Bewußtsein, jederzeit genau bewacht zu werden, bringt sodann bei allen die Bestrebung hervor, jeden Fehler, der dem Kredit einträglich sein könnte, auf das sorgfältigste zu vermeiden.

In Schottland befindet sich das Bankwesen beinahe in diesem wünschenswerthen Zustande, und lange, bevor die Bank von England ihre Baarzahlung einstellte, waren die Kanäle der Cirkulation mit Papiermünze reichlich angefüllt. Unter den zahlreichen Banken daselbst, welche Zettel ausgestellt haben, sind, ohnerachtet aller durch jene Ein-

stellung bewirkten Schwankungen des Münzwerthes, und ohneachtet aller durch diese Schwankungen hervorgebrachten Erschütterungen des Kredits, doch wenig Bankerotte ausgebrochen.

Dieß ist die Sicherheit, welche die Sorge für den eigenen Nutzen und die Einsichten der Einzelnen, ohne Mitwirkung des Gesetzgebers, gewähren. Von dem, was die Gesetzgebung zu diesem Zwecke thun kann, sind folgende beide Einrichtungen die, welche sich zuerst darbieten.

Es könnte jeder Bank vorgeschrieben werden, einem Bevollmächtigten der Regierung monatlich zwei Uebersichten vorzulegen; die eine, über den Betrag der von ihr in Umlauf gesetzten Zettel; die andere, über die Mittel, die ihr zu Gebote stehen, um den zu erwartenden Anforderungen Genüge zu leisten. Fände sich bei deren Zusammenstellung keine hinlängliche Sicherheit; so

müßte eine geeignete Behörde befugt sein, die zur Sicherstellung des Publikums erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Da unter günstigen Umständen mit der Ausstellung von Zetteln ein bedeutender Gewinn verbunden ist; so erscheint es wünschenswerth, daß dieser Gewinn dem Publikum zu Gute komme, sofern nicht größere Uebel damit verbunden sind. Es muß hierbei bemerkt werden, daß der Gewinn, welcher aus den Zinsen von den ausgegebenen Zetteln entspringt, ganz verschieden von demjenigen ist, welcher aus der Verwandlung eines kostbaren Tauschmittels in Werkzeuge der Production entsteht.

Das Ausstellen von Zetteln ist eines der wenigen Geschäfte, welche zweckmäßig durch die Regierung geleitet werden mögen. Das Verfahren dabei ist sehr gleichförmig, und läßt sich auf eine geringe Anzahl klarer und bestimmter Regeln zurückführen. Da das

Publikum in diesem Falle sein eigner Bankier sein will und seine Zahlungen an sich selbst nicht einstellen kann; so folgt, daß diejenigen Uebel möglicher Weise nicht eintreten können, welche entstehen, wenn Aussteller von Zetteln außer Stand gerathen, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Das Volk wäre es in diesem Falle, welches Mittel zur Erfüllung der Verbindlichkeiten hergäbe, und das Volk wäre es auch, welches diese Mittel empfinge. Die Nationalökonomie berücksichtigt den Mißbrauch, den das Volk von seinem eignen Vermögen macht, nicht. Bei Nationalbankerotten und in den Fällen, wo von der Regierung ausgestellte Papiere nicht bezahlt wurden — Fälle, die zum Nachtheil verschiedener Völker vorgekommen sind — wurde allemal die Menge zum Vortheil einiger Wenigen geplündert. Wenn aber das Volk, als ein Ganzes, eine Zahlung erhalten soll, zu welcher das Volk, als ein Gan=

zes, die Mittel zu liefern hat; so würde es widersinnig sein, von seinem Verluste durch einen Bankerott zu reden. *)

Die Wahrscheinlichkeit des Uebels, welches durch Nicht-Erfüllung der mit Ausstellung von Papiermünze übernommenen Verbindlichkeiten entstehen kann, läßt sich mithin so sehr vermindern, daß sich daraus kein gültiger Einwand gegen eine Maaßregel entnehmen läßt, deren Vortheile übrigens so groß und unbestreitbar sind. Dessen ohnerachtet ist von Mehreren behauptet worden, daß, wenn auch in Zeiten der Ruhe und Ordnung jene Wahrscheinlichkeit des Uebels durch die mit dem Gebrauche der Papiermünze verbundenen Vortheile überwogen würde, doch bürgerliche Kriege und feindliche Einfälle das Gegentheil herbeiführen müßten.

Bürgerkrieg und feindlicher Einfall sind Worte, welche unbestimmte Vorstellungen

---

*) Siehe Zusatz III. am Ende.

von Gefahr erzeugen; und letztere sind nur zu sehr geeignet, einen schädlichen Einfluß auf das Urtheil auszuüben.

Erstens kommen auf der hohen Stufe der Civilisation, auf der die jetzige Welt steht, in jedem Lande, das eine gute Regierung und eine ansehnliche Bevölkerung hat, bürgerliche Kriege und feindliche Einfälle so selten vor, daß bei Erforschung der Mittel, zur Beförderung der Glückseligkeit eines Volks, vernünftiger Weise nur wenig Rücksicht darauf braucht genommen zu werden. Eine Handlungsweise, welche zu allen Zeiten, außer denen eines Bürgerkriegs und feindlichen Einfalls, als unvortheilhaft erkannt wird, bloß deshalb anzunehmen, weil sie im Falle jener Ausnahmen gut und nützlich wäre, würde eben so widersinnig sein, als wenn man in der Heilkunde für Jedermann fortwährend dasjenige Verhalten vorschreiben wollte, welches einer heftigen Krankheit an-

gemessen ist. Sind die aus dem Gebrauche der Papiermünze entspringenden Vortheile zu allen Zeiten bewährt, ausgenommen bei bürgerlichen Kriegen und feindlichen Einfällen; so ist die Nützlichkeit der Papiermünze hinlänglich dargethan.

Um uns vor der Täuschung zu bewahren, welche unbestimmte Vorstellungen von Gefahren zu erzeugen geeignet sind, ist es zweckmäßig, zu untersuchen, welches eigentlich die Uebel sind, die in solchen seltenen und außerordentlichen Zeitläufen durch die Papiermünze hervorgebracht werden können.

Bürgerkriege oder Einfälle von feindlichen Heeren sind allemal von einer großen Zerrüttung des umlaufenden Tauschmittels begleitet, sobald letzteres in Gold oder Silber besteht. In solchen Zeiten findet eine allgemeine Neigung statt, große Vorräthe davon zurückzuhalten: ein beträchtlicher Theil des Tauschmittels wird daher der Cirkulation ent-

zogen, und die nachtheiligen Folgen eines Mangels an Münze werden sogleich fühlbar: die Preise der Dinge fallen; der Werth der Münze steigt; wer Waaren zu verkaufen und wer Schulden zu bezahlen hat, ist Verlusten ausgesetzt, und überall zeigt sich Noth und Elend.

Vor den Uebeln, die dieses Zurückhalten und Aufhäufen des Geldes im Kasten hervorbringt, wird die Gesellschaft durch den herrschenden Gebrauch von Papiermünze meistentheils gesichert. Und viele Gründe bringen uns zu dem Schluß, daß die Uebel, welche aus einer Verminderung des Kredits entspringen könnten, sehr wenig zu fürchten sind.

Ist das Papier von einer Regierung ausgestellt, welche das öffentliche Vertrauen zu erwerben gewußt hat; so wird ein feindlicher Einfall ein noch innigeres Anschließen des Volks an die Regierung bewirken und mithin

dem Kredit der von letzterer ausgestellten Zettel keinen Eintrag thun.

Auch die eingedrungene feindliche Macht hat, selbst in den von ihr in Besitz genommenen Landestheilen, kein Interesse, den Kredit jener Zettel zu zerstören, weil es ihr keinen Vortheil bringt, die productiven Kräfte dieses Landestheils zu vermindern.

Zuletzt wird Niemand verlieren. Denn selbst wenn der Umlauf der Zettel in den vom Feinde besetzten Landstrichen gehemmt wäre, würden sie doch in dem Augenblick, wo der Feind diese geräumt hätte, ihren vorigen Werth wieder erlangen.

Die Wirkung kann nicht sehr verschieden sein, wenn ein gutgeleitetes System von Privatbanken das Bedürfniß der Circulation befriedigt. Das Interesse aller Partheien wird erheischen, den Kredit des Cirkulationsmittels aufrecht zu erhalten. Es wird dem Interesse des Feindes angemessen sein, in

den von ihm besetzten Landestheilen denselben zu erhalten. Höchstens könnte er den Umlauf nur auf eine gewisse Zeit stören; denn nach seiner Vertreibung würden die Zettel wieder eingelöst werden, es sei nun durch die dazu verpflichteten Aussteller derselben, oder sofern diese durch den Krieg ihr Vermögen verloren hätten, vermittelst der Entschädigung, welche die Regierung bewilligen würde.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine wohlbegründete Papiermünze, selbst während eines bürgerlichen Kriegs, in bedeutenden Mißkredit gerathen sollte. Zu einer solchen Zeit ist das Land unter die feindlichen Partheien mehr oder weniger gleich vertheilt. Augenscheinlich ist es nicht das Interesse der Regierung, in dem ihr ergebenen Theile des Landes den Kredit der Papiermünze zu schwächen, letztere mag nun von ihr selbst oder von Privatbanken ausgestellt sein. Eben so

wenig ist es aber dem Nutzen der Gegenparthei angemessen, eine Maaßregel zu ergreifen, welche den Verkehr der von ihr beherrschten Landestheile, aus welchen sie doch alle Mittel zur Bekämpfung ihrer Gegner ziehen muß, in Unordnung bringen würde. Besteht das Cirkulationsmittel in Zetteln von Privatbanken, welche in demselben Landestheile liegen; so hat diese Parthei ein doppeltes Interesse, sie in Schutz zu nehmen. Sogar wenn jene Zettel von der Regierung ausgestellt wären, hätte die Gegenparthei ein Interesse, dieselben zu beschützen. Denn wem sonst würde sie durch eine entgegengesetzte Maaßregel Schaden zufügen, als den Inhabern der Zettel, also ihren eigenen Anhängern? Wessen Verkehr würde sie durch die Vernichtung des Cirkulationsmittels stören, als den ihres eigenen Volks, auf dessen Mittel und Anhänglichkeit ihr ganzes Dasein beruhet? Dadurch, daß sie die Papiere der Regierung in Schutz

nimmt, macht sie dieselben in der That zu ihren eigenen.

Die Erfahrung spricht für alle diese Schlüsse; denn es hat sich wiederholentlich gezeigt, daß die Gegenwart feindlicher Heere und selbst innere Unruhen nur wenig nachtheiligen Einfluß auf eine Papiermünze ausgeübt haben, deren Werth nur einigermaaßen gesichert war.

II.

Das Nachmachen der Zettel ist zwar bei einem so fehlerhaften Banksystem, als das, welches auf dem Dasein einer großen, monopolistischen Anstalt, wie die Bank von England, beruhet, ein sehr großer Uebelstand. Aber bei solchen Bankeinrichtungen, als wir oben geschildert haben, kann es nur von geringer Bedeutung sein. Wo eine große Bank das Bedürfniß der Cirkulation für einen ansehnlichen Theil des Landes versieht, findet sich Gelegenheit, einen großen Betrag fal-

scher Zettel in Umlauf zu setzen, und es sind also Bewegsgründe vorhanden, mit großer Gefahr große Kosten daran zu wagen. Versorgt aber jede Bank nur einen kleinen Distrikt; so kann auch nur eine kleine Summe falscher Zettel derselben in Umlauf gebracht werden. Findet überdieß der ersprießliche Grundsatz der Konkurrenz Anwendung; so befürchten die Banken, ihre eigenen Zettel in Mißkredit zu bringen und das Publikum von der Annahme derselben zurückzuschrecken, wenn sie die Einlösung der nachgemachten verweigern. Sie ziehen daher vor, diese stillschweigend zu bezahlen, und wenden alle Mittel an, um deren Vervielfältigung zu verhindern und die Urheber derselben zu entdecken. Auf diese Weise wird das Publikum vor Schaden bewahrt; und wenn die Banken einigen Verlust freiwillig übernehmen; so geschieht dieß nur, weil sie dafür entschädigt werden.

III.

Das letzte der drei Uebel, welche aus dem Gebrauche der Papiermünze entstehen können, ist das Schwanken des Kurswerthes derselben.

Dieses Schwanken wird aber allemal von der Regierung bewirkt und ist keine Eigenthümlichkeit der Papiermünze.

Wir haben schon gesehen, daß der Werth einer Metallmünze durch den Werth des Metalls, welches darin enthalten ist, bestimmt wird. Der Werth einer nach Belieben entweder gegen gemünztes Metall oder gegen Metall in Barren auszutauschenden Papiermünze wird daher ebenfalls durch den Werth des Metalls, welches man dafür erhalten kann, bestimmt. Der Grund davon liegt am Tage. Sollte das Papier irgend einmal unter den Werth des Metalls herabsinken; so würde Jedermann, der im Besitz einer Banknote, d. i. des weniger geltenden Guts, wäre, sich be-

beeilen, dafür das mehr Geltende, das Metall, zu fordern. Lautete das Versprechen, wie in England, für 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰ St. in Papier eine Unze Gold zu zahlen; so würde, sobald 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰ in Papier weniger Werth hätten, als eine Unze Gold, — dem gewöhnlichen Sprachgebrauche nach: sobald das Gold über den Münzpreis stiege, augenblicklich das Interesse der Besitzer von Banknoten sie bewegen, Gold dafür zu verlangen.

Unter solchen Umständen würde es aber dem Interesse der Aussteller der Zettel gemäß sein, den Werth der letztern durch Verminderung ihrer Menge zu heben. Wollten sie sich bemühen, die größere Menge im Umlauf zu erhalten; so würden sie ununterbrochen Zettel ausgeben und wieder realisiren müssen. Denn Jedermann, welcher dergleichen Zettel erhielte, fände es vortheilhaft, sie sogleich wieder gegen Gold umzuwechseln;

und bei jedem solchen Geschäft würde die Bank einen Verlust erleiden. Sie gäbe die Zettel nach dem Satze von 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰ aus, d. h. sie erhielte dafür einen Werth von 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰; wenn sie ihr aber zurückgebracht würden, und sie dieselben mit Golde einlösen müßte, sähe sie sich genöthigt, dafür einen höhern Werth als 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰ zu geben. Angenommen, das Gold wäre bis auf 4 Pf. St. für die Unze gestiegen; so würde die Bank bei Ausgabe ihrer Zettel einen Werth von 3 Pf. 17 Sch. 10½ ₰ erhalten, wenn sie dieselben einlöste, aber 4 Pf. bezahlen müssen, mithin den Unterschied zwischen beiden Summen verlieren.

Es ist also dem Interesse sowohl der Aussteller als der Inhaber der Zettel gemäß, den Werth der letztern nicht unter den des Metalls sinken zu lassen. Und augenscheinlich erfordert das Interesse der Aussteller von Zetteln

es nicht, deren Menge mehr zu vermindern, als eben nöthig ist, um sie in gleichem Werthe mit dem Metall zu erhalten; denn je mehr sie ausgeben, desto mehr gewinnen sie. Wäre keine Metallmünze im Umlauf; so könnten die Aussteller von Zetteln, wenn sie gleich der Menge derselben verminderten und dadurch deren Werth steigerten, dennoch hievon keinen Gewinn ziehen. Könnten sie z. B. bei Ausgabe ihrer Zettel mit 2 Pf. 10 Sch. derselben eine Unze Gold kaufen; so könnten sie dieses nachher auch nicht höher verkaufen.

Besteht das Umlaufsmittel in Metallmünze; so kann eine Regierung dieselbe nur dadurch reduciren, daß sie die Menge des darin enthaltenen edeln Metalls verringert; wollte man den Münzen ihren Gehalt lassen, und doch ihren Werth herabsetzen; so würde dieses nur ein Reiz zum Einschmelzen derselben sein, und sie würden unmittelbar, nachdem

sie ausgegeben, wieder verschwinden. Besteht das Umlaufsmittel in Papiermünze; so braucht die Regierung nur die Verbindlichkeit: die Zettel auf Verlangen der Inhaber gegen Metall einzulösen, aufzuheben, wenn die Menge derselben vermehrt und ihr Werth um einen gewissen Betrag vermindert werden soll.

Ausstellung einer Papiermünze ohne Verbindlichkeit zu deren Einlösung kann auf doppeltem Wege geschehen: entweder unmittelbar durch die Regierung, wenn dieselbe ihren Papieren einen gezwungenen Kurs giebt, ohne die Verpflichtung zu übernehmen, sie gegen Metall einzulösen; oder wenn eine große Anstalt, wie die Bank von England, die Ausstellung der Papiermünze bewerkstelligt hat, und deren Verpflichtung, die Zettel einzulösen, von der Regierung suspendirt wird.

Die Vermehrung der Menge, und die daraus folgende Verminderung des Werths des

Tauschmittels in irgend einem Lande, hat zweierlei Wirkung: erstens ein Steigen der Preise; zweitens einen Verlust für alle diejenigen Personen, welchen das Recht zustand, eine gewisse Summe Münze von dem alten unverminderten Werthe zu empfangen.

Unter dem Worte: **Preis**, verstehe ich jederzeit die Quantität Münze, welche im Tausche für eine Sache gegeben wird. Es ist augenscheinlich, daß eine Veränderung im Werthe der Münze den relativen Werth aller andern Dinge durchaus nicht ändert. Alle Waaren — Brod, Tuch, Schuhe, u. s. w. — steigen im Werthe, im Vergleich gegen Münze, aber keine von ihnen steigt im Werthe im Vergleich gegen einander.

Diese Veränderung der Preise ist an und für sich für Jedermann gleichgültig. Wer Waaren zu verkaufen hat, erhält nun zwar mehr Münze für dieselben; aber vermittelst dieser größern Summe kann er gerade nur

dieselbe Menge von Waaren kaufen, als früher mit der geringern Summe, die er damals erhielt. Wer Waaren kaufen will, muß mehr Münze für dieselben geben; aber er kann dieß thun, da er für diejenigen Waaren, welche er verkauft, in demselben Verhältniß mehr empfängt.

Was die zweite Wirkung einer Herabsetzung des Werths der Münze betrifft; so muß bemerkt werden, daß in civilisirten Ländern jederzeit eine gewisse Anzahl Verpflichtungen vorhanden sind, gewisse Summen Münze an bestimmte Personen zu zahlen; es sei nun auf einmal, wie die Kapitalschulden, oder nach und nach, wie Zinsen und Renten. Es ist ganz klar, daß derjenige, welcher vertragsmäßig 100 Pfund empfangen soll, einen Verlust erleidet, wenn die Münze an Werth verringert wird, und er doch ebenfalls nur 100 Pfund erhält.

Es ist eben so einleuchtend, daß der andere, welcher diese Summe zu bezahlen hat, dadurch soviel gewinnt, als jener verliert. Das umgekehrte Verhältniß findet statt, wenn die eintretende Veränderung in einer Erhöhung des Werths der Münze besteht. In diesem Falle verliert derjenige, welcher die Zahlung zu leisten, und gewinnt derjenige, welcher sie zu empfangen hat. Diese Verluste muß man für Uebel von sehr großem Gewicht halten, wenn menschliche Gefühle und menschliches Glück in Betracht kommen sollen; und es liegt in ihnen eine tiefe Verletzung derjenigen Regeln zur Bewahrung dieses Glücks, welche unter dem Begriffe der Gerechtigkeit enthalten sind. Indessen wird dadurch keine Zerstörung, also auch keine Verminderung des Nationalvermögens bewirkt.*)

*) Siehe Zusatz IV.

Hume setzt voraus, daß gewisse andere Wirkungen durch eine Vermehrung der Menge der Münze hervorgebracht werden. Beginnt eine solche Vermehrung, sagt er, so gehen mehr oder weniger Personen mit größern Summen auf den Markt. Die Folge davon ist, daß sie höhere Preise bieten. Die erhöheten Preise bewirken eine größere Thätigkeit und Betriebsamkeit der Producenten; und hievon ist eine Vermehrung der Production die Folge.

Diese Lehre beruhet aber auf einem Mangel an klaren Vorstellungen über die Production. Die Werkzeuge der Production sind die Güter selbst, und nicht ihr Preis; sie bestehen in den Nahrungsmitteln des Arbeiters, in den Geräthschaften und Maschinen, mit welchen er arbeitet, und in den rohen Stoffen, welche er bearbeitet. Die Vermehrung der Münze bewirkt aber keine

Vermehrung dieser Gegenstände; wie kann sie also eine Vermehrung der Production bewirken? Dieß beweist, daß der Schluß, zu welchem Hume gelangt, irrig ist. Es wird nützlich sein, auch die Falschheit seines Raisonnements zu zeigen.

Derjenige, der zuerst mit der größern Menge Münze auf den Markt geht, bewirkt entweder eine Erhöhung des Preises der Dinge, welche er kauft, oder er bewirkt sie nicht.

Steigert er die Preise nicht; so gewährt er auch der Produktion keine größere Aufmunterung. Man muß also annehmen, daß er die Preise steigert. Aber genau in demselben Verhältniß, in dem er die Preise steigert, drückt er den Werth der Münze nieder. Er bewirkt mithin keine größere Aufmunterung der Production.

Ein hartnäckiger Gegner möchte vielleicht sagen, daß derjenige, welcher zuerst mit einer größern Quantität Münze auf

den Markt kömmt, die Preise derjenigen Waaren steigert, die er unmittelbar kauft; daß die Producenten dieser Waaren also zu größerer Industrie aufgemuntert werden, weil die Preise anderer Waaren, namentlich aller derjenigen, welche sie zu kaufen Veranlassung haben, nicht gestiegen sind. Aber dieß ist nicht richtig. Der erste, welcher mit einer größern Quantität Münze auf den Markt kömmt, um die Waaren jener Producenten zu kaufen, steigert die Preise dieser Waaren. Und warum? weil er eine größere Quantität Münze auf den Markt brachte. Jene Producenten kommen nun auf den Markt, um eine andere Art Waaren zu kaufen, und zwar kommen sie mit einer größern Quantität Münze. Folglich steigern sie den Preis dieser Waaren. Und auf diese Weise verbreitet sich die Steigerung der Preise nach und nach. Alle Waaren, welche mit der größern Quantität

Münze noch nicht in Berührung gekommen sind, behalten ihren bisherigen Preis. Sobald es sich aber ereignet, daß eine größere Quantität Münze mit ihnen in Berührung kommt, findet augenblicklich eine verhältnißmäßige Steigerung des Preises statt.

Den ganzen Verkehr eines Landes kann man so betrachten, als wäre alles unter eine große Anzahl kleiner Märkte vertheilt, einer an diesem, der andere an jenem Orte befindlich, und einer für diese, der andere für jene Art Waaren bestimmt; und als wäre die Münze ebenfalls auf alle diese Märkte verhältnißmäßig vertheilt. Auf jeden derselben kommt, bei dem gewöhnlichen Stande der Dinge, einerseits eine gewisse Menge Waaren, andererseits eine gewisse Menge Münze; und beide werden gegen einander vertauscht. Sobald die Menge der Waaren einen Zuwachs erhält,

ohne daß zugleich eine Vergrößerung der Menge der Münze eintritt; so fallen die Preise, und zwar nothwendig genau in dem Verhältniß jenes Zuwachses. Auf den Fall, daß dieß noch nicht klar genug für eines Jeden Fassungskraft sein sollte, mag ein Beispiel die Sache vollends handgreiflich machen. Man nehme an, der Markt sei im höchsten Grade einfach: einerseits bloß mit Brodt, andererseits mit Münze versehen. Angenommen, daß gewöhnlich 100 Brodte auf der einen und 100 Schilling auf der andern Seite sich befänden; so würde der Preis des Brodtes 1 Schilling für das Stück betragen. Angenommen nun, daß die Menge der Brodte auf 200 vermehrt würde, während die Münze unverändert bliebe; so ist klar, daß der Preis des Brodtes auf die Hälfte, also bis zu einem halben Schilling für das Stück, heruntergehen muß. Man kann nicht einwen-

den, daß ein Theil des Brodtes unverkauft wieder weggebracht werden wird. Denn das, was unverkauft zurückgenommen wird, ist in Bezug auf den Markt ebenso zu betrachten, als wäre es gar nicht hingebracht. Niemand bestreitet diese Schlußfolge in ihrer Anwendung bei vermehrter Menge der Waaren. Ist es nicht augenscheinlich, daß sie ebenso richtig bei vermehrter Menge des andern Guts — des Geldes — angewendet werden kann? *)

Alle Folgen einer Aenderung des Werths des Geldes sind schädlich, gleichviel, derselbe mag erhöhet oder verringert werden. Es giebt indessen, in sofern diese Aenderung durch eine Handlung der Regierung bewirkt wird, keine Sicherheit dagegen, außer der einzigen, die man gegen die Mißgriffe der Regierung hat, nämlich: ihre Abhängigkeit vom

*) Siehe Zusatz V.

Volke. Wo die Zettel nach Belieben von Privatbanken ausgestellt werden, ist die Verpflichtung zu ihrer Einlösung gegen Metall, zu ihrer Sicherung nothwendig. Werden sie aber durch eine Regierung ausgestellt, die dem Volke streng verantwortlich ist; so dürfte jene Verpflichtung nicht so unabänderlich nothwendig sein; denn in diesem Falle würde der Nutzen davon, das Gold beständig bei dem Münzpreise zu erhalten, oder mit andern Worten: die Papiermünze bei demselben Werthe zu erhalten, als ob sie Metallmünze wäre, so deutlich eingesehen werden, daß die Machthaber es ihrem Interesse nicht angemessen finden würden, eine Aenderung darin zu gestatten.

Als wir oben von den Eigenthümlichkeiten handelten, welche die edeln Metalle zum Tauschmittel vorzüglich passend machen, haben wir schon gesehen, daß sie weniger als irgend eine andere Waare dem Schwan-

ken des Werthes ausgesetzt sind. Indessen sind sie doch nicht ganz frei von theils vorübergehenden, theils dauernden Veränderungen. Die letztern finden, nach den schon oben dargelegten Grundsätzen, nur in Folge einer Veränderung in den Beschaffungskosten derselben statt. Die größte Veränderung dieser Art, deren die Geschichte Erwähnung thut, fand vermöge der Entdeckung der amerikanischen Bergwerke statt, welche, mittelst derselben Menge Arbeit, eine größere Menge Metall lieferten. Die vorübergehenden Veränderungen ereignen sich, wie die vorübergehenden Veränderungen im Werthe anderer Waaren, in Folge einer Störung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Behufs der Unterhaltung von Truppen in fremden Ländern, oder der Subsidienzahlungen an fremde Regierungen, und anderer dergleichen Operationen wird bisweilen eine große Menge

Gold und Silber aufgekauft und außerhalb Landes gesandt. Dieß hebt den Preis, bis das Gleichgewicht durch Einfuhr wieder hergestellt ist. Der Gewinn, welcher bei letzterer zu machen ist, wirkt unmittelbar als Beweggrund, dasselbe wieder herzustellen. In der Zwischenzeit wird jedoch eine Papiermünze vortheilhaft sein, die nicht unmittelbar in Metall verwandelt werden kann. Ließe sie sich sogleich in Metall verwandeln; so würde Gold verlangt, das Papier vermindert, und der Werth der Münze gesteigert werden. Läßt sie sich aber nicht sogleich einlösen; so kann dadurch die Münze bei demselben, oder fast demselben Werthe erhalten werden, auf dem sie vorher stand. Dieß kann indessen nur selten geschehen, und das Mittel nur da mit Sicherheit angewendet werden, wo die ganze Cirkulation in Papiermünze bewerkstelligt wird, und die Regierung die Ausstellung der letztern in

ihrer

ihrer Hand hat. In diesem Falle wird die Stetigkeit der Menge der Münze, da diese vollkommen bekannt ist, ein hinreichendes Merkmal und Sicherungsmittel gewähren. Steigt der Preis des Goldes plötzlich über den Münzpreis, oder mit andern Worten: über den Nominalwerth der Zettel, ohne daß eine Veränderung in der Menge der Papiermünze statt gefunden; so ist die unveränderte Menge derselben ein hinlängliches Merkmal, daß dieses Steigen von einer plötzlichen Verminderung des Goldes herrührt, welches nach einiger Zeit wieder zurückkehren wird. Wäre unter solchen Umständen die Verpflichtung, den Werth des Papiers dem des Goldes gleich zu erhalten, eine Zeitlang suspendirt; so würde eine hinreichende Sicherung gegen eine bedeutende Veränderung des Werths des Umlaufsmittels in der Verpflichtung liegen, die Menge desselben unverändert zu erhalten;

denn während eines kurzen Zeitraums kann keine solche Verminderung oder Vermehrung des damit zu bestreitenden Verkehrs statt finden, daß dadurch eine wesentliche Veränderung nothwendig gemacht würde.*)

Zwölfter Abschnitt.

Der Werth der edeln Metalle bestimmt, ob ein Land ausführen oder einführen soll.

Metallmünze oder, um allgemeiner zu reden, die edeln Metalle sind, genau und ihrem Wesen nach betrachtet, nichts anderes, als diejenige Waare, welche von Einzelnen und von Völkern am häufigsten gekauft und verkauft wird.

In der gewöhnlichen Sprache wird unmittelbar anerkannt, daß solche Waaren al=

*) Siehe Zusatz VI.

lein ausgeführt werden können, welche in dem Lande, aus welchem sie kommen, wohlfeiler sind, als in dem, nach welchem sie geschickt werden; und daß solche Waaren allein eingeführt werden können, welche in dem Lande, in welches sie gebracht werden, theurer sind, als in dem Lande, aus welchem sie kommen.

Demzufolge wird also z B. Gold aus England ausgeführt werden, wenn es daselbst wohlfeiler ist, als anderswo. Im Gegentheile wird Gold nach England eingeführt werden, wenn es daselbst theurer ist, als in andern Ländern.

Aber schon aus der vollständigen Bedeutung der Worte ergiebt sich, daß in dem Lande, wo Gold wohlfeil ist, andere Waaren theuer sein müssen. Gold ist wohlfeil, wenn eine größere Quantität desselben erforderlich ist, um Waaren zu kaufen; und Waaren sind eben deswegen theuer, nämlich

weil eine größere Quantität Gold erforderlich ist, um sie zu kaufen. Ist also der Werth des Goldes in England niedrig; so wird Gold aus England ausgeführt werden, dem Grundsatze gemäß, daß alle Waaren, welche Freiheit haben, einen Markt zu suchen, von da, wo sie wohlfeil sind, weg=, und dahin gehen, wo sie theurer sind. Aber da die Thatsache, daß Gold wohlfeil ist, die entsprechende und unzertrennliche Thatsache, daß zu gleicher Zeit andere Waaren theuer sind, nothwendig in sich schließt; so folgt, daß, wenn Gold ausgeführt wird, weniger andere Waaren ausgeführt werden können; daß gar keine Waaren ausgeführt werden können, sobald der Werth des Goldes so niedrig ist, daß der Preis aller Dinge den Preis derselben in andern Ländern übersteigt; daß nur eine mindere Quantität ausgeführt werden kann, wenn der Werth des Goldes auf einer Stufe steht, welche den Preis ei=

niger Waaren über den Preis derselben in andern Ländern steigert.

Es ist also einleuchtend, daß ein Land nur dann andere Waaren, als edle Metalle, ausführen kann, wenn der Werth der edeln Metalle hoch ist. Es ist gleichfalls einleuchtend, daß es nur dann einführen kann, wenn der Werth der edeln Metalle niedrig ist. Die Vermehrung der Menge der edeln Metalle wirkt also, indem sie den Werth derselben verringert, dahin, die Fähigkeit eines Landes, andere Waaren auszuführen, nach und nach zu verringern, und am Ende zu vernichten; die Verminderung der Menge der edeln Metalle vermehrt ihren Werth, und auf gleiche Weise die Möglichkeit, andere Waaren auszuführen, mithin in einem freien Zustande der Dinge auch wirklich die Menge der ausgeführten Waaren.

Dreizehnter Abschnitt.

Der Werth der edeln Metalle oder des Tauschmittels, durch welchen die Ausfuhr bestimmt wird, ist nicht in allen Ländern derselbe.

Wenn wir vom Werthe der edeln Metalle reden; so verstehen wir darunter die Quantität anderer Dinge, welche man dagegen eintauschen kann.

Es ist aber bekannt genug, daß der Werth der Münze, d. h. die Quantität Waaren, welche man vermittelst derselben einkaufen kann, nicht nur in verschiedenen Ländern, sondern selbst in verschiedenen Theilen eines und desselben Landes von einander abweicht.

In einigen der entlegenern Theile Englands, in Wales z. B., hat Münze einen höhern Werth, als in London; in der gewöhnlichen

Sprache sagt man, es sei dort wohlfeiler zu leben; mit andern Worten: man kann dieselben Waaren dort mit einer geringern Quantität Münze kaufen; und dieser Zustand der Dinge ist dauernd, da kein Streben der Münze statt findet, von London, wo ihr Werth niedrig ist, wegzugehen, um in Wales, wo der Werth der Münze hoch ist, deren Menge zu vermehren. Diese Erscheinung bedarf einer Erläuterung.

Die Sache läuft darauf hinaus, daß ein solcher Unterschied da, wo er dauernd statt findet und kein Streben des Metalls ihn auszugleichen hervorbringt, in Transportkosten besteht. Getraide, Fleisch und andere in Wales erzeugte Dinge sind dort wohlfeiler, als in London, weil letzteres aus entfernten Gegenden versorgt, mithin der ursprüngliche Preis jener Dinge durch die Kosten der Herbeischaffung erhöhet wird. Sind aber aus diesem Grunde einige Gegenstände

in Wales wohlfeiler, als in London; so giebt es dagegen andere, welche in London wohlfeiler sind, als in Wales. Dahin gehören alle solche Waaren, die entweder in London fabricirt oder aus dem Auslande nach London gebracht werden. Ebenso wie Getraide und andere Gegenstände, die von Wales nach London kommen, durch die Kosten des Transports vertheuert werden; ebenso müssen auch diejenigen Waaren, welche von London nach Wales gesandt werden, in Wales um den ganzen Betrag der zu ihrer Herbeiführung aufgewendeten Kosten theurer sein, als in London. Die Wahrheit ist daher, daß in Wales einige Dinge wohlfeiler, andere theurer sind, als in London; aber die, welche wohlfeiler sind, sind Gegenstände von vorzüglicher Wichtigkeit; sie machen die eigentlichen Bedürfnisse des Lebens aus, diejenigen Artikel, deren Verbrauch den beträchtlichsten Theil der Ausgaben eines Jeden verursacht. Was

noch mehr ist, es sind diese Artikel, deren Münzwerth den Münzwerth der Arbeit bestimmt; und deshalb wird jede Verrichtung dort wohlfeiler, als in London, erlangt. Und endlich verursacht der Transport der Waaren von großem Umfange, welche Wales erzeugt, im Verhältnisse zu ihrem Werthe weit größere Kosten, als der Transport der feinen Waaren, welche von London nach Wales gebracht werden. Hierdurch wird der Preis der gröbern Waaren in London in ungleich größerm Verhältnisse über den Preis derselben in Wales erhöhet, als der Preis der feinen Waaren in Wales über deren Preis in London. Das Leben ist also nur deshalb theurer in London, als in Wales, weil die Einwohner von London mehr für Transportkosten bezahlen müssen. Stiege der Werth des Metalls in Wales auch nur um eine Kleinigkeit mehr, als dieser Maaßstab angiebt; so würde die Aussicht auf einen diesem Unter-

schiede entsprechenden Gewinn augenblicklich einen Bewegsgrund abgeben, Metall nach Wales zu senden.

Was wir so eben von zwei Gegenden desselben Landes gesagt haben, wollen wir nun auf zwei verschiedene Länder anwenden. Das Leben kostet mehr, mit andern Worten: der Werth der edeln Metalle ist niedriger in England, als in Pohlen. Auch hier erklärt sich der ganze Unterschied aus den Transportkosten. Man setze voraus, daß England einen beträchtlichen Theil seines Getraidebedarfs aus Pohlen beziehe, und diesem dagegen alle oder den größten Theil seiner feinen Manufacturwaaren zusende; so ist einleuchtend, daß Getraide in England, Manufacturwaaren aber in Pohlen theurer sein müssen. Es ist leicht zu begreifen, daß aus denselben Gründen, aus welchen, wie wir oben gezeigt haben, Münze in Wales mehr gilt, als in London, auch im vorliegenden Falle Münze

in Pohlen mehr gelten muß, als in England; mit andern Worten: der Werth des Goldes wird in Pohlen gerade um soviel höher, wie in England, sein, als die mehreren Transportkosten betragen, welche England zu bezahlen hat. In dem Augenblicke, wo es diesen Werth überstiege, würde ein Gewinn zu machen sein, wenn man es nach England sendete.

Vierzehnter Abschnitt.

Art und Weise, wie die edeln Metalle, oder das Tauschmittel, sich unter die Völker der Erde vertheilt.

In dem Bergwerkslande, von wo aus das Gold sich über die andern Theile der Welt verbreitet, ist dasselbe verhältnißmäßig in Ueberfluß vorhanden. Da eine fortwäh-

rende Vermehrung der bereits vorhandenen Menge statt findet; so hat das Gold dieses Landes ein beständiges Streben, im relativen Werthe zu fallen; mit andern Worten: alle andern Dinge haben ein beständiges Streben, im Preise zu steigen. Sobald nun der Preis irgend einer Waare hinlänglich gestiegen ist, um deren Einfuhr möglich zu machen; so wird sie aus demjenigen Lande gebracht, welches sie, mit Einschluß der Gewinnungs- und der Herbeischaffungskosten, am wohlfeilsten zu liefern vermag. Zur Bezahlung derselben wird Gold außer Landes geschickt.

Vermöge dieser Einfuhr von Gold in jenes zweite Land entsteht daselbst ein verhältnißmäßiger Ueberfluß daran, und die Preise steigen. Irgend eine oder mehrere Waaren werden dort zuletzt so theuer, daß sie mit Vortheil aus einem andern Lande eingeführt werden können. Und nun gehen, wie in dem ersten Falle, Waaren ein und

Gold aus. Es ist unnöthig, den Gang der Sache noch weiter zu beschreiben. Auf solche Weise verbreitet sich das Gold von Lande zu Lande durch die ganze zusammenhängende Handelswelt.

In einem frühern Abschnitte (dem vierten dieses Kapitels) haben wir gesehen, daß es dem Interesse zweier Völker angemessen ist, zwei Arten von Waaren gegen einander auszutauschen, so oft die relativen Productionskosten derselben in beiden Ländern verschieden sind. Wenn z. B. vier Quarter Getraide und zwanzig Yards Tuch jedes gleichviel Arbeit in England, aber nicht gleichviel in Pohlen kosten; so wird es für beide Länder vortheilhaft sein, daß das Eine Getraide, das Andere Tuch producire, und dann beide diese Producte gegen einander austauschen.

Man nehme an, vier Quarter Getraide und zwanzig Yards Tuch erforderten in Eng-

land gleichviel Arbeit; in Pohlen aber wäre zu zwanzig Yards Tuch doppelt soviel Arbeit erforderlich, als zu vier Quarter Getraide. Unter diesen Umständen würde Tuch im Vergleich gegen Getraide in Pohlen doppelt so theuer sein, als in England; mit andern Worten: vier Quarter Getraide, welche in England eben soviel werth wären, als zwanzig Yards Tuch, würden in Pohlen keinen größern Werth haben, als zehn Yards. Sendete Pohlen daher Getraide nach England; so würde dieselbe Quantität Arbeit, welche in Pohlen vier Quarter oder zehn Yards Tuch hervorbrächte, in England zwanzig Yards kaufen. Und ebenso würden, wenn England Tuch nach Pohlen sendete, mit der Quantität Arbeit, welche zwanzig Yards Tuch producirte, nicht nur vier Quarter Getraide, welche sie zu Hause hätte produciren können, sondern das Doppelte davon, nämlich acht Quarter, erlangt werden.

Auf solche Weise würde das Interesse auf Entstehung eines Verkehrs mit Waaren zwischen zwei Ländern, bloß im Wege des Tausches und ohne Gebrauch von Münze, hinwirken. Wir haben vorausgesetzt, daß in Pohlen der Zustand der Dinge so wäre: daß, wenn es seinen Bedarf an Getraide und Tuch selbst hervorbrächte, vier Quarter Getraide denselben Werth wie zehn Yards Tuch hätten. Fände also dort der Gebrauch der Münze statt; so müßten vier Quarter Getraide und zehn Yards Tuch gleichen Preis haben. In England hätten nach der Voraussetzung vier Quarter Getraide denselben Preis, wie zwanzig Yards Tuch. Nun lassen sich zwei Fälle denken: entweder der Preis der einen Waare, z. B. des Getraides, ist in beiden Ländern gleich, oder er ist nicht gleich. Die Erläuterung eines dieser Fälle wird für beide hinreichend sein. Wir wollen also annehmen, der Preis des Getraides

wäre in beiden Ländern derselbe. Ist dieß der Fall; so muß der Preis eines Yards Tuch in Pohlen doppelt so hoch sein, als in England. Es ist leicht zu ersehen, was unter solchen Umständen geschehen wird: das Tuch wird aus England, wo es wohlfeil ist, nach Pohlen gehen, wo es theuer ist, und dort muß es für Gold verkauft werden, weil dagegen kein Getraide in England eingeführt werden kann, indem nach der Voraussetzung das Getraide in England nicht theurer ist, als in Pohlen.

Auf diese Weise geht also, vermittelst dieser Einfuhr des englischen Tuchs in Pohlen, das Gold aus Pohlen weg nach England. Die Folge davon ist, daß das Gold in England häufiger wird, in Pohlen aber abnimmt. Aus dieser ersten Folge entspringt eine zweite: daß die Preise nach und nach in England steigen, in Pohlen fallen. Der Preis des Getraides z. B. und zugleich mit

diesem

diesem der Preis des Tuches steigt in England, und fällt in Pohlen. Wenn zu der Zeit, wo nach unserer Voraussetzung der Verkehr beginnt, der Preis des Getraides in jedem der beiden Länder ein Pfund für den Quarter, und also der Preis des Tuches in Pohlen zwei, in England ein Schilling für ein Yard ist; so wird der vorausgesetzte Tausch des Tuchs gegen Gold nach und nach den Preis des Quarters Getraide in England über ein Pfund erhöhen, in Pohlen aber unter ein Pfund herabdrücken; und ebenso in England den Preis des Tuchs über einen Schilling für ein Yard steigern, in Pohlen aber unter zwei Schilling für ein Yard herabdrücken. Auf solche Weise entfernt sich der Preis des Getraides in beiden Ländern nach und nach von der früheren Gleichheit, und der Preis des Tuchs nähert sich dagegen der Gleichheit. Zu einem gewissen Zeitpuncte dieser allmähligen Veränderung wird das Ge-

traide so theuer in England und so wohlfeil in Pohlen, daß der Unterschied des Preises die Transportkosten überschreitet. Augenblicklich entsteht ein Bewegsgrund, Getraide in England einzuführen, und die Preise reguliren sich nach und nach in der Art, daß das Getraide in England um soviel theurer wie in Pohlen, und das Tuch in Pohlen um soviel theurer wie in England ist, als die Transportkosten beziehungsweise des Getraides und des Tuchs von dem einen Lande zum andern betragen. Alsdann gleichen der Werth des Tuchs, welches in das eine, und der Werth des Getraides, welches in das andere Land eingeführt wird, sich mit einander aus; so daß der Tausch gleich ist, und das Gold aufhört, aus einem Lande nach dem andern zu gehen.

Aus der Betrachtung eben dieser Umstände ergiebt sich ferner, daß in dem Austausche der Waaren zwischen beiden Ländern

keine Veränderung statt finden kann, die nicht von einer neuen Vertheilung der edeln Metalle, d. h. von einem Wechsel in den bezüglichen Quantitäten, welche sie vorher davon besaßen, begleitet wäre.

Gesetzt, es würde in England irgend eine neue Waare verfertigt, welche Pohlen zu haben wünschte. Eine gewisse Menge derselben wird daselbst eingeführt, kann aber nur mit Golde bezahlt werden, indem wir vorausgesetzt haben, daß zu dieser Zeit die gegenseitig eingeführten Waaren, Getraide und Tuch, sich gerade einander kompensiren. In diesem Falle werden nun ebenso, wie in dem vorher erläuterten, die Preise der Waaren bald anfangen, in England zu steigen und in Pohlen zu fallen. In dem Verhältnisse dieses Steigens und Fallens entsteht ein Bewegungsgrund, eine größere Menge pohlnischer Waaren in England und eine kleinere Menge englischer Waaren in Pohlen einzu-

führen. Und so wird am Ende das Gleichgewicht wieder hergestellt.

Funfzehnter Abschnitt.

Münzverkehr zwischen den Völkern. — Wechselbriefe.

Die Münzen der verschiedenen Länder sind verschieden, d. h. sie haben verschiedenen Gehalt an edeln Metallen und verschiedene Benennungen. Das Pfund Sterling z. B. ist die Münze von England, der Thaler die Münze gewisser anderer Länder; das Pfund Sterling enthält eine gewisse Menge edeln Metalls, der Thaler enthält eine geringere Quantität desselben, und so giebt es andere Abweichungen.

Die Käufe, welche ein Land in einem andern Lande macht, werden, wie andere Käufe, für Münze gemacht. Kauft z. B.

der holländische Kaufmann Waaren in England; so kauft er sie für so und so viele Pfunde Sterling. Kauft der englische Kaufmann Waaren in Holland; so kauft er sie für so und so viele Gulden. Um das Pfund Sterling zu bezahlen, muß der Holländer entweder englische Münze oder ein Aequivalent dafür senden. Das unmittelbare Aequivalent derselben ist eine Quantität edeln Metalls, welche dem, was in dem schuldigen Pfunde Sterling enthalten ist, entspricht. Hat der holländische Kaufmann kein anderes Zahlungsmittel, als Gulden; so muß er so viele Gulden übersenden, als nöthig ist, um jene Quantität edeln Metalls zu erfüllen.

Als die jetzt unter den europäischen Kaufleuten übliche Kunstsprache aufkam, berechnete man, welche Quantität der einen Münzsorte soviel edeln Metalls enthielte, als eine gegebene Quantität einer andern Münzsorte. Dieß nannte man das Wechsel-Pari. Der Gul-

den enthielt nicht ganz soviel Metall, als zwei englische Schillinge; der Vereinfachung der Sprache wegen wollen wir annehmen, daß er gerade soviel enthalten habe. Das Pari war dann zehn Gulden für ein Pfund Sterling, oder in der abgekürzten Kunstsprache der Kaufleute: zehn.

Indessen werden die Handelsgeschäfte zwischen den verschiedenen Ländern nicht durch Uebersendung von Münze oder Metall betrieben, sondern bei weitem dem größten Theile nach vermittelst der Wechselbriefe. Die Ausdrücke, welche die Kaufleute zur Bezeichnung der Wechselgeschäfte eingeführt haben, sind sehr elliptisch und abgekürzt; und da sie in mehrerer Beziehung nicht gut gewählt sind; so ist diese Kunstsprache eine Quelle von Undeutlichkeiten und Mißverständnissen.

Der einfache Gang des Geschäfts ist folgender: Der Kaufmann in London, dem ein Kaufmann in Amsterdam eine gewisse

Summe Münze schuldig ist, schreibt diesem einen Zettel, in welchem er ihm aufträgt, jene Summe zu zahlen. Das Schreiben dieses Zettels nennt man: ziehen; den Zettel selbst: einen Wechsel; und von dem Kaufmann in Amsterdam, an welchen der Zettel gerichtet ist, sagt man: es sei auf ihn gezogen. Hat der Kaufmann in London zu derselben Zeit, wo er Münze in Amsterdam zu empfangen hat, auch Münze in Amsterdam zu bezahlen; so zieht er seinen Wechsel auf seinen Schuldner in Amsterdam, und stellt ihn auf die Ordre seines Gläubigers; oder mit andern Worten: der Zettel, welchen er an den Kaufmann in Amsterdam, der ihm schuldig ist, schreibt, trägt diesem auf, den Betrag jener Schuld an den andern Kaufmann zu zahlen, welchem er, der Londoner, schuldig ist. Ist die zu empfangende Summe der zu zahlenden gleich; so tilgt der Wechsel die Schuld; ist die erstere aber geringer; so

tilgt er die letztere nur bis zum Betrage der ersteren, und der Unterschied bildet die Bilanz oder das Saldo.

Im Laufe der Geschäfte ereignet es sich, daß die Personen, welche Güter aus Holland z. B. einführen, nicht dieselben sind, welche Güter dahin ausführen. Eine Klasse von Kaufleuten führt Getraide, oder Butter, oder Talg von Holland ein; eine andere Klasse führt baumwollene Zeuge und kurze Waaren nach Holland aus. Diejenigen Personen also, welche in Holland Münze zu erheben haben, haben gar keine Zahlungen dort zu leisten; sie liquidiren ihre Forderung, und erwarten, daß man ihnen dieselbe bezahle. Indessen giebt es andere Personen, welche in Holland Schulden zu bezahlen haben, und welche, um die Kosten des Hinsendens der Münze zu ersparen, von den Kaufleuten, die Münze in Holland zu empfangen haben, Anweisungen auf deren Schuldner, d. h. auf

letztere gezogene Wechsel zu jenem Betrage, zu erhalten wünschen. Die englischen Kaufleute, welche Waaren ausführen und daher Münze in Holland zu empfangen haben, ziehen also Wechsel auf ihre holländischen Korrespondenten; und ohne daß sie nöthig haben, die Hersendung der ihnen gebührenden Summe abzuwarten, erhalten sie den Betrag in England von den englischen Kaufleuten, welche Waaren aus Holland einführen.

Es giebt mithin zwei Klassen von Personen in England: solche, die Münze von Holland zu empfangen, und solche, die Münze nach Holland zu senden haben. Diejenigen, welche Münze hinsenden müssen, suchen Personen, welche dort Münze zu empfangen und Wechsel zu ziehen haben; und auf der andern Seite suchen diejenigen, welche Wechsel zu ziehen und Münze zu empfangen haben, solche Personen, die in Holland Zahlungen machen müssen, und also bereit sind,

ihnen sogleich Münze zu geben, und sie dadurch der Verzögerung, welche aus der Uebersendung des Betrags von Holland aus entstehen würde, zu überheben. Indessen wissen diese beiden Klassen von Personen nicht immer einander zu finden. Diesem Umstande verdanken gewisse Unterhändler, die Wechselmäkler, ihr Dasein, welche jene beiden Klassen zusammenbringen oder vielmehr als Mittelspersonen zwischen ihnen dienen.

Ist nun der Betrag, über den Wechsel gezogen, eben so groß, als der, über welchen Wechsel gesucht werden; mit andern Worten: sind die, welche außerhalb Münze zu empfangen, denen gleich, welche Münze zu zahlen haben; so ist der Betrag der zu kaufenden Wechsel dem Betrage der zu verkaufenden vollkommen gleich; Jedermann, der einen Wechsel auf Holland zu kaufen wünscht, findet Jemanden, der einen solchen zu verkaufen wünscht. Es wird also weder eine Prä-

wie auf der einen, noch ein Diskont auf der andern Seite statt finden; der Wechselkurs steht mithin, nach der Kaufmannssprache, auf Pari.

Ereignet es sich jedoch, daß die Schulden und die Forderungen nicht gleich sind; daß England z. B. mehr Münze zu bezahlen als zu empfangen hat; oder mit andern Worten: daß der Betrag der Einfuhr größer gewesen, als der der Ausfuhr; so sind mehr Personen vorhanden, welche Wechsel auf Holland zu kaufen, als solche, die dergleichen zu verkaufen wünschen. Wer keinen Wechsel erhalten kann, vermittelst deren er seine Schuld in Holland tilgen könnte, muß Metall dahin senden. Dieß ist jedoch nicht ohne bedeutende Kosten zu bewerkstelligen. Es entsteht daher eine Konkurrenz unter den Käufern der Wechsel, und man bezahlt für letztere etwas mehr, als sie werth sind. Ein Wechsel auf Holland, z. B. von 10000 Gulden (welche

Summe nach der Voraussetzung 1000 Pf. St. gleich ist) wird für etwas mehr als 1000 Pfund gekauft werden. In diesem Falle sagt man, der Wechselkurs sei zu Gunsten Holland's und gegen England. Er ist gegen England, weil in Holland, wenn dort Wechsel auf England gezogen sind, sich mehr Personen finden, welche Wechsel zu verkaufen, als solche, die deren zu kaufen Veranlassung haben. Es entsteht mithin eine Konkurrenz unter denen, die zu verkaufen wünschen, und die Preise fallen. Ein Wechsel auf England von 1000 Pfund wird, anstatt für 10000 Gulden, für eine etwas mindere Summe verkauft. Dieß muß natürlich die holländischen Kaufleute, welche Güter nach England ausführen, muthlos machen. Dieselbe Wirkung wird es auf diejenigen englischen Kaufleute äußern, welche Güter aus Holland einführen, indem sie, anstatt der 10000 Gulden, welche ihre Waaren geko-

stet haben, für den Wechsel, mit dem sie ihre Schuld tilgen, noch etwas mehr, als 1000 Pfund oder 10000 Gulden bezahlen müssen. Auf der andern Seite ist es eine Aufmunterung für die englischen Kaufleute, welche Güter nach Holland ausführen, in sofern sie für einen Wechsel auf Holland von 10000 Gulden etwas mehr, als 1000 Pfd., welches der Werth ihrer Waaren ist, erhalten; durch diesen größern Gewinn werden sie angeregt, ihren Verkehr zu vergrößern.

Es ist leicht zu ermessen, wo dieses Schwanken im Preise der Wechsel, in der Kaufmannssprache Kurs genannt, seine Gränzen finden muß. Die Veranlassung, einen Wechsel zu kaufen, liegt in der Verpflichtung, eine Schuld zu bezahlen. Indessen kann der Kaufmann, dem die Bezahlung einer Schuld in Holland obliegt, dieser Verbindlichkeit auch ohne Wechsel nachkommen, indem er Metall dahin sendet. Diese

Hinsendung ist mit gewissen Kosten verbunden. Kann er einen Wechsel erhalten, ohne mehr, als den Betrag dieser Kosten aufzuwenden, so kauft er ihn. Der Betrag jener Kosten ist daher das Maximum der Prämie, welche er für einen Wechsel bezahlen wird, und also die Gränze, bis zu welcher der Preis des Wechsels steigen kann. Da die Versendungskosten edler Metalle, welche bei großem Werthe geringen Umfang haben, niemals sehr bedeutend sein können; so kann auch der Wechselskurs vom Pari nie sehr bedeutend abweichen.

Es ist im Handel bekannt genug, auf welche Weise, vermittelst der Wechselbriefe, die Bilanz des einen Landes auf ein anderes übergetragen wird.

Wenn England ein Saldo an Holland, und Hamburg ein solches an England zu zahlen hat; so wird der Amsterdammer Inhaber eines Wechsels von 1000 Pf. auf Eng-

land, denselben wahrscheinlich nicht nach England senden, wo er nur 1000 Pf. dafür erhalten würde, sondern nach Hamburg, wo er etwas mehr dafür erhält. England tilgt auf diese Weise seine Schuld an Holland durch seine Forderung an Hamburg. Die englischen Kaufleute, welche Waaren aus Holland eingeführt haben, bezahlen die eingeführten Güter, indem sie den Kaufleuten, welche Waaren nach Hamburg ausgeführt haben, die Güter, welche diese ausgeführt haben, bezahlen.

Dieß ist der Verkehr zwischen Land und Land, vermittelst der Wechselbriefe, und dieß die Sprache, mit welcher er bezeichnet wird. Dieser Verkehr kann unter zweifachen Umständen statt finden: Erstens, wenn die Münze beider Länder dieselbe geblieben ist, die sie zu der Zeit war, als das Wechselpari ursprünglich berechnet wurde; wo z. B. 10 holländische Gulden eben soviel edles Metall

enthielten, als ein Pfund Sterling, mithin das Pari auf 10 stand. Zweitens: wenn der relative Werth der beiden Münzen nicht derselbe geblieben ist; wie z. B. wenn ein Pfd., anstatt 10 Gulden gleich zu sein, nun soviel ist, als 12 oder nur als 8 Gulden.

Setzen wir voraus, daß die in einem Pfunde Sterling enthaltene Menge edeln Metalls dergestalt vermindert sei, daß sie nicht mehr betrage, als was in 8 Gulden enthalten ist; so wäre das Pari in der Wirklichkeit 8, und nicht 10. Indessen haben die Kaufleute seit der Zeit, wo das Pari ursprünglich berechnet zu sein scheint, ihre Terminologie nicht geändert. War das Pari zwischen dem Gulden und dem Pfunde Sterling 10; so wurde es auch immerfort zu 10 angegeben, wenn gleich der relative Werth dieser Münzen sich geändert hatte; obgleich das Pfund Sterling, z. B. anstatt, wie früher, 10 Gulden gleich zu sein, nur noch so-

viel werth war, als 8 Gulden. Dessen ohnerachtet wurde der Werth eines Wechsels in Gemäßheit des wahren Werths der Münzen regulirt; ein Wechsel von so und soviel Pfunden Sterling galt nicht soviel, als ein Wechsel von eben soviel Mal 10 Gulden, sondern nur als einer von eben soviel Mal 8 Gulden. Da das Pari dessen ohnerachtet noch immer zu 10 angegeben wurde, obgleich es nur 8 betrug; so sagte man, der Kurs sei gegen England in dem Verhältniß von 10 zu 8 oder von 20 Prozent. Das Ungünstige dieser 20 Prozent ist indessen bloß nominal. Denn wenn von den englischen Wechseln 20 Prozent abgezogen wurden; so war der Kurs in der Wirklichkeit al pari. Diese Terminologie ist daher unpassend und täuschend. Wenn man indessen unter solchen Umständen im Sinne behält, daß 20 Prozent gegen England soviel heißt, als Pari; so ist leicht einzusehen, daß alles, was wir im Vorher-

gehenden als wahr, in Bezug auf das Pari, dargethan haben, in diesem Falle wahr sein wird, mit Berücksichtigung dieser Abweichung von 20 Prozent. Jede Ursache, die den Kurs nach der richtigen Sprache über Pari erhebt, macht ihn nach der gebräuchlichen unrichtigen Sprache eben soviel geringer, als 20 Prozent. Jede Ursache, welche ihn nach der richtigen Sprache unter Pari sinken macht, macht ihn nach der unrichtigen soviel höher, als 20 Prozent. Alle Wirkungen, welche in dem einen Falle daraus folgen, was das Steigen über oder Sinken unter Pari genannt wurde, folgen in dem andern Falle aus denselben Ereignissen, welche aber hier anders genannt werden. Ich habe daher nicht nöthig, mich hierüber weiter auszubreiten.

Ist die Münze in beiden Ländern Metallmünze; so kann eine Veränderung in ihrem relativen Werthe nur durch eine Verände-

rung in der relativen Metallmenge, welche sie enthalten, herbeigeführt werden; indem, wie wir schon gesehen haben, einer beträchtlichen Abweichung des Werths einer Metallmünze von dem Werthe des darin enthaltenen Metalls gewisse Hindernisse entgegenstehen. Indessen giebt es noch einen andern Fall, nämlich den, wo eine Papiermünze vorhanden ist, welche nicht willkührlich gegen Metall umgetauscht werden kann. Dieser muß für sich betrachtet werden.

Nehmen wir unsere frühere Voraussetzung wieder an, daß das Pfund Sterling soviel edles Metall enthalte, als 10 Gulden; und setzen wir voraus, daß in England eine Papiermünze, welche nicht nach Belieben gegen Metall umgetauscht werden kann, in solcher Menge ausgegeben worden sei, daß ein Pfund dieser Münze 20 Prozent unter den Werth des in einem Pfunde Sterling enthaltenen Metalls gesunken ist; so wird man

leicht einsehen, daß in diesem Falle ein Wechsel von 100 Pf. genau soviel werth ist, als ein Wechsel von 100 Pf. St. werth sein würde, wenn die Münze um 20 Prozent an ihrem Metallgehalt verringert wäre. In beiden Fällen ist ein Wechsel von 100 Pf. nicht soviel, als 100 Mal 10 Gulden, sondern soviel, als 100 Mal 8 Gulden. Die Ursache ist, daß mit einem solchen Wechsel in England nur soviel Metall gekauft werden kann, als in 100 Mal 8 Gulden enthalten ist. Er wird also nur gegen einen Wechsel von 800 Gulden vertauscht werden können.

Diese Thatsachen lassen sich durch eine allgemeine Regel ausdrücken. Ein Wechsel, der auf irgend ein Land gezogen wird, ist, wenn er in diesem Lande ankommt, derjenigen Summe edeln Metalls am Werthe gleich, welche man mit der Münze, über welche er lautet, auf dem Markte kaufen kann: Ein Wechsel von 100 Pf. z. B. ist soviel werth,

als das Metall, welches damit gekauft werden kann, es sei nun dieß dieselbe Quantität, welche für 100 Pf. Sterling gekauft werden könnte, oder weniger. Um soviel, als die mittelst des Wechsels zu kaufende Menge Metall geringer ist, als die, welche man mit 100 Pfund Metallmünze kaufen kann; um soviel ist die Papiermünze unter den Werth gesunken, den die Metallmünze haben würde, wenn diese an deren Statt im Umlauf wäre. Der Wechselkurs zum Nachtheile eines Landes kann daher nie den Betrag zweier Summen übersteigen: Erstens nicht den Unterschied zwischen dem Werthe der gesunkenen und der nicht gesunkenen Münze, oder den Unterschied zwischen dem Nominalbetrage der Münze und der Menge edeln Metalls, welche dafür gekauft werden kann; und zweitens nicht die Uebersendungskosten dieses Metalls, wenn es gekauft ist. Es erhellet also, wie durchaus ungegründet die Meinung derjenigen ist (ob-

gleich sehr ausgezeichnete Schriftsteller über Nationalökonomie sich dazu bekennen), welche glauben, daß nicht nur der Nominal-, sondern auch der Realkurs den Betrag der Transportkosten der edeln Metalle übersteigen könne. Sie sagen, daß, wenn aus irgend einer besondern Ursache ein großer Verbrauch von edeln Metallen statt gefunden und einen Mangel davon herbeigeführt habe, in Folge dessen das Land, wo dieser Mangel ist, Waaren nach denjenigen Ländern senden müsse, wo ein Ueberfluß an edeln Metallen statt findet, um letztere dafür zurück zu erhalten; daß dann Wechsel, auf dieses Land gezogen, einen Diskont erlitten, nicht nur vom Betrage der Transportkosten der edeln Metalle, sondern von dem zusammengenommenen Betrage der Kosten, welche verursacht werden: 1. durch die Wegsendung der Waaren, für welche die edeln Metalle eingekauft werden, 2. durch das Nachhauseschaffen dieser letztern, und

3. durch die Wegsendung derselben zur Bezahlung des Wechsels. Rücksichtlich dieser Behauptung ist zweierlei zu bemerken: Erstens ist dabei der Umstand übersehen, daß eine gewisse Anzahl Pfunde der Papiermünze jederzeit edle Metalle zum Marktpreise kaufen kann. In dem Verhältnisse, in welchem die Menge edeln Metalls, die damit gekauft wird, geringer ist, als die Menge desselben, welche in einer gleichen Anzahl Pfunden vollgültiger Metallmünze enthalten sein würde; in dem Verhältnisse ist der Kurs gesunken. Der Kurs hat dann nominell gelitten, nach einem übel angewendeten Sprachgebrauch; reell aber durchaus nicht. Die Menge edeln Metalls, welche für einen Wechsel gekauft werden kann, ist sein Werth, im Vergleich mit einem Wechsel, der in Gulden angegeben ist, welche eine gewisse Quantität Metall enthalten. Alles, was hierzu noch an Kosten kommen kann, sind die oben un-

ter 3 erwähnten Uebersendungskosten. Diese Uebersendungskosten des Metalls sind also das Maaß der reellen Abweichung des Kurses vom Pari; alles Uebrige ist nominell, und hat nur auf die Benennung Einfluß.

Indessen wird ein Einwurf gegen diesen Schluß gemacht. Mehrere behaupten, daß der Betrag eines ungünstigen Wechselkurses die Transportkosten des Metalls und die Verschlechterung der Münze — also die beiden factischen Umstände, durch welche wir ihn immer normirt wissen wollen — weit übersteigen könne.

Diese Behauptung will man damit begründen, daß, wenn auswärts große Zahlungen zu leisten sind, dieselben mögen nun für Rechnung der Regierung geschehen, oder durch außerordentliche Importationen, wie z. B. zur Zeit eines Kornmangels, veranlaßt werden, eine große Schwierigkeit entsteht, das Metall zur Ausgleichung der Bilanz zu

beschaffen. Es werde dann erforderlich, dasselbe aus einem fremden Lande herbeizuführen, und folglich, um dafür Zahlung zu leisten, Waaren zu versenden. Alsdann müsse der, welcher das Metall einführe, sowohl die Kosten der Versendung der Waaren, als die der Herbeischaffung des Metalls allein tragen. Er sei mithin bereit, für einen Wechsel eine Prämie zu zahlen, vom Belaufe nicht nur der Transportkosten des Goldes, sondern auch der weit größern Transportkosten der Waaren, vermittelst welcher das Gold erkauft werde.

Der Irrthum, welchen dieses Raisonnement enthält, ist leicht darzuthun.

Ist eine Papiermünze vorhanden, welche nicht gegen Metall verwechselt werden kann, und ist viel Gold außer Landes gegangen; so folgt, daß das Gold, sobald eine starke Nachfrage danach entsteht, im Preise steigt.

Steigt das Gold im Preise; so heißt dieß soviel, als: man muß eine verhältnißmäßig große Menge Papier dafür geben. Indessen kann man es noch immer für Papier kaufen; und der Unterschied zwischen dem, was man für die Papiermünze kauft, und der Quantität, welche in einem gleichen Betrage Metallmünze enthalten ist, macht die Verschlechterung der Papiermünze aus.

Man könnte sagen: das Papier sei nicht gefallen, sondern das Gold sei gestiegen. Dieß ist eine andere Frage. Es ist indessen wahr, daß das Papier einen geringern Werth hat, als Metallmünze gehabt haben würde. Es ist also im Vergleich mit Metallmünze schlechter geworden. Dieß wird hier unter Verschlechterung verstanden.

Wie steht nun die Sache? Ein Engländer, der Waaren eingeführt hat, ist eine gewisse Summe Münze, d. h. ein gewisses Gewicht Gold, an Holland schuldig. Er kann

entweder Gold oder einen Wechsel hinsenden. Schickt er Gold hin; so muß er dasselbe mit seinem Papier kaufen und die Transportkosten tragen. Er wird also einen Wechsel kaufen, sofern er denselben für weniger Papiermünze erhalten kann, als der Preis des Goldes und die Transportkosten zusammen betragen; sonst nicht. Aber das Gold kostet ihm an Papier: 1. soviel, als das Papier werth sein würde, wenn es nicht verschlechtert wäre, und 2. außerdem noch soviel, als diese Verschlechterung beträgt. Der Wechsel kann folglich nie mehr kosten, als die beiden eben erwähnten Quantitäten Münze und die Transportkosten des Goldes zusammen ausmachen; mit andern Worten: die Prämie für denselben kann nie den Betrag der Verschlechterung der Münze und der Transportkosten des Metalls zusammen übersteigen.

Daß Metall, wenn es aus irgend einer besondern Ursache fehlt, und vermittelst der

Ausfuhr gewisser brittischer Waaren herbeigeschafft wird, durch die Kosten der Versendung jener Waaren, mit welchen man es bezahlt, vertheuert werde, — das ist eine Behauptung, die nach dem bisher Gesagten kaum einer Widerlegung bedarf.

Die Ursachen, welche Sachen an einem Orte theuer, an einem andern wohlfeiler machen, sind bereits erörtert worden. Was aus einem Lande nach einem andern gebracht wird, ist da, wohin es gebracht wurde, um den Betrag der Transportkosten theurer, als da, woher es gebracht worden. Die Waaren, die nach den Gebirgsländern gehen, sind um den Betrag der Transportkosten theurer, als in den Ländern, aus welchen sie kommen; und die Metallbarren, welche nach diesen letzten Ländern gehen, sind um soviel theuerer, als die Kosten ihres Transports betragen haben; ebenso wie wir schon gesehen haben, daß die Güter, welche aus

London nach Wales gehen, in Wales theurer, als in London; und dagegen die Güter, welche aus Wales nach London gehen, in London theurer, als in Wales sind.

Die Art und Weise, wie der Verbrauch des Metalls die Einfuhr desselben bewirkt, ist vollkommen klar. Dadurch, daß das Metall in einem Lande selten wird, steigt der Werth desselben; oder mit andern Worten: der Werth anderer Dinge im Vergleich mit Metall wird geringer. Indem der Metallpreis der Waaren in England niedrig wird, fallen sie soweit unter ihren Metallpreis in andern Ländern, daß es Vortheil gewährt, sie auf auswärtige Märkte zu bringen: die Kosten des Transports werden nicht von dem Metall, sondern von den Waaren getragen. Man könnte eben sowohl sagen, daß in dem Lande, welches das Metall liefert, der Preis der Versendung dieses letztern den Productions- und Transportkosten des Getraides

oder andern empfangenen Gutes zugeschlagen werden müsse.

Man sagt, daß Metall, welches von außerhalb komme, mit allen Transportkosten der Güter, welche zu dessen Bezahlung versendet werden, belastet sei. Würde dieser Satz allgemein gemacht; so müßte es richtig sein, daß, wenn ein Land eine Waare einführt, demselben die Kosten des Transports sowohl der versendeten als der empfangenen Güter zur Last fallen. Dieß ist unmöglich, weil jedesmal, wenn zwei Nationen mit einander Handel treiben, beide einführen. Jede von beiden kann aber nicht die ganzen Kosten tragen.

Wenn England zur Zeit eines Mißwachses Getraide aus Pohlen kommen läßt; so ist das Getraide in England nicht mit den Kosten sowohl der Einfuhr des Getraides, als der Ausfuhr des Tuchs belastet, während Pohlen keinen Theil der Transportkosten zu

tragen, sondern sein Tuch frei von Transportkosten, also zu demselben Preise wie in England hätte. Vielmehr ist das Getraide in England um soviel theurer wie in Pohlen, als die Kosten der Herbeiführung desselben von Pohlen; und das Tuch in Pohlen um soviel theurer wie in England, als die Kosten der Herbeiführung des Tuchs betragen.

Setzen wir voraus, daß die Münze in Pohlen, die wir Reichsthaler nennen wollen, dem vierten Theile eines Pfundes Sterling gleich sei; so wird es leicht sein, alle möglichen Fälle des Kurses anzugeben. Kostet die in Pohlen für England gekaufte Quantität Getraide eine Million Reichsthaler, und das ebenso in England für Pohlen gekaufte Tuch 250000 Pf.; so werden die auf Pohlen für die genannten 250000 Pf. gezogenen Wechsel gerade die Million Reichsthaler bezahlen, und der Kurs wird al pari sein, ohne auf irgend eine Weise durch die Transportkosten

weder des Tuchs noch des Getraides verändert zu werden. Wäre indessen der Werth des in Pohlen eingeführten Tuchs unter 250000 Pf.; so hätte England ein Saldo zu bezahlen, und Wechsel auf Pohlen würden eine Prämie erhalten. Jedoch könnte diese Prämie nicht mehr betragen, als die Kosten, das Metall dahin zu senden; weil mit Aufwendung dieser letztern Kosten die Engländer ihre Schuld, ohne eines Wechsels zu bedürfen, abzutragen im Stande sind. Es erhellet also, daß, bei Entstehung eines ungünstigen Wechselkurses, die Kosten, das Metall aus dem Lande, welches die Bilanz zu zahlen hat, nach dem andern zu schaffen, der einzige Umstand sind, welchem einiger Einfluß zugeschrieben werden darf.

Die Bilanz mag dann zunehmen, wenn das Gold in bedeutender Menge aus England weggegangen und nun schwer zu beschaffen ist; mit andern Worten: wenn England viel

Gold von auswärts her beziehen und, um sich dasselbe zu verschaffen, eine ungewöhnliche Menge seiner Waaren versenden muß. Dieß kann aber keinen Einfluß auf den Wechselkurs äußern. Wie viel Waaren England auch weggeben muß, um sich das Metall, dessen es benöthigt ist, zu verschaffen; immer wird es, so lange seine Münze nicht verschlechtert, so lange also sein Pfund Sterling 4 Reichsthalern gleich ist, zur Bezahlung einer Bilanz von 4 Reichsthalern nur eines Pfundes Sterling bedürfen, außer den Kosten der Versendung dieses Pfundes. Wird seine Münze verschlechtert und ist das Pfund nicht mehr 4 Reichsthalern gleich; d. h. kann man mit einem Pfunde nicht mehr soviel Metall kaufen, als mit 4 Reichsthalern; so kann der Wechselkurs um den Betrag dieser Verschlechterung und der Transportkosten des Metalls zusammen genommen für England ungünstig sein. Indessen ist hievon das, was

aus der Verschlechterung der Münze entsteht, bloß nominell, und allein dasjenige reell, was aus den Transportkosten des Metalls entsteht. Und dieß ist augenscheinlich alles, woraus irgend jemals ein ungünstiger Wechselkurs bestehen kann. Die Kosten, welche dadurch entstehen, daß ein Land Waaren versendet, um damit das Gold zu bezahlen, dessen es zur Ausgleichung seiner Bilanz mit einem andern Lande bedarf, haben keinen Zusammenhang mit dem Wechselgeschäft zwischen dem Lande, das die Bilanz zahlt, und dem, das dieselbe empfängt.

Sechzehnter Abschnitt.

Prämien und Verbote.

Unter dieser Benennung begreife ich sämmtliche Aufmunterungen und Behinderungen aller Art, deren Zweck ist, die Pro-

duction oder den Tauschverkehr auf Wege zu leiten, die sie von selbst nicht eingeschlagen haben würden.

Ich glaube, daß die Abhandlung dieses Gegenstandes, ohne großen Aufwand von Worten, klar und bündig sein werde.

Sollte es sich ergeben, daß Production und Verkehr, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, die vortheilhafteste Richtung nehmen; so wird daraus nothwendig folgen, daß, so oft sie durch äußere Einwirkung irgend einer Art von dieser Richtung abgelenkt worden sind, der Betriebsamkeit des Landes eine weniger vortheilhafte Anwendung gegeben wurde.

Daß aber Production und Verkehr, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, die vortheilhafteste Richtung nehmen — das kann durch einen sehr kurzen Beweis deutlich gemacht werden.

Production und Tauschverkehr müssen abgesondert betrachtet werden; denn was die erstern anbetrifft, so existirt darüber kaum eine Verschiedenheit der Meinungen. Hätte ein Land keine Handelsverbindungen mit andern Ländern, und wendete also alle seine Productivkräfte ausschließlich zur Befriedigung seiner eigenen Konsumtion an; so würde es ganz offenbar absurd sein, Prämien für die Production einer Art Waaren zu geben, und der Production einer andern Art Schwierigkeiten in den Weg zu legen; nämlich aus Rücksichten der Nationalökonomie, oder mit Bezug auf die Production. Denn wenn irgendwo der Production gewisser Gegenstände, z. B. der geistigen Getränke, Hindernisse entgegen gestellt werden, weil deren Gebrauch verderblich ist; so geschieht dieß aus moralischen Rücksichten, und nicht in der Absicht, die Production, sondern in der, die Konsumtion zu leiten. Sobald aber keine Beschrän-

kung der letztern bezweckt wird, scheint es selbst in der Praxis anerkannt zu sein, daß der Bedarf jederzeit die Production auf die Weise regulirt, welche dem Vortheil der Gesammtheit am Angemessensten ist. Die dümmsten Regierungen haben nicht daran gedacht, eine Prämie für die Verfertigung von Schuhen zu geben, oder eine hemmende Abgabe auf die Fabrikation von Strümpfen zu legen, in der Absicht, den Wohlstand des Landes dadurch zu heben, daß mehr Schuhe und weniger Strümpfe gemacht würden. Ein Blick auf den innern Verkehr scheint hinreichend gewesen zu sein, um die Einsicht hervorzubringen, daß gerade soviel Schuhe und gerade soviel Strümpfe verfertigt, als verlangt werden würden. Wollte man eine andere Politik befolgen, und eine Prämie auf die Verfertigung von Schuhen setzen, die Verfertigung von Strümpfen aber durch eine Auflage oder andere Belästigung hemmen; so würde

dieß nur den Erfolg haben, daß das Volk die Schuhe wohlfeiler und die Strümpfe theurer kaufte, als ohne solche Maaßregeln; daß das Volk besser mit Schuhen und schlechter mit Strümpfen versehen würde, als der Fall gewesen wäre, wenn man der Sache ihren natürlichen Gang gelassen, d. h. dem Volke freigestellt hätte, sein eigenes Bedürfniß zu Rathe zu ziehen; mit andern Worten: wenn man Jedem gestattet hätte, den größtmöglichsten Gewinn von seiner Arbeit zu ziehen.

Jede Leitung der Betriebsamkeit, welche in der Absicht, die eine Art Güter zu vermehren, eine andere Art derselben vermindert, und welche man als die eigentliche Regierungsweisheit angesehen hat, bezweckte daher, den Waarenaustausch mit fremden Ländern zu reguliren, und die Quantität gewisser Waaren, welche man von ihnen empfing, zu vermehren oder zu vermindern; aber meist das Letztere.

Nun ist aber gewiß, und schon überflüssig dargethan, daß keine Waare, welche zu Hause verfertigt werden kann, aus einem fremden Lande eingeführt wird, sofern sie nicht auf diese Weise mit einem geringern Aufwande von Arbeit, d. h. von Kosten, erlangt werden kann, als dieß bei der eigenen Production hätte der Fall sein können. Daß es wünschenswerth sei, die Waaren mit so geringem Aufwande von Arbeit als möglich zu erhalten, dürfte nicht nur ausgemacht, sondern auch allgemein zugegeben sein. Dieß ist das Ziel aller, beim Geschäft der Production angewendeten, Verbesserungen: der Theilung der Arbeit, der vollkommneren Methoden der Bodenkultur, der Erfindung wirksamerer und geschickterer Maschinen. Welche Menge von Productionsmitteln ein Volk auch besitzen mag: mit je größerem Erfolge dieselben angewendet werden, desto besser ist es. Diese Behauptung scheint wohl keines Be-

weises zu bedürfen; denn sie sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß es für Jedermann gut ist, alles, was er wünscht, und zwar mit möglichst wenig Mühe, zu erlangen.

Es ist nicht nur gewiß, daß in einem freien Zustande der Dinge kein Gegenstand, der zu Hause verfertigt werden kann, von außerhalb eingeführt werden wird, in sofern man ihn nicht auf diesem Wege mit geringerem Aufwande von Arbeit erlangt, als wenn er zu Hause verfertigt worden wäre; sondern man wird auch, um ihn zu erhalten, sich an dasjenige Land wenden, aus welchem er mit dem geringsten Aufwande von Arbeit zu haben ist; und man wird ihn vermittelst derjenigen Waare eintauschen, welche sich mit der wenigsten eigenen Arbeit erlangen läßt. Dieß folgt so augenscheinlich aus den Gesetzen des Handels, daß keine weitere Erläuterung nöthig ist. Es heißt nichts weiter, als daß die Kaufleute, wenn man sie sich

selbst überläßt, jederzeit da einkaufen werden, wo es am wohlfeilsten, und da verkaufen, wo es am theuersten ist.

Es scheint mithin vollkommen ausgemacht zu sein, daß Production und Verkehr, wenn man sie ihre eigenen Wege selbst suchen läßt, jederzeit diejenige Richtung nehmen, welche für die Gesammtheit am vortheilhaftesten ist. Sie wählen allemal die Wege, auf welchen die Gegenstände, welche die Gesammtheit zu haben wünscht, mit den geringsten Kosten erlangt werden. Die Beschaffung der gewünschten Güter, und die Beschaffung derselben mit möglichst geringstem Kostenaufwande, ist das Höchste, was durch die Production und den Austausch der Dinge, an und für sich betrachtet, bezweckt werden kann. Je mehr man also die Production und den Verkehr zwingt, von den Wegen, die sie aus eigenem Antriebe gewählt haben würden, abzuweichen, desto mehr geht von den

Vortheilen, welche Production und Verkehr gewähren, verloren, oder wird wenigstens andern Zwecken aufgeopfert. Ob es Fälle giebt, in welchen jene Vortheile andern Zwecken aufgeopfert werden sollen, — das zu entscheiden, ist eine Aufgabe der Politik, nicht der Nationalökonomie.

Das System einer beschränkenden und verbietenden Politik ist in keiner Beziehung mit mehr Hartnäckigkeit und mit einem größern Aufwande von Sophisterei aufrecht erhalten worden, als rücksichtlich des Getraidehandels. Indessen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Getraide nur dann eingeführt werden wird, wenn man es auswärts mit weniger Arbeit sich verschaffen kann, als erforderlich sein würde, dasselbe zu Hause zu produciren (man sehe den vierten Abschnitt dieses Kapitels). Alle Vortheile also, welche die Einfuhr eines Artikels, der auch im Lande erzeugt werden kann, darbietet, werden

ebenfalls durch die Getraideeinfuhr zu Wege gebracht. Warum soll die Gesammtheit dieser Vortheile beraubt werden, die sogar bei der Einfuhr des Getraides, wegen Verschiedenheit des Bodens und der Bevölkerung, in weit größerem Maaße statt finden können, als bei der Einfuhr anderer Gegenstände?

Der Gründe, auf welche die Verfechter der Beschränkung des Getraidehandels sich stützen, sind zwei, deren aber keiner einigen Werth hat.

Der erste ist, daß, wenn ein Volk seinen Getraidebedarf nicht selbst producirt, es durch die Feindseligkeit seiner Nachbarn außer Stand gesetzt werden könne, sich damit von außen her zu versehen, welches dann die größte Noth zur Folge haben müsse. Diese Behauptung beweis't eine Unkunde sowohl der Erfahrung als der Theorie; der Erfahrung: indem in der Wirklichkeit diejenigen Länder,

welche rücksichtlich ihres Getraidebedarfs am meisten vom Auslande abhängig sind, mehr als alle andere den Vortheil eines beständigen und unveränderlichen Getraidemarkts genossen haben; der Theorie: weil ein gutes Jahr in dem einen Lande, ein schlechtes in dem andern ist, und hieraus unleugbar folgt, daß ein Land nur dann, wenn es einen großen Theil seines Getraidebedarfs aus verschiedenen Ländern bezieht, gegen die großen und verderblichen Schwankungen der Getraidepreise gesichert ist, welche aus der Verschiedenheit der Erndten entspringen. Auch die Politik ist in jener Behauptung nicht besser beachtet, als die Nationalökonomie. Man will einen wirklichen Vortheil aufopfern, um einem eingebildeten Uebel zu entgehen: einem Uebel, welches um so weniger zu befürchten ist, als das Land, aus welchem ein anderes seinen Getraidebedarf bezieht, kaum weniger abhängig von jenem, rücksichtlich des Ab-

satzes seiner Producte ist, als jenes rücksichtlich der Anschaffung seines Bedarfs. Man wird wohl nicht behaupten wollen, daß eine Anhäufung von Getraide, als Folge des Verlusts eines großen Markts, und alle unvermeidlich daraus hervorgehenden Umstände: Sinken der Preise, Ruin der Landbauer und Herabsetzung der Grundrente, ein unwesentliches Uebel für ein Land sei.

Als zweiten Grund für ihr System führen die Vertheidiger des Getraidemonopols an, daß, da in gewissen Zweigen die Versorgung des Landes ein Monopol der Kaufleute und Manufacturisten sei, es eine Ungerechtigkeit gegen die Landbauer und Grundeigenthümer sein würde, sie nicht eines ähnlichen Monopols genießen zu lassen. Zuerst muß hiergegen bemerkt werden, daß, wenn dieser Schluß rücksichtlich der Getraideproducenten gilt, er auch in Bezug auf jede andere Klasse von Producenten gleiche Gültigkeit haben muß.

Soll deswegen, weil eine Abgabe auf die Einfuhr von Wollenzeugen gelegt ist, auch eine Abgabe auf die Einfuhr des Getraides gelegt werden; so ist gleicher Grund vorhanden, auch eine Abgabe auf die Einfuhr jedes andern Artikels zu legen, der irgend im Lande hervorgebracht werden könnte. Kurz, das Land müsse gar keinen auswärtigen Handel haben, solche Gegenstände allein ausgenommen, die es selbst zu produciren, außer Stande wäre. Die Absurdität der ganzen Behauptung scheint hierdurch erwiesen zu sein. Diese enthält überdieß die Voraussetzung, daß die Manufacturisten, in Folge der angenommenen Begünstigung derselben, einen außerordentlichen Gewinn haben, und daß die Getraideproducenten, wenn man sie nicht ebenfalls durch eine solche Auflage begünstigt, ein dem entsprechendes Uebel erdulden. Die Unkunde der Theorie verräth sich ganz offenbar durch solche Voraussetzungen, deren keine

auch nur einen Schatten von Wahrheit enthält.

Wer sein Kapital auf eine Wollenmanufactur oder ein anderes dergleichen Geschäft verwendet, mit dessen Erzeugnissen ausländischen Manufacturen keine Konkurrenz gestattet ist, zieht nicht, dieses Umstandes wegen, einen größern Gewinn von seinem Kapital. Sein Gewinn ist nicht größer, als der solcher Personen, welche ihre Kapitale in Geschäften angelegt haben, in welchen der ganzen Welt eine freie Konkurrenz gestattet ist. Die ganze Wirkung jener sogenannten Begünstigung besteht darin, daß eine größere Anzahl von Kapitalisten in diesem Manufacturzweige Beschäftigung findet; kurz, daß ein Theil der Kapitalisten des Landes sich auf diese besondere Gattung von Manufacturen legt, anstatt daß sie unter andern Umständen sich auf die Production irgend eines andern Gegenstandes, wahrscheinlich einer für auslän-

dische Märkte geeigneten Waare gelegt hätten, mit welcher dann jene, nun aus ausländischen Manufacturen bezogene, Waare bezahlt worden wäre.

Da derjenige, welcher sein Kapital in einem, wie man es nennt, begünstigten Geschäfte anlegt, keinen größeren Gewinn aus dieser Begünstigung zieht; so entsteht auch daraus nicht der mindeste Verlust oder Belästigung für den Getraideproducenten. Es kann daher nichts weniger begründet sein, als seine Ansprüche auf eine Vergütung in dieser Hinsicht. Dadurch, daß auf die Einfuhr der Wollenzeuge eine Abgabe gelegt wird, wird der Absatz des Getraides nicht verringert; noch würde dieser Absatz vergrößert werden, wenn jene Abgabe wegfiele. Der Getraideverkehr wird dadurch also nicht im mindesten berührt.

Es würde dem Plane eines Werks, welches sich auf Darstellung der allgemeinen

Grund-

Grundsätze beschränken soll, nicht angemessen sein, alle die Irrthümer zu enthüllen, welche in den Gründen, die man für die Beschränkung des Getraidehandels anführt, enthalten sind. Eine oder zwei der Quellen dieser Irrthümer dürfen indessen nicht ganz ohne Erwähnung bleiben.

Die Grundeigenthümer bemühen sich, ihr Verhältniß und das der Manufacturisten als ganz ähnlich darzustellen; obgleich beide, rücksichtlich aller Umstände, worauf es hier ankömmt, nicht nur verschieden, sondern sogar einander entgegengesetzt sind. Die Grundeigenthümer bemühen sich, auch ihr Verhältniß mit dem des Pachters zu vermischen; und auf den Erfolg dieser Bemühung beruhet meist die ganze Scheinbarkeit ihrer Ansprüche. Eine kurze Schlußfolge wird zeigen, daß es keine unbegründeteren Ansprüche geben könne. Dem Pachter als Producenten gebührt dasselbe, was jedem andern Producenten —

daß ihm seine sämmtlichen Auslagen nebst dem gehörigen Gewinne auf das angelegte Kapital erstattet werden. Was das Grundstück mehr einträgt, außer jener Erstattung und jenem Gewinn, ist das, was er dem Grundeigenthümer zahlt. Auf seinen Vortheil hat es keinen Einfluß, ob dieser Ueberschuß groß oder klein sei. Dagegen hat der Betrag des Arbeitslohns auf diesen Vortheil sehr bedeutenden Einfluß; indem sein Gewinn, wie aller Kapitalgewinn, in demselben Verhältniß hoch ist, in welchem der Arbeitslohn niedrig ist. Der Arbeitslohn kann aber bei hohen Getraidepreisen nicht niedrig sein. Dem bleibenden Vortheile der Pächter ist es also angemessen, daß das Getraide wohlfeil sei. Dem Vortheile des einen oder des andern Individuums dieser Klasse kann es allerdings, d. h. für die Dauer eines Pachtkontracts, gemäß sein, wenn hohe Getraidepreise statt finden; und der Grund dieser

Ausnahme zeigt eben die Richtigkeit des allgemeinen Satzes. Derjenige Pachter, welcher für die Dauer seines Kontracts keinen Vortheil in hohen Preisen findet, ist durch diesen Kontract gewissermaaßen in die Lage eines Grundeigenthümers versetzt. Während der Dauer seines Kontracts erhält er nicht nur seinen Pachtergewinn, sondern wenn die Getraidepreise steigen, noch etwas mehr, nämlich einen Theil der Grundrente, welcher, von dem Kontracte abgesehen, dem Grundeigenthümer zukommen würde.

Dieß ist also der große Unterschied. Die Empfänger der Grundrente gewinnen bei hohen Getraidepreisen; die Producenten des Getraides haben keinen Vortheil davon, sondern das Gegentheil. Das Verhältniß der Pachter entspricht dem der Manufacturisten, nicht aber dem der Grundeigenthümer. Der Pachter ist Producent und Kapitalist; der

Manufacturist ist ebenfalls Producent und Kapitalist; beide haben Alles, was ihnen gebührt, sobald ihr Kapital nebst dem üblichen Gewinn ihnen erstattet ist. Der Grundeigenthümer ist weder Kapitalist noch Producent. Er ist Eigenthümer gewisser Productivkräfte des Bodens; und alles, was der Boden hervorbringt, gehört ihm, nachdem das Kapital, welches nöthig war, diese Productivkräfte wirksam zu machen, bezahlt ist. Es erhellet also, daß das Verhältniß des Grundeigenthümers ein ganz besonderes ist, daß hohe Getraidepreise für ihn vortheilhaft sind, weil das Kapital und der Gewinn des Pächters einen um so geringeren Theil des Products wegnimmt, je höher der Preis dieses Products ist; und weil der ganze Ueberschuß dem Grundeigenthümer gehört. Für den Pächter aber und für die ganze übrige Gesammtheit sind sie ein Uebel, indem sie die Verringerung des Kapitalgewinnes und

die Vergrößerung der Ausgaben des Konsumenten nach sich ziehen.

Siebzehnter Abschnitt.

Kolonieen.

Unter den Mitteln, deren man sich bedient hat, um auf einen gewissen Weg eine größere Menge von Productionsmitteln zu leiten, als aus freiem Antriebe dahin gegangen sein würden, ist das Kolonialwesen bedeutend genug, um eine besondere Betrachtung zu verdienen.

Der einzige Zweig der Kolonialpolitik, der hier einer Beleuchtung bedarf, ist der Handel mit den Kolonieen; und zwar kömmt es darauf an, zu untersuchen, ob ein besonderer Vortheil daraus hergeleitet werden kann.

In Betreff der Kolonieen, als fremde Länder betrachtet, muß unbezweifelt der Satz als wahr zugegeben werden, daß der etwanige Vortheil des Handels mit ihnen nur in dem bestehen kann, was man von ihnen empfängt, nicht in dem, was man ihnen sendet; indem letzteres, wenn nichts dafür wieder gegeben würde, ganz und gar verloren wäre.

Das, was sie dafür wieder geben, besteht entweder in Münze oder in Waaren. Dem Leser ist jetzt vollkommen klar, daß einem Lande kein größerer Vortheil dadurch entspringt, daß es Münze, als dadurch, daß es irgend andere Waaren empfängt. Es ist ebenfalls begreiflich, daß, wenn die Kolonieen keine Gold- und Silberbergwerke haben, und ein Handelsmonopol des Mutterlandes statt findet, sie weder mit Münze, noch mit irgend etwas anderem, als ihren eigenen Producten, bezahlen können.

Es ist unnöthig, den Fall abzuhandeln, wo ein freier Handel mit den Kolonieen statt findet. Denn auf denselben ist das anzuwenden, was vom Handel mit irgend einem andern fremden Lande gilt.

Das Monopol, welches das Mutterland sich rücksichtlich des Handels mit seinen Kolonieen vorbehält, kann auf zweierlei Weise ausgeübt werden.

Erstens kann es jenen Handel durch eine ausschließend berechtigte Gesellschaft betreiben. In diesem Falle existirt kein Käufer, dem die Kolonie irgend etwas verkaufen, und kein Verkäufer, von dem sie irgend etwas kaufen könnte, als jene Gesellschaft. Letztere kann mithin die Güter, welche das Mutterland dahin sendet, so theuer, als sie will, verkaufen, und die Güter, welche sie aus den Kolonieen nach dem Mutterlande sendet, so wohlfeil, als sie will, einkaufen. Mit andern Worten: die Kolonieen können unter

diesen Umständen genöthigt werden, für das Product einer gewissen Quantität Arbeit des Mutterlandes eine weit größere Menge Güter zu geben, als das Mutterland vermittelst jener Quantität Arbeit von irgend einem andern Lande, oder von den Kolonieen, wenn dieselben ihre Freiheit genössen, hätte erhalten können.

Bei einem solchen Handelsverhältnisse lassen sich zwei Fälle denken: erstens, daß die Kolonie nur Gegenstände des Luxus und des Wohllebens vom Mutterlande bezieht; zweitens, daß sie unentbehrliche Dinge vom Mutterlande bezieht, und zwar entweder solche Dinge, die zum Leben, oder solche, die für den Gewerbsbetrieb unentbehrlich sind, wie z. B. Eisen und dergl.

Im erstern Falle, wo die Kolonieen nur solche Waaren vom Mutterlande erhalten, die zum Luxus und zum Wohlleben gehören, findet eine Gränzlinie statt, bis zu welcher

das Mutterland seinen Gewinn von der Arbeit der Kolonieen nur ausdehnen kann. Wollte man die Kolonieen nöthigen, für dergleichen Waaren einen zu großen Theil des Products ihrer Arbeit herzugeben; so könnten sie die Annahme solcher nicht gerade nothwendigen Dinge verweigern, und es für besser halten, jenen beträchtlichen Theil ihrer Arbeit auf die Anschaffung solcher Luxusgegenstände zu verwenden, welche sie selbst zu produciren im Stande wären.

Ist indessen eine Kolonie, rücksichtlich unentbehrlicher Bedürfnisse, vom Mutterlande abhängig; so übt die ausschließende Handelsgesellschaft in der That eine wahrhaft despotische Gewalt über sie aus, durch welche sie dahin gebracht werden kann, das ganze Product ihrer Arbeit für nicht mehr von jenen unentbehrlichen Waaren des Mutterlandes hinzugeben, als gerade hinreichend ist, um den Bewohnern der Kolonie nur eben das

Leben zu erhalten. Sind es eigentliche Lebensbedürfnisse, rücksichtlich deren die Kolonie abhängig ist; so ist dieß ganz offenbar. Sind es Dinge, wie z. B. Eisen oder eiserne Werkzeuge, ohne welche keine Arbeit mit Erfolg angewendet werden kann; so ist das Resultat dasselbe. Es kann dahin gebracht werden, daß für dergleichen Artikel ein so großer Theil des ganzen Products der Arbeit bezahlt wird, daß nicht mehr von letzterem übrig bleibt, als erforderlich ist, um die Volksmenge nur eben subsistiren zu lassen. Das Interesse des Mutterlandes wird es erfordern, die Bevölkerung nicht zu vermindern, weil mit der Bevölkerung auch das Product, also auch die Menge der Güter, welche das Mutterland erhalten kann, verringert werden würde.

Aber das Mutterland kann auch, anstatt den Handel mit seinen Kolonieen durch eine ausschließend berechtigte Gesellschaft zu be-

treiben, denselben für alle seine eigenen Kaufleute öffnen und nur den Verkehr mit Kaufleuten irgend eines andern Landes untersagen. In diesem Falle bringt die Konkurrenz der Kaufleute des Mutterlandes alle Artikel, welche die Kolonie bezieht, auf den möglichst geringsten Preis herunter — mit andern Worten: auf den Preis, den sie im Mutterlande selbst haben, mit Zurechnung der Transportkosten. Sagt man, daß die Kolonieen einen Markt darbieten; so erwiedere ich, daß das Kapital, welches Güter für diesen Markt liefert, auch Arbeiten und Güter produciren würde, wenn man die Kolonieen vernichtete, und daß diese Güter dann noch ebenfalls Konsumenten finden würden. Die Arbeit und das Kapital eines Landes können nicht mehr hervorbringen, als das Land zu konsumiren bereit ist. Jedes Individuum hat einen Trieb, productiv oder inproductiv zu verzehren, was es irgend empfängt. Jedes

Land hat daher in sich selbst einen Markt für alles, was es zu produciren vermag. Dieß wird noch deutlicher werden, wenn von der Konsumtion, der Ursache und dem Maaßstabe des Absatzes die Rede sein wird. Es entspringt also, bei einer freien Konkurrenz, aus demjenigen Theile des Kolonialhandels, welcher in der Einfuhr von Waaren in die Kolonie besteht, kein Vortheil irgend einer Art, indem kein größerer Gewinn dabei gemacht wird, als der gewöhnliche Kapitalgewinn, welcher auch ohne die Existenz eines solchen Handels gemacht sein würde.

Findet also ein besonderer Vortheil dabei statt; so muß derselbe aus der Wohlfeilheit der von der Kolonie dem Mutterlande gelieferten Güter entspringen. Ist die Menge der Waaren, z. B. des Zuckers, welche aus der Kolonie nach dem Mutterlande gebracht werden, so groß, daß letzteres damit überfüllt, d. h. in reichlicherem Maaße, als an-

dere Länder, versehen, und daß der Preis dieser Waaren dadurch im Mutterlande niedriger wird, als in andern Ländern; so gewinnt offenbar das Mutterland, indem es die Kolonie zwingt, ihre Waaren ausschließlich auf seinen Markt zu bringen; denn es würde diese Waaren eben so theuer, als andere Länder, bezahlen müssen, wenn der Kolonie verstattet wäre, da zu verkaufen, wo sie den höchsten Preis erhalten könnte.

Hat das Mutterland diesen Vortheil; so hat es ihn auf Kosten der Kolonie. Bei einem freien Verkehr gewinnen beide Theile. Bringt der eine Theil sich durch Gewalt einen Vortheil zu Wege; so muß nothwendig der andere das verlieren, was jener gewinnt. Indem das Mutterland die Kolonie zwingt, ihm ihre Waaren wohlfeiler zu überlassen, als sie dieselben hätte anderwärts verkaufen können, legt es ihr in der That eine Abgabe

auf; zwar nicht direct, aber doch eben so wesentlich, obgleich sie versteckt ist.

Soll die Beschränkung des Kolonialhandels auf andere Weise, als durch ausschließende Berechtigung einer Gesellschaft, einigen Vortheil gewähren; so muß sie darin bestehen, daß man die Kolonieen zwingt, an keinen Andern, als an das Mutterland zu verkaufen, nicht aber darin, daß man dieselben zwingt, von keinem Andern, als dem Mutterlande zu kaufen. Es würde daher schon eine bedeutende Verbesserung der Kolonialpolitik sein, wenn man die Kolonieen nur im Verkauf ihrer Producte beschränkte, ihre Versorgung mit fremden Waaren aber ganz frei ließe, und ihnen gestattete, letztere da zu kaufen, wo sie es am Vortheilhaftesten fänden; wenn man ihnen erlaubte, zu kaufen, wo sie wollten, sie aber nöthigte, nur an das Mutterland zu verkaufen.

Zugleich muß bemerkt werden, daß, wenn die Kaufleute des Mutterlandes Freiheit haben, die aus den Kolonieen gebrachten Waaren wieder auszuführen, der Preis dieser letztern im Mutterlande bald auf gleiche Höhe mit dem Preise in andern Ländern kommen wird. Die Konkurrenz der Kaufleute wird auch den Preis dieser Waaren in den Kolonieen dem gemäß steigern, und so der Vortheil für das Mutterland verloren gehen.

Es werden zuweilen Handelsverträge geschlossen, welche die Beschränkung der Freiheit des Verkehrs bezwecken. Der Handel eines Landes mit einem andern kann nur in zweifacher Art beschränkt werden; entweder in Betreff des Einkaufs oder in Betreff des Verkaufs. Angenommen, Großbrittannien verpflichte irgend ein anderes Land, gewisse Waaren ausschließlich von ihm zu kaufen; so kann es keinen Vortheil aus einer solchen Uebereinkunft ziehen. Die Konkurrenz seiner

Kaufleute wird bewirken, daß sie diese Waaren den Kaufleuten jenes Landes eben so wohlfeil verkaufen, als ihren eigenen Landsleuten. Ihr Kapital wird also nicht gewinnreicher angelegt, als wenn jener Handel gar nicht existirte. Es kann hingegen Fälle geben, wo ein Land dadurch gewinnt, daß es ein anderes Land verpflichtet, an keinen Dritten zu verkaufen. Ist irgend ein Land verbunden, alle seine Erzeugnisse ausschließlich an ein bestimmtes Land zu verkaufen; so befindet es sich durchaus in der Lage einer Kolonie, die nur an das Mutterland verkaufen darf. Da sich indessen ein freies Land nicht wohl dazu verstehen wird, eine Verbindlichkeit einzugehen, vermöge deren es seine sämmtlichen Erzeugnisse nur an ein einziges anderes Land verkaufen dürfte; so ist dieß kein Fall, der als wirklich vorkommend angesehen werden müßte.

Indessen

Indessen kann sich ein Land verpflichten, zwar nicht alle, aber doch einige seiner zum auswärtigen Absatz bestimmten Producte einem gewissen andern Lande ausschließlich zu verkaufen.

Dieß kann entweder Artikel betreffen, welche, selbst im freien Zustande der Dinge, nur den gewöhnlichen Kapitalgewinn abwerfen, wie z. B. Tuch, Töpferwaaren, Hüte und dergl.; oder solche, die außer dem gewöhnlichen Kapitalgewinn noch etwas Mehreres, nämlich eine Grundrente, abwerfen, als z. B. Getraide, Wein, Bergwerksproducte und dergl.

Dadurch, daß ein Land genöthigt wird, Artikel der erstern Art einem andern Lande ausschließlich zu verkaufen, kann letzterem kein Vortheil erwachsen. Ist der Preis, welchen das bevorrechtete Land für solche Waaren zahlt, nicht hinreichend, um den gewöhnlichen Kapitalgewinn zu gewähren; so

werden dieselben nicht mehr producirt. Ist der Preis aber hinreichend, um den gewöhnlichen Kapitalgewinn zu gewähren; so würde es die Waare für denselben Preis, auch ohne jenen Vertrag, erhalten.

Das Verhältniß ist aber verschieden, wenn die Waaren außer dem Kapitalgewinn noch eine Grundrente oder einen Monopolgewinn geben. In diesem Fall ist es für denjenigen, der die Rente bezieht, so lange vortheilhaft, den Absatz an das bevorrechtete Land zu vermehren, als sich seine Rente vermittelst dieses Absatzes vermehrt. Die größere Quantität, welche auf diese Weise nach dem bevorrechteten Lande gebracht wird, strebt, den Preis der in Rede stehenden Waare daselbst niedriger zu machen, als er in den benachbarten Ländern ist, und niedriger, als das beschränkte Land im Stande sein würde, an diese Länder zu verkaufen, wenn es unbeschränkt wäre. In diesem Maaße, aber auch

nur in diesem Maaße, kann ein Land dadurch gewinnen, daß es den Handel eines andern Landes mit sich beschränkt.

Man hat diesen Gegenstand auf eine andere Art dargestellt, welche geeignet ist, Jemanden, der mit den Spitzfindigkeiten der Wissenschaft nicht vertraut ist, zu verwirren.

Man nehme an, daß von zwei Ländern A durch Verträge oder sonst verbunden ist, alle seine Schuhe von B zu kaufen und allen seinen Zucker an B zu verkaufen. Man nehme ferner an, daß A, wenn es ungebunden wäre, seine Schuhe aus irgend einem andern Lande 50 Prozent wohlfeiler beziehen könnte; so kann es für den Augenblick scheinen, daß B den Zucker, welchen es von A kauft, mit 50 Prozent weniger eigener Arbeit erlangt, als der Fall sein würde, wenn A seine Schuhe kaufen könnte, wo es wollte.

Bezahlt B den Zucker in Schuhen; so ist kein Zweifel, daß, wenn der Handel frei wäre, es 50 Prozent mehr zahlen müsse.

Hätte B aber irgend einen andern Artikel, für welchen es den Zucker kaufen, und welchen es eben so wohlfeil, als jedes andere Land liefern könnte; so würde es bei einem freien Handel nichts verlieren; es kaufte dann dieselbe Quantität Zucker mit dem Product derselben Quantität Arbeit, als vorher; nur verwendete es diese Arbeit nicht zur Hervorbringung von Schuhen, sondern irgend eines andern Artikels.

Daß aber B irgend eine andere Waare so wohlfeil, als andere Länder, liefern könne, ist gewiß, weil es sonst gar keinen auswärtigen Handel haben könnte.

Hiergegen möchte eingewendet werden, daß, wenn gleich B gewisse Artikel so wohlfeil, als andere Länder, verkaufen könnte, doch vielleicht gerade diese von dem Lande,

welches den Zucker erzeugt, nicht verlangt werden. Würden aber in den Kolonieen gerade nur Schuhe verlangt; so könnten, mittelst jener andern Artikel, Schuhe da, wo sie am wohlfeilsten sind, gekauft, und auf diese Weise doch durch einen freien Handel dieselbe Quantität Zucker, als durch einen gezwungenen, erlangt werden.

Viertes Kapitel.

Konsumtion.

Unter den vier Klassen von Operationen, welche den Gegenstand der Nationalökonomie ausmachen: Production, Vertheilung, Tausch und Konsumtion, sind die drei erstern nur Mittel. Niemand producirt, nur um zu produciren, und ohne weitere Absicht. Eben so geschieht die Vertheilung nicht um ihrer selbst willen. Bei der Vertheilung und bei dem Austausch der producirten Dinge ist irgend ein Zweck vorhanden.

Dieser Zweck ist die Konsumtion. Eine Sache wird producirt, um sie konsumiren zu

können; Vertheilung und Austausch derselben sind nur Zwischenoperationen, um sie in die Hände desjenigen zu bringen, der sie konsumiren soll.

Erster Abschnitt.

Von productiver und unproductiver Konsumtion.

Es giebt zwei Arten von Konsumtion, deren unterscheidende Eigenthümlichkeiten zu kennen, von großer Wichtigkeit ist; nämlich: 1. productive und 2. unproductive Konsumtion.

I. Damit die Production vor sich gehen könne, sind gewisse Auslagen erforderlich. Der Arbeiter muß unterhalten, er muß mit den, seinem Geschäft angemessenen, Werkzeugen und mit dem rohen Stoffe derjenigen Sache versehen werden, welche er zu produciren beabsichtigt.

Von dem, was auf diese Art aufgewendet ist, damit irgend etwas producirt werde — davon sagt man: es sei productiv konsumirt.

Die productive Konsumtion begreift drei Klassen von Gegenständen. Erstens: den Unterhalt des Arbeiters, worunter alles das verstanden wird, was er vermittelst seines Arbeitslohns konsumiren kann; es sei nun, daß letzterer ihn darauf beschränke, was nur eben zur Erhaltung des Daseins nöthig ist, oder daß er ihm außerdem Genüsse gewähre. Zur zweiten Klasse der productiv konsumirten Dinge gehören die Instrumente, d. h. Maschinen, Werkzeuge aller Art, die zu den producirenden Operationen nöthigen Gebäude, und selbst das Vieh. Die dritte Klasse besteht in dem Stoffe, aus welchem das bezweckte Gut gebildet oder aus welchem es gezogen wird. Darunter gehört die Saat, aus welcher das Getraide gewonnen, der Flachs

oder die Wolle, aus welchen das leinene oder wollene Tuch gemacht, die Farbenstoffe, mit welchen es gefärbt wird, und die Kohlen, welche zu irgend einer der dabei nöthigen Operationen gebraucht werden.

Unter diesen drei Klassen von Gegenständen wird allein die zweite im Laufe der producirenden Operationen nicht vollständig verbraucht. Die Instrumente und Gebäude können viele Jahre hindurch zur Production angewendet werden; wogegen das, was der Arbeiter zu seinem Unterhalte bedarf, und der unmittelbare oder mittelbare Stoff des bezweckten Guts jederzeit vollständig verbraucht werden. Selbst bei den langdauernden Instrumenten macht die Abnutzung eine theilweise Konsumtion aus.

II. Auf solche Weise wird, Behufs der Production, konsumirt. Es wird aber auch konsumirt, ohne daß dadurch producirt oder zu produciren beabsichtigt würde. Der Lohn

eines Feldarbeiters wird der beabsichtigten Production wegen, der Lohn eines Lakaien oder Kammerdieners aber, ohne damit eine Production zu bezwecken, gegeben. Den Flachs, welchen ein Manufacturist kauft und in Leinenzeug verwandelt, konsumirt er productiv; der Wein dagegen, den er kauft und bei Tische trinkt, ist eine Waare, die er unproductiv konsumirt. Diese Beispiele werden hinreichen, um deutlich zu machen, was wir unter unproductiver Konsumtion verstehen. Unproductiv ist also jede Konsumtion, welche nicht in der Absicht geschieht, vermittelst derselben etwas zu produciren, das ein Aequivalent des Konsumirten abgeben könne.

Aus dieser Darstellung folgt, daß productive Konsumtion selbst nur ein Mittel ist: ein Mittel zur Production. Unproductive Konsumtion dagegen ist kein Mittel; sie ist Zweck. Dieselbe, oder der Genuß, welcher darin liegt, ist das Gut, welches den Be-

wegsgrund zu allen vorhergehenden Operationen abgegeben hat.

Aus dieser Darstellung folgt ebenfalls, daß durch productive Konsumtion nichts verloren wird. Letztere vermindert weder den Reichthum des Einzelnen, noch den der Gesammtheit; denn wenn sie irgend etwas zerstört; so wird eben dadurch etwas anderes hervorgebracht. Sie ist also von der unproductiven Konsumtion ganz verschieden. Was unproductiv konsumirt wird, ist verloren. Um soviel, als auf diese Weise konsumirt wird, vermindert sich der Reichthum des Einzelnen und der Gesammtheit, indem durch diese Konsumtion nichts producirt wird. Die Dinge werden durch diesen Gebrauch vernichtet, und nur das Gute, das Vergnügen, die Zufriedenheit, welche er bewirkt, sind die Folge davon.

Was productiv konsumirt wird, ist allezeit Kapital. Diese Eigenthümlichkeit der

productiven Konsumtion verdient besonders bemerkt zu werden. Die Wahrheit dieses Satzes liegt am Tage. Jemand errichtet mit einem gewissen Kapital eine Tuchmanufactur. Einen Theil desselben verwendet er zur Bestreitung des Arbeitslohns; einen andern Theil auf Anschaffung der Maschinen u. s. w.; und mit dem, was übrig bleibt, kauft er das, was an rohen Stoffen zur Verfertigung und fernern Zubereitung des Tuchs bis zum Verkauf erforderlich ist. Es erhellet also, daß das Ganze eines jeden Kapitals der productiven Konsumtion unterworfen ist. Es ist ebenfalls offenbar, daß alles productiv Konsumirte zu Kapital wird. Denn wenn der Tuchfabrikant, dessen Kapital, wie wir gesehen haben, productiv konsumirt wird, von seinem Gewinn etwas erübrigt, und es in den verschiedenen Arten der zu seinem Geschäft erforderlichen Productivkonsumtion anlegt; so verrichtet es genau dasselbe, wie

sein Kapital, und ist in der That ein Zuwachs dieses letztern.

Die Gesammtheit der Güter, welchen die Productivkräfte des Landes im Laufe eines Jahres das Dasein gegeben haben, nennt man den jährlichen Rohertrag. Der größte Theil desselben ist erforderlich, um das konsumirte Kapital zu ersetzen: dem Kapitalisten das zu erstatten, was er an Arbeitslohn und zum Ankauf der Materialien ausgelegt hat, und ihn für die Abnutzung seiner Instrumente zu entschädigen. Was von dem Rohertrage übrig bleibt, nachdem das konsumirte Kapital ersetzt worden, wird der Reinertrag genannt, und jederzeit entweder als Kapitalgewinn oder als Grundrente vertheilt.

Dieser Reinertrag ist die Quelle, aus welcher jeder Zuwachs des Nationalkapitals gewöhnlich entspringt. Wird der ganze Reinertrag unproductiv konsumirt; so bleibt das Nationalkapital unverändert. Es ist dann

weder vermindert noch vermehrt worden. Wird mehr, als der Reinertrag, unproductiv konsumirt; so ist dieses Mehrere vom Kapital genommen; und um soviel ist dann das Nationalkapital verringert. Ist weniger, als der Reinertrag, unproductiv konsumirt; so wird der Ueberschuß der productiven Konsumtion gewidmet und das Nationalkapital vergrößert.

Obgleich auf diese Weise der Begriff der beiden Arten von Konsumtion und den beiden Arten von Arbeit: der productiven und der unproductiven, sehr genau angegeben ist; so wird es doch nicht leicht, die Scheidelinie zwischen ihnen streng zu ziehen. Meistens sind alle unsere Eintheilungen diesem Uebelstande unterworfen. Zwischen Dingen, welche möglichst weit von einander abstehen, ist fast jederzeit eine mittlere Gattung von Dingen vorhanden, welche sich ihnen stufenweise nähern. Wir theilen die Thiere in zwei Klas-

sen: vernünftige und unvernünftige; und unmöglich können zwei Begriffe deutlicher unterschieden sein. Indessen könnten doch Wesen gefunden werden, rücksichtlich deren es sehr schwer fallen möchte, zu sagen, in welche jener beiden Abtheilungen sie gehören. Auf gleiche Weise giebt es Konsumenten und Arbeiter, von welchen es scheinen könnte, als gehörten sie eben sowohl der productiven, als der unproductiven Klasse an. Dieser Schwierigkeit ohnerachtet ist es für den Zweck einer Erörterung unbedingt nothwendig, daß Eintheilungen gemacht und irgendwo Gränzlinien angegeben werden. Dieß kann mit einer, für die Wissenschaft sowohl, als für die Praxis hinreichenden, Genauigkeit geschehen. Es kommt hauptsächlich darauf an, daß die Definition jeder Abtheilung die wichtigeren Eigenthümlichkeiten der darin begriffenen Gegenstände mit Bestimmtheit angebe. Es ist dann nicht schwierig, in der Praxis,

rücksichtlich derjenigen Dinge, welche auf der Gränze zweier Klassen liegen und gewissermaaßen Eigenthümlichkeiten beider besitzen, einen Ausweg zu finden.

Zweiter Abschnitt.

Was jährlich producirt wird, wird auch jährlich konsumirt.

Aus dem, was wir bis jetzt über die Natur der Production und der Konsumtion festgestellt haben, ist leicht zu ersehen, daß die Gesammtheit dessen, was jährlich producirt wird, auch jährlich konsumirt wird; oder daß das, was in einem Jahre producirt worden, im nächstfolgenden konsumirt wird.

Jedes Ding, das producirt worden, gehört irgend Jemandem an, und wird vom Eigenthümer zu irgend einer Anwendung bestimmt.

stimmt. Eine Sache kann indessen nur auf zweierlei Weise angewendet werden: entweder des unmittelbaren Genusses wegen, oder Behufs eines künftigen Gewinnes. Etwas Behufs eines künftigen Gewinnes anwenden, heißt: es productiv konsumiren. Etwas des unmittelbaren Genusses wegen anwenden, heißt: es unproductiv konsumiren.

Wir haben schon bemerkt, daß das, was Behufs künftigen Gewinnes angewendet wird, sobald als möglich für Arbeitslohn, Instrumente und rohes Material ausgegeben wird. Da es mit Verlust verbunden sein würde, von den zur unproductiven Konsumtion bestimmten Artikeln einen größern Vorrath zu halten, als für den unmittelbaren Bedarf erforderlich ist; so werden alle Artikel dieser Art — mit Ausnahme einiger wenigen, deren Qualität sich durch das Alter verbessert — schnell konsumirt oder auf die Bahn der Konsumtion gebracht.

Ein Jahr wird in der Nationalökonomie als der Zeitraum angenommen, in welchem der Kreislauf der Production und Konsumtion vollbracht ist. Kein Zeitabschnitt trifft hierin ganz genau zu. Einige Artikel werden innerhalb eines weit geringern Zeitraums, als ein Jahr ist, producirt und konsumirt. Rücksichtlich anderer dauert dieß länger, als ein Jahr. Es ist indessen für den Zweck der Erörterung erforderlich, daß irgend ein Zeitraum als derjenige angenommen werde, welcher jenen Kreislauf umfaßt. Ein Jahr ist hierzu am angemessensten. Es entspricht einem Hauptzweige der Production — der Production, welche ein Ergebniß der Bodenkultur ist. Und sobald wir solche Formeln gefunden haben, die jener Annahme genau entsprechen, ist es leicht, dieselben in der Praxis dem Verhältniß derjenigen Güter gemäß zu modificiren, deren Production und Konsumtion in einem längern oder kürzeren

Zeitraum, als dem zur Begründung der allgemeinen Sätze angenommenen, vollendet wird.

Dritter Abschnitt.

Die Konsumtion dehnt sich immer gleichmäßig mit der Production aus.

Es bedarf nur weniger Auseinandersetzungen, um darzuthun, daß dieß eine unmittelbare Folge des im vorhergehenden Abschnitte festgestellten Satzes ist.

Jemand producirt lediglich, weil er etwas zu haben wünscht. Ist die Sache, welche er producirt, dieselbe, die er zu haben wünscht, so hält er inne, sobald er soviel producirt hat, als er zu haben wünscht; und sein Vorrath ist gerade seinem Bedarf angemessen. Der Wilde, der sich seinen Bogen

und seine Pfeile selbst verfertigt, macht nicht mehr Bogen und Pfeile, als er zu haben wünscht.

Producirt Jemand irgend einen Artikel in größerer Quantität, als er für sich selbst verlangt; so kann dieß nur in Einer Absicht geschehen: in sofern er nämlich eine andere Sache zu haben wünscht, welche er gegen den Ueberfluß, den er von jenem Artikel producirt hat, eintauschen kann. Es scheint kaum nöthig, irgend etwas zum Beweise eines Satzes anzuführen, dessen Richtigkeit so augenscheinlich ist. Es würde mit den bekannten Gesetzen der menschlichen Natur unverträglich sein, anzunehmen, daß Jemand sich die Mühe geben sollte, etwas zu produciren, ohne daß er nach irgend Etwas Verlangen trüge. Wenn Jemand eine Sache wünscht, und eine andere producirt; so kann der Grund davon nur sein, daß er die erstere Sache vermittelst der letztern erlangen, und zwar

besser erlangen kann, als wenn er sich bemüht hätte, sie selbst zu produciren.

Sobald die Theilung der Arbeit in einigermaaßen bedeutendem Umfange statt findet, und also jeder Producent sich auf Hervorbringung einer Waare oder des Theils einer Waare beschränkt; so gebraucht er nur einen geringen Theil dessen, was er producirt, zu seiner eigenen Konsumtion. Den Ueberrest wendet er dazu an, sich mit allen den andern Gütern, welche er wünscht, zu versehen; und wenn Jeder sich auf die Production einer Waare beschränkt, und das, was er producirt, gegen das, was Andere producirt haben, austauscht; so findet sich, daß auf diese Weise Jeder von den verschiedenen Dingen, die er verlangt, mehr erhält, als er erhalten haben würde, wenn er sich bemüht hätte, alles für sich selbst zu produciren.

Sofern Jemand das konsumirt, was er producirt, ist, eigentlich gesagt, weder Angebot noch Nachfrage vorhanden. Angebot und Nachfrage sind offenbar Ausdrücke, die sich auf den Tausch beziehen: auf einen Käufer und einen Verkäufer. Aber in dem Fall, wo Jemand für seinen eigenen Bedarf producirt, findet kein Tausch statt. Er bietet weder an, etwas zu kaufen, noch etwas zu verkaufen. Er besitzt etwas eigenthümlich; er hat es producirt, und ist nicht gesonnen, es mit Jemandem zu theilen. Wenden wir metaphorisch die Ausdrücke: Nachfrage und Angebot, auf diesen Fall an; so liegt schon in der Voraussetzung, daß Nachfrage und Angebot einander vollkommen angemessen sind. In Bezug auf Angebot und Nachfrage auf dem Markte können wir also denjenigen Theil des jährlichen Products, welchen jeder Eigenthümer in der Form, in der er es produ-

cirt oder empfängt, selbst konsumirt, ganz außer Berücksichtigung lassen.

Wenn wir hier von Angebot und Nachfrage reden, so meinen wir offenbar die ganze Masse von Gütern. Wenn wir von irgend einer einzelnen Nation sagen, daß zu einer bestimmten Zeit Angebot und Nachfrage bei ihr gleich seien; so meinen wir dieß nicht in Betreff einer oder einiger einzelner Waaren, sondern wir verstehen darunter, daß der Betrag ihrer Nachfrage, in allen Artikeln zusammen genommen, dem Betrage ihres Angebots, in allen Artikeln zusammen genommen, gleich sei. Dieser Gleichheit in den Hauptsummen der Nachfragen und der Angebote ohnerachtet, kann es sich doch sehr wohl ereignen, daß irgend ein oder einige Artikel in einem Verhältniß producirt worden sind, welches die Nachfrage nach diesen besondern Artikeln entweder übersteigt oder nicht erreicht.

Zweierlei ist nöthig, um einer Nachfrage das Dasein zu geben; nämlich: das Verlangen nach der Waare, und ein Aequivalent, welches dafür angeboten werden kann. Eine Nachfrage setzt den Willen und das Vermögen zu kaufen voraus. Fehlt eines von beiden; so findet der Kauf nicht statt. Ein Aequivalent ist die nothwendige Grundlage jeder Nachfrage. Das bloße Verlangen nach einer Waare ist fruchtlos, sobald man nichts hat, was man für dieselbe geben könnte. Das Aequivalent, was man herbeibringt, ist das Instrument der Nachfrage. Der Umfang von Jemandes Nachfrage mißt sich nach der Größe seines Aequivalents ab. Nachfrage und Aequivalent sind Ausdrücke, welche man einen für den andern setzen kann. Das Aequivalent kann Nachfrage, und die Nachfrage kann Aequivalent genannt werden.

Wir haben schon gesehen, daß Jedermann, der producirt, ein Verlangen nach

andern Waaren hat, als die sind, welche er producirt, und zwar ein Verlangen vom Umfange alles dessen, was er producirt hat, ausgenommen, was er selbst davon konsumiren will. Und es ist offenbar, daß Jemand alles das, was er producirt hat, und nicht zu seiner eigenen Konsumtion behalten will, tauschweise für andere Dinge weggeben kann. Also ist sein Wille, zu kaufen, und sein Vermögen, zu kaufen — mit andern Worten: seine Nachfrage genau dem Betrage dessen gleich, was er producirt und nicht zu seiner eigenen Konsumtion bestimmt hat.

Es ist aber offenbar, daß Jedermann zu dem allgemeinen Angebot alles das beiträgt, was er producirt und nicht zu seiner eigenen Konsumtion bestimmt hat. In welcher Form auch ein Theil des jährlichen Products in irgend Jemandes Hände gekommen ist — wenn er gar nichts davon selbst zu konsumiren beabsichtigt; so wünscht er über das Ganze zu

disponiren; und dann wird das Ganze Gegenstand des Angebots: wenn er einen Theil davon selbst konsumirt; so wünscht er über alles Uebrige zu disponiren; und dann wird alles Uebrige Gegenstand des Angebots.

Da hiernach eines Jeden Nachfrage demjenigen Theil des jährlichen Products, oder im Allgemeinen des Eigenthums gleich ist, über welchen er zu disponiren hat; und da andererseits eines Jeden Angebot genau dasselbe ist; so folgt, daß Angebot und Nachfrage eines jeden Einzelnen nothwendig gleich sein müssen.

Nachfrage und Angebot sind Ausdrücke, welche in besonderer Beziehung zu einander stehen. Die Waare, welche angeboten wird, ist zu gleicher Zeit jedesmal das Instrument einer Nachfrage. Eine Waare, welche das Instrument einer Nachfrage ist, wächst zu gleicher Zeit jedesmal der Masse des Angebots zu. Jede Waare ist jedesmal zu einer und

derselben Zeit Gegenstand von Nachfrage und von Angebot. Von zwei Personen, die einen Tausch treffen, kommt nicht die Eine nur mit einer Nachfrage, und die Andere nur mit einem Angebote; vielmehr kommt jede von ihnen mit beiden, einer Nachfrage und einem Angebote. Das Angebot, welches Jemand macht, ist das Instrument seiner Nachfrage; und seine Nachfrage und Angebot sind folglich einander ganz gleich.

Sind aber Nachfrage und Angebot eines jeden Individuums allezeit einander gleich; so müssen Nachfrage und Angebot aller Individuen der Nation zusammen genommen ebenfalls einander gleich sein. Wie hoch also auch der Betrag des jährlichen Products sein mag; so kann er nie den Betrag der jährlichen Nachfrage übersteigen. Das ganze jährliche Product zerfällt in so viele Portionen, als Einzelne vorhanden sind, welche daran Theil haben. Das Ganze der Nach-

frage beträgt soviel von allen einzelnen Portionen, als die Eigenthümer nicht zu ihrer eigenen Konsumtion behalten wollen. Alle einzelnen Portionen zusammen genommen machen aber das ganze Product aus. Der Beweis ist also vollständig geführt.

Wie vollständig aber auch hienach der Beweis erscheint, daß die Nachfrage einer Nation jederzeit ihrem Angebote gleich sein muß, und daß es dieser nie an einem Markte fehlen kann, der hinreichenden Absatz für die Gesammtheit ihres Products darbietet; so ist doch dieser Satz selten gehörig begriffen und zuweilen ausdrücklich bestritten worden.

Der Einwurf wird darauf gegründet, daß oft Waaren, in Vergleich mit der Nachfrage darnach, im Ueberfluß vorhanden sind.

Die Thatsache wird nicht bestritten. Man wird aber leicht einsehen, daß sie die Richtigkeit des Satzes nicht angreift, welchen sie bestreiten soll.

Obgleich es unleugbar ist, daß die Nachfrage, mit welcher Jemand auf den Markt kommt, dem Angebote, mit welchem er kommt, gleich ist; so findet er doch vielleicht nicht den Käufer, den er gerade sucht. Es kann sich treffen, daß Niemand auf den Markt gekommen ist, der gerade die Waare verlangte, welche jener anbietet. Es ist aber deswegen nicht weniger nothwendig wahr, daß er mit einer Nachfrage kam, welche seinem Angebote gleich war; denn er verlangte etwas für die Güter, welche er mitbrachte. Es macht keine Aenderung, wenn man sagt, daß er vielleicht nur Münze verlangte; denn Münze ist ebenfalls eine Waare; und überdieß verlangt Niemand Münze, als um dieselbe in Gegenstände entweder der productiven oder der unproductiven Konsumtion umzusetzen.

Da die Nachfrage eines Jeden seinem Angebote gleich ist; so muß nothwendig,

wenn irgend eine Waare in größerer Menge angeboten, als verlangt wird, irgend eine andere Waare in geringerer Menge angeboten, als verlangt werden.

Ist die Nachfrage eines jeden Einzelnen seinem Angebote gleich; so müssen Nachfrage und Angebot Aller zusammen genommen ebenfalls immer gleich sein. Man setze voraus, daß von diesen beiden gleich großen Quantitäten die eine in eine gewisse Anzahl Theile, und die andere in eben soviel Theile, welche alle gleich sind, abgetheilt sei; und daß diese Theile einander genau entsprechen; daß gerade soviel Theile des Angebots auf Getraide lauten, als Theile der Nachfrage; eben soviel Theile des erstern auf Tuch, als Theile der letztern u. s. w. — so ist augenscheinlich, daß in diesem Falle kein Ueberfluß an irgend einer Waare da sein wird, der Betrag des jährlichen Products mag groß oder klein sein. Man setze nun ferner voraus, daß diese ge=

naue Uebereinstimmung der einzelnen Bestandtheile der Nachfrage und des Angebots gestört werde; man setze voraus, die Nachfrage nach allen Dingen bliebe dieselbe, das Angebot von Tuch werde aber bedeutend vermehrt; so wird folglich ein Ueberfluß an Tuch vorhanden sein, indem die Nachfrage darnach nicht zugenommen hat. Aber nothwendig muß nun in demselben Verhältniß ein Mangel an andern Dingen eintreten; denn die Verfertigung der größern Menge Tuch konnte nur auf Eine Weise bewerkstelligt werden — dadurch nämlich, daß man der Production anderer Dinge Kapital entzog, und so die producirte Quantität derselben verminderte. Wird aber die Quantität einer Waare vermindert, während die Nachfrage nach der frühern größern Menge unverändert bleibt; so entsteht ein Mangel an dieser Waare. Es ist mithin unmöglich, daß in irgend einem Lande ein oder mehrere Waarenartikel in

größerer Menge, als davon verlangt wird, vorhanden sein können, wofern nicht in gleichem Maaße ein oder mehrere Waarenartikel in geringerer Menge, als davon verlangt wird, vorhanden sind.

Die Wirkungen, welche in der Praxis aus einem Mangel an Uebereinstimmung in den Bestandtheilen der Nachfrage und des Angebots entstehen, sind allgemein bekannt. Die Waare, mit welcher der Markt überfüllt ist, sinkt, diejenige, an welcher es fehlt, steigt im Preise. Dieses Schwanken wird von Jedermann hinlänglich begriffen. Der niedrige Stand des Preises einer Waare, an welcher ein Ueberfluß vorhanden ist, vertreibt durch die Verminderung des Kapitalgewinns sehr bald einen Theil des in diesem Productionszweige beschäftigten Kapitals; der hohe Preis eines mangelnden Artikels zieht einen neuen Theil des Kapitals zu diesem Productionszweige hin, bis die Kapitalgewinne ausge-

ausgeglichen, d. h. bis Nachfrage und Angebot wieder in Uebereinstimmung mit einander gebracht sind.

Das Aeußerste, was für die Behauptung, daß Production schneller als Konsumtion zu steigen vermöge, angeführt werden könnte, wäre unzweifelhaft der Fall, wo Jedermann nur das Allernothdürftigste konsumirte, mithin der ganze Ueberrest des jährlichen Products erhalten würde. Dieser Fall ist in der That unmöglich, indem er mit den Gesetzen der menschlichen Natur unverträglich ist. Indessen lassen sich die Folgen, die er haben würde, angeben, und sie werden dazu dienen, die Beweise, durch welche wir die beständige Gleichheit des Products und des Bedarfs dargethan haben, in ein helleres Licht zu setzen.

In einem solchen Falle würde alles, was von dem jährlichen Product auf eines Jeden Antheil käme, mit Ausnahme des zur eigenen Konsumtion Unentbehrlichen, zur Pro-

duction angewendet werden. Alle Production würde nun bloß auf rohe Producte und einige wenige gemeine Handwerkswaaren gerichtet sein, indem allein nach solchen Artikeln einige Nachfrage geschehen würde. Da eines Jeden Antheil am jährlichen Product, nach Abzug seiner eigenen Konsumtion, zur fernern Production angewendet würde; so würde er also in Gegenständen, die zur Hervorbringung roher Producte und gemeiner Handwerkswaaren dienen, angelegt werden. Diese Gegenstände sind aber eben selbst rohe Producte und gemeine Handwerkswaaren. Jedermanns Nachfrage würde sich also auf diese Artikel beschränken. Aber das ganze Angebot würde ebenfalls in denselben Artikeln bestehen. Und es ist bewiesen, daß die gesammte Nachfrage und das gesammte Angebot nothwendig gleich sein müssen; denn die ganze Masse des jährlichen Products, nach Abzug des von den Theilhabern selbst

Konsumirten, wird als das Instrument der Nachfrage, und die ganze Masse des jährlichen Products, nach gleichem Abzuge, wird als Angebot zu Markte gebracht.

Es ist also durch kumulative Beweise dargethan, daß die Production nie zu schnell für die Nachfrage fortschreiten kann. Production ist die Ursache, und zwar einzige Ursache der Nachfrage. Sie erzeugt nie ein Angebot, ohne zugleich und in demselben Maaße eine Nachfrage zu erzeugen.

Vierter Abschnitt.

Auf welche Weise die Regierung konsumirt.

Alle Konsumtion geschieht entweder durch Einzelne oder durch die Regierung. Nachdem wir die Konsumtion der Einzelnen abgehandelt haben, bleibt uns noch übrig, von

der Konsumtion zu reden, welche durch die Regierung verursacht wird.

Obwohl die Konsumtion durch die Regierung, sofern sie wirklich nöthig, auch von der höchsten Wichtigkeit ist; so befördert sie doch die Production nicht, oder wenigstens nur auf sehr indirecte Weise. Das, was die Regierung konsumirt, wird, anstatt als Kapital konsumirt und durch ein neues Product ersetzt zu werden, konsumirt, ohne dagegen etwas zu produciren. Zwar bringt diese Konsumtion in der That denjenigen Schutz hervor, unter welchem alle Production statt gefunden hat; es würde aber nichts producirt worden sein, wenn nicht andere Gegenstände auf eine von der Konsumtionsweise der Regierung abweichende Art konsumirt worden wären. Dieß sind die Gründe, weshalb die Ausgaben der Regierung zur unproductiven Konsumtion gerechnet werden müssen.

Das Einkommen der Regierung muß entweder aus der Grundrente, oder aus dem Kapitalgewinne, oder aus dem Arbeitslohne abgeleitet werden.

Es ist zwar der Regierung möglich, einen Theil des Nationalkapitals zu konsumiren. Indessen kann dieß nur während eines Jahres oder einiger wenigen Jahre geschehen. Jedes Jahr, in welchem sie einen Theil des Kapitals konsumirt, verringert sie das jährliche Product verhältnißmäßig; und geschieht dieses fortwährend, so wird das Land verwüstet. Dieß kann mithin nicht als dauernde Quelle des Einkommens betrachtet werden.

Muß das Einkommen der Regierung jederzeit aus einer oder einigen der drei Quellen: Grundrente, Kapitalgewinn und Arbeitslohn, abgeleitet werden; so sind die einzigen Fragen hierüber, welche einer Antwort bedürfen: Auf welche Art, und in welchem

Verhältnisse soll es aus jeder entnommen werden?

Der directe Weg bietet sich am ersten dar. Ich werde daher zuerst betrachten, was besonders Wichtiges vorkommt, wenn die Regierung von der Grundrente, dem Kapitalgewinne und dem Arbeitslohne auf directe Weise ein Einkommen bezieht; und zweitens werde ich das Bemerkenswertheste über diejenigen Mittel anführen, welche man angewendet hat, um das Einkommen der Regierung auf indirectem Wege aus jenen Quellen abzuleiten.

Fünfter Abschnitt.

Auflagen auf die Grundrente.

Es ist hinlänglich klar, daß der Gewerbsfleiß eines Landes dadurch nicht gestört wird, daß die Regierung einen Theil der Grundren-

te zur Bestreitung ihrer Ausgaben wegnimmt. Die Bebauung des Bodens hängt von dem Kapitalisten ab, welcher sich diesem Geschäfte widmet, in sofern es den gewöhnlichen Kapitalgewinn abwirft. Für ihn ist es vollkommen gleichgültig, ob er den Ueberschuß als Rente an einen Grundeigenthümer oder als Abgabe an einen öffentlichen Einnehmer zahlt.

Zu einer gewissen Zeit wurden in Europa, wenigstens die gewöhnlichen Ausgaben des Souverains, dem größten Theile nach durch den Ertrag seiner eigenthümlichen Landbesitzungen gedeckt; während die Kosten kriegerischer Unternehmungen hauptsächlich durch seine Barone bestritten wurden, denen ein Eigenthumsrecht an gewissen Theilen des Landes unter dieser ausdrücklichen Bedingung zugestanden war. Damals wurden also die gesammten Regierungskosten, mit unbedeutenden Ausnahmen, allein durch die Grundrente getragen.

In den vornehmsten asiatischen Monarchieen sind sämmtliche Ausgaben des Staats zu allen Zeiten aus der Grundrente bestritten worden, obwohl auf eine von jener abweichende Weise. Der Grund und Boden war im Besitze der wirklichen Landbauer, gemeiniglich in kleinen Antheilen, unter einem, beständige und übertragbare Rechte verleihenden, Titel; aber unter der Verpflichtung, jährlich das zu bezahlen, was die Regierung fordert. Diese Forderung war der Willkühr des Herrschers anheim gestellt, und betrug selten weniger, als die ganze Grundrente.

Wenn ein ganzes Volk in ein neues Land einwanderte, und der Grund und Boden daselbst noch nicht Privateigenthum geworden wäre; so möchte sich wohl dafür, daß man die Grundrente als eine zur Befriedigung der Regierungsbedürfnisse besonders geeigente Quelle ansehe, anführen lassen: daß durch diese Maaßregel die Betriebsamkeit nicht im

Mindesten beengt, und die Kosten der Regierung bestritten würden, ohne, daß irgend einem Einzelnen eine Last aufgelegt werden dürfte. Die Kapitalisten würden von ihrem Kapitalgewinne, die arbeitende Klasse von ihrem Arbeitslohne keinen Abzug irgend einer Art erleiden; und Jedermann könnte sein Kapital in dem Geschäft anlegen, welches wirklich den meisten Vortheil gewährte, ohne daß er durch die verderblichen Wirkungen einer Auflage versucht würde, dasselbe aus einer Anwendung, in welcher es der Nation mehr producirte, wegzunehmen, um es einer andern zu widmen, in der es weniger producirt. Es entspringt daher ein wirklicher Vortheil daraus, wenn die Grundrente vorbehalten wird, um damit die Bedürfnisse des Staats zu befriedigen.

Es würde allerdings hierbei, selbst wenn Grund und Boden noch nicht Privateigenthum geworden wäre, das Unpaßliche (in conve-

nience) eintreten, daß in einem Lande von einiger Ausdehnung, dessen Bevölkerung einen gewissen Grad erreicht hätte, die gesammte Grundrente den Betrag, dessen die Regierung zu ihren Ausgaben bedürfte, übersteigen würde. Der Ueberschuß müßte ohne Zweifel unter das Volk vertheilt werden, und zwar auf die Art, welche zur Beförderung seiner Glückseligkeit am meisten beitrüge. Wahrscheinlich würde dieser Zweck auf keine Art so gut erreicht werden, als dadurch, daß man den Grund und Boden zum Privateigenthum machte. Da sich keine Schwierigkeit dabei findet, den Grund und Boden unter der Bedingung zum Privateigenthum zu machen, daß er für einen Theil der öffentlichen Lasten verhaftet bleibe; so scheint auch unbedenklich, ihn unter der Bedingung zum Privateigenthum zu machen, daß er für sämmtliche öffentliche Lasten verantwortlich bliebe. In diesem Falle würde nur zu einem Besitzthume von gewissem

Werthe eine größere Menge Land erforderlich sein. Die Erfahrung würde den Werth desselben unter jenen Umständen eben so genau ausmitteln, als dieß jetzt geschieht; und in jeder andern Rücksicht würde der Verkehr der Gesellschaft offenbar keine Veränderung erleiden.

Wo man indessen den Grund und Boden ins Privateigenthum hat übergehen lassen, ohne der Grundrente, rücksichtlich der öffentlichen Ausgaben, besondere Verpflichtungen aufzulegen; wo der Grund und Boden unter solchen Bedingungen ge- und verkauft ist, und wo die Erwartungen der Einzelnen diesem Zustande der Dinge entsprechen; da kann ohne Ungerechtigkeit nicht verlangt werden, daß die Grundrente ausschließend die Bedürfnisse der Regierung bestreiten solle. Es wäre eine partielle und ungleiche Besteuerung, indem die Staatslasten dadurch auf eine Klasse von Personen gewälzt, und alle übrigen be-

freiet würden. Dieß ist daher eine Maaßregel, an welche eine Regierung nicht denken darf, sofern sie sich bei ihrem Verfahren durch die Grundsätze der Gerechtigkeit leiten lassen will.

Die Rente indessen, welche ge- und verkauft wird; die Rente, auf welche die Erwartungen der Einzelnen gegründet sind, und welche deshalb von jeder besondern Besteuerung frei bleiben muß — diese ist die gegenwärtige Rente, oder höchstens die gegenwärtige mit einer sehr beschränkten Aussicht auf Erhöhung. Auf ein Mehreres kann füglich Niemand spekuliren, weder bei Schließung eines Kaufs, noch bei Versorgung einer Familie. Man nehme nun an, unter solchen Umständen wäre es in der Gewalt der Gesetzgebung, durch eine von ihr ausgegangene Maaßregel, den Reinertrag des Grundes und Bodens zu verdoppeln, während alles Uebrige unverändert bliebe; so würde die

Gesetzgebung, rücksichtlich der Gerechtigkeit, durch nichts abgehalten werden, und, rücksichtlich der Rathsamkeit, sehr starke Veranlassung haben, ihre Gewalt zum Vortheil des Staats zu gebrauchen, diesen neuen Fonds, soviel davon erforderlich, zu Bestreitung der Regierungskosten zu verwenden und die Unterthanen übrigens von jeglicher Last in dieser Beziehung zu befreien. Kein Recht des ursprünglichen Landeigners würde verletzt. Seine Rente bliebe unverändert, so wie er sie genossen hatte, und großentheils selbst so, wie er sie zu genießen gehofft hatte. Zu gleicher Zeit würde jedem Einzelnen der Gesellschaft daraus ein großer Vortheil erwachsen, daß er nun von jenen Beisteuern zu den Ausgaben der Regierung befreit bliebe, welchen er unter andern Umständen unterworfen gewesen wäre.

In der That besitzt die Gesetzgebung wirklich diese Gewalt, von der ich bisher

nur als von einer Fiction geredet habe. Durch alle jene Maaßregeln, welche die Bevölkerung und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln erhöhen, vermehrt die Gesetzgebung den reinen Ertrag des Bodens eben so gewiß, als wenn sie die Macht hätte, diese Wirkung durch irgend einen Zauberschlag hervorzubringen. Daß sie dieß in dem wirklichen Falle nur nach und nach, in dem imaginären aber durch eine unmittelbare Operation bewirkt, macht, rücksichtlich des Resultats, keinen Unterschied. Die ursprüngliche Rente, welche dem Eigenthümer zustand; auf deren Grund er seinen Kauf abgeschlossen, wenn er kaufte; und auf welche allein er Rücksicht nehmen konnte, wenn er zu Gunsten seiner Familie Dispositionen traf — diese ursprüngliche Rente ist leicht von jedem Zuwachs zu unterscheiden, welcher möglicher Weise dem reinen Ertrage des Bodens, gleichviel ob allmählig oder plötzlich, verschafft werden kann.

Darf ein plötzlich bewirkter Zuwachs ohne Ungerechtigkeit gegen den Eigenthümer zu dem Staatszweck verwendet werden; so läßt sich gar kein Grund denken, warum ein allmählig bewirkter Zuwachs nicht ebenso verwendet werden dürfte.

Es ist gewiß, daß, so wie die Bevölkerung zunimmt und das Kapital mit immer geringerer Productivkraft auf den Boden angewendet wird, ein immer größerer Theil des reinen Ertrages des Landes, der Grundrente zuwächst, während der Kapitalgewinn in demselben Verhältnisse abnimmt. Diese fortwährende Vermehrung, welche ihren Grund in dem Zustande der Gesammtheit, keinesweges aber in einer besondern Mitwirkung des Grundeigenthümers, hat, scheint ein nicht weniger zur Verwendung für den Staatszweck geeigneter Fonds zu sein, als die gesammte Rente in einem Lande, wo der Boden noch nicht Privateigenthum geworden ist. Sobald

die ursprüngliche Rente des Grundeigenthümers, auf welche allein seine Dispositionen rücksichtlich seiner selbst und seiner Familie gegründet sein müssen, von jeder besondern Belastung gesichert ist, kann er keinen Grund zur Beschwerde haben, wenn eine neue Quelle des Einkommens, welche ihm nichts kostet, dem Dienste des Staats überwiesen wird; und ist dieß der Fall, so erscheint es auch offenbar als gleichgültig, ob diese neue Quelle auf den Grund und Boden oder auf irgend etwas Anderes gegründet ist.*)

Sechster Abschnitt.

Auflage auf den Kapitalgewinn.

Eine directe Auflage auf den Kapitalgewinn giebt keine Veranlassung zu einigermaaßen

*) Siehe Zusatz VII.

ßen schwierigen Erörterungen. Sie würde lediglich auf die Eigenthümer der Kapitale fallen und keinem andern Theile der Gesammtheit zugeschoben werden können.

Da alle Kapitalisten gleich angezogen werden; so liegt darin keine Veranlassung für irgend Jemand, sein Kapital von dem Productionszweige, dem er es bisher gewidmet hatte, abzuziehen und einem andern zuzuwenden. Muß er einen gewissen Theil des Gewinnes, den er aus seinem bisherigen Geschäfte bezieht, abgeben; so würde er von dem Gewinn aus irgend einem andern Geschäfte, dem er sich etwa zuwenden wollte, einen ganz gleichen Theil abgeben müssen. Eine solche Auflage kann mithin nicht die Folge haben, daß die Kapitale aus einer Art der Anwendung zu einer andern übergehen. Dieselbe Quantität jeder Art von Gütern wird hervorgebracht werden, sofern dieselbe Nachfrage nach ihnen vorhanden ist. Daß

im Ganzen dieselbe Masse von Nachfrage da sein wird, ist ebenfalls offenbar. Dasselbe Kapital wird, der Voraussetzung zu Folge, in dem Productionsgeschäft angewendet; muß nun der Kapitalist einen Theil seines Gewinnes abgeben, und wird sein Vermögen zu kaufen um soviel vermindert; so geht dasselbe auf die Regierung über, deren Vermögen zu kaufen sich in demselben Maaße vergrößert.

Es bleibt daher dieselbe Nachfrage und dasselbe Angebot; es bleibt auch dieselbe Menge Münze; und deshalb bleibt auch der Münzwerth jeder Sache unverändert, wie vorher.

Siebenter Abschnitt.

Auflage auf den Arbeitslohn.

Die Wirkung einer directen Auflage auf den Arbeitslohn giebt Stoff zu zusammengesetzteren Erörterungen.

Wenn der Arbeitslohn in die Höhe ginge; so würde die Auflage nicht auf den Arbeiter fallen. Ginge der Arbeitslohn nicht in die Höhe, oder doch nicht im Verhältniß der Auflage; so würde letztere entweder ganz oder zum Theil auf den Arbeiter fallen.

Vorausgesetzt, die Auflage brächte kein Steigen des Arbeitslohns hervor; so behielte folglich jeder Kapitalist die Mittel, eben soviel Menschen zu beschäftigen, als vorher. Denn da der Arbeitslohn und das Kapital unverändert blieben; so würde auch der Umfang der Beschäftigung unverändert bleiben.

Wenn wir unter diesen Umständen voraussetzen, daß plötzlich ein neuer Fond zur Beschäftigung von Arbeitern aufgefunden würde, ohne daß zugleich eine Vergrößerung der Anzahl dieser letztern einträte; so würde offenbar der Arbeitslohn steigen. Es wäre nun eine neue Klasse von Personen vorhanden, welche Arbeiter suchten; die ganze

Masse derjenigen, welche Arbeiter beschäftigen, würde mit einander in Konkurrenz treten und folglich den Preis der Arbeit steigern, indem die Nachfrage nach Arbeit schneller, als das Angebot derselben, zugenommen hätte.

Es ist aber offenbar, daß unter den oben vorausgesetzten Umständen ein solcher neuer Fond zur Beschäftigung von Arbeitern geschaffen wäre. Der ganze Betrag dessen, was als Auflage auf den Arbeitslohn erhoben würde, käme in die Hände der Regierung. Die Abgaben, welche in die Hände der Regierung kommen, beschäftigen auf gleiche Weise Arbeiter, wie das Einkommen eines Einzelnen oder einer Klasse von Einzelnen. Sie werden entweder als Arbeitslohn oder zum Ankauf von Gütern, welche das Product der Arbeit sind, ausgegeben.

Wenn aber die Kapitalisten dieselben Mittel zur Beschäftigung von Arbeitern behalten, und zur Disposition der Regierung

neue, bisher nicht vorhanden gewesene, Mittel zur Beschäftigung von Arbeitern gestellt werden; so muß nothwendig ein Steigen des Arbeitslohns die Folge davon sein.

Es ist nun zu untersuchen, in welchem Umfange dieses Steigen statt finden werde. Die Auflösung ist nicht schwierig. Sobald ein neuer Fond der Beschäftigung von Arbeitern gewidmet und nicht gleichzeitig die Zahl dieser letztern vergrößert wird; so muß der Arbeitslohn, dem Umfange dieses Fonds gemäß, steigen. Nach unserer Voraussetzung sind die sämmtlichen ältern Fonds bereits zur Beschäftigung von Arbeitern angewendet, und der neue Fond kommt außerdem hinzu. Die Zahl der Arbeiter bleibt dieselbe; sie theilen nun die alten Fonds unter sich und überdieß noch den neu hinzugekommenen. Ihr Arbeitslohn, als ein Ganzes betrachtet, nimmt daher genau um den Betrag des neuen Fonds zu, welcher zu den ältern hinzugekom-

men ist. In dem Falle aber, wo eine Auflage vom Arbeitslohne erhoben worden, beträgt der neue Fond gerade soviel, als diese Auflage. Der Arbeitslohn wird daher durch eine solche Auflage um eben soviel gesteigert, als diese beträgt. Folglich trifft diese Auflage nicht den Arbeiter.

Trifft aber die Auflage nicht den Arbeiter; so ist die nächste Frage, auf wen sie sonst fällt? Wir haben schon gesehen, daß eine Erhöhung des Arbeitslohns jederzeit mit einem Sinken des Kapitalgewinnes verbunden ist; daß, da der Kapitalist und der Arbeiter das durch Arbeit und Kapital Hervorgebrachte unter sich theilen, der Antheil des Einen gerade um soviel abnehmen muß, als der Antheil des Andern zunimmt. Eine Auflage auf den Arbeitslohn trifft folglich den Kapitalisten, und ist dasselbe wie eine Auflage von gleichem Betrage auf den Kapitalgewinn.

Es giebt indessen gewisse Fälle, wo das Ergebniß ein anderes sein würde. Wenn nämlich eine vom Arbeitslohne erhobene Auflage von der Regierung nicht im Lande ausgegeben, sondern als Tribut, oder in anderer Gestalt, regelmäßig an ein fremdes Land bezahlt würde; so träte keine Erhöhung des Arbeitslohns ein. Denn in diesem Falle wäre der zur Disposition der Regierung gestellte Fond nicht zur Beschäftigung von Arbeitern im Lande bestimmt. *)

Es giebt gewisse directe Auflagen, welche, der Absicht nach, alle Quellen des Einkommens gleichmäßig treffen sollen: z. B. die Fixaccise (assessed taxes), die Zölle und die Einkommensteuern. Nach dem bisher Gesagten wird leicht zu ersehen sein, wer in jedem Falle die Last derselben zu tragen hat. In sofern sie von Personen gezahlt werden,

*) Siehe Zusatz VIII.

deren Einkommen von der Grundrente oder vom Kapitalgewinn herrührt, werden sie auch wirklich von denselben getragen. Der Grundeigenthümer kann weder seine Rente, noch der Kapitalist den Preis seiner Waaren in Folge derselben erhöhen. Die Auflage bringt keine vermehrte Nachfrage hervor. Wird aber ein Theil einer solchen Auflage von dem Arbeiter bezahlt; so ist das Ergebniß verschieden. Steigt sein Arbeitslohn nicht; so steigt die Nachfrage nach Arbeit. Die Fonds der Kapitaleigner werden alle, ebenso wie bisher, zur Beschäftigung von Arbeitern verwendet; und was die Arbeiter als Abgabe bezahlt haben, wird nun ein neuer Fond in den Händen der Regierung.

Die Wirkung dieser Auflagen auf die Preise läßt sich leicht ermitteln. Eine Auflage auf die Grundrente wird keine Aenderung in dem Preise irgend einer Sache her-

vorbringen. *) Die Rente ist Wirkung des Preises; und die Wirkung kann nicht auf die Ursache wirken. Daß eine Auflage auf den Kapitalgewinn die Preise nicht ändert, ist schon gezeigt worden. Rücksichtlich der Auflage auf den Arbeitslohn finden zwei Fälle statt: der, wo die Auflage den Arbeitslohn steigert, und der, wo sie ihn nicht steigert. In dem letztern Falle, wo sie ihn nicht steigert, wird man wohl nicht annehmen, daß ein Steigen der Preise erfolgen könnte.

Der Voraussetzung nach hat das Kapital des Landes, folglich auch die Quantität des Products, keine Aenderung erlitten. In Bezug auf die Nachfrage ist den Arbeitern ein Theil des Vermögens zu kaufen, welches sie bisher hatten, genommen; aber alles, was ihnen genommen worden, ist der Regierung

*) Siehe Zusatz IX.

zugegangen. Nun haben wir zwar vorausgesetzt, daß in diesem Falle die Regierung den Betrag der Auflage außerhalb Landes sende. Nimmt man aber an, daß dieser Betrag in Waaren versandt werde; so erfolgt offenbar keine Verminderung der Preise. Geschieht die Versendung in Metall, so kommt es am Ende auf das Nämliche hinaus; denn da die Leere, welche hierdurch auf dem Metallmarkte entsteht, ausgefüllt werden muß, so sendet man Waaren ins Ausland, um Metall einzukaufen. Die Ausfuhr des Metalls bewirkt zwar, in sofern die Quantität der Münze dadurch verringert wird, ein vorübergehendes Sinken der Preise; aber dieß würde auch bei jeder andern Gelegenheit dieselbe Wirkung hervorgebracht haben.

In dem Falle, wo der Arbeitslohn steigt, ist gleichfalls zu ersehen, daß Kapital und Product des Landes, Betrag der Nachfrage

und des Angebots, und Werth der Münze, Alles unverändert bleibt. Das Ganze der Preise bleibt daher ebenfalls unverändert, indem eine Sache durch die andere kompensirt wird. Diejenigen Veränderungen indessen, welche, so oft der Arbeitslohn steigt, und der Kapitalgewinn fällt, in dem relativen Werthe gewisser Arten von Waaren statt finden, müssen nothwendig auch bei dieser Gelegenheit vorkommen. Solche Waaren, deren Production hauptsächlich durch stehendes Kapital und mit wenigem Arbeitslohn bewirkt wird, fallen im Preise, im Vergleich gegen solche, bei deren Production unmittelbare Arbeit das Hauptvehikel, stehendes Kapital aber wenig oder gar nicht erforderlich ist. Die Ausgleichung dieser Veränderungen ist aber vollständig; denn um soviel, als die eine dieser beiden Klassen von Gütern im Preise fällt, um soviel steigt die andere; und der Preis beider Klassen zusammen genommen,

oder der Durchschnitt aus beiden, bleibt, nach wie vor, derselbe.

Achter Abschnitt.

Auflagen auf Waaren, entweder auf einige Arten derselben, oder gleichmäßig auf alle Waaren.

Auflagen auf Waaren treffen entweder einige besondere Arten derselben, oder überhaupt alle Waaren.

Wird irgend eine besondere Waare besteuert, und andere nicht; so steigt jene Waare im Preise oder im Tauschwerthe; und dem Kaufmann oder dem Producenten wird das, was er für die Auflage vorgeschossen hat, wieder erstattet. Würde ihm dieser Vorschuß nicht wieder erstattet; so befände er sich im Nachtheile gegen Andere und würde das

Geschäft mit dieser Waare aufgeben. Da in diesem Falle die Auflage auf den Preis der Waare geschlagen wird; so muß sie der Konsument allein tragen.

Werden alle Waaren nach Verhältniß ihres Werths besteuert; so findet der Unterschied statt, daß keine derselben im Vergleich gegen eine andere im Tauschwerthe steigt. War eine Elle Tuch soviel werth, als vier Ellen Leinewand, und es wird auf jedes derselben eine Steuer von Zehn vom Hundert des Werths gelegt; so wird eine Elle Tuch nach wie vor soviel werth sein, als vier Ellen Leinewand.

Eine Werthsteuer auf alle Waaren bewirkt eine allgemeine Steigerung der Preise derselben.

Die Mitglieder der Gesammtheit kommen jedes mit derselben Menge Münze, als vorher, zu Markte. Ein Zehntheil der letztern wird aber der Regierung zugestellt, sobald es in die Hände der Producenten kommt.

Es wird aber unverzüglich zu fernern Ankäufen angewendet, es sei nun durch die Regierung selbst oder durch diejenigen, welchen die Regierung dasselbe überlassen hat. Mithin wird dieses Zehntheil, nachdem jene Steuer aufgelegt worden, ein Mal öfter in die Hände der Producenten kommen, als vorher. Bevor die Steuer aufgelegt war, kam es aus den Händen der Waarenkäufer ein Mal in die der Waarenproducenten, und blieb bei den Letztern. Nachdem die Steuer aufgelegt worden, kommt es auf gleiche Weise in die Hände der Producenten; aber es bleibt nicht bei diesen. Vielmehr geht es aus ihnen an die Regierung und kommt von letzterer zum zweiten Male in die Hände der Producenten.

Auf diese Weise erhalten die Producenten für ihre Güter nicht nur, wie vorher, die vollen zehn Zehntheile der Münze des Landes, sondern sie erhalten das eine Zehntheil zwei Mal, anstatt daß sie es früher nur ein Mal

erhielten. Dieß ist genau dasselbe, als ob sie eilf Zehntheile erhielten oder als ob die Münze des Landes um ein Zehntheil vermehrt worden wäre. Mithin ist das Vermögen der Münze, zu kaufen, um ein Zehntheil verringert worden; mit andern Worten: die Preise der Dinge haben sich um ein Zehntheil erhöhet.

Wer in diesem Falle die Auflage eigentlich tragen müsse, ist zum Ueberfluß klar. Die Käufer kommen mit derselben Menge Münze als vorher. Das Vermögen der Münze, zu kaufen, hat sich indessen um ein Zehntheil vermindert; den Käufern steht mithin jetzt um ein Zehntheil weniger an Waaren zu Gebote. Folglich fällt die Auflage auf die Käufer.

Neunter Abschnitt.

Eine Auflage auf das Product des Bodens.

Eine Auflage auf Producte des Bodens, z. B. auf Getraide, würde den Preis des Getraides steigern, wie bei jeder andern Waare. Folglich würde sie weder der Grundherr, noch der Pächter, sondern der Konsument zu tragen haben. Der Pächter ist in gleicher Lage, wie jeder andere Kapitalist oder Producent; und wir haben zur Genüge gesehen, auf welche Art die Auflage auf Waaren, von dem Producenten auf den Konsumenten übergeht.

Den Grundherrn trifft sie eben so wenig. Wir haben schon gesehen, daß ein Theil des auf die Kultur des Bodens angelegten Kapitals soviel einträgt, um den gewöhnlichen Kapitalgewinn, aber nicht mehr, abzuwerfen. Der Preis des Products muß hinreichen,

chen, diesen Gewinn zu gewähren, sonst würde das Kapital aus dem Geschäft gezogen werden. Wird eine Auflage auf das Product gelegt und von dem Producenten erhoben; so folgt, daß der Preis des Products hinlänglich steigen muß, um die Auflage zu ersetzen. Beträgt letztere Zehn vom Hundert, oder irgend eine andere Quote des Verkaufspreises; so muß das Getraide um ein Zehntheil, oder in jedem andern Verhältnisse, im Werthe steigen.

In diesem Falle ist leicht zu ersehen, daß kein Theil der Auflage vom Grundherrn getragen wird. Es ist dasselbe, als ob ein Zehntheil des Products in Natur abgegeben würde. Offenbar erhielte dann der Grundherr ein Zehntheil des Products weniger. Da letzteres aber um ein Zehntheil im Werthe stiege, würde jener Ausfall vollkommen ausgeglichen. Die Grundrente bliebe zwar nicht dieselbe, rücksichtlich der Masse von Produ-

eten, aus welchen sie bestände, wohl aber rücksichtlich des Werths.

Würde anstatt einer nach den Preisen veränderlichen Auflage auf jeden Bushel oder Quarter Getraide eine feste, in Münze bestimmte, Auflage gemacht; so bestände die Grundrente nach wie vor in derselben Summe Münze. Man nehme an, das Grundstück oder Kapital, welches nach der obigen Auseinandersetzung keine Rente gewährt, producire überhaupt zwei Quarter; und das, was eine Rente gewährt, producire sechs Quarter; so würden in diesem Falle auf den Antheil des Grundherrn vier Quarter kommen. Legte man nun eine Steuer von einem Pfund auf den Quarter; so müßte der Quarter Getraide um ein Pfund steigen. Vor Entstehung der Auflage bezahlte der Pachter dem Grundherrn den Preis von vier Quartern; nach derselben entrichtet er ihm den Preis von vier Quartern, mit Abzug eines Pfundes

vom Quarter, welches er als Auflage bezahlt hat. Indessen ist der Preis des Getraides um ein Pfund für das Quarter gestiegen. Mithin erhält der Grundherr dieselbe Summe als vorher. *)

Zehnter Abschnitt.

Zehnten und Armentaxen.

Der Zehnte ist eine Auflage auf das Product des Bodens; es ist der Zehntheil des Products, mehr oder weniger vollständig erhoben.

Der Erfolg dieser Auflage ist also schon erörtert. Sie steigert den Preis des Produkts und fällt ganz auf den Konsumenten.

Wird die Armentaxe nach Verhältniß des Gewinnes von Pächtern, Fabrikanten und Kaufleuten erhoben; so ist sie eine Auflage

24 *

*) S. Zusatz X.

auf den Kapitalgewinn. Wird sie nach Verhältniß der Grundrente erhoben; so ist sie eine Auflage auf die Grundrente. Wird sie von dem Hauszinse erhoben; so trifft sie den Miethsmann und ist eine Einkommensteuer. Je nachdem sie auf diese oder jene Weise erhoben wird, fließt sie theilweise aus allen diesen Quellen. Lastet sie unverhältnißmäßig auf dem Gewinn irgend einer Klasse von Kapitalisten; so wird sie dieser Klasse wieder erstattet. Zahlen, wie gewöhnlich angenommen wird, die Pächter zur Unterstützung der Armen verhältnißmäßig stärkere Beiträge, als andere Producenten; so ist dieß dasselbe, als ob ihnen eine besondere Steuer, vom Belaufe jener stärkeren Beiträge, mehr auferlegt wäre. Wir haben aber schon gesehen, daß, wenn man den Pächtern eine solche besondere Steuer auferlegte, dieses unmittelbar dahin wirken würde, den Preis des Getraides hinreichend zu steigern, um ihnen Ersatz für jene Steuer zu gewähren.

Eine Auflage auf die Werkzeuge der Production ist dasselbe, als eine Auflage auf das Product. So vermehrt z. B. eine Auflage auf die zum Landbau nöthigen Pferde die Kosten der Production für den Pächter ebenso, wie eine Besteuerung des rohen Stoffes die Productionskosten für den Fabrikanten vermehren würde. Beide Auflagen müssen dahin wirken, den Preis des Products zu erhöhen; sie treffen mithin den Konsumenten.

Eine Wirkung aller solcher Auflagen, welche den Preis des Getraides steigern, ist besonders zu bemerken. Da zum Lebensunterhalt des Arbeiters eine gewisse Quantität Getraide erforderlich ist; so muß sein Arbeitslohn hinreichen, diese Quantität zu kaufen. Dieser Lohn muß daher steigen, so wie der Preis dieser Quantität steigt. Wir haben aber gesehen, daß in dem Verhältniß, wie der Arbeitslohn steigt, der Kapitalgewinn fällt. Eine Auflage auf das Getraide trifft mithin

alle Menschen als Konsumenten. Auf dem Kapitalisten lastet sie aber doppelt; denn ein Mal trifft sie ihn als Konsumenten, und zweitens hat sie für ihn dieselbe Wirkung, wie eine Besteuerung seines Kapitalgewinns.

Eilfter Abschnitt.

Eine Auflage auf den Grund und Boden, nach dem Maaßstabe des Flächeninhalts.

Wir haben aus einander gesetzt, welche Wirkungen eine Steuer vom Grund und Boden haben kann, sowohl wenn sie nach Verhältniß der Rente, als wenn sie nach Verhältniß des Products aufgelegt wird. Im erstern Falle wird der Grundherr, im zweiten der Konsument besteuert, ohne daß bei letzterem der Grundherr betroffen würde. Die Auflage kann aber auch, nach Verhältniß

des Flächeninhalts, vom Grund und Boden erhoben werden.

Diese Steuer wirkt verschieden, je nachdem sie bloß auf angebauetes Land, oder eben sowohl auf unangebauete Ländereien, gelegt wird.

Würde sie sowohl von angebaueten als von unangebaueten Ländereien erhoben; so träfe sie den Grundherrn allein, und der Preis des Products würde dadurch nicht gesteigert. Legte man sie bloß auf angebauete Grundstücke; so würde sie den Preis des Products steigern, von dem Konsumenten allein getragen werden und die Rente des Grundherrn vergrößern.

Wir haben gesehen, daß ein Theil des auf die Kultur des Bodens angelegten Kapitals soviel Ertrag giebt, daß der gewöhnliche Kapitalgewinn, aber nicht mehr, dadurch gewährt wird. Vergrößern sich die Productionskosten auf irgend eine Weise; so muß

dieß durch Erhöhung des Preises ersetzt werden. Findet keine solche Vergrößerung der Productionskosten statt; so tritt auch keine Veränderung des Preises ein.

Wenn eine Auflage, nach Maaßgabe des Flächeninhalts, sowohl auf angebauetes als auf unangebauetes Land gelegt wird; so bewirkt dieß keine Vergrößerung der Productionskosten. Es giebt zwei Fälle, in welchen Kapitale auf die Bodenkultur angelegt werden, ohne mehr als den gewöhnlichen Kapitalgewinn, also ohne etwas zur Grundrente abzuwerfen. Erstens: wenn bereits zwei oder mehrere Kapitale nach und nach auf Grundstücke angelegt sind, deren jedes weniger, als das vorhergehende, wirksam ist, und nun noch ein drittes oder viertes angelegt wird. Zweitens: wenn die Grundstücke zweiter und dritter Güte bereits erschöpft sind, und nun Ländereien von noch geringerer Qualität zur Kultur herangezogen werden.

Man wird sogleich einsehen, daß in dem ersten dieser beiden Fälle eine Grundsteuer nach dem Flächeninhalt die Productionskosten, zu welchen ein späteres Kapital angewendet wird, nicht erhöhet. Die Auflage wird bezahlt, so lange nur das erste Kapital auf dem Grundstücke thätig ist. Das Interesse des Pächters erheischt folglich, ein zweites Kapital darauf anzulegen, sobald der Preis des Products hinlänglich gestiegen ist, um ihm den vollen Kapitalgewinn, aber nicht mehr, zu gewähren. Für die bereits bezahlte Auflage braucht nun nichts mehr in Rechnung gebracht zu werden.

Dieselbe Schlußfolge findet statt, wenn Kapitale auf neue Ländereien von geringerer Güte angelegt werden. Auch in diesem Falle hat der Eigenthümer eines Grundstücks, wenn er die Auflage bezahlt hat, ein Interesse, dasselbe anzubauen, sobald der Productenpreis hinlänglich gestiegen ist, um den

üblichen Gewinn von dem zum Anbau erforderlichen Kapital zu gewähren.

Wird indessen die Auflage nur vom angebaueten Lande erhoben; so ist dieß ein verschiedener Fall. Wird die Anwendung des Kapitals von den bereits vorher angebaueten fruchtbareren Ländereien auf die weniger einträglichen Grundstücke ausgedehnt; so tritt nun unverzüglich die Zahlung einer Steuer ein. Das zu erzielende Product muß mithin nicht nur den gewöhnlichen Kapitalgewinn, sondern auch die Steuer abwerfen; Grundstücke dieser Art können mithin nicht in Kultur gesetzt werden, bis der Preis des Products hinlänglich gestiegen ist, um sowohl den Kapitalgewinn, als die Auflage zu gewähren. Letztere ist also im Preise mitbegriffen.

Die Folge davon ist für den Grundherrn vortheilhaft. Man nehme an, die Ländereien dritter Güte seien die geringsten, auf welche sich der Anbau erstrecke; und sie gäben

einen Ertrag von zwei Quarter vom Morgen, während die Grundstücke zweiter Güte vier und die erster Güte sechs Quarter vom Morgen eintrügen. Offenbar würden dann zwei Quarter vom Morgen hinreichen, um sowohl die Auflage zu bestreiten, als dem Pächter Ersatz seiner Kosten und gehörigen Gewinn zu verschaffen. Der Grundherr könnte von einem Morgen erster Güte vier und von einem zweiter Güte zwei Quarter beziehen. Diesen Theil des Products erhält er, ohne Unterschied, ob jene Auflage erhoben wird oder nicht. Wird sie aber erhoben; so steigt der Preis des Products, und jeder Quarter Getraide, den er erhält, hat einen größern Werth als vorher. Eine solche Auflage besteuert mithin die Konsumenten nicht nur mit soviel, als die Regierung erhebt, sondern mit einer bedeutend größern Summe zum Vortheil der Grundeigner.

Zwölfter Abschnitt.

Auflagen auf die Uebertragungen des Eigenthums.

Die Uebertragungen des Eigenthums werden auf verschiedene Weise besteuert: durch Stempelabgaben beim Kauf und Verkauf, Erbschaftssteuern, Auflagen auf die schriftlichen Verhandlungen bei solchen Uebertragungen und auf andere ähnliche Weise.

Rücksichtlich alles desjenigen Eigenthums, welches das Product von Arbeit und Kapital ist, muß die Besteuerung des Kaufs und Verkaufs lediglich den Käufer treffen, indem die Productionskosten, einschließlich des Kapitalgewinnes, noch außer der Auflage, dem Verkäufer gewährt werden müssen.

Die Steuer auf Uebertragung von Grundstücken, welche eine Quelle der Production, nicht aber das Ergebniß von Arbeit und Kapital sind, trifft den Verkäufer. Denn der

Käufer berechnet den Gewinn, den er von seinem Kapitale ziehen könnte, wenn er es auf andere Weise anlegte. Er wird folglich dieß Kapital nur dann gegen Grundstücke vertauschen, wenn letztere ihm einen gleichen Gewinn bringen.

Die Auflage auf Erbschaften und Schenkungen trifft offenbar den Empfänger.

Dreizehnter Abschnitt.

Besteuerung des gerichtlichen Verfahrens.

Die Auflagen auf das gerichtliche Verfahren werden hauptsächlich durch Stempelung der verschiedenen dabei vorkommenden schriftlichen Aufsätze und als Gebühren für die mannichfaltigen richterlichen Handlungen erhoben.

Offenbar treffen sie die Partheien und sind eigentlich eine Besteuerung des Anspruchs auf Gerechtigkeitspflege.

Die Ausübung der Gerechtigkeit wird in zwei Fällen in Anspruch genommen. Erstens: wenn ein Recht zwischen zwei Personen zweifelhaft ist; und Zweitens: wenn Jemand, dessen Recht verletzt worden, die Abhülfe dieser Rechtsverletzung verlangt.

Es ist nicht passend, Jemanden zu besteuern, weil unglücklicher Weise sein Recht bestritten wird. Jemanden aber gar zu besteuern, weil eine Ungerechtigkeit gegen ihn ausgeübt worden, ist so unpassend, als irgend etwas.

Offenbar sind alle solche Auflagen Jedem im Wege, der die Abhülfe einer Rechtsverletzung verlangt. In demselben Maaße aber, als die Abhülfe von Rechtsverletzungen erschwert wird, wird die Ungerechtigkeit befördert. Eine Auflage auf die Gerechtigkeits-

pflege ist also eine Prämie für die Ungerechtigkeit.

Vierzehnter Abschnitt.

Auflagen auf die Münze und die edeln Metalle.

Eine Auflage auf die Münze kann nicht füglich erhoben werden, ausgenommen bei Gelegenheit des Ausmünzens oder bei der ersten Erwerbung der Metallbarren. Von den Barren kann sie entweder bei deren ersten Einfuhr vom Auslande, oder, wenn die Bergwerke im Lande selbst sind, bei dem Ausgange des Metalls aus den Bergwerken erhoben werden.

Eine Auflage auf die Verfertigung der Münze ist der Wirkung nach dasselbe, als das, was wir Schlagschatz genannt haben. Sie besteht darin, daß für die Münzen etwas

mehr bezahlt wird, als das darin enthaltene Metall beträgt.

Die Wirkung hiervon liegt am Tage, sobald das Tauschmittel des Landes lediglich in Metall besteht. Niemand wird Metall ausmünzen lassen, wenn nicht der Werth des gemünzten Metalls den Werth des Metalls in Barren mindestens um soviel übersteigt, als die Auflage beträgt. Die Münze hat folglich einen erhöheten Werth; d. h. das Metall wird, in Münze verwandelt, um soviel mehr werth, als die Auflage beträgt.

Diese Auflage hat die Eigenthümlichkeit, daß sie Niemanden trifft; weder den, welcher Barren ausprägen läßt; denn er läßt sie nur ausprägen, wenn die Münze soviel werth ist, als Auflage und Barren zusammen genommen; noch den, welchem die Münze als Tauschmittel ausgezahlt wird; denn letztere hat für ihn denselben Werth, als wenn die ganze

Summe

Summe Metall, für welche sie ausgetauscht wird, darin enthalten wäre.

Diese Auflage sollte mithin immer so hoch gesteigert werden, als die ihr bezeichnete besondere Grenze zuläßt. Diese Grenze ist da, wo der Reiz zur unerlaubten Münzfabrikation eintritt; und dieß ist der Fall, wenn die Auflage so hoch ist, daß beim Nachmachen der Münzen außer den Kosten noch eine hinreichende Prämie für die Gefahr der Entdeckung gewonnen wird.

In einem Lande, in welchem Papiermünze zugleich mit Metallmünze cirkulirt, strebt erstere der Wirkung des Schlagschatzes entgegen.

Der Vortheil derer, welche Papiermünze ausstellen, erfordert, daß sie eine so große Menge derselben als möglich im Umlauf erhalten. Sie können diese Menge so lange vermehren, bis es für diejenigen, welche

Zettel besitzen, vortheilhaft wird, letztere gegen Metallmünze umzutauschen.

Für die Inhaber der Zettel ist es aber nur dann vortheilhaft, letztere der Bank zum Umtausch gegen Metallmünze zu präsentiren, wenn sie durch das Einschmelzen dieser gewinnen können. Die Metallmünze, als solche, ist nicht mehr werth, als das Papier, so lange sie, ohne Agio zu empfangen, mit diesem zugleich cirkulirt. Ist aber das Papier in großer Menge ausgegeben; so kann es sich ereignen, daß der Werth der Münze dergestalt reducirt ist, daß das in den Münzen enthaltene Metall als Barre größern Werth haben würde, wie als Münze. Um diesen größern Werth zu erlangen, werden die Münzen eingeschmolzen; und dieses Einschmelzen ist die einzige Beschränkung der Menge einer Papiermünze, welche vom Inhaber nach Belieben in Metallmünze umgesetzt werden kann.

Es ist offenbar, daß, wenn beim Ausprägen der Münzen ein Schlagschatz genommen, und so dem gemünzten Metall ein größerer Werth, als dem Metall in Barren, beigelegt wird, dieser größere Werth des gemünzten Metalls nur in sofern aufrecht erhalten werden kann, als der Betrag des gesammten Tauschmittels beschränkt ist. Wird Papiermünze ohne Maaß ausgestellt, so werden diese Schranken aufgehoben. Das in Umlauf gebrachte Papier vergrößert die Masse des Tauschmittels, bis das gemünzte Metall zuerst auf gleichen Werth mit dem Metall in Barren, dann auf einen geringern Werth, als dasselbe, reducirt ist. Nun wird es vortheilhaft, die Zettel bei der Bank gegen Metallmünze umzusetzen und diese einzuschmelzen. Dann erfordert das Interesse der Bank, die Ausgabe von Papiermünze einzustellen.

Indessen läßt sich ein sehr einfaches und zugleich sehr wirksames Mittel anwenden, um

diese Wirkungen der Papiermünze zu verhindern. Nämlich das, der Bank die Verpflichtung aufzulegen, ihre Zettel nach dem Wunsche der Inhaber entweder mit Metallmünze oder mit Metall in Barren einzulösen. Angenommen, eine Unze Gold würde zu drei Pfund ausgeprägt und fünf vom Hundert als Schlagschatz abgezogen; und angenommen, eine Bank, welche Zettel ausstellte, sei gehalten, auf Verlangen nicht nur drei Pfund in Münze, sondern, wenn es vorgezogen würde, statt dessen eine Unze Gold in Barren auszuzahlen; so ist klar, daß die Bank dann ein Interesse hätte, das Sinken des Werths der Münze zu verhindern. Ist der Werth der Münze so hoch, daß drei Pfund in Münze wirklich soviel werth sind, als eine Unze in Barren; so verliert die Bank dadurch nichts, daß sie genöthigt wird, anstatt drei Pfund eine Unze in Barren zu geben. Ist aber der Werth der Münze so gesunken, daß drei Pfund

derselben weniger Werth haben, als eine Unze in Barren, so verliert die Bank. Der Ausstellung von Zetteln wird auf diese Weise früher Einhalt gethan.

Eine Besteuerung der edeln Metalle bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Gewinnung aus den Bergwerken trifft, sofern die Metalle zu Geräthen, Schmuck u. s. w. verwendet werden, den Konsumenten; in sofern sie aber als Münze gebraucht werden, trifft die Besteuerung Niemanden.

Sie würde den Tauschwerth des Metalls erhöhen. Aber eine kleinere Quantität Metall von größerem Werthe ist als Tauschmittel eben so angemessen, als eine größere Quantität von geringerem Werthe. Es würde daher ersprießlich sein, aus dieser Quelle soviel als möglich zu ziehen, wenn nicht die Leichtigkeit, eine Waare von großem Werthe und geringem Umfange zu transportiren und zu verbergen, verursachte, daß aus dieser

Quelle nicht viel gezogen werden kann. Selbst bei einer sehr mäßigen Besteuerung wird heimliche Einführung dieses Gegenstandes unvermeidlich sein.

Obwohl eine Auflage auf die edeln Metalle, bei ihrer Einfuhr oder Förderung aus den Bergwerken, zuletzt, wie alle andere Auflagen auf einzelne Waaren, den Konsumenten treffen muß; so geschieht dieß noch nicht unmittelbar. Das, was die Producenten in den Stand setzt, die Last einer, auf irgend eine Waare gelegten, Auflage auf den Konsumenten zu wälzen, ist ihre Macht, den Preis der Waare zu steigern, indem sie das Angebot vermindern. Bei den meisten Waaren wird die im Gebrauche befindliche Quantität bald verzehrt. Der jährlich erforderliche neue Vorrath macht daher einen verhältnißmäßig großen Theil der ganzen im Gebrauche befindlichen Menge aus; fällt er ganz oder nur zum Theil aus, so wird das Angebot da-

durch bedeutend genug vermindert, um eine beträchtliche Steigerung des Preises herbeizuführen. Rücksichtlich der edeln Metalle ist der Fall anders. Wenn auch der jährliche Zugang ganz ausfällt; so wird dieß doch eine Zeit lang keine bedeutende Lücke in der im Gebrauche befindlichen Quantität hervorbringen, mithin nur geringe Wirkung auf die Preise haben. Während dieser Zeit werden die Verkäufer der Metalle nicht entschädigt, und müssen daher mehr oder weniger von der Auflage selbst tragen.

Dasselbe gilt von Häusern und allen andern Dingen, deren im Gebrauche befindliche Menge, im Vergleiche mit dem jährlichen Zugange, groß ist.

Funfzehnter Abschnitt.

Wirkungen der Besteuerung der Waaren, auf den Werth der Münze und auf die Anwendung der Kapitale.

Die Kapitale werden am vortheilhaftesten angewendet, wenn gar keine Anstalten gemacht werden, sie von einer Art der Anwendung nach einer andern hinzulenken. Sie werden am vortheilhaftesten angewendet, wenn sie derjenigen Richtung folgen, welche ihnen das Interesse ihrer Besitzer aus eigenem Antriebe giebt.

Man nehme an, daß Tuch in England zwanzig Schilling die Yard, und Leinewand, wenn man sie zu Hause verfertige, drei Schilling die Yard koste; daß hingegen in Deutschland Leinewand nur zwei Schilling die Yard, Tuch aber, wenn man es dort ver-

fertigt, vierundzwanzig Schilling die Yard zu stehen komme.

Offenbar ist es unter diesen Umständen für England vortheilhaft, seine Arbeit darauf zu verwenden, Tuch für Deutschland zu machen und keine Leinewand für seinen eigenen Bedarf; und für Deutschland ist es vortheilhaft, Leinewand für England und kein Tuch für sich selbst zu machen.

Dieselbe Quantität Arbeit in England, die eine Yard Tuch producirt, producirt nur sieben Yards Leinewand. Dagegen kann man in Deutschland mit dieser einen Yard Tuch zwölf Yards Leinewand kaufen. Mithin gewinnt England soviel, als der Unterschied zwischen sieben und zwölf Yards Leinewand beträgt, wenn es Tuch ausführt und Leinewand dafür eintauscht.

Was würde es nun unter diesen Umständen für Folgen haben, wenn man in England eine Auflage auf Tuch legte, wodurch

der Preis des letztern auf vierundzwanzig Schilling gesteigert würde?

Zunächst ist klar, daß fernerhin kein Tuch mehr nach Deutschland ausgeführt werden könnte. Dessen ungeachtet bliebe der Preis der Leinewand in Deutschland so niedrig, daß sie, nach wie vor, in England eingeführt würde. Anstatt Tuch müßte nun Münze außerhalb Landes geschickt werden, um sie zu bezahlen. Münze würde also in England vergleichungsweise selten werden, die Preise würden mithin fallen. In Deutschland dagegen würde Münze vergleichungsweise häufig, und die Preise würden steigen. Die Leinewand würde folglich in Deutschland zu theuer werden, um in England eingeführt werden zu können, wenn nicht etwa unterdessen, in Folge des erhöheten Werths der Münze, irgend eine andere Waare in England wohlfeil genug geworden wäre, um ihre Ausfuhr zuzulassen. Im ersten Falle hätte

sich England durch die Besteuerung seines eigenen Tuchs des Vortheils beraubt, seinen Bedarf an Leinewand wohlfeil aus Deutschland zu beziehen, und hätte sich in die Nothwendigkeit versetzt, denselben selbst zu produciren. Im andern Falle wäre es genöthigt, zur Bezahlung der Leinewand irgend eine andere Waare auszuführen, welche, der Voraussetzung zu Folge, nur mit größern Kosten als jene producirt werden könnte.

Auf diese Weise würden offenbar durch eine Auflage auf Tuch die Einwohner von England nicht nur leiden, indem sie die Auflage auf das Tuch entrichten, sondern auch, indem sie ihren Leinewand-Bedarf theuerer bezahlen müßten.

Die Wirkung dieser Auflage auf die Preise würde darin bestehen, daß der Münzwerth des Tuchs in gewissem Grade, aber nicht im Betrage der Steuer, in die Höhe ginge, und daß der Münzwerth aller übrigen Dinge fiele.

Der Preis des Tuchs würde nicht, oder wenigstens nicht auf die Dauer, im Betrage der Auflage steigen, weil ein Theil der Münze aus dem Lande getrieben würde; der Preis aller übrigen Dinge würde fallen, weil durch eben diese Verminderung der bisherigen Münz-Quantität der Werth dieser letztern stiege.

Wenn man die Steuer zwar auf Tuch legte, aber zugleich bei der Ausfuhr des letztern einen Rückzoll vom ganzen Betrage der Auflage bewilligte; so würde in dem Handel mit Deutschland keine Veränderung eintreten. Das englische Tuch würde, nach wie vor, dorthin gesendet und deutsche Leinewand dafür eingebracht werden. Das englische Volk würde dann nur die Last der Auflage, aber keinen andern daraus folgenden Verlust zu tragen haben. Kein Uebergang der edeln Metalle würde dann statt finden. Der Preis des Tuchs stiege zwar in England, aber die

Preise aller andern Gegenstände blieben dieselben.

Selbst wenn kein Rückzoll bewilligt wird, haben die Auflagen nicht nothwendig das Streben, den auswärtigen Handel zu verringern. Wenn gleich England, in dem oben angeführten Falle, durch jene Auflage auf Tuch verhindert wird, fernerhin Tuch auszuführen; so kann doch, wegen des Ueberganges der Münze, bald die Möglichkeit eintreten, irgend eine andere Waare auszuführen. Man wird leicht einsehen, daß das, was von diesem Falle gesagt worden, auf alle übrigen Anwendung findet. Ein Land, das hohe Abgaben zahlt, kann dennoch eben soviel ausführen, als wenn es gar keine Auflagen zu tragen hätte. Verabsäumt man indessen — und das geschieht sehr häufig — die aufgelegten Steuern durch andere entgegenwirkende und durch Rückzölle auszugleichen; so wird

das Land nicht mit gleichem Vortheil expor-tiren können.

Es giebt zwei Fälle, in denen der Münz-werth von Waaren durch Besteuerung gestei-gert werden kann: der, wo eine Anzahl Waaren einzeln besteuert wird, wie in dem eben angeführten Beispiel vom Tuche; und der, wo alle Waaren mit einer Steuer nach dem Werthe belegt werden.

In keinem dieser beiden Fälle hat der ho-he Preis der Waaren, oder mit andern Worten: die geringe Kraft der Münze zu kau-fen, einiges Streben, die Münze aus dem Lande zu treiben.

In dem oben angeführten Falle war es das Tuch allein, welches durch die Auflage im Preise erhöhet wurde. Die Macht der Münze, zu kaufen, war mithin allein in Be-zug auf Tuch verringert worden. Indessen konnte die Münze nicht außerhalb Landes ge-hen, um dort mit größerem Vortheile Tuch

zu kaufen; denn bei der Einfuhr müßte von dieser Waare gleichfalls bezahlt werden.

Eben so wenig würde eine Auflage nach dem Werthe streben, die Münze aus dem Lande zu treiben, obgleich sie, wie bereits aus einander gesetzt worden, den Preis aller Waaren steigert, und der Münze Macht zu kaufen verringert. Angenommen, die Auflage betrüge Zehn vom Hundert, und der Tauschwerth der Münze sei in gleichem Verhältniß geringer geworden, als in den benachbarten Ländern; so würde es doch dem Kaufmann keinen Gewinn bringen, daß er außerhalb Landes, Zehn aufs Hundert mehr an Waaren, mit einer gleichen Summe Münze kaufen kann; denn bei deren Einfuhr ins Land müßte er die Abgabe von zehn Procent bezahlen. Es erhellet also, daß durch Auflagen der Preis der Dinge in einem Lande zu irgend einem Betrage über den Preis derselben in an-

dern Ländern gesteigert werden kann, wenn Rückzölle bei der Ausfuhr und entsprechende Eingangsabgaben sorgfältig angeordnet werden.

Zu-

Zusätze

vom

Staatsrathe von Jakob.

Zusätze.

I.

(Zu S. 38.)

Die Theorie der Rente, welche der Verfasser hier aufstellt, hat viel Schein und enthält auch in der That viel Wahres. Allein dennoch sind derselben Begriffe und Sätze beigemischt, welche falsch sind, und aus welchen eine Menge Folgen späterhin gezogen und auf diese Sätze gegründet werden, deren Grundlosigkeit sogleich erscheint, wenn jene Begriffe berichtigt sind. Das Raisonnement des Verf. über die Rente ist in Kurzem Folgendes: Sollen einem Boden Früchte abgewonnen werden; so bedarf derselbe eines gewissen Kapitals. Um dem Kapitalisten zu bestimmen, daß er sein Kapital dazu hergiebt, muß man ihm einen Lohn dafür geben, und dieser muß aus den Producten des dadurch angebaueten Landes gewonnen werden können. Nun gewinnt aber nach und nach der Kapitalprofit seinen Preis, gegen welchen der Kapitalist

sein Kapital hergiebt oder anwendet. Ist der Preis der Kapitale geringer, als das Product, das damit gewonnen wird; so fällt der Ueberschuß dem Eigenthümer des Bodens zu, und dieser Ueberschuß macht das aus, was Grund- oder Bodenrente heißt. Die Bodenrente ist daher der Ueberschuß des Werths der Producte eines Grundstücks über den gewöhnlichen Profit des Kapitals, welches nöthig ist, ihm das Product abzugewinnen. Läßt sich daher durch ein Kapital dem Boden kein größeres Product abgewinnen, als was hinreichend ist, um den gewöhnlichen Profit des zu dessen Anbau nöthigen Kapitals zu bezahlen; so giebt der Boden dem Grundeigner gar keine Rente, und hat daher als solcher keinen Werth für ihn; ein solcher Boden wird leicht umsonst zu haben sein, aber dennoch da, wo viele Kapitale vorhanden sind, Anbauer finden, weil der Kapitalist schon zufrieden ist, wenn er seinen Kapitalprofit findet, und wenn, wie es in einem Lande, das Boden überflüssig hat, geschehen muß, Land zum Anbau umsonst zu haben ist.

Die Art, wie die Rente entsteht, giebt er so an: Gesetzt, die Feldstücke A bringen vermittelst eines bestimmten Kapitals 10 Scheffel auf einem Acker hervor, und es sind dergleichen Aecker in Menge umsonst zu haben; so werden diese, so lange Letzteres der Fall ist, gar keine Rente geben und

das Ganze wird sich zwischen die Arbeiter und den Kapitalisten als Arbeitslohn und Kapitalgewinn theilen. Würde nun die Bevölkerung so stark, daß das Getraide, welches auf dem Ackerstücke A gebaut werden könnte, nicht mehr zureichte; so würde der Preis dieses Getraides steigen, und dadurch würden die Kapitalisten aufgemuntert werden, noch mehr Kapital auf den Getraidebau zu wenden. Da aber, der Voraussetzung nach, keine Aecker von der Gattung A zu finden sind; so müßten sie das fehlende Getraide entweder auf andern Aeckern schlechterer Qualität zu gewinnen suchen, oder mehr Kosten auf die Aecker A wenden, um ihnen mehr als 10 Scheffel abzugewinnen. Man setze, es geschehe das erste, und ein gleiches Kapital gewinne auf den Aeckern zweiter Qualität, die wir B nennen wollen, mit gleichem Kapital 8 Scheffel, statt daß dasselbe auf den Aeckern A 10 hervorbringt; so werden, wenn der Werth dieser 8 Scheffel zureichte, davon den üblichen Kapitalgewinn zu ersetzen, von den Aeckern A von jedem Acker 2 Scheffel übrig bleiben, da der Kapitalist mit gleichem Gewinn zufrieden ist, und sein Kapitalgewinn bei den höheren Getraidepreisen schon vom Werthe von acht Scheffeln bezahlt werden kann. Diese überbleibenden 2 Scheffel werden daher den Landeignern der Aecker A als Rente zufallen. Jedes nachfolgende gleiche Kapital, das, es sei

auf schlechtere Aecker oder auf vollkommnern Anbau schon angebaueter Aecker, verwandt wird, bringt weniger hervor. Dieses Wenigere kann zu immer höheren Preisen verkauft werden und reicht deßhalb zur Erstattung der Culturkosten, d. h. des Kapitalgewinnes und Arbeitslohnes, hin. Was nun bei den fruchtbareren Grundstücken über diese Kosten übrig bleibt, fällt dem Grundherrn als Rente anheim, so daß die fruchtbarsten Grundstücke die größte, die folgenden, weniger fruchtbaren Classen aber immer kleinere Renten erhalten, bis zur unfruchtbarsten Classe, die gar keine Rente übrig läßt.

Aus diesem Raisonnement wird weiter unten die Folge gezogen, daß die angewandten Kapitale bei zunehmender Bevölkerung immer weniger und weniger hervorbrächten, folglich auch ihre Vermehrung immer schwieriger und geringer werde, wogegen die Bevölkerung immer in gleicher Proportion und mit gleicher Stärke fortschreite. Hieraus wird sodann gefolgert, daß die Bevölkerung gegen die ihr nöthigen Subsistenzmittel mit der Zeit nothwendig in Mißverhältniß gerathen müsse und Noth und Elend des Volks eine Erscheinung des natürlichen Laufes der Dinge sei.

In diesem Raisonnement ist nun erstlich der Fehler begangen, daß angenommen ist, ein Kapital, das entweder auf ein schlechteres Feld oder als zweites Kapital auf ein Feld erster Klasse

verwandt werde, bringe nothwendig auch weniger Producte hervor. Allein wenn es gleich dem Grundherrn eine geringere Rente bringt; so bringt es deßhalb nicht ein kleineres Product hervor. Es kann dasselbe ja ein viel größeres Product hervorbringen, nur mit dem Unterschiede, daß von dem Producte nicht so viel als Rente übrig bleibt, sondern mehr davon als Arbeitslohn bezahlt werden muß. Man setze also, es werden von einem Acker der Classe A mit einem Kapitale von hundert Thalern 100 Scheffel jährlich gewonnen, wovon 70 Scheffel für Arbeitslohn und Kapitalgewinn, und 30 als Rente bezahlt werden, vom schlechtern Acker B aber könne mit 100 Rthlr. eben so viel gewonnen werden, nur mit dem Unterschiede, daß mehr Arbeit dazu nöthig ist; so wird das ganze Kapital durch den Kapitalgewinn und den Arbeitslohn verschlungen werden, für die Rente aber wird nichts übrig bleiben; das Product aber ist dem ersteren ganz gleich und ernährt folglich dieselbe Volkszahl. Eben so kann auf einem und demselben Felde, durch ein gleiches zweites auf dessen Cultur gewandtes Kapital, ein gerade noch einmal so großes Product, nur mit einer größeren Quantität Arbeit, gewonnen werden. Das Arbeitslohn verschlingt daher die Rente, und deßhalb kann der Grundherr von einem noch einmal so großen Product doch keine größere Rente als vorher erhal-

ten. Es ist also gänzlich falsch, wenn der Verfasser behauptet, daß alle folgenden, entweder auf die Aecker gleicher Güte oder auf andere schlechtere Aecker angewandten, Kapitale immer weniger Producte hervorbringen müßten. Sie können dieselben, sie können sogar mehr Producte hervorbringen; sie schmälern nur die Rente.

Es ist zweitens falsch, wenn der Verfasser in der Folge annimmt, daß die Verminderung der Kapitalgewinnste die Möglichkeit zu sparen vermindern müsse. Denn da die Verminderung der Kapitalgewinnste nur durch deren rasche Vermehrung bewirkt wird; so kann bei deren Verminderung folglich das Sammeln oder Sparen von jedem Hundert nicht mehr so groß sein, aber was hierdurch der jährlichen Ersparniß abgeht, wird reichlich durch die größere Menge der Kapitale ersetzt. Wenn z. E. der Kapitalgewinnst von einer Million 25 Procent beträgt und der Kapitalgewinnst sinkt, bei dem Anwachsen des Kapitals bis zu 10 Millionen, auf 10 Procent herab; so beträgt der ganze Gewinn im ersten Falle doch nur 250,000 und im zweiten eine ganze Million; wobei noch zu erwägen ist, daß die größere Menge der Arbeiter auch zur Vermehrung des Kapitals vielmehr beiträgt, als die kleinere Zahl.

Endlich drittens wird S. 70 u. s. w. fälschlich angenommen, daß die Ersparnisse der

kleinen Leute und überhaupt der arbeitenden Classe einem Nichts gleich oder wenigstens höchst unbedeutend wären. Allein die Erfahrung in allen Ländern lehrt, daß die meisten Reichthümer sich vermittelst der industriösen Classen bilden, und da die Industrie mit der Zunahme der Volkszahl in einem freien Lande nothwendig wachsen muß; so muß auch die Zunahme der Industrie in gleicher Proportion wachsen.

Daß der Arbeiter oder gar der industriöse Arbeiter nicht mehr zum Lohn erhalte, als er zu seiner Erhaltung nothwendig gebraucht, gilt nur von Völkern, bei welchen die Regierung durch fehlerhafte künstliche Einrichtungen die Gewinnste und Kapitale in Kanäle zwingt, wo sie ihre Wirkungen nicht vollständig hervorbringen können. Wo dem Stoffe der Arbeit keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, sich frei nach dem Gesetze der Industrie zu vertheilen, da fließt dem Arbeiter und Industriösen in der Regel so viel zu, daß er nicht nur bequem leben, sondern auch noch Kapitale erübrigen kann, welche für eine lange Nachkommenschaft hinreichen.

Durch diese Bemerkungen werden eine große Menge Schlüsse, welche der Verfasser aus seinen Vordersätzen zieht, verändert werden müssen.

II.

(Zu S. 74.)

Der Verfasser bauet den Satz, daß das Wachsthum der Kapitale nie mit der wachsenden Bevölkerung gleichen Schritt halten könne, hauptsächlich auf die Behauptung, daß die Kapitale sich immer in geringerer Proportion vermehrten, je mehr sie anwüchsen, dahingegen die Bevölkerung immer in gleichem Maaße fortschreite, wenn sie nicht durch äußere Ursachen aufgehalten würde. Allein die Gründe, welche der Verf. vorbringt, um den ersten Satz zu beweisen, scheinen nicht hinreichend zu seyn. Er stützt nämlich seinen Beweis auf die im ersten Abschnitt motivirte Behauptung, daß jedes Kapital, welches auf ein schlechteres Grundstück angewandt werde, oder jedes zweite Kapital, das auf ein schon tragendes Grundstück verwandt werde, eine geringere Rente, ja oft gar keine übrig lasse, und schließt hieraus, daß alle hinzukommende Kapitale überhaupt ein geringeres Product geben, folglich die Ersparnisse, d. i. das Anhäufen der Kapitale immer mehr abnehmen müssen, je größer die Kapitale eines Landes werden, wodurch dann allerdings eine Verminderung der Subsistenzmittel gegen die immerfort mehr steigende Volksmenge erfolgen müßte. Allein, wenn man dem Verf. einräumt, daß sich die Rente der neu oder mit größern Kosten ange-

baueten Grundstücke vermindert; so folgt hieraus keinesweges, daß sich auch das Product der Kapitale vermindere. Dieses kann vielmehr größer werden und folglich einer weit größeren Bevölkerung Subsistenzmittel geben, wenn gleich die Zinsen und Renten, welche die Anwendung der Kapitale dem Grundherrn und Kapitalisten gewähren, nach Procenten gerechnet, immer kleiner und kleiner werden. Der Irrthum ist aus dem fehlerhaften Begriffe der Rente entsprungen. Rente definirt nämlich der Verfasser, als denjenigen Theil des Products eines Grundstücks, der nach Abzug der Erzeugungskosten übrig bleibt. Diese Definition ist richtig, wenn unter Erzeugungskosten die schlechterdings nothwendigen Ursachen des Products verstanden werden. Zu diesen Ursachen gehört nun zwar der Arbeitslohn, aber doch nur ein so großer, als nöthig ist, die arbeitende Classe beim Leben und bei ihren Arbeitskräften zu erhalten. Beträgt aber der Arbeitslohn mehr, welches öfters der Fall ist; so ist der Ueberschuß über dieses Nothwendige der Rente vollkommen gleich. Ein Grundstück, das in England oder Deutschland mit einer gewissen Quantität Arbeit 100 Scheffel hervorbringt, läßt dem Grundeigner einen weit größern Theil davon als Rente, als ein Grundstück, das mit gleicher Quantität Arbeit in America 100 Scheffel hervor-

bringt. Aber der Ueberschuß über die absolut nothwendigen Kosten der Entstehung dieser 100 Scheffel vertheilt sich nur hier anders, als dort. Hier erhalten die Arbeiter einen größern Theil davon, als dort. Wo aber auch dieser Unterschied nicht statt findet, da kann doch mit gleichem Kapitale ein Product erzeugt werden, das keine Rente übrig läßt, aber eben so groß ist, als das Product eines andern Grundstücks, welches dem Grundherrn eine Rente giebt. Man setze, ein Landwirth wende auf ein Grundstück 1000 Rthlr. jährlich als Arbeitslohn und bezahle 200 Rthlr. als Rente; so wird der Wirth, wenn der Scheffel 1 Rthlr. gilt, 1200 Scheffel ärndten müssen, um sich seine Auslagen zu erstatten. Nun setze man aber den Fall, er könne auf einem andern Grundstücke mit einer Vermehrung von Arbeit, wofür er 200 Rthlr. geben muß, gleichfalls 1200 Scheffel ärndten; so wird er dieses thun, sobald er keine Rente zu bezahlen hat und das Product wird wenigstens eine eben so große Population ernähren, als das erstere, ja eine noch größere, da die Arbeiter schlechter leben, als der Rentenbezieher. So lange überhaupt Ländereien in einem Lande zu bebauen übrig sind und durch Arbeit ihnen mehr Nahrungsmittel abgewonnen werden können, als die Arbeiter zu ihrer Verzehrung brauchen, so lange werden auch noch Kapitale zur Bearbeitung

anderer Grundstücke oder zur Vervollkommnung der schon angebaueten gesammelt werden können, und da, sobald es nur nicht an Arbeitsstoffen fehlt, jeder Arbeiter so viel erarbeiten kann, als zum Unterhalt einer Familie nöthig ist; so kann die Vermehrung der Unterhaltungsmittel sehr wohl gleichen Schritt mit der Vermehrung der Bevölkerung halten. Aber selbst wenn man den Fall annimmt, daß in einem Lande nicht mehr so viel Lebensmittel erzeugt werden können, als es braucht, bleibt ihm die Manufactur- und Kunstarbeit übrig, für welche es die ihm nöthigen rohen Stoffe eintauschen kann. Die Epoche aber, wo der Erdboden allenthalben so voll Menschen sein wird, daß nirgends Ueberfluß für andere Völker gebaut werden kann, und die Menschen alles, was sie auf ihrer Stelle erbauen, selbst nothwendig bedürfen, ist so unendlich weit entfernt, daß es Thorheit wäre, eine Staatswirthschaft für diesen Fall zu ersinnen. Es wird genug sein, zu bemerken, daß der Grund, weßhalb unter den jetzigen Umständen der Verkehr nicht zureicht, die Völker zu jeder Zeit mit ihrem Ueberflusse wechselsweise zu versehen, nicht in der Natur der Sache, sondern nur in der fehlerhaften Politik der Völker selbst liegt.

Es wird überdem vom Verfasser fälschlich angenommen, daß gleiche Kapitale auch nur im-

mer eine gleiche Quantität Arbeit hervorbringen, wenn der Arbeitslohn sich gleich bleibt. Allein es muß erwogen werden, daß bei gleichbleibendem Arbeitslohne die Qualität der Arbeit sich so verändern kann, daß dieselbe Zahl Arbeiter unter andern Umständen wohl zwei bis drei Mal so viel producirt. Man setze z. E., es werden 3000 Morgen auf gewöhnliche Weise durch 100 Fröhner-Familien unter Einem Eigenthümer bearbeitet, und denke sich, was auf diesen 3000 Morgen würde hervorgebracht werden, wenn sie zu 3—4 Morgen an freie Gärtner oder Gemüsebauer vertheilt, und um eine bevölkerte Stadt gelegt würden. Ein wie viel größerer Theil der Producte würde auf das Kapital einer ämsigen Gärtnerfamilie fallen gegen ein gleiches Kapital eines Amtmanns, welcher Frohnarbeiter damit beschäftigte. Nehmen wir also an, daß die Menschen um so fleißiger, sinnreicher und industriöser werden, je mehr sie sich in einem freien und wohl geordneten Staate vermehren; so wird auch die Vermehrung der Producte in einer viel größeren Proportion zunehmen, als dieser in einer kalten Arithmetik, wo die producirende Kraft zu allen Zeiten als gleich angenommen worden, erscheint. Dasselbe Resultat ergiebt sich, wenn man annimmt, daß die große Cultur mehr Producte über die Konsumtion der Producenten übrig lasse, als die kleine. Kann es

durch Vervollkommnung des Ackerbaues im Großen dahin gebracht werden, daß 100 Arbeiter einen Ueberfluß von Lebensmitteln für 1000 hervorbringen, wenn die kleine Cultur, wo 500 dieselbe Oberfläche bearbeiten, nur für 200 andere Personen, die nicht Ackerbauer sind, Lebensmittel erzeugt; so wird die erstere eine größere Bevölkerung ernähren und deßhalb vorzuziehen sein. Man mag daher der kleinen oder der großen Cultur den Vorzug geben, die Resultate für die Bevölkerung sind immer gleich.

Noch kommt eine Bemerkung in dem Texte vor, welcher wir gleichfalls nicht unbedingt beistimmen können. Der Verfasser sagt nämlich, daß alle Kapitale bloß durch Ersparungen entstehen, und daß diese Ersparungen mit dem Wachsthum der Kapitale immer kleiner werden, weil Reiche nicht große Neigung zum Sparen haben und Arme nicht viel ersparen können. Hiergegen läßt sich bemerken, daß der Begriff der Sparsamkeit eigentlich nur da seine Anwendung findet, wo sich Jemand von seinen angewöhnten Bedürfnissen etwas abzieht und unnütze Ausgaben vermeidet. Daß auf diese Art wirklich viele Kapitale entstehen, hat seine Richtigkeit. Aber von einem Großhändler, der jährlich seine etatsmäßigen Ausgaben für eine glänzende Haushaltung macht und daneben mit seinem Kapitale

noch Hunderttausende gewinnt, wodurch er seinen Reichthum vermehrt, würde man sehr uneigentlich sagen, daß er diese durch sein Ersparen gewonnen habe. Kaufleute und Manufacturisten sehen das, was sie jährlich über ihren gewöhnlichen Aufwand gewinnen, nicht als Ersparungen an. Dergleichen Ueberflüsse bestimmen sie in der Regel hauptsächlich zur Erweiterung ihrer Geschäfte und zur Vergrößerung ihrer Handels- oder Fabrik-Häuser. Daß reiche Leute nicht zu einer solchen Vermehrung ihrer Kapitale geneigt sein sollten, widerspricht der Geschichte aller Handels- und Manufacturstädte, widerspricht der Geschichte von Holland, der Niederlande, Englands u. s. w. — Wenn aber auch gleich die vermehrten Kapitale die Renten und Zinsen verminderten; so giebt doch die größere Quantität derselben eine viel größere Totalsumme, wie schon bemerkt worden ist, und verleiht daher auch einer größern Bevölkerung Unterhalt.

III.

(Zu S. 112.)

Wenn man auch alles, was in diesem Abschnitt gesagt worden ist, zugiebt; so folgt doch daraus doch nicht das, was der Verfasser folgern zu wollen scheint, daß nämlich durch eine solche Pro-

Procedur, wodurch die proportionirlichen Producte des Landbaues, verglichen mit dem auf sie verwandten Kapitale, und der proportionirliche Gewinn der letzteren vermindert werden, auch die Landesproducte in geringerer Proportion sich vermehren müßten, als die Bevölkerung, wodurch dann letztere nothwendig Mangel leiden würde. Denn zugegeben, daß die neuen Kapitale, welche wegen wachsender Bevölkerung und bei den deßhalb steigenden Getraidepreisen aller ländlichen Producte einen geringeren Gewinn für jeden einzelnen Kapitalisten hervorbringen; so folgt doch nicht, daß das Product der Kapitale im Ganzen vermindert werde. Da aber die Verminderung des Gewinnstes der einzelnen Kapitale unter den angenommenen Umständen anzeigt, daß sich die Kapitale selbst vermehrt haben; so wird der Gewinn aller Kapitale zusammen genommen, so wie die Summe ihrer Producte viel größer sein, als die Summe der dieser Ausdehnung der Kapitale vorhergehenden Producte, und wenn sich durch die zugenommene Bevölkerung auch die Arbeit hat vermehren müssen, wie es natürlich ist, und jeder Arbeiter, der Natur der Sache gemäß, bei guter Gesundheit auch mehr hervorbringt, als zu seinem Unterhalte nöthig ist; so müssen auch die Producte in gleicher Proportion mit der zunehmenden Bevölkerung vermehrt werden, wenn nur sonst keine

natürlichen oder politischen Verhältnisse dieser Vermehrung entgegen wirken. Außerdem ist noch zu erwägen, daß bei dem Sinken des Kapitalgewinnes, wenn es aus der Vermehrung der Kapitale folgt, viele Kapitale dem Landbauer, so wie andern Gewerben, zufließen, welche nichts als die Begründung sicherer Zinsen und des kleinsten Kapitalgewinnes beabsichtigen. Werden dergleichen Kapitale z. E. auf Erweiterung oder Vervollkommnung des Landbaues gewandt; so fließen diese gänzlich der arbeitenden Classe zu, indem sie dem Kapitalisten seine Zinsen nicht anders hervorbringen können, als daß die durch sie erzeugten Producte jährlich durch Arbeit wieder erzeugt werden und für den Kapitalisten nur so viel davon übrig bleibt, als die Zinsen des auf die Urbarmachung oder Verbesserung des Bodens angewandten Kapitals betragen, die nur deßhalb, weil sie aus dem der Erde einverleibten Kapitale fortdaurend entspringen, ihm unter dem Namen von Landrente zukommen. Alle diese Kapitale, welche auf solche Weise mit dem Boden verbunden werden, helfen die fruchtbaren Felder vermehren, erzeugen tragbare Grundstücke, und sind also gleichsam als ein Zuwachs fruchtbarer Ländereien zu betrachten. Dieser Umstand scheint vom Verfasser nicht genugsam beachtet zu sein.

IV.

(Zu S. 215.)

Die Behauptung, daß das Sinken des Werthes des Papiergeldes zwar die individuelle Glückseligkeit zerstöre, aber nicht den Nationalreichthum der Masse nach vermindere, ist nur in sofern richtig, als es wahr ist, daß durch dieses Sinken selbst kein reeller Bestandtheil des Reichthums zu Grunde geht. Da aber diese Bestandtheile in stetem Wechsel sind, jeden Augenblick verzehrt, und durch andere ersetzt werden; der Ersatz aber und die Vermehrung insbesondere von der Richtung abhängt, welche die circulirenden Kapitale nehmen, und die veränderte Richtung derselben auf die Vermehrung oder Verminderung der Bestandtheile des Nationalreichthums einen großen Einfluß hat; so ist es falsch, daß das Sinken des Papiergeldes den Nationalreichthum nicht vermindere. Es vermindert ihn zwar nicht an sich selbst, aber es vermindert ihn durch seine unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen. Man setze: das Kapital, welches die Fabrikanten eines Landes in Papiermünze besitzen, verliere seinen Realwerth in einer kurzen Zeit zur Hälfte; und die Regierung gewinne diese Hälfte, indem sie nun ihre Gläubiger mit der Hälfte des Realwerths, den sie ihnen schuldig ist, bezahlen kann, wenn sie

dieselben zwingt, das gefallene Papiergeld zu seinem Nominalwerthe für voll anzunehmen. Bis hierher ist noch keine Verminderung des Nationalvermögens sichtbar, indem nur eine Verwechselung der Besitzer derselben Realitäten vorgefallen ist. Den Realwerth, den die Fabricanten verloren haben, hat die Regierung gewonnen. Aber wird die Regierung mit dem, was sie gewonnen, auch dieselben Wirkungen hervorbringen, welche die hervorbrachten, welche den Verlust erlitten haben? Gewiß nicht. Es werden die Producte, welche die Fabricanten an die Stelle der verzehrten setzten, wegfallen, und die Regierung wird das Kapital, welches bisher zu deren Ersetzung diente, auf eine unfruchtbare Consumtion verwenden, die nichts nachläßt, und dann hat dieser Wechsel allerdings eine Verminderung in dem Nationalreichthum hervorgebracht. Das circulirende Tauschmittel bringt durch seine Bewegung Realitäten hervor, wenn es sich in den Händen der Industrie bewegt und dadurch auf Hervorbringung verwandt wird. Wird diese Bewegung geschwächt und zur unproductiven Verzehrung gelenkt; oder wird sie nur so gerichtet, daß dadurch weniger als vorher producirt wird; so bewirkt die veränderte Vertheilung, welche durch das Sinken des Papiergeldes entspringt, allemahl Verminderung des Nationalvermögens.

Was aber S. 198 gesagt wird, daß kein Nationalverlust aus dem Papiergelde entstehen könne, wenn das Volk selbst der Bankier sei, ist so ausgedrückt, daß es leicht zu Mißverstand führen kann. Denn wenn gleich das Vermögen der Gesammtheit oder der Individuen, wenn man ihr Vermögen zusammen addirt, sich gleich bleibt; so ändert sich doch durch die Verminderung des Werths des Papiergeldes der Wohlstand der Einzelnen, indem der Eine dadurch reicher, der Andere ärmer wird. Der Zweck des Staats ist aber, dergleichen Einrichtungen, die dem Einen sein Vermögen mindern, dem Andern es vermehren, ohne daß ihre Industrie es verhindern oder herbeiführen kann, nicht zu dulden. Ein Volk wird daher nicht bloß dadurch bankerott, daß es als Gesammtheit seine Zahlungsverbindlichkeiten nicht erfüllen kann, sondern auch dadurch, daß dessen Individuen durch des Staates Einrichtungen in einen Zustand versetzt werden, wo die meisten dieselben nicht mehr gegen einander erfüllen können.

V.

(Zu S. 221.)

Die Vermehrung des auf dem Markte erscheinenden Geldes zieht keinesweges die Erhöhung

des Preises der Waaren nothwendig nach sich, wenn sich nicht mit der Vermehrung desselben zugleich die Nachfrage nach den Waaren erhöht, und selbst diese Vermehrung der Nachfrage nach Waaren, welche die Vermehrung des Geldes auf dem Markte häufig veranlaßt, erhöht den Preis der Waaren nicht nothwendig nach der Proportion dieser Vermehrung. Der Verfasser scheint die lebendigen Kräfte, welche hinzukommen müssen, um zu machen, daß Vermehrung oder Verminderung des Geldes den Preis der Waaren erhöht oder erniedrigt, nicht gehörig in Betrachtung gezogen zu haben.

Wenn bei gleichbleibender Zahl der Schillinge eine doppelte Anzahl von Brodten auf dem Markte erscheint; so werden allerdings die Brodte wohlfeiler und viele vielleicht tief unter der Hälfte ihres vorigen Preises verkauft werden müssen, wenn man annimmt, daß die Nachfrage nur 100 Brodt und das Angebot 200 geworden ist. Denn da der Bedarf nur 100 ist und Brodt nicht lange aufgehoben werden kann; so wird Jeder seine Brodte los zu werden suchen, und Viele werden sie um den niedrigsten Preis weggeben, um sie nicht ganz verderben zu lassen. Ist aber die Waare unverderblich, so wird die Ueberführung des Marktes diesen Einfluß schon nicht in solchem Grade haben.

Wird die Geldmasse auf dem Markte vermehrt; so wird der, welcher mehr Geld hat, deßhalb nicht mehr Geld für die Waare geben, wenn ihn nicht die Concurrenz dazu nöthiget, und wenn daher 100 Brodte auf dem Markte sind und auch nicht mehr für das Bedürfniß der Nachfragenden nöthig sind; so wird der Preis der Brodte nicht dadurch steigen, daß sich das Geld in den Taschen derer, welche nach Brodt fragen, verdoppelt.

Es ist überhaupt gar nicht die wachsende Menge des Geldes, welche bei gleich bleibendem Waarenstande die Preise der Waaren erhöhet; sondern allein der Umstand, daß das Geld mit weniger Arbeit erworben wird, macht, daß für eine Waare, deren Hervorbringung eine und dieselbe Quantität Arbeit kostet, mehr Geld als vorher gegeben werden muß. So wie die anwachsende Menge der Waaren häufig eine Folge der leichteren Erzeugung derselben ist; so ist die Vermehrung des Geldes ebenfalls oft eine Folge der leichteren Erwerbung desselben, und es scheint daher, als ob diese Vermehrung an sich die Ursache des Steigens der Geldpreise sei, ein Satz, der offenbar auf einem Fehlschlusse beruht. Daß die Vermehrung des Papiergeldes über seine natürliche Grenze die Preise der Dinge in Papiermünze erhöhet, ist aus den Gesetzen des Credits erklärbar, dessen Grundlage durch eine Vermehrung der Papiermünze über

die Grenzen der Möglichkeit, sie zum Pari gegen Metallgeld zu verwechseln, zerstört wird. Da der Verfasser in der Folge die richtigen Grundsätze über die Ursache des steigenden und fallenden Werths des Geldes zu erkennen giebt; so ist anzunehmen, daß er hier bloß von dem erkünstelten Gelde redet, wo seine Behauptungen allerdings der Wahrheit näher kommen, aber doch mancher Mißdeutungen fähig sind.

VI.

(Zu S. 226.)

Meine Bedenken gegen einige hier aufgestellten Sätze über die Unschädlichkeit der Maaßregel, die Banken von der Verbindlichkeit der Baarzahlung zu entbinden, habe ich in dem Zusatze zum 4ten Kapitel in der Lowischen Schrift: England nach seinem gegenwärtigen Zustande. 1823. S. 196 ꝛc. ausführlich auseinander gesetzt.

VII.

(Zu S. 352.)

Bei dieser Betrachtung über die Bestreitung der Regierungskosten und der Rente ist vergessen, daß die Rente einen doppelten Ursprung haben

kann und wirklich hat, nämlich 1) die Naturkraft, in wie weit sie ohne Kapital vorhanden ist, 2) die Naturkraft, in wie weit sie erst durch ein Kapital hervorgelockt oder gleichsam geschaffen werden muß. Man sieht aber leicht, daß die Rente, welche nur auf letztere Weise möglich ist, gar nicht entstehen wird, wenn der Staat alle Landrente wegnehmen wollte. Wird aber die Landrente, nach Proportion des reinen Kapitalgewinnes, besteuert; so wird der Ursprung der letztern nicht verhindert, weil das Kapital, wo es auch angewandt werden mag, immer einen gleichen Antheil an Abgaben von seinem reinen Gewinne geben muß. Dieser Umstand führt zu wichtigen Resultaten, die in meiner Staatsfinanzwissenschaft benutzt sind.

VIII.

(Zu S. 359.)

In diesem Raisonnement scheint ein Irrthum zu liegen. Der Arbeiter nämlich giebt sein Lohn aus und beschäftigt dadurch andere Arbeiter. Nimmt nun die Regierung ihm einen Theil seines Lohnes in Form einer Auflage ab; so kann der Arbeiter weniger consumiren, folglich auch gerade nur so viel weniger Arbeit bezahlen, als die Regierung vermittelst der Abgabe von den Arbeitern

mehr bezahlt; folglich ist die Nachfrage nach Arbeit gerade dieselbe geblieben. Der Unterschied besteht bloß darin, daß das Geld, welches als Abgabe eingeht, eine andere Richtung nimmt, als wenn es in den Händen der Arbeiter geblieben wäre. Und von dieser Richtung hängt es ab, ob die Ausgabe für das Nationalwohl eben so vortheilhaft oder vortheilhafter, oder unvortheilhafter sein wird. Hätten die Arbeiter diese Summe zur Consumtion inländischer Producte oder gar zur Bezahlung productiver Arbeit angewandt, und die Staatsorgane, die es aus der öffentlichen Casse erhalten, wendeten es zum Ankauf ausländischer Producte oder zur Ernährung von müßigen Bedienten, Jagdhunden rc. an; so würde unstreitig das Ganze weniger Vortheil davon haben, als wenn das Geld in den Händen der Arbeiter geblieben wäre. Wird dasselbe gar zur Führung eines Kriegs in der Fremde, zur Abbezahlung von Zinsen ans Ausland verwendet; so würde das Land noch weniger Nutzen davon haben. Daß also die Nachfrage nach inländischer Arbeit dadurch im Ganzen vermehrt werden sollte, daß dem Arbeiter eine Summe als Abgabe abgenommen, und durch andere Leute, als die Arbeiter sind, verzehrt wird, und daß eben deßhalb der Arbeiter nicht mehr verzehrt, ist zuverlässig ein Irrthum.

IX.

(Zu S. 361.)

Auch diese Bemerkung ist falsch. Man setze: es werde eine Auflage von 20 Procent auf die Grundrente gelegt und diese sei vor der Auflage in einem Lande gleich 20,000,000; so werden die Grundherren 5 Millionen weniger zu consumiren haben. Offenbar werden sich dadurch die Preise aller der Artikel vermindern, deren Consumtion durch diese Verminderung der Einnahme der Gutsherren in Abnahme geräth. Man setze: diese Consumtionsartikel beständen aus Thürstehern, Luxuspferden, Comödianten, Pfeiffern, Modeartikeln für die Damen rc.; so werden alle diese Artikel im Preise proportionirlich fallen, bis sich ihre Production in gleichem Maaße gemindert hat, als die Einnahme der Rente verkleinert worden ist, und es wird viel Zeit vergehen, ehe die, welche bisher diese Consumtion befriedigt haben, ihr Unterkommen in den neuen Erwerbzweigen finden, welche die Nachfrage derer befriedigen, in deren Hände jener Antheil der Rente geräth.

Ueberhaupt scheint der Verfasser in seinem Raisonnement über die Steuern den Fehler zu begehen, daß er die Besteuerten als todte Massen betrachtet, die durch nichts als die Steuer bewegt werden, sonst aber in allen Verhältnissen dieselben

bleiben. Nun gehen aber, sobald eine Steuer aufgelegt wird, in dem Publicum zugleich ganz andere Veränderungen vor, welche nach allen Seiten zu wirken und dadurch ganz andere Wirkungen hervorbringen, als wenn die Steuer nichts hervorbrächte, als was sie unmittelbar thut. So sagt z. B. der Verfasser S. 365, daß die Werthsteuer auf alle Waaren auch die Preise aller Waaren erhöhe, und daß dieselbe von den Käufern allein getragen werde. Die Schlußfolge aber, wodurch er dieses beweiset, ist keinesweges richtig. Werden, wie er annimmt, alle Waaren mit einem Zehntel ihres Kaufwerthes belegt, und erhebt die Regierung dieses Zehntel von den Producenten dieser Waaren; so werden diese die Auflage ohne Zweifel vorschießen müssen. Nun wird zwar der größte Theil solcher Producenten, welche Waaren verfertigen, deren Quantität von ihrer Willkühr abhängt, diese Abgabe von den Käufern wieder einziehen können. Aber alle, welche solche erzeugen, deren Quantität zugleich von den Zufällen der Natur bestimmt wird, vermögen nicht, den Preis ihrer Waare um die Abgabe, die sie davon geben müssen, zu erhöhen, und werden sie daher oft ganz oder zum Theil selbst tragen müssen; der Preis solcher Waaren hängt durchaus nicht allein von der Menge des auf dem Markte erscheinenden Geldes ab. Wenn daher nach der Auflage

auf die Waaren gleich dieselbe Menge Geld auf dem Markte erscheint; so folgt doch nicht, daß die Nachfrage in allen Arten von Waaren dieselbe bliebe, indem diese sich gar sehr verändert, wenn der zehnte Theil des Geldes aus den Händen der Waarenbesitzer in die Hände der Regierung oder ihrer Beamten gekommen ist. Nimmt man an, daß die Regierung es ins Ausland sendet und zu Kriegen verwendet, oder daß es zur Vermehrung der Besoldung der Beamten verbraucht wird, und diese ihre erhöhte Einnahme zur Bezahlung unproductiver Menschen oder ausländischer Waaren verwenden; so nimmt die Nachfrage nach vielerlei Producten, die sonst gekauft wurden, ab, und diejenigen Producenten, welche es nicht in ihrer Gewalt haben, die Production ihrer Waaren nach der Nachfrage genau einzurichten, werden wegen der Auflage auf ihre Waare keinesweges mehr Geld für sie erlangen können, um sich aus dem höheren Preise ihre Abgabe zu ersetzen. Eben so wird die Consumtion aller der Waaren abnehmen, welche bisher die Producenten für die Summe, welche sie jetzt als Abgabe bezahlen müssen, kauften; und diese, welche die Verminderung des Debits ihrer Waaren dadurch erfahren, werden gleichfalls damit nicht gleichmäßig in die Höhe gehen können. Aber auch selbst im Ganzen paßt der Satz des Verfassers nicht. Denn es wird sich

durch die Auflage die Production selbst in vielen Stücken vermindern, indem vielleicht mehrere Producenten angetrieben werden, durch größere Anstrengungen mehr zu produciren, um dadurch die Auflage einzubringen. Die vermehrte Production aber ändert sogleich das Verhältniß der Geldmasse zur Waarenmasse, und bringt ganz andere Wirkungen in den Preisen der Dinge hervor, als eine Theorie, worin man eine Art der Ursachen, isolirt betrachtet, ahnden läßt. In der Nationalökonomie sind dergleichen isolirte Betrachtungen ohne allen praktischen Nutzen. Es müssen jedes Mal alle Veränderungen zugleich in Erwägung gezogen werden, welche durch Eine Veränderung hervorgebracht werden, wenn man nicht in Gefahr gerathen will, Fehlschlüsse zu begehen.

X.

(Zu S. 371.)

Ich muß über diesen Abschnitt dieselbe Bemerkung machen, welche über den vorhergehenden gemacht ist. Wenn es gleich richtig ist, daß der Preis des Getraides im Ganzen dessen Productionskosten ersetzen muß; so ist es doch falsch, daß er dieselben jedem einzelnen Getraideerzeuger ersetzen müsse, um immerfort die gehörige Menge von Getraide hervorzubringen. In keinem Zweige

der Production werden die Gewinnste so ungleich unter die Producenten vertheilt, als in dem Landbau, und eben deßhalb steht es durchaus nicht in der Gewalt der Ackerproducenten, den Preis ihrer Producte jedes Mal nach den Erzeugungskosten derselben zu reguliren. So lange die Auflagen auf den Ackerbau nicht so hoch sind, daß sie die Production vermindern, werden sie in der Regel von denen, die an der Production Theil nehmen, getragen werden; vermindern die Auflagen die Profite des Pächters in dem Grade, daß die Nachfrage nach Pachtung sich vermindert; so werden sie dem Grundherrn zufallen, indem sie dessen Rente vermindern. Diese Rente kann oft selbst zu den Productionskosten gehören, welches immer der Fall ist, wenn die Rente der Zins von dem Grund-Kapitale ist, das hat angewandt werden müssen, um den Boden tragbar zu machen. Da aber dieses Kapital nicht wieder zurückgenommen und auf einen andern Erwerbzweig angewandt werden kann; so wird sich der Grundherr jede Verminderung der Rente gefallen lassen müssen, welche nothwendig ist, um dem Landwirth die Bedingungen zu sichern, unter welchen er allein die Kosten der Bewirthschaftung wagen kann. — Die Behauptung im folgenden Abschnitte S. 374, daß auch der Zehend auf den Consumenten falle, würde, selbst nach des Verfassers Schlüssen, doch

Bayerische Staatsbibliothek München

nur dann folgen, wenn der Zehend auf allen Grundstücken haftete. Sind aber Einige bezehendet, Andere aber nicht; so ist ganz evident, daß er bloß auf die Rente, und wenn diese nicht zu seiner Ausgleichung reicht, selbst auf den Industriegewinn fällt, so lange es Umstände giebt, welche den Bauer nöthigen, bei seiner Industrie zu bleiben, selbst wenn er einsieht, daß eine andere Art von Industrie ihn besser nähren würde.

Halle,
gedruckt bei Leopold Bäntsch.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Bayerische StaatsBibliothek

Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Mill, James, / Jakob, Adolph L. von / Jakob, Ludwig Heinrich <<von>>,

Elemente der Nationalökonomie

Halle 1824

Cam. 549 s
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10388839-2